

Beiträge  
zur Geschichte des Parlamentarismus  
und der politischen Parteien

*Heft 2*

KGParl

— Bibliothek —

KV Bd. 2

Beiträge  
Raum 10



*Hans Georg Wieck*

**DIE ENTSTEHUNG DER CDU  
UND DIE WIEDERGRÜNDUNG DES ZENTRUMS  
IM JAHRE 1945**

*In Zusammenarbeit mit dem Forschungsausschuß der  
Vereinigung für die Wissenschaft von der Politik  
herausgegeben von der Kommission für Geschichte des  
Parlamentarismus und der politischen Parteien in Bonn*

**Kommission für Geschichte  
des Parlamentarismus  
und der politischen Parteien  
53 Bonn-Bad Godesberg 1**

K 7<sup>2</sup>



**DROSTE-VERLAG · DUSSELDORF**

**Buchausstattung: JOHANNES MÜHLE**

Copyright 1953 by

**Kommission für Geschichte des Parlamentarismus  
und der politischen Parteien in Bonn**

**Druck: Droste Verlag und Druckerei K.G., Düsseldorf**

## Vorwort

Im Vorwort zu Heft 1 dieser „Beiträge“ wurde der Arbeitsbereich der „Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien“ zeitlich mit dem Jahre 1848 einerseits und der Gegenwart andererseits abgegrenzt. Vom Standpunkt des Historikers, der auf ein ausreichendes quellenmäßiges Fundament seiner Arbeiten nicht verzichten kann, mag nun der Begriff „Gegenwart“ freilich kein ganz einheitlicher sein. Bei zeitgeschichtlichen Themen wird er sich deshalb stets bewußt bleiben müssen, wo die Geschichte aufhört und die Politik beginnt.

Die Kommission hat darum auch erst nach sorgfältiger Prüfung beschlossen, dem sehr günstig aufgenommenen Heft 1 ihrer „Beiträge“ über „Die deutsche Sozialpolitik und der Bruch der Großen Koalition im März 1930“ von Helga Timm als Heft 2 die vorliegende Arbeit von Hans Georg Wieck folgen zu lassen.

Der Verfasser hat vor allem methodisch einen wertvollen Beitrag zur Zeitgeschichte geleistet. Berücksichtigt man die politische Spaltung Deutschlands nach der Katastrophe von 1945 und die damaligen schweren technischen Hindernisse für die Zusammenkünfte und den Meinungs Austausch politischer Kreise, dann erscheint die vorgenommene Begrenzung auf die Vorgänge in einer Besatzungszone — und zwar der für das Thema wesentlichen — durchaus gerechtfertigt. Auch hier konnte der Verfasser seine Ergebnisse nur erzielen, weil ihm neben den Archiven der beiden Parteien auch die Privatarchive vieler an den Gründungsverhandlungen beteiligter Persönlichkeiten zur Verfügung standen. Die aus ihnen gewonnenen Aufschlüsse wurden dann noch ergänzt durch eine systematische Korrespondenz und nicht zuletzt durch die persönliche Befragung zahlreicher Beteiligter. Der Verfasser konnte diese umfangreiche und zeitraubende Kleinarbeit nur mit Unterstützung des Forschungsausschusses der Vereinigung für die Wissenschaft von der Politik durchführen, dem dafür an dieser Stelle herzlich gedankt sei.

Man wird manche, z. T. durch die Methode der Arbeit bedingte Längen und Überschneidungen in der Darstellung mit in Kauf nehmen müssen, und man soll auch die Möglichkeit nicht ausschalten, daß mancher seiner Gewährsmänner den Autor begreiflicherweise subjektiv unterrichtet haben könnte. Auch wenn das durch die gründliche Benutzung der in Frage kommenden Literatur, namentlich der nach 1945/46 entstandenen, und durch die Beobachtung der praktisch-parlamentarischen Betätigung der beiden behandelten Parteien nicht in allen Fällen zu korrigieren gewesen sein sollte, so bleibt doch das Hauptergebnis der Arbeit wichtig genug. Sie schafft darüber Aufklärung, wie sich in den verschiedenen regionalen Zirkeln in großer Mannigfaltigkeit die Auseinandersetzung über die grundlegende Frage abspielte, ob das durch Hitler 1933 wie alle anderen Parteien aufgelöste Zentrum in der alten Form einer

*katholischen Partei wiederaufleben oder ein neues Gebilde auf interkonfessioneller Grundlage entstehen sollte. Das Resultat ist ein wertvoller Beitrag zur Erkenntnis der Frage, ob und wie der für unsere Zukunft schlechthin entscheidende Gedanke der Demokratie sich durchsetzen wird, und zwar nicht nur im parteibildenden Sinne, sondern im Verhältnis des Individuums zum Staat.*

*Über Parteipolitik und Parlamentarismus hinaus müssen Demokratie und Staat in Deutschland zu einer unauflöslichen Einheit werden. In dem Glauben an die Verwirklichung dieses hohen Zieles kann nur gestärkt werden, wer auf den nachfolgenden Seiten liest, daß ihm auch aus Kreisen zugestrebt wird, die in der Vergangenheit anders orientiert waren.*

*Der Arbeit des Verfassers mögen deshalb ähnliche über andere Parteien folgen, einerlei, ob auf Zonen- oder auf Bundesebene. Nach gleicher Methode wäre z. B. darzustellen, wie es zur Bildung einer zweiten bürgerlichen Partei auf liberaler Grundlage, der FDP, kam, und wären die bisherigen Ansätze konservativer Parteibildung zu untersuchen. Die Kommission wird bemüht sein, die angedeuteten und ähnliche andere Probleme klären zu helfen.*

*Bonn/Berlin, Anfang August 1953*

*Prof. Dr. Alfred Herrmann*

## Vorbemerkung

Die vorstehende Arbeit behandelt ein zeitgeschichtlich-politisches Thema: die Entstehung einer politischen Partei und die Wiedergründung einer anderen in einem Teil Deutschlands nach dem letzten Kriege. Wegen der vom historisch-wissenschaftlichen Standpunkt gegen diesen Versuch sicher vorzubringenden Bedenken dürfte es notwendig sein, einen Überblick über das der Arbeit zugrunde liegende Material zu geben und die gebotenen Grenzen des Themas zu bezeichnen.

Für die Arbeit standen die Archive der Geschäftsstellen der Christlich-Demokratischen Union und der Deutschen Zentrumspartei zur Verfügung. Benutzt wurden vor allem die Protokolle der Verhandlungen der Aktionsausschüsse und anderer vorbereitender Gremien aus der Zeit 1945/46, der Schriftverkehr mit der Militärregierung, Propagandamaterial (Flugblätter, Broschüren u. ä.), Finanzierungspläne und Statistiken über die Mitgliederbewegung.

Da die Untersuchung im wesentlichen die Zeit vor der offiziellen Gründung der Parteien behandelt, kam den Privatarchive an den vorbereitenden Gesprächen und Verhandlungen beteiligten Persönlichkeiten größere Bedeutung zu. In diesen fanden sich neben Programmentwürfen auch Betrachtungen zur politischen Lage jener Zeit, Terminkalender, umfangreiche Briefwechsel und Protokolle über damalige Besprechungen.

Als weitere schriftliche, allerdings nur bedingt zuverlässige Quellen sind Zeitungen und einige wenige Zeitschriften der ersten Nachkriegszeit herangezogen worden.

Eine wesentliche Ergänzung bildeten die Gespräche und Korrespondenzen des Verfassers mit über einhundert Persönlichkeiten, die 1945 an den zur Gründung der CDU (Christlich-Demokratische Union) und des Zentrums (Deutsche Zentrumspartei) führenden Verhandlungen teilgenommen haben. Eine namentliche Übersicht findet sich zusammen mit einem Verzeichnis der benutzten Privat- und Parteiarchive am Schluß der Arbeit.

Es ist dem Verfasser ein Bedürfnis, allen diesen Persönlichkeiten für die entgegenkommende und offenherzige Unterstützung seiner Arbeit und für das ihm entgegengebrachte Vertrauen seinen Dank zu sagen.

\*

Der Ausgang des letzten Krieges hatte in Deutschland neben dem französischen Protektoratsgebiet (Saarland) und dem polnischen Verwaltungsgebiet (östlich der Oder/Neiße) vier de facto nur locker miteinander verbundene Zonen geschaffen, die von je einer Besatzungsmacht nach mehr oder minder gemein-

samen Gesichtspunkten und Richtlinien regiert und verwaltet wurden. Die Unterschiede zeigten sich besonders in der Interpretation der Begriffe und Ziele, die der gemeinsamen Politik zugrunde liegen sollten. Meinungsverschiedenheiten zeigten sich ferner in den von den einzelnen Alliierten vertretenen Wünschen zur deutschen Frage.

Die Neu- oder Wiedergründung von politischen Parteien ging darum in den einzelnen Zonen ganz unterschiedlich vor sich. Die vorliegende Untersuchung wird sich fast ausschließlich mit den Verhältnissen in der britischen Besatzungszone befassen.

Die sowjetische Militärregierung regelte durch eine Verordnung die Frage und Möglichkeit deutscher politischer Parteienbildung eher als die westalliierten Besatzungsmächte<sup>1)</sup>. Rein äußerlich warf dadurch die Formierung der Parteienkonstellation in der russischen Besatzungszone in gewissem Sinne ihre Schatten auf die nachfolgende Entwicklung in Deutschland. Dieser Sachverhalt veranlaßte den Verfasser, die Berliner Gründung der Christlich-Demokratischen Union mit in die Darstellung einzubeziehen. Berlin wiederum war aber auch das Vorbild für die Gründung von Parteien im ganzen Gebiet der „Sowjetzone“. Die Arbeit zieht daher auch die Verhältnisse in dieser zum Vergleich heran; ihr Schwerpunkt liegt jedoch, wie schon ausgeführt, auf der Darstellung der Verhältnisse in der britischen Zone. Einschränkend muß dazu noch festgestellt werden, daß die Gründung der Berliner CDU ohne Einfluß auf die Entwicklung in Westdeutschland war, da gegenseitig keine Nachrichtenverbindungen bestanden und beide Vorgänge zudem gleichzeitig einsetzten<sup>2)</sup>.

Der in der Arbeit behandelte Zeitabschnitt wird durch die deutsche Kapitulation am 8. Mai 1945 einerseits und durch die offizielle Gründung des „Zonenausschusses“ der Christlich-Demokratischen Union in der britischen Zone am 1. März 1946 andererseits bestimmt.

Dargestellt wird somit ein Zeitraum, in dem sich die politischen Gespräche einzelner Gruppen in verschiedenen Gebieten der Zone bis zur Bildung eines Zonenverbandes entwickelten.

Umfaßt auch die eigentliche Untersuchung nur eine Zeit von knapp einem Jahr, so war es doch unerlässlich, auf frühere Ereignisse in Deutschland zurück-

<sup>1)</sup> Befehl Nr. 2 des Obersten Chefs der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland (betr. Bildung und Tätigkeit antifaschistischer Parteien und freier Gewerkschaften auf dem Territorium der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland), Berlin, 19. Juni 1945. Abdruck in: „Befehle des Obersten Chefs der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland“, Sammelheft 1/1945, Verlag der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland, Berlin 1946.

Die gesetzliche Regelung der Zulassung der Parteien in der britischen Besatzungszone erfolgte am 15. September 1945 durch die Verordnungen 8 bis 12 der Britischen Militärregierung.

<sup>2)</sup> Der Berliner Aufruf der Christlichen Demokraten wurde am 16. Juni 1945 verfaßt. Am 17. Juni 1945 entschied sich in Köln eine Versammlung von 18 früheren Zentrumspolitikern für die Preisgabe des Zentrums und die Errichtung einer Christlich-Demokratischen Partei.

Im Juni 1945 begannen in Essen und Wattenscheid Beratungen unter früheren westfälischen Zentrumspolitikern, die in der gleichen Richtung verliefen.

und auf spätere Entwicklungen vorzugreifen. Denn obwohl es in den ersten Jahren nach dem Kriege keine verantwortliche deutsche Regierung gab, fielen doch für die deutsche Parteienkonstellation bedeutsame Entscheidungen, die die spätere politische Entwicklung bestimmten.

Neben die geographische und zeitliche Begrenzung der Arbeit trat eine vom Inhalt her bestimmte. Es ist selbstverständlich heute noch nicht möglich, einen politischen Vorgang der jüngsten Vergangenheit, der zudem durch die Besetzung eng mit der weltpolitischen Lage verwoben war, schon einer historischen Wertung, der es auf den allgemeinen Zusammenhang und die einzelnen Auswirkungen ankommen muß, zu unterziehen. Dem Verfasser kam deshalb nur zu, die eigentliche Geschichte der Entstehung der beiden Parteien, die enge Verbindungen aufweist, zu untersuchen.

In den Gebieten, in denen es früher die Zentrumsparterie nicht gab, entsprach der Auseinandersetzung zwischen Christlichen Demokraten und Zentrum die zwischen den Anhängern der Liberaldemokraten und der Christlichen Demokraten. Die Untersuchung dieser Auseinandersetzungen ergab sich somit als ein Teil des Themas. Ferner will der Verfasser noch darzustellen versuchen, wie sich CDU und Zentrum selbst verstanden, worin sie ihre Abgrenzung gegenüber anderen Parteien sahen und wie durch ihre Existenz die Parteienkonstellation im Nachkriegsdeutschland beeinflußt wurde.

Zur Rechtfertigung dieses Versuches gegenüber der historischen Wissenschaft sei es dem Verfasser zum Schluß gestattet, die Auffassung von Prälat Professor D. Dr. Georg Schreiber, Münster, über die Möglichkeit und Notwendigkeit zeitgeschichtlicher Arbeiten zu zitieren<sup>3)</sup>:

„Man hat oft gesagt, man müsse zur jüngsten Geschichte erst die Distanz schaffen. Es ist etwas Berechtigtes in dieser Auffassung. Aber das ist im Grunde genommen eine Theorie, die in Goldmark und jenseits der Bunker geschaffen wurde. Heute umgibt uns eine andere und weithin zerstörte Umwelt. Da heißt es, zunächst einmal quellenkundlich arbeiten. Und was dann die umstrittene Darstellung angeht, so mag man zum weiteren Erinnerungen und Werturteile so früh wie möglich festhalten. Es ist in der Tat in den letzten Jahrzehnten unsäglich viel verlorengegangen. Die Gewaltmethoden der Gestapo machten sich ebenso wie die Bombenangriffe geltend, um wichtige Quellenbezirke sehr empfindlich zu schädigen. Ganze Archive sind vernichtet, bei staatlichen und kirchlichen Behörden. Der Verlust der privaten Hand ist nicht minder groß. Mehr als je ist der literarische Rückgriff auf frühere Zeiten erwünscht.“

---

<sup>3)</sup> Schreiber, Dr. Georg: Zwischen Demokratie und Diktatur. Persönliche Erinnerungen an die Politik und Kultur des Reiches von 1919 bis 1944. Münster 1949, S. 48.



## Einleitung

Wer sind die „Christlich-Demokratische Union“ und die „Deutsche Zentrums-partei“, und wie haben sich diese beiden Parteien nach dem Kriege 1939/45 gebildet? Die Beantwortung dieser beiden Hauptfragen soll in der nachfolgenden Darstellung versucht und damit gleichzeitig ein Beitrag zum Wesen und zur Problematik der gegenwärtigen deutschen Parteienkonstellation geleistet werden.

\*

Das für alle deutschen Nachkriegsparteien gleichermaßen bestehende, hier aber nur für die beiden genannten zu behandelnde wichtigste Problem ergibt sich unmittelbar aus der doppelsinnigen deutschen Situation von 1945. Während die Alliierten in allen anderen kontinentaleuropäischen Staaten als „Befreier“ einzogen, eroberten sie Deutschland als „Sieger“. Das Ende des Krieges bedeutete für Deutschland primär die Niederlage. Diese wiederum beendete aber die Illegalität nichtnationalsozialistischer politischer Gruppen und war aus deren Aspekt eine „Befreiung“.

Diese doppelte Bedeutung der politischen Situation Deutschlands im Jahre 1945 drückte sich darin aus, daß die siegreichen Alliierten nach der Kapitulation der Deutschen Wehrmacht am 8. Mai 1945 die noch bestehende deutsche Regierung beseitigten bzw. nicht anerkannten und am 5. Juni 1945 erklärten, daß die oberste Gewalt in Deutschland fortan von dem durch ihre Regierungen (einschließlich Frankreich) errichteten gemeinsamen Kontrollrat, der für die Durchführung ihrer politischen Ziele in Deutschland die entsprechenden Richtlinien abfassen sollte, ausgeübt werde.

Gleichzeitig waren aber zwei dieser politischen Ziele der Alliierten — die Entmachtung des Nationalsozialismus und die Demokratisierung<sup>4)</sup> — auch das politische Ziel der Kräfte in Deutschland, die sich während der nationalsozialistischen Zeit in der „inneren Opposition“<sup>5)</sup> oder in der Emigration<sup>6)</sup> gesammelt

4) Erklärung der Regierungschefs der UdSSR, Großbritanniens und der USA am 11. November 1944 in Jalta. In Keesings „Archiv der Gegenwart“, Band 1945. Essen 1949. S. 87.

Potsdamer Beschlüsse, August 1945, im Gesetzblatt des Alliierten Kontrollrates für Deutschland, Berlin 1945.

5) Als „innere Opposition“ wird hier und im folgenden die politische und geistige Bewegung in Deutschland bezeichnet, die während der nationalsozialistischen Zeit für die Beseitigung der Regierung bzw. für die Überwindung der nationalsozialistischen Lehren eintrat und insgeheim agitierte; z. B. der Kreisauer Kreis, der Goerdeler-Kreis u. a.

6) Zahlreiche politische Gegner des nationalsozialistischen Regimes emigrierten nach 1933. Darunter waren nicht nur die bedeutendsten Vertreter des sozialdemokratischen Parteivorstandes (Ollenhauer, Stampfer u. a.), sondern auch Zentrums- und sogar Rechtspolitiker, so z. B. Dr. Brüning, Dr. Spiecker, Treviranus.

hatten. Wie für die Alliierten, so war für diese Kräfte die Beseitigung des nationalsozialistischen Regimes die Voraussetzung für die Durchsetzung ihrer politischen Pläne. Daß die Alliierten und diese deutschen Gruppen in der Interpretation der Begriffe „Entnazifizierung und Demokratisierung“ verschiedene Wege gingen, spielt für die Ausgangsstellung beider keine entscheidende Rolle.

Der Anspruch deutscher politischer Kräfte, eine selbständige deutsche politische Willensbildung darzustellen, schloß das Ziel ein, eine deutsche Regierung zu bilden, deutsche Interessen zu vertreten. Auf dem Weg zu diesem Ziel aber mußten die Probleme in Zusammenarbeit mit den siegreichen Alliierten gelöst werden.

Wenn das Resultat der Betrachtung der politischen Situation Deutschlands im Jahre 1945 wirklich die Feststellung ihrer Doppelbedeutung ist — die Arbeit versucht, diesen Nachweis zu erbringen —, dann wirft die Gründung politischer Parteien in jener Zeit eine Reihe von Fragen auf:

1. Handelte es sich bei diesen Parteien um politische Zusammenballungen, die sich aus der innerdeutschen politischen Entwicklung der Vergangenheit, d. h. im wesentlichen aus der Weimarer Republik und aus der „inneren Opposition“, herausgebildet hatten — oder waren es sogenannte „Satelliten-Parteien“, die kraft der Machtfülle der Alliierten in Deutschland unter deren Schutz zur Durchsetzung alliierter politischer Ziele gegründet wurden?

2. Welche Formen der Zusammenarbeit zwischen den Alliierten und den deutschen Parteien konnten sich herausbilden: Anlehnung an die Politik der Alliierten bzw. einer Besatzungsmacht oder Durchsetzung eigener Ziele und Auffassungen beim Wiederaufbau der staatlichen, wirtschaftlichen und sozialen Ordnung?

3. Unter welchen Bedingungen konnten die politischen Parteien im Jahre 1945 entstehen? — Die Beantwortung dieser Frage macht es notwendig, einerseits den Raum zu umreißen, den die Alliierten oder einzelne Besatzungsmächte einer Entfaltung und Betätigung politischer Parteien zubilligen wollten, andererseits die innerdeutschen Bedingungen einer solchen politischen Entfaltung zu kennen.

\*

Das Nahziel aller politischen Betätigung nach dem Kriege war zunächst die Steuerung der unmittelbaren Notlage.

Hierin gingen fast alle Kräfte *einen* Weg, dessen sichtbarer Ausdruck war, daß fast alle lokalen und provinziellen Selbstverwaltungskörperschaften und Vertretungen zunächst von *allen* zugelassenen Parteien oder überhaupt nicht nach politischen, sondern nur nach fachlichen Gesichtspunkten gebildet wurden.

Es handelte sich aber nicht nur um die Bekämpfung der akuten Notlage allein, sondern auch um einen meist von Grund auf vorzunehmenden Neuaufbau des aufgelösten Staatswesens mit einer neuen Wirtschafts- und Sozialordnung. Ab-

gesehen davon, daß hierbei der alliierte Wille oder der einer Besatzungsmacht prädominierte, lag es doch bei den politischen Parteien, eigene Konzeptionen zu entwickeln, zu begründen und zu vertreten. Darüber hinaus ging es darum, sich über die Wege und Möglichkeiten einer erneuten Einfügung Deutschlands in die weltpolitische Konstellation zu orientieren.

Diese Willensbildung konnte nicht anders als auf dem Hintergrund der Vergangenheit — der Weimarer Republik und des nationalsozialistischen Deutschlands — geschehen. Der Wiederaufbau deutschen staatlichen und wirtschaftlichen Lebens löste zwangsläufig eine Auseinandersetzung nicht nur mit dem Nationalsozialismus, sondern auch mit den Grundlagen der Politik und den politischen Parteien des Weimarer Staates aus. An der Kritik dieser beiden Epochen deutschen politischen Lebens orientierten sich die Auseinandersetzungen um die Formen und Grundlagen eines „neuen Deutschlands“.

Im Ringen mit der deutschen Vergangenheit, aus der sich die Ziele für die Zukunft herauschälten, schieden sich die Kräfte in verschiedene Lager.

Es war natürlich, daß die Kritik nicht bei politischen Verfahrens-, Methoden- und Zweckmäßighkeitsfragen stehenblieb, sondern in die sogenannte „weltanschauliche“ Ebene hinübergriff, in den „vopolitischen Raum“, in den Dr. Spiecker diese Fragen eingeordnet wissen will. Zu lösen war weiterhin die Frage, welche Kräfte im deutschen Volk mobilisiert, unter welchem Zeitgedanken sie auf der politischen Ebene zusammengeführt werden sollten und konnten. Das Problem der „Denazifizierung“ tauchte unter einem anderen Blickwinkel auf. Hatte es sich ursprünglich nur um die Beseitigung der nationalsozialistischen Machtstellung gehandelt, so ging es jetzt darum, einerseits die Lehre als solche zu überwinden, andererseits die Gruppen im Volk, die „belastet“ waren, nicht vom staatlichen Leben zu trennen, um nicht eines Tages einer neuen „nationalen Opposition“ der „Entrechteten“ zu begegnen. Es galt, einen Weg zu finden, sie in den neuen Staat, in ein neues Staatsbewußtsein hineinzuführen.

Es ergaben sich somit zwei Fragen, die in dieser Arbeit für die beiden genannten Parteien — CDU und Zentrum — beantwortet werden müssen:

1. Auf welcher Grundlage sollte der deutsche Staat neu aufgebaut werden? — Welche Probleme mußte eine deutsche Regierung vordringlich lösen?
2. Welche Kräfte konnten für den von den einzelnen Parteien gewählten Weg (hier CDU und Zentrum) gewonnen werden?

\*

Überlegungen um die anzustrebende bzw. im Nachkriegsdeutschland zu verwirklichende Parteienkonstellation werden sich anschließen müssen. Im wesentlichen ergaben sich beim Wiederaufleben politischer Parteien nach dem Kriege folgende Möglichkeiten:

- a) Wiederherstellung der Weimarer Parteien — ohne eine „nationale Opposition“.

- b) Anknüpfung an die Reformversuche<sup>7)</sup> der Weimarer Zeit in den sogenannten „nichtmarxistischen Parteien“, d. h. Zentrum, Deutsche Volkspartei, Deutschnationale Volkspartei (und den von dieser abgesplitterten Gruppen Christlich-sozialer Volksdienst, Konservative Volkspartei, Landvolkpartei), z. T. auch Deutsche Demokratische Partei (Deutsche Staatspartei). — Konzentration dieser Kräfte in einer christlich-sozialen und nationalen Volkspartei.
- c) Politische Sammlung katholischer und evangelischer Kräfte in einer „Christlich-...Union“ — anknüpfend an die Zusammenarbeit in der Zeit der „inneren Opposition“ und des „Kirchenkampfes“.
- d) Demokratische Sammelpartei der „bürgerlichen Gruppen“ ohne enge Bindung an christliche Traditionen.
- e) Bildung einer „Partei der Arbeit“ um den Kern der früheren Richtungsgewerkschaften unter Preisgabe marxistischer Doktrinen (Klassenkampflehre, historischer Materialismus u. a.).
- f) Fusion der „sozialistischen Parteien“, also der SPD und KPD (Sozialdemokratische Partei, Kommunistische Partei).
- g) Im Hinblick auf die Bildung von „Weltanschauungsparteien“<sup>8)</sup> Gründung einer „Union der Mitte“, die die Gefahr einer Gegensätzlichkeit der „weltanschaulichen Fronten“ bannen sollte.
- h) Bildung einer konservativen Rechtspartei.

Die hauptsächlich aufgetretenen und diskutierten Parteikonzeptionen werden damit nacheinander aufgeführt worden sein. Die Arbeit wird zeigen, daß keine der dann entstandenen Parteien ausschließlich Ausdruck einer dieser Konzeptionen wurde, daß sich vielmehr jeweils um einen relativ klar orientierten Kern Gruppen sammelten, die unter Umständen später zu einer anderen Partei stoßen konnten, unter anderen Bedingungen diesen Weg vielleicht auch schon im Augenblick der Bildung der Parteien besritten hätten.

Es soll versucht werden, die Parteien CDU und Zentrum in diese Gruppierungen einzuordnen.

Die Frage nach den Kräften im Volk, die für die Konzeptionen der einzelnen Parteien (in diesem Fall CDU und Zentrum) gewonnen werden sollten und gewonnen wurden, muß auch nach der soziologischen Seite hin geprüft werden. Sie wird deshalb ebenfalls in den Rahmen der Untersuchung einbezogen, da

<sup>7)</sup> Besonders verwiesen sei auf den Essener Kongreß der christlichen Gewerkschaften im Jahre 1920, auf dem A. Stegerwald in einer von Dr. Brüning verfaßten Rede das Zentrum zur Bildung einer interkonfessionellen christlichen Volkspartei aufforderte. Auch von einigen Reichstagsabgeordneten, die sich im November 1918 in Berlin aufhielten, wurde damals der Plan propagiert, das Zentrum zu einer christlichen Volkspartei umzubilden.

<sup>8)</sup> Eine Partei wird als „Weltanschauungspartei“ bezeichnet, wenn sie Kräfte mit gleicher Grundanschauung zusammenschließt und selbst bestimmte weltanschauliche Lehren vertritt. Das Gegenteil dazu ist die „Interessenpartei“, deren Anhänger durch die Gemeinsamkeit augenblicklicher materieller Interessen zusammengeführt werden. Dr. Spiecker dagegen unterscheidet „Weltanschauungs-“ und „politische Parteien“; vgl. S. 140 ff.

durch die Einflüsse des Krieges beträchtliche Verschiebungen in der soziologischen Struktur der Bevölkerung eingetreten waren (Reduzierung des Bürgertums, Verbreiterung der unteren Einkommens- und Besitzschichten).

\*

Für eine politische Partei, die auf Grund ihrer Auffassungen und Ansprüche eine positive und direkte Beziehung des öffentlichen Lebens und seiner Träger zum christlichen Bereich und damit zu den Kirchen anstrebt, ist es von Bedeutung, wie die einzelnen Bekenntnisse — insbesondere die evangelischen und die katholische Kirche — das Verhältnis beider zueinander aufgefaßt wissen wollen.

Neben die grundsätzliche Einstellung und die überlieferten Beziehungen zwischen Staat und Kirchen in Deutschland traten die Gegebenheiten der Situation von 1945. Nicht nur, daß die moralische Autorität der Kirchen groß war, sie hatten auch ihre Organisation und ihre Institutionen, im Gegensatz zu dem sowohl moralisch und politisch als auch organisatorisch zusammengebrochenen deutschen Staat, im wesentlichen erhalten können. Durch die Zugehörigkeit zur weltweiten katholischen Kirche und zur Ökumene hatten sie — trotz der allgemeinen Isolierung Deutschlands — stets Beziehungen zum Ausland aufrechterhalten können. Gegenüber den Besatzungsmächten, zumindest den westlichen, stellten sie die vielleicht einzige deutsche Repräsentation dar, die ein gewisses Maß an Autorität, Ansehen und Vertrauen besaß. Das drückte sich beispielsweise darin aus, daß — obwohl Deutschen prinzipiell die öffentliche Kritik an Maßnahmen der Besatzungsmächte verboten war — eine, allerdings gemäßigt vorgebrachte, Meinungsäußerung der Kirchen bzw. ihrer Vertreter geduldet wurde. Vertreter der Kirchen waren die ersten, die wieder ins Ausland reisen konnten.

Für die vorliegende Untersuchung ist es daher erforderlich, die Auffassungen der Kirchen zur und ihre Teilnahme an der Gründung der Parteien im Jahre 1945, insbesondere gegenüber der CDU und dem Zentrum, herauszuarbeiten. Dabei dürfen aber nicht ohne weiteres die Handlungen und Auffassungen einzelner Geistlicher oder anderer kirchlicher Repräsentanten mit der Stellungnahme der Kirchen allgemein identifiziert werden.

Aus zwei Gründen muß die geschichtliche Darstellung der Entstehung der CDU auf drei geographische Räume (im Bereich der britischen Besatzungszone und Berlins) konzentriert werden.

A. Aus der Darstellung wird sich als eine Grundthese der CDU-Gründer herauschälen, daß es nach ihrer Auffassung vor allem darauf ankam, die politische Zusammenarbeit von Protestanten und Katholiken in *einer* politischen Partei zu erreichen. Die Realisierung dieser These bedeutete die Überwindung überlieferter Vorurteile und forderte die Preisgabe des für Protestanten belastet erscheinenden Namens „Deutsche Zentrumspartei“, da das Zentrum sich bis 1933 ganz überwiegend auf katholische Kräfte gestützt hatte.

In Norddeutschland trat neben diese These die der „Sammlung rechts von der Sozialdemokratie“, eine These, die auch andere Lösungsmöglichkeiten als eine christlich-demokratische Partei zuließ.

Der Grundsatz der politischen Zusammenarbeit von Protestanten und Katholiken war schon früher, bei der Gründung der christlichen Gewerkschaften, wenn auch nicht im parteipolitischen, so doch in dem mit der Staatsführung eng zusammenhängenden sozialpolitischen Bereich, vertreten worden. Bereits um die Jahrhundertwende wurde in theologischen und Laienkreisen die Möglichkeit einer solchen Zusammenarbeit lebhaft gefordert, und nach dem ersten Weltkrieg strebte mit der Devise: „Heraus aus dem Zentrumsturm!“ eine Gruppe in den christlichen Gewerkschaften und im Zentrum vergeblich deren Realisierung im politischen Leben an.

Falls diese Forderung von den katholischen politischen Kräften oder den protestantischen Gruppen nun erneut abgelehnt wurde, mußte der Versuch auch im Jahre 1945 scheitern. Wenn sie nur in Berlin unter den nach dem Kriege vom Westen stark abweichenden politischen Bedingungen vertreten wurde, war ihr Erfolg in den anderen Teilen Deutschlands noch keineswegs gesichert. Andererseits war aber die Forderung gerade in Berlin von erheblicher Bedeutung, da die sowjetische Besatzungszone von einer überwiegend evangelischen Bevölkerung bewohnt wird und die sowjetischen Behörden früher als die westalliierten Parteigründungen zuließen.

Die Entstehung der These, ihre Begründung und die unternommenen Schritte zu ihrer Realisierung müssen deshalb in drei Gebieten besonders aufmerksam verfolgt werden:

1. Im Rheinland und in Westfalen, dem früheren Schwerpunkt der Zentrums-  
partei. Nach der Zerschlagung Preußens stellte das Industriegebiet im Westen den beachtlichsten politischen Faktor Nachkriegsdeutschlands dar, dem die Alliierten ihre besondere Aufmerksamkeit schenkten.

2. Im protestantischen Norddeutschland (besonders in Hamburg und Schleswig-Holstein). Im Bereich der britischen Besatzungszone war dieses Gebiet das protestantische Gegenstück zum katholischen Westdeutschland. Eine dem Zentrum vergleichbare, christlich gebundene, politische Mitte-Partei gab es in der Zeit der Weimarer Republik hier nicht. Die politische Mitte-Stellung nahm die liberal-demokratische Partei (DDP) ein; die entsprechende christlich gebundene war — mit Vorbehalt — die rechtsstehende Deutschnationale Volkspartei in ihrem konservativen Flügel.

3. In Berlin. Was in der Hauptstadt geschah, konnte nicht ohne Einfluß auf das übrige Deutschland bleiben, zumal sich dort — auch nach dem Kriege — repräsentative politische Persönlichkeiten aus dem ganzen Reich aufhielten.

B. Die militärische Niederlage Deutschlands und die Besetzung durch die Alliierten hatten den Zusammenbruch der öffentlichen Verkehrsmittel, der Ver-

ständigkeitsmöglichkeiten, wie Post, Telefon, Telegraf und eine starke Einschränkung der Benutzung von Autos durch Deutsche zur Folge. Daneben strebten Millionen Menschen auf den Straßen nach Westen. Es gab zunächst nur alliierte Zeitungen und Rundfunksendungen; erst sehr viel später deutsche unter alliierter Kontrolle. Viele Städte waren zerstört und die Menschen an ihre nächste Umgebung gebunden bzw. heimatlos. Hinzu kamen die Anordnungen der Alliierten, den Wohnort nicht über eine gewisse Entfernung hinaus zu verlassen. Nur langsam besserten sich diese Verhältnisse.

Aber schon zu dieser Zeit fanden an verschiedenen Orten politische Gespräche statt, die damals nicht bekannt werden konnten. In einzelnen Gruppen wurden Programme und politische Zukunftsaussichten diskutiert. Mit der Übernahme lokaler Selbstverwaltungsaufgaben oder durch private Verbindungen entwickelten sich einige Beziehungen und Verbindungen zu Dienststellen und Angehörigen der Besatzungsmächte.

Als schließlich die inoffizielle und später die offizielle Zustimmung zur Gründung von Parteien unter alliierter Kontrolle gegeben wurde, blieben zuerst doch noch Ungewißheit und Unklarheit über die weitere Entwicklung. Verbindungen zu entfernteren Gebieten in der eigenen Zone oder in den anderen Besatzungsgebieten stellten weiterhin Ausnahmen dar. Allgemein konnte persönlicher Kontakt nur in der näheren und weiteren Umgebung der einzelnen Gruppen, kaum aber über weite Entfernungen hergestellt werden.

Aus diesen Gründen war es notwendig, die Darstellung auf die genannten Schwerpunkte zu konzentrieren, die jeweils einen Raum umfassen, der von einzelnen Punkten unter den damaligen Verhältnissen überschaut werden konnte.

\*

Die Hauptprobleme, die sich bei der Durchführung des Themas ergaben, konzentrieren sich somit auf die folgenden Punkte:

Das Verhältnis von Christlichen Demokraten und Zentrum zu den Besatzungsmächten und ihrer Deutschlandpolitik.

Die Auseinandersetzung CDU—Zentrum und die Auseinandersetzung Christliche Demokraten—Liberale Demokraten.

Die politische Konzeption der Christlichen Demokraten und des Zentrums gegenüber den anderen Parteien.

Die Einordnung beider Parteien in die deutsche Politik.

Die Beziehungen der Kirchen zu den „christlichen Parteien“.

Die Zusammensetzung der Parteien nach konfessioneller, politischer und sozialer Zugehörigkeit und die ersten Wahlen.



## 1. Teil

### Die politische Lage Deutschlands nach dem Zusammenbruch

Der Abschnitt ist keine historische Darstellung der Wandlungen in der politischen Machtverteilung und Willensbildung des deutschen Staates — angefangen bei der Weimarer Republik über das nationalsozialistische Regime bis zum System der alliierten Kontrolle und Ausübung der obersten Gewalt in Deutschland.

Auf der Grundlage der bekannten Literatur und der publizierten Quellen hat der Verfasser nur im Hinblick auf das Thema die als wirksam erscheinenden Bedingungen und Probleme für die Entfaltung politischer Kräfte nach dem 8. Mai 1945 hervorgehoben.

Für das letzte Kapitel (besonders für die Darstellung der Haltung der britischen Besatzungsmacht zur Wiederbelebung politischer Kräfte) standen bisher unveröffentlichte Quellen zur Verfügung.

#### 1. Kapitel:

#### Die doppelte Bedeutung der deutschen Niederlage im Jahre 1945

Die Grundlage des Weimarer Staates war das „parlamentarische Prinzip“, also eine gemäßigte Machtverteilung zwischen den legislativen, exekutiven, repräsentativen und richterlichen Organen der Republik. Beim Sturz der Regierung wurde es möglich, eine Regierung anderer politischer Richtung zu bilden. Die Verfassung kannte den Begriff einer „legalen Opposition“. Das Reich war nach dem föderalen Prinzip gegliedert<sup>9)</sup>.

Die nationalsozialistische Regierung formte nicht nur diesen föderalen Aufbau des Reiches um, sondern auch die parlamentarische Regierungsbildung und das machverteilende Prinzip in Richtung auf eine Konzentration aller staatlichen Gewalt in der Hand einer zentralen staatlichen Instanz. Sie beseitigte ferner die legale Opposition und die Möglichkeit hierzu<sup>10)</sup>. Die Bildung des politischen Willens vollzog sich nun de facto in einer in ihrer Organisation dem Führerprinzip<sup>11)</sup> folgenden Partei (NSDAP), und die Legitimierung der Politik der Regierung wurde von Zeit zu Zeit post rem auf dem Wege des Plebiszits<sup>12)</sup> und

<sup>9)</sup> Weimarer Verfassung, Artikel 1 ff., 51/60, 68.

<sup>10)</sup> Gesetze zur „Gleichschaltung der Länder“ vom April 1933 und Gesetz „über den Neuaufbau des Reiches“ vom 30. Januar 1934. Das parlamentarische Prinzip wurde durch das Ermächtigungsgesetz vom 24. März 1933, durch die darauf aufbauenden Gesetze über die Befugnisse der Regierung, durch die Auflösung aller Parteien mit Ausnahme der NSDAP (Gesetz gegen die Neubildung von Parteien vom 14. Juli 1933) und durch die Vereinigung der Ämter des Reichspräsidenten und des Reichskanzlers nach dem Tode von Hindenburgs am 2. August 1934 beseitigt.

<sup>11)</sup> An die Stelle eines Personalaufbaues, der das Ergebnis von Wahlen widerspiegelte, trat die von „oben nach unten“ erfolgende Form der Ernennung.

<sup>12)</sup> Gesetz über Volksabstimmungen vom April 1933.

über die Neuwahl eines in großen Abständen zusammentretenden Einparteienreichstages vorgenommen<sup>13)</sup>).

Diese Umbildungen des Staatsaufbaus bewirkten, daß beim Sturz der Regierung und der Partei im Jahre 1945 kein staatliches Organ vorhanden war, an das die oberste Regierungsgewalt zurückfallen konnte — etwa an den Präsidenten, an das Parlament, an einen Monarchen oder an ein Organ, das nicht mit der Regierung und ihrer Politik eine Einheit bildete. Dies und die Beseitigung der legalen Opposition haben somit die Ausgangsbasis der politischen Entwicklung nach dem Zusammenbruch 1945 entscheidend beeinflußt.

\*

Politische Kräfte, die der nationalsozialistischen Regierung nicht ihr Vertrauen schenkten, wurden — sofern sie Mittel und Wege suchten, ihren politischen Willen durchzusetzen — in die Illegalität gedrängt.

Die aktive politische Tätigkeit dieser Opposition mußte sich auf die Entmachtung des nationalsozialistischen Regimes richten. Der Verfasser hat vier Richtungen in der deutschen Opposition gefunden, die sich zur Erreichung des gesetzten Zieles durch die Wahl der Mittel unterschieden.

1. Zur Verhinderung einer alleinigen nationalsozialistischen Regierung und nach deren Bildung zur Beseitigung dieser Regierung mit legalen Mitteln hatten sich in den Jahren 1932/34 verschiedene, bislang getrennt operierende Kräfte in verschiedenen Kreisen vereinigt und versucht, erfolgversprechende Maßnahmen einzuleiten<sup>14)</sup>).

Es wurde versucht, die Nationalsozialisten in die Regierung einzubeziehen (Brüning), die NSDAP zu spalten (Brüning), den Reichspräsidenten einzuschalten<sup>15)</sup>, die Gewerkschaften zu mobilisieren<sup>16)</sup>. Nach dem 30. Januar 1933 rechnete diese Opposition mit einer nur vorübergehenden Regierungszeit der NSDAP, der die Überwindung wirtschaftlicher und vor allem finanzieller Probleme unüberwindliche Schwierigkeiten bereiten würde.

Den Abschluß dieser Phase der „legalen Opposition“ bildete der Versuch, durch eine von Edgar Jung verfaßte Papen-Rede eine entscheidende Aktion einzuleiten. Doch schon wenige Tage später beseitigte Hitler neben der inneren

<sup>13)</sup> Der Reichstag setzte sich nur aus Mitgliedern der NSDAP und aus bei dieser hospitierenden Abgeordneten zusammen.

<sup>14)</sup> Brief des Reichskanzlers a. D. Brüning an Dr. Rudolf Pechel; in Deutsche Rundschau, Juli 1947 (Heft 7), S. 1 ff.

<sup>15)</sup> Brief des Reichskanzlers a. D. Dr. Brüning an Dr. R. Pechel, a.a.O. Mündliche Mitteilungen Dr. K. Spieckers an den Verfasser. (Sp. hatte unter der Regierung Brüning das Amt eines Sonderkommissars für die Bekämpfung des Nationalsozialismus inne).

<sup>16)</sup> Im Winter 1932/33 wurden Versuche unternommen, die Richtungsgewerkschaften (d. h. freie, christliche und Hirsch-Dunckersche Gewerkschaften — nicht die Deutsche Arbeitsfront, die „Gelben Vereine“ und die kommunistischen Gewerkschaften) zu vereinigen. In: Lic. A. Grunz „Geschichte der Christlichen Gewerkschaften“, Manuskript, 1948, S. 118 ff. Vgl. auch Brief Brünings an Pechel, a.a.O.

Parteiopposition (Röhm) auch die ihm gefährlich erscheinenden Gegner aus dem anderen Lager (Schleicher, Jung, Klausener) (30. Juni 1934)<sup>17)</sup>.

2. Die zweite Richtung der politischen Opposition gegen das nationalsozialistische Regime ordnete jede spätere Aktion der Notwendigkeit eines offensiven Gewaltaktes unter. Der entscheidende Versuch wurde mit Hilfe von Teilen der Wehrmachtführung am 20. Juli 1944 unternommen. Bis zu dieser Aktion hatte sich ein langer, jedoch keineswegs kontinuierlicher Prozeß der Sammlung und Konsolidierung einer Opposition vollzogen, die sich in einen „zivilen“, d. h. politischen, und einen „militärischen Sektor“ unterteilte<sup>18)</sup>.

3. Daneben versuchte der noch unter der nationalsozialistischen Regierung als preußischer Finanzminister amtierende Dr. Popitz, das Ziel durch eine Spaltung der Regierung zu erreichen<sup>19)</sup>.

4. Die vierte Richtung wurde besonders vom „Kreisauer Kreis“ vertreten. Teils aus grundsätzlichen Erwägungen — Ablehnung des „Tyrannenmordes“ —, teils auf Grund der Auffassung, daß ein gewaltsamer Staatsstreich unter den bestehenden Bedingungen des straff organisierten Polizeistaates und bei den der Opposition zur Verfügung stehenden Mitteln zum Scheitern verurteilt sei, herrschte in ihm die Anschauung vor, daß Deutschland den Weg bis zur endgültigen militärischen Niederlage gehen und dann sofort eine verhandlungsfähige Regierung gebildet werden müsse, deren Aufgabe es sein müsse, über die Kluft des Mißtrauens der Alliierten gegen alles Deutsche hinweg die Brücke für eine Zusammenarbeit zu schlagen und möglichst bald internationale Anerkennung zu erlangen<sup>20)</sup>.

Den unter 2. und 4. genannten Hauptrichtungen entstammen eine Anzahl Denkschriften und Entwürfe über die zukünftige Politik und die Grundlagen des „neuen Deutschlands“<sup>21)</sup>. Sie enthalten Pläne und Auffassungen, die in den Nachkriegsparteien nachgewirkt haben.

Die Bildung einer deutschen Regierung nach dem durch die Alliierten erzwungenen Zusammenbruch, wie sie dem Kreisauer Kreis vorschwebte, soll in diesem Zusammenhang behandelt werden, da hierbei das für die Nachkriegsparteien so wichtige Problem der Politik der Alliierten und der Notwendigkeit

<sup>17)</sup> Edmund Forschbach, „Vom Widerstand zum Aufbau“, in: Informationsdienst des Zonenausschusses der CDU, April/Mai 1950.

Hans Rothfels, „Deutsche Opposition gegen Hitler“, Krefeld 1949.

Rudolf Pechel, „Deutscher Widerstand“, Zürich 1947, S. 75 f.

<sup>18)</sup> Rothfels, a.a.O., S. 79/122.

<sup>19)</sup> Rothfels, a.a.O., S. 110 ff.

<sup>20)</sup> Rothfels, a.a.O., S. 135 ff.

Pechel, a.a.O., S. 114 ff.

Theodor Steltzer, „Von deutscher Politik“, Frankfurt/Main 1949, S. 71 ff., 81 ff., 154 ff.

<sup>21)</sup> Steltzer, a.a.O., S. 154 ff.

Pechel, a.a.O., S. 304.

Europa-Archiv, 5. Jahrg. 1950, Folge 14.

einer Verständigung mit ihnen aufgeworfen und beantwortet werden mußte. Zugrunde liegt die von Theodor Steltzer am 15. Juli 1944 — also wenige Tage vor dem Attentat vom 20. Juli 1944 — zur Unterrichtung der Alliierten verfaßte Denkschrift<sup>22)</sup>.

Nach Auffassung ihres Verfassers muß eine im Augenblick des Zusammenbruches zu bildende provisorische deutsche Regierung nach folgenden Gesichtspunkten zusammengesetzt werden:

1. sie darf nicht Einzelinteressen oder eine Klasse oder Schicht, sondern muß das ganze deutsche Volk vertreten;
2. sie muß aus Persönlichkeiten bestehen, die entweder persönliche Autorität besitzen oder sich auf Kreise stützen, die unabhängig vom Hitlerismus waren und daher nach dessen Beseitigung besonderes Ansehen genießen;
3. ihre Vertreter dürfen nicht durch den Nationalsozialismus kompromittiert sein, sondern müssen in nachweisbarer Gegnerschaft zu ihm gestanden haben;
4. ihre Mitglieder müssen nach ihrer geistigen Haltung und Einstellung den europäischen Grundwerten, vor allem dem Gedanken des Rechts und der Menschenwürde, verbunden sein;
5. sie muß eine Auffassung von den übernationalen Problemen erkennen lassen, die mit der Zielsetzung anderer Völker zusammenfällt oder zumindest nicht unvereinbar ist;
6. die Führung muß innenpolitische und soziale Ziele verfolgen, die mit einem gesamteuropäischen Aufbau und einer anzustrebenden Weltordnung vereinbar sind;
7. ihre Vertreter müssen entschlossen sein, den Nationalsozialismus in Deutschland nicht nur in seinen äußeren Erscheinungen radikal zu beseitigen, sondern auch innerlich zu überwinden;
8. ihre Vertreter dürfen keine Theoretiker sein, sondern müssen mit einer klaren, grundsätzlichen Einstellung ein konkretes Anschauungsvermögen und praktische Erfahrungen verbinden.

Für die Bildung einer deutschen Regierung im Zeitpunkt des deutschen Zusammenbruches sieht Steltzer drei Haupthindernisse:

- a) Als kritische Zeit wird die zwischen „dem zu erwartenden Kollaps“ und dem Augenblick betrachtet, in dem die Bildung einer solchen Regierung gelingt.

„In dieser Zeit können sich in Deutschland und in den deutsch besetzten Ländern Dinge ereignen, die die gesamteuropäische Entwicklung auf lange Zeit negativ beeinflussen können. Wir sind zu unserem Einsatz auf jeden Fall entschlossen. Die zunehmende Schnelligkeit der Entwicklung und beunruhigende Nachrichten über nationalsozialistische Absichten in der Endphase des Krieges<sup>23)</sup> machen es aber fraglich, ob

<sup>22)</sup> Steltzer, a.a.O., S. 81 ff.

<sup>23)</sup> Wahrscheinlich sollte damit auf die Gefahr der Kriegführung der „verbrannten Erde“ hingewiesen werden.

die Durchführung unserer Absichten aus eigener Kraft möglich ist. Wir sehen die entgegenstehenden Schwierigkeiten sehr nüchtern und illusionslos.“

- b) Die zweite Schwierigkeit besteht in der Fragwürdigkeit der Vereinbarkeit des deutschen Zieles (eine deutsche Regierung nach dem Zusammenbruch) mit den politischen Zielen der Alliierten, sowie darin, die Vertrauensgrundlage zu schaffen, auf der eine Zusammenarbeit zwischen den Alliierten und einer deutschen Regierung möglich sein wird.

In der Beurteilung des Verhältnisses des Auslandes zu Deutschland heißt es:

„Das ganze Ausland hat jedes Vertrauen zum deutschen Volk verloren und sieht es von Grund aus als antieuropäisch, antidemokratisch, anmaßend und der Macht verfallen an. . . . Das Ausland kann aber nicht übersehen, daß in Deutschland nach dem ersten Weltkrieg auf allen Gebieten echte, tief verwurzelte Gegenkräfte im Aufbrechen waren. . . . Diese Kräfte sind da. Wir wissen gerade aus den gesunden Ansätzen freier volkspädagogischer Arbeit der Vorkriegsjahre, wie gesund die Substanz der einfachen Schichten unseres Volkes im Arbeiter-, Bauern- und Handwerkertum noch ist. Aber diese Schichten sind in Deutschland noch nie zur freien und selbständigen Mitarbeit freigemacht, nachdem der große Ansatz des Freiherrn vom Stein scheiterte.“

Die Frage aufwerfend, ob diese Kräfte von den Alliierten anerkannt würden, zeichnet Steltzer ein Bild ihrer voraussichtlichen politischen Absichten. Gewißheit scheine über die Forderungen der bedingungslosen Kapitulation, der Entwaffnung und Besetzung sowie über den Grundsatz zu bestehen, daß die Atlantik-Charta auf Deutschland keine Anwendung finden solle. Ob Deutschland eine Einheit bleiben oder aufgeteilt und eine „langjährige Unterjochung und jahrzehntelange Erziehung durch die Siegermächte“ durchgeführt werden solle, sei noch nicht entschieden. Steltzer glaubt aber nicht, daß die Lage nach dem deutschen Zusammenbruch ohne „aktive Einschaltung der aufbauwilligen Kräfte Deutschlands durch eine deutsche Regierung, die mit den Alliierten zusammenarbeitet“, gemeistert werden könne.

„Die Mitarbeit an einer Unterjochungspolitik ist für uns („aber“ muß dem Sinn nach ergänzt werden; Anm. d. Verf.) unmöglich. . . . Wir sind der Auffassung, daß keine zwingenden Gesichtspunkte dafür vorhanden sind, aus den Notwendigkeiten der Friedenssicherung und Entwaffnung Deutschlands eine Unterjochungspolitik zu begründen.“

- c) Das dritte Problem für die Bildung einer provisorischen deutschen Regierung nach dem Zusammenbruch wird in der Haltung des deutschen Volkes während der Endphase des Krieges und danach gesehen.

Auch im innerdeutschen staatlichen Leben sei kein Vertrauen mehr möglich und vorhanden. Über die Lage und Problematik herrsche grenzenlose Ungewißheit, da eine

„terroristische und verdummende Propaganda die Wahrheit aus dem Bewußtsein des deutschen Volkes auszutreiben suche. . . . In manchen Kreisen trifft man noch auf einen wertlosen Zwangs- und Angstoptimismus, der im Moment der Krise geradezu seelische Katastrophen hervorrufen muß.“

Im übrigen herrsche ein dumpfer und hoffnungsloser Pessimismus, an den man auch nicht anknüpfen könne.

Die Denkschrift enthält keine Ausführungen über die Verständigungsmöglichkeiten mit einzelnen Alliierten und erwägt nicht etwaige Schwierigkeiten, die sich aus einer Besetzung deutscher Gebiete schon vor der Kapitulation ergeben könnten.

Mit dem Schlußabsatz der Denkschrift wird dann ein Problem aufgeworfen, das man von deutscher Seite aus mehrfach zu lösen versuchte: die Verständigung der Opposition mit den alliierten Staaten. Rothfels berichtet von mehreren deutschen Versuchen, besonders die Westmächte von der Existenz, den Zielen und der Entwicklung der inneren Opposition zu unterrichten<sup>24</sup>).

In der offiziellen Politik der Alliierten wurde jedoch an keiner Stelle auf diese Opposition Bezug genommen; es kam auch zu keiner Verständigung über die alliierte Haltung nach einem gelungenen deutschen Staatsstreich oder nach der deutschen Kapitulation.

Der Versuch, die nationalsozialistische Regierung durch eine nichtnationalsozialistische abzulösen, gelang der Opposition nicht. Nach der Kapitulation ging die Staatsgewalt direkt in die Hände der Alliierten über.

\*

Die ablehnende Haltung der Alliierten der deutschen Opposition und ihren Zielen gegenüber wirft die Frage nach den alliierten Absichten in Deutschland auf.

In den Verlautbarungen nach den verschiedenen gemeinsamen Konferenzen wurde nicht von einer deutschen Regierung als Verhandlungspartner gesprochen. Von der „bedingungslosen Kapitulation“ ausgehend, wurde Deutschland in Okkupationsgebiete aufgeteilt und eine gemeinsame Kontrolle und Verwaltung („Zentral-Kontroll-Kommission“) beschlossen, die die Durchführung der alliierten Pläne zur Aufgabe haben sollte.

In der von den Vertretern des Oberkommandos der Deutschen Wehrmacht am 8. Mai 1945 unterzeichneten Kapitulationserklärung unterwarfen sich die Wehrmacht und Deutschland allen weiteren von den Alliierten zu bestimmenden Kapitulationsbedingungen<sup>25</sup>).

Dem Sinne nach darauf Bezug nehmend, stellte die alliierte Erklärung vom 5. Juni 1945 fest, daß die oberste Gewalt in Deutschland von den Regierungen der vier Großmächte übernommen worden sei, und zwar

<sup>24</sup>) Rothfels, a.a.O., S. 156 ff.; auch Pechel, a.a.O., S. 261 ff.

<sup>25</sup>) Die deutsche Kapitulationserklärung, die nur von deutscher Seite unterzeichnet wurde (die Unterschriften der Alliierten bestätigten lediglich die deutsche Unterschrift), lautet in Punkt 4:

„Dieses Protokoll präjudiziert nicht seine Ersetzung durch ein anderes generelles Kapitulationsdokument, das von den Vereinten Nationen oder in ihrem Namen in Anwendung auf Deutschland und die gesamten deutschen Streitkräfte abgefaßt werden wird.“

„einschließlich aller Befugnisse der deutschen Regierung, des Oberkommandos der Wehrmacht und der Regierungen, Verwaltungen oder Behörden der Länder, Städte und Gemeinden <sup>26)</sup>“.

In der Begründung dieses Schrittes heißt es:

„Es gibt in Deutschland keine zentrale Regierung oder Behörde, die fähig wäre, die Verantwortung für die Aufrechterhaltung der Ordnung, für die Verwaltung des Landes und die Ausführung der Forderungen der siegreichen Mächte zu übernehmen.“

Im gleichen Sinne hatte Churchill am 16. Mai 1945 auf eine Anfrage des konservativen Abgeordneten Henderson im Unterhaus geantwortet: es könne in Deutschland während der Besatzungszeit weder von einer regionalen noch von einer Zentralregierung gesprochen werden. Er möchte lieber den Ausdruck einer „deutschen Verwaltung“ gebrauchen. Die Alliierten verfolgten das Ziel, Deutschland zwar durch eine deutsche Instanz, aber nach ihren Richtlinien verwalten zu lassen.

Die in Flensburg bis zum 23. Mai 1945 tätige „Regierung Dönitz“ wurde von den alliierten Oberbefehlshabern *nicht* als deutsche Regierung anerkannt. Dies geht sowohl aus Äußerungen des Grafen Schwerin-Krosigk als auch aus einer amtlichen Erklärung des westalliierten Oberkommandos vom 16. Mai 1945 hervor, die feststellt, daß die „Organisation Dönitz keine Regierung darstelle und von den Alliierten in keiner Weise anerkannt“ werde<sup>27)</sup>.

Die einzelnen Maßnahmen der Alliierten und ihre Erklärungen lassen erkennen, daß es ihr Ziel war, in Deutschland die oberste Gewalt, und zwar uneingeschränkt durch eine anerkannte deutsche Regierung, zu übernehmen und auszuüben.

\*

Die Entfaltungsmöglichkeiten deutscher politischer Kräfte waren somit in starkem Maße abhängig von den alliierten Zielen und der Art ihrer Durchführung durch die einzelnen Besatzungsmächte.

Worin bestanden die gemeinsamen Ziele der Alliierten in Deutschland?

Unabhängig von der zukünftigen Gestaltung der Grenzen und von der Frage, ob Deutschland eine staatliche Einheit bleiben oder in Einzelstaaten aufgeteilt werden solle, stellten die Potsdamer Beschlüsse drei Hauptziele auf:

1. Die „Gefahr einer neuen deutschen Verletzung des Friedens und der Sicherheit anderer Staaten und der Welt“ sollte beseitigt werden.

2. Bei einer späteren Aufnahme Deutschlands in die Vereinten Nationen, d. h. bei Wiederherstellung normaler diplomatischer und wirtschaftlicher Beziehungen zu anderen Nationen, sollte das politische Leben in Deutschland „endgültig“ von „demokratischen und friedlichen Gesichtspunkten“ bestimmt sein.

<sup>26)</sup> Deklaration der Oberbefehlshaber der Armeen der vier Mächte Frankreich, UdSSR, Großbritannien und USA über die Folgen der deutschen Kapitulation; in: Gesetze und Verordnungen des alliierten Kontrollrates, S. 20.

<sup>27)</sup> Keesing, a.a.O., Band 1945, S. 227 f., 288.

3. Deutschland sollte, soweit nur irgend möglich, zur Wiedergutmachung der durch den Krieg in den Gebieten der Alliierten entstandenen Kriegsschäden herangezogen werden.

Um diese Ziele zu erreichen, hatten sich die Alliierten auf bestimmte Grundsätze geeinigt, die sich wie folgt ordnen lassen:

Zu 1.: Deutschland muß nicht nur vollständig waffenlos sein, es müssen auch alle militärischen und halb-militärischen Organisationen und Vereine aufgelöst und verboten werden (Kampf gegen den „Militarismus“). Die militärische Führungsschicht muß jeden Einflusses auf das öffentliche Leben in Deutschland beraubt werden. Dem deutschen Volk müssen das Ausmaß und die Folgen seiner militärischen und politischen Niederlage eindringlich klar gemacht werden. Die NSDAP, die ihr angeschlossenen Gliederungen und die mit ihr verbundenen Institutionen müssen restlos beseitigt werden. Alle Personen, die in irgendeiner aktiven Verbindung zum Nationalsozialismus gestanden haben, sollen aus einflußreichen Stellungen im öffentlichen Leben, in der Wirtschaft und in privaten Unternehmungen entlassen werden. Alle Gesetze, die auf dem „geistigen Boden des Nationalsozialismus“ beruhten, sollen aufgehoben werden. Die als verantwortlich Bezeichneten werden vor ein Gericht gestellt. Die Industriekapazität muß auf den Friedensbedarf zurückgebracht, die Rüstungsindustrie demontiert oder zerstört und das Wirtschaftsleben — wie das Staatsleben — dezentralisiert werden, um eine erneute Machtzusammenballung zu verhindern.

Zu 2.: Auf der Basis der Dezentralisierung der Verwaltung und des Staatsaufbaus und der Entwicklung einer lokalen deutschen Selbstverwaltung soll das Staatsleben „demokratisch“ aufgebaut werden. Dazu sind alle „*demokratischen politischen Parteien zu fördern*“. Eine zentrale deutsche Regierung soll bis auf weiteres nicht gebildet werden. — Die Potsdamer Beschlüsse lassen also die Hoffnung, daß mit Hilfe der „demokratischen Parteien“ zu einem späteren Zeitpunkt eine deutsche Regierung gebildet werden würde, die auf einer in Aussicht gestellten späteren Friedenskonferenz Deutschland zu vertreten habe.

Zu 3.: Deutsche Auslandsguthaben, Industrieanlagen und Entnahmen aus der laufenden Produktion sollen die wesentlichen Quellen für die zu leistenden Reparationen sein.

Die Durchführung dieser gemeinsam beschlossenen Ziele sollte, soweit sie das ganze Deutschland betrafen, durch Richtlinien gesichert werden, die ein zu diesem Zweck geschaffener Kontrollrat in Berlin einstimmig beschließen würde. Die Kontrollbehörden in den Besatzungszonen und die Mitglieder des Kontrollrates waren ihren Regierungen unterstellt.

Die darin zum Ausdruck kommende starke Bindung der einzelnen Zonen und ihrer Besatzungsbehörden an die Regierung der jeweiligen Besatzungsmacht wurde Ausgangspunkt einer unterschiedlichen Entwicklung und de-facto-

Spaltung Restdeutschlands. Die selbständige Entwicklung der einzelnen Zonen verstärkte sich infolge der Veränderung der Beziehungen der alliierten Mächte untereinander.

Als Ergebnis dieser Entwicklung stellte Lord Beveridge in seinem Deutschlandbericht im Jahre 1946 fest, daß „heute die Zonen hermetisch voneinander abgetrennte Gebiete seien, die jedoch für sich nicht lebensfähig“ wären<sup>28)</sup>.

Unter dem Gesichtspunkt, die „Demokratisierung“ des politischen Lebens in Deutschland nunmehr „endgültig“ durchzusetzen, sahen die Potsdamer Beschlüsse zunächst die Wiedererrichtung einer lokalen deutschen Selbstverwaltung vor, in der gewählte Räte gebildet werden sollten. Diese Wahlen und politische Diskussionen durchzuführen, sollte zu den wesentlichen Aufgaben der von den Besatzungsmächten zu fördernden „demokratischen Parteien“ gehören, die zu bilden den Deutschen zugestanden wurde.

Als sich die Alliierten in Potsdam auf dieses politische Programm einigten, bestanden in der sowjetischen Zone bereits deutsche politische Parteien, die zu gründen der Befehl Nr. 2 der Militäradministration zugestanden hatte. Dieser Befehl war am 10. Juni 1945 veröffentlicht worden, zu einer Zeit, als ganz Berlin noch unter sowjetischer Verwaltung stand. Wenige Tage danach bildete sich die Kommunistische Partei, dann die Sozialdemokratische Partei und etwas später die Christlich-Demokratische Union und die Liberal-Demokratische Partei<sup>29)</sup>.

Der Befehl erlaubte die Bildung

„antifaschistischer Parteien, die sich die Ausrottung der Überreste des Faschismus und die Festigung der Grundlage der Demokratie und der bürgerlichen Freiheit Deutschlands und die Entwicklung der Initiative und Selbstbetätigung der breiten Massen der Bevölkerung in dieser Richtung zum Ziel setzen“.

Unter den gleichen Bedingungen konnten sich Gewerkschaften konstituieren. Die Tätigkeit der Parteien und Gewerkschaften sollte während der Besatzungszeit „unter der Kontrolle der Sowjetischen Militärverwaltung und entsprechend den von ihr gegebenen Instruktionen vor sich gehen“.

In den westlichen Besatzungszonen wurden entsprechende Verordnungen erst nach dem Potsdamer Abkommen erlassen, in der britischen Zone am 15. September nach einer Ankündigung in einem Aufruf Montgomerys vom 6. August 1945<sup>30)</sup>. Schon vorher hatten sich jedoch in den meisten Gebieten bereits inoffiziell politische Parteien gebildet.

Mit der Übernahme der obersten Gewalt war das Recht, die politische Entwicklung deutscher Kreise in der Öffentlichkeit zu kontrollieren, in die Hände der Alliierten übergegangen. In Potsdam oder in selbständigen Verordnungen

<sup>28)</sup> Europa-Archiv, I. Jahrg. 1946, 4./5. Folge (Oktober/November), S. 181 ff.: Die Großmächte und die deutsche Frage.

<sup>29)</sup> Am 11./12. Juni trat die KPD an die Öffentlichkeit, am 14./15. Juni die SPD, am 23. Juni die CDU. Anfang Juli wurde die LDP lizenziert.

<sup>30)</sup> Keesing, a.a.O., Band 1945, S. 353.

einzelner Besatzungsmächte wurden die Bedingungen und Grenzen deutscher politischer Entfaltung bestimmt.

Für die sich in den einzelnen Zonen bildenden politischen Parteien ergab sich daraus die Grundfrage, ob es in dieser Situation überhaupt Möglichkeiten für eine eigene deutsche Politik geben konnte.

## 2. Kapitel:

### Die innerdeutschen Bedingungen politischen Lebens nach dem Zusammenbruch

Fast sechs Jahre hatte Deutschland unter Heranziehung aller Reserven Krieg geführt. Am Tage der Kapitulation war beinahe sein gesamtes Territorium vom Krieg überzogen, ein großer Teil der Industrie, viele Städte und ein beträchtlicher Prozentsatz der Verkehrsverbindungen waren zerstört, die staatliche Verwaltungsmaschinerie desorganisiert. In Berlin lebten sechs Wochen nach dem Krieg kaum mehr als die Hälfte der früheren 4,3 Millionen Einwohner. Köln — 1939 eine Stadt mit über 750 000 Einwohnern — war am Tage der Übergabe von weniger als 40 000 Menschen bewohnt<sup>31)</sup>.

Aus Ostdeutschland strebte seit den Herbsttagen des Jahres 1944 ein nach Millionen zählender Strom von Flüchtlingen nach Westen. Über 5 Millionen ausländische Arbeiter und Kriegsgefangene lebten in Deutschland.

Das Volumen der industriellen Produktion hatte sich bis Kriegsende auf 15 % des Vorkriegsstandes gesenkt<sup>32)</sup>.

Die gravierenden Merkmale des staatlichen Zusammenbruchs waren die Auflösung der Reichsverwaltung und die Auflösung des Landes Preußen (diese offiziell erst 1947).

Einige Punkte seien herausgegriffen, um die innerdeutsche Situation von 1945 deutlicher zu kennzeichnen.

\*

In Deutschland lebten nach dem Zusammenbruch ungefähr 25 Millionen Menschen nicht mehr an ihrem früheren Wohnsitz<sup>33)</sup>. Die Menschenverluste werden auf 5 bis 6 Millionen geschätzt. Mindestens 5 Millionen Deutsche befanden sich in Kriegsgefangenschaft.

Die Heimatvertriebenen und Kriegsgefangenen waren vorerst nicht in der Lage, die Entfaltung politischer Parteien zu tragen, obwohl sie selbst zweifellos ein „politisches Problem“ darstellten.

<sup>31)</sup> Leo Schwering, „Entstehung und Aufstieg der CDU“, Köln 1946, S. 15. Leo Schwering, „Vorgeschichte und Entstehung der CDU“, Köln 1952, 2., neu bearbeitete und erweiterte Auflage, S. 17.

<sup>32)</sup> Almond, „The Struggle for Democracy in Germany“, Published in The University of North Carolina 1949, S. 111 ff., 134 f.

<sup>33)</sup> Almond, a.a.O., S. 111 ff. Bestätigung dieses Tatbestandes durch den Suchdienst des Deutschen Roten Kreuzes in Hamburg gegenüber dem Verfasser im April 1952.

Daneben war eine Gruppe Deutscher „aus politischen Gründen“ von einer aktiven politischen Tätigkeit ausgeschlossen. Mehrfach wird berichtet, daß in Deutschland zwischen 8 und 10 Millionen Menschen Mitglied der NSDAP oder ihrer Gliederungen waren. Der Verfasser konnte diese Zahl nicht nachprüfen, sie möge jedoch als Anhaltspunkt dafür dienen, daß die Gruppe der direkt oder indirekt „politisch Belasteten“ sehr groß war.

Andererseits handelt es sich bei der Gründung politischer Parteien stets um einen verhältnismäßig kleinen Kreis von Menschen, der die Partei lenkt und die täglichen politischen Entscheidungen fällt. Auch waren 1945 „nur nominelle Mitglieder der NSDAP“ von einer politischen Betätigung nicht vollständig ausgeschlossen. Einige Parteien lehnten aber auch die Mitarbeit von früheren nur nominellen Mitgliedern der NSDAP ab<sup>34</sup>).

Almond berichtet, daß in der britischen Zone während der Entnazifizierungsverfahren bis zum 1. Januar 1947 300 000, in der amerikanischen fast 400 000 Personen aus verantwortlichen Stellungen entlassen wurden<sup>35</sup>).

Auch in der Besitz- und Berufsschichtung der Bevölkerung hatte der Krieg erhebliche Wandlungen mit sich gebracht. Die Kriegszerstörungen und die durch Bewirtschaftung der Verbrauchsgüter und Festpreispolitik zunächst verdeckt gebliebene, infolge der Kriegskosten aber unvermeidbare inflationistische Tendenz der Währung führte zu einer allgemeinen Verarmung, die sich allerdings auf die Bevölkerung nicht gleichmäßig stark auswirkte. Sie traf besonders die Flüchtlinge, die Bevölkerung der zerstörten Städte und die Einwohner der sowjetischen Besatzungszone, in der Spar- und Bankguthaben sofort nach der Besetzung durch ein Dekret der Militäradministration blockiert wurden.

Nach dem Kriege gingen Gebiete, die ungefähr ein Viertel der landwirtschaftlichen Erzeugnisse geliefert hatten, verloren, während die deutsche Bevölkerung dieser Gebiete nach dem Westen ausgewiesen wurde. Gleichzeitig blieb die Produktion von Nahrungsmitteln in den anderen Gebieten weit hinter den Erträgen früherer Jahre zurück. Die Einfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse war angesichts der politischen Lage und des Rückganges der industriellen Produktion vorerst ungesichert. Infolgedessen sank der Kalorienwert der Ernährung pro Kopf der Bevölkerung auf 1300 (Friedensstand 3080). Die Mangellage an Nahrungsmitteln machte sich besonders stark in dem dicht besiedelten Industriegebiet im Westen der britischen Zone bemerkbar. Vorhandene Überschüsse in

---

<sup>34</sup>) In den Eintrittsformularen der Berliner CDU, die 1945 gültig waren, heißt es: „Ich versichere, daß ich weder der NSDAP noch einer ihrer Gliederungen angehört habe . . .“ Und in den Satzungen findet sich folgender Passus: „Von der Aufnahme sind Mitglieder der NSDAP und deren Gliederungen nach Maßgabe der Richtlinien des Einheitsblocks der vier antifaschistischen, demokratischen Parteien ausgeschlossen.“ Archiv der Berliner Landesgeschäftsstelle der CDU, Akte Organisation.

<sup>35</sup>) Almond, a.a.O., S. 111 ff.

den verbliebenen Agrargebieten wurden für die dorthin gekommenen Flüchtlingsmassen benötigt.

\*

Da es nicht annähernd möglich ist, ein objektives Bild darüber zu gewinnen, welche Reaktionen die Geschehnisse, besonders der deutsche Zusammenbruch, im Bewußtsein der Bevölkerung ausgelöst hatten, beschränkt sich der Verfasser darauf, die Auffassungen von Deutschen, die in der ersten Nachkriegszeit im politischen und öffentlichen Leben tätig waren, zu zitieren.

Im Juli 1944 schrieb Theodor Steltzer:

„In manchen Kreisen trifft man noch auf einen wertlosen Zwangs- und Angstoptimismus, der im Moment der Krise geradezu seelische Katastrophen hervorrufen muß; im übrigen herrscht ein hoffnungsloser Pessimismus, an den man auch nicht anknüpfen kann ...<sup>36)</sup>.“

Im Zusammenhang mit den Besprechungen über die Zulassung politischer Parteien verzeichnete Freiherr von Senfft-Pilsach, ein Mitglied des Schlangekreises in Ostholstein, in dem eine christlich-demokratische Aufbau-Partei gegründet wurde, in einem politischen Lagebericht am 10. November 1945:

„Die Masse des deutschen Volkes ist politisch müde und überdrüssig, lebt unter den lähmenden Eindrücken und Einflüssen in einer gewissen stumpfen Lethargie und wird ganz durch die ernstesten Sorgen um des Leibes Nahrung und Notdurft in Anspruch genommen; auf diesem ungünstigen und unbereiteten Boden ist die Arbeit nicht leicht<sup>37)</sup>.“

Die gleichen Merkmale der politischen Mentalität eines großen Teiles der deutschen Bevölkerung wurden in Wuppertal in einem Kommentar zu einem Aufruf der Christlich-Demokratischen Union im Frühjahr 1946 festgestellt:

„Der Aufruf will mit Recht der Passivität entgegentreten, die sich nach dem beispiellosen Zusammenbruch des Reiches weitester Kreise bemächtigt hat, die nun ohne ein anderes Ziel, als sich die nötigen Lebensmittel, ein Obdach und eine vorläufige Existenz zu sichern, in völliger Gleichgültigkeit oder Abneigung gegen jede Art von Mitarbeit an der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Neugestaltung unseres öffentlichen Lebens abseits stehen ...<sup>38)</sup>.“

Zwei Vorträge von Professor Nohl und Professor Baumgarten in Göttingen im Juli 1945 stellen übereinstimmend fest, daß ein großer Teil der Menschen unter der Unübersehbarkeit und Unsicherheit seiner Situation leide. Baumgarten führte aus:

„Um ein Beispiel zu nennen. Im Jahre 1916 hat Max Weber gesagt, wir müßten warten, bis die Feldgrauen zurückkehren. Erst dann können wir sagen, was wir wirklich wollen. — Dem Zug der zurückkehrenden Soldaten begegnen wir heute auf allen

<sup>36)</sup> Steltzer, a.a.O., S. 89 f.

<sup>37)</sup> Freiherr von Senfft-Pilsach, „Quo usque tandem?“ Betrachtungen zur politischen Lage. Manuskript 1945/46, S. 45 ff. Archiv von Senfft /1.

<sup>38)</sup> „Kritische Überlegungen zum Aufruf und zum Programm der CDU für die britische Zone vom 1. März 1946 und der Wuppertaler Vorschlag“, Mai 1946. Archiv L. Schwering/Fasz. VI/43.

Straßen. Aber dieser Zug der zurückkehrenden Soldaten bietet den Anblick vollständiger Verlegenheit ...<sup>39)</sup>“

Es war aber nicht nur die Ungewißheit über den Weg, den Deutschland gehen sollte; ein großer Teil der Bevölkerung litt ebenso unter persönlicher Unsicherheit, wie aus einem Bericht aus dem sowjetischen Besatzungsgebiet vom Juni 1945 hervorgeht<sup>40)</sup>.

Außerdem war es sehr schwer, sichere Nachrichten zu erhalten. Die bereits erwähnten politischen Lageberichte des Freiherrn von Senfft stellen in der später verfaßten Einleitung (August 1946) fest:

„... so gab ihnen (den Berichten; Anm. d. Verf.) den äußeren Rahmen eine Zeit, in der zunächst weder Bahn- noch Postverkehr, noch Zeitungen die Verbindung mit der Außenwelt vermittelten, in der lediglich der Nachrichtendienst der Sender der Militärregierungen und unkontrollierbare Berichte von Mund zu Mund vom Zeit- und Weltgeschehen Kunde gaben ...<sup>41)</sup>“

Die Ursache für das in den ersten Berichten erwähnte fehlende politische Interesse der Bevölkerung sieht Th. Steltzer in der vorherrschenden Auffassung begründet, daß Deutschland nach der Niederlage nur noch Objekt der Politik auswärtiger Mächte sei und es Möglichkeiten einer eigenen deutschen Politik nicht geben könne<sup>42)</sup>.

Davon berichtet auch Dr. Leo Schwing am 28. März 1945 aus Köln:

„... und wie skeptisch ist die Jugend, wie mißtrauisch. Außerdem sieht sie den Erfolg der ‚Politik‘ — die völlige Katastrophe. Kann man es ihr übernehmen, wenn sie an allem zweifelt? Doch sie denken nicht weiter als von heute auf morgen, und sie scheinen keine Konsequenzen zu ziehen. Auf die Frage, was denn nun in Deutschland geschehen solle, da man doch wiederum irgendwie Politik machen müsse, zucken sie die Achseln. Sie begreifen die Schwere der Frage. Auch die Ausrede, daß eben der Feind uns regieren müsse, lasse ich nicht gelten. Irgendwann einmal werde er uns zwingen, selbst unser Schicksal in die Hand zu nehmen. Dann zucken sie wieder mit den Achseln, denn sie fühlen das Drängende dieser Frage und das Unangenehme ... Ein Ausweichen gibt es auf die Dauer nicht ...<sup>43)</sup>“

Den Druck, eine Entscheidung fällen zu müssen, spürte auch Adam Stegerwald:

„Die Alliierten verlangen von uns, daß wir den durch Preußen geschaffenen allmächtigen Staat, der die individuelle Entwicklung hemmt und in Reih- und Glied-Ordnung vernichtet, zerstören und von ihm Abschied nehmen. Sie wollen, daß die Deutschen ein freiheitliebendes, demokratisches Volk werden. Die gegenwärtige Generation und besonders die Jugend stehen vor der Frage, ob sie diesen Weg freiwillig

---

<sup>39)</sup> Vortrag von Prof. Baumgarten, Göttingen (früher Königsberg), am 18. Juli 1945 vor dem Göttinger Studenten-Ausschuß: „Geistige und moralische Erfordernisse der gegenwärtigen Situation“, Archiv von Senfft /190.

<sup>40)</sup> Bericht ohne Verfasserangabe. Archiv H. Th. Götz /VI/43.

<sup>41)</sup> Freiherr von Senfft/Pilsach, a.a.O., S. 1.

<sup>42)</sup> Steltzer, a.a.O., S. 14.

<sup>43)</sup> Dr. L. Schwing, Tagebuch, 28. März 1945. Archiv L. Schwing/Fasz. I/2, S. 79 f.

mitgehen wollen, oder ob sie sich ihm mit innerem Widerspruch entgegenstemmen wollen. Das (Sperrung von Stegerwald; Anm. d. Verf.) ist die Alternative, vor der das deutsche Volk steht . . .<sup>44</sup>.“

\*

Zusammenfassend muß festgestellt werden:

Die Verständigung politischer Gruppen war nach dem Kriege durch die mangelhaften Verkehrs- und Nachrichtenbedingungen sehr erschwert.

Einem großen Teil der Bevölkerung war es aus politischen Gründen nicht möglich, an der Neubildung der Parteien teilzunehmen.

In der Beurteilung der politischen Mentalität der deutschen Bevölkerung zeigt sich, daß gegenüber deutschen politischen Parteien nach dem Kriege und z. T. auch gegenüber politischen Fragen überhaupt Gleichgültigkeit oder Teilnahmslosigkeit herrschte. Die Enttäuschung über die bisherige politische Entwicklung Deutschlands, die Inanspruchnahme durch persönliche Existenzfragen und die Skepsis gegenüber der Möglichkeit einer eigenen deutschen Politik in der gegebenen Situation mögen als Ursachen dafür angesehen werden.

### 3. Kapitel:

## Die Errichtung einer staatlichen Ordnung und die Entfaltung deutscher politischer Kräfte unter alliierter Kontrolle

### A. Die Errichtung der deutschen Verwaltung

In der letzten Phase des Krieges — vom Herbst 1944 bis zum Frühjahr 1945 — schoben sich die alliierten Armeen vom Westen und Osten Schritt für Schritt bis nach Mittel-, Süd- und Ostdeutschland vor.

Während noch die oberste Gewalt bei der deutschen Regierung und dem Oberkommando der Deutschen Wehrmacht lag, errichteten die Alliierten in den schon besetzten Gebieten in Gemeinden, Kreisen und Städten — also auf der unteren Verwaltungsstufe — unter ihrer Kontrolle deutsche Verwaltungen. Während dieser Zeit — vom Herbst 1944 bis zum Frühjahr 1945 — wurde jedoch von alliierter wie von deutscher Seite kein Versuch unternommen, eine neue deutsche Zentralregierung zu bilden<sup>45</sup>).

Bei der Errichtung der lokalen Verwaltungen bedienten sich die Alliierten meist der überlieferten deutschen Organisation, während bei den größeren Verwaltungseinheiten — Provinzen und später bei den Ländern — neben dem auch dort weiter wirkenden deutschen Einfluß das Prinzip der Dezentralisation und die vollzogene Teilung Deutschlands in Besatzungszonen beachtet wurden.

<sup>44</sup>) Adam Stegerwald, „Wohin gehen wir?“, Rede vom 21. August 1945. Würzburg 1946, S. 12.

<sup>45</sup>) Beim Studium des Materials wurden vom Verfasser keine Hinweise auf derartige Versuche gefunden. Diese Feststellung sei jedoch mit dem Vorbehalt ausgesprochen, daß ihm gewiß nicht alle Quellen zu dieser Frage zugänglich waren.

In der britischen Zone entstanden zunächst sieben Provinzen (Oldenburg, Hannover, Braunschweig, Lippe-Deitmold, Westfalen, Nordrhein und Schleswig-Holstein) und ein Stadtstaat (Hamburg). Der südliche Teil der früheren preußischen Rheinprovinz kam zur französischen, einige Gemeinden Schleswig-Holsteins und Braunschweigs zur russischen, Bremen zur amerikanischen Zone.

Im Januar 1946 wurden einige zonale, unter britischer Verantwortung arbeitende Zentralverwaltungsbehörden (zunächst nur für den Sektor Ernährung und Landwirtschaft) und ein deutscher „Zonen-Beirat“ eingerichtet. Im Verlauf des gleichen Jahres entstanden aus den sieben Provinzen drei Länder: Nordrhein-Westfalen (mit Lippe-Deitmold), Niedersachsen (Hannover, Braunschweig, Oldenburg, Schaumburg-Lippe) und Schleswig-Holstein.

Die amerikanischen Besatzungsbehörden bildeten am 28. Mai 1945 das Land Bayern (Ministerpräsident Dr. Schäffer, der letzte Vorsitzende der Bayerischen Volkspartei bis 1933). In den anderen Teilen der Zone entstanden nach der Abtrennung des französischen Besatzungsgebietes zwei weitere Länder: Württemberg-Baden (aus den nördlichen Teilen der alten Länder Württemberg und Baden) und Groß-Hessen (aus dem früheren Land Hessen und der ehemaligen preußischen Provinz Hessen-Nassau).

Nach Bildung dieser Länder konstituierte sich im Herbst 1945 der „Länderrat“ der amerikanischen Zone, bestehend aus den Ministerpräsidenten der drei süddeutschen Länder und dem Senatspräsidenten der Hansestadt Bremen. Dieser Länderrat — der später durch einen Parlamentarischen Rat ergänzt wurde — konnte im Rahmen der Richtlinien der Besatzungsbehörden die Gesetzgebung in allen die ganze Zone betreffenden Angelegenheiten ausüben.

Die russische Militäradministration knüpfte bei der Bildung der Länder ihrer Zone an die bisherige Ordnung an: Mecklenburg wurde durch die westlichen Teile Pommerns, die nicht dem polnischen Verwaltungsgebiet zugeschlagen wurden, erweitert, ebenso die Länder Brandenburg und Sachsen durch die Reste der Provinz Schlesien. Das Land Thüringen blieb in seiner bisherigen Form, neugebildet wurde Sachsen-Anhalt. Im Herbst 1945 errichtete die Militärverwaltung elf deutsche Zentralbehörden.

Die französische Militärregierung schuf 1946 aus dem ehemaligen bayerischen Regierungsbezirk Pfalz, aus Rhein-Hessen, dem Südteil der preußischen Rheinprovinz — den Regierungsbezirken Koblenz und Trier — und aus vier Landkreisen der früheren preußischen Provinz Hessen-Nassau das Land Rheinland-Pfalz. Aus den französisch besetzten Teilen Württembergs und dem früheren preußischen Regierungsbezirk Sigmaringen entstand das Land Württemberg-Hohenzollern. Der in der französischen Zone gelegene Teil von Baden verblieb als selbständiges Land. Das Saargebiet wurde ebenfalls selbständig und später aus der Zone als „autonom“ herausgelöst.

Die Neuordnung der deutschen Länder zerschnitt somit als Folge der Zonen-  
teilung eine Reihe überlieferter staatlicher Gebilde, erhob eine Anzahl früherer  
Provinzen, vor allem preußischer, zu Ländern und stellte schließlich einige alte  
Länder mit unwesentlichen Veränderungen wieder her.

Neben der Kontrolle der staatlichen Neuordnung, die nur bis zur Bildung  
der Länder durchgeführt wurde, richteten sich die innenpolitischen Ziele der  
Alliierten, dem Prinzip der Dezentralisierung folgend, auf die Auflösung der im  
Verlauf der wirtschaftlichen Entwicklung entstandenen Großunternehmen und  
auf die Reform der Bodenbesitzverhältnisse<sup>46)</sup>.

Verbunden mit diesen drei Schwerpunkten der Neuordnungspolitik war die  
Personalpolitik. Alle den Alliierten als Nationalsozialisten oder als aktive  
Förderer (der NSDAP bekanntgewordenen Beamten und Inhaber verantwort-  
licher Stellungen im privaten Geschäfts- und Wirtschaftsleben wurden entlassen  
und durch „vertrauenswürdige“ Personen ersetzt<sup>47)</sup>).

Im Anfang der Besatzungszeit — in der Zeit vor der Kapitulation — benutzten  
die Okkupationsarmeen dabei meist mitgeführte Listen, in denen sie „ver-  
trauenswürdige“ Personen verzeichnet hatten. In vielen Fällen wandten sie sich  
auch an Geistliche mit dem Verlangen nach Bezeichnung geeigneter Personen<sup>48)</sup>.  
Eine Reihe der zuerst von ihnen Ernannten wurde später wieder abgesetzt,  
darunter Dr. Schäffer, Bayern, und Dr. Adenauer, Köln<sup>49)</sup>. Nach der Kapitulation  
wurde das Fragebogensystem angewendet. Über die von den Besatzungsmächten  
dabei beachteten Maßstäbe urteilt Almond<sup>50)</sup>:

„In diesen Fragen unterscheiden sich die Westzonen von der Ostzone sehr ... In  
der Ostzone verfolgte die Säuberung von Nationalsozialisten und die Entnazifizierung  
des Beamtenapparates klare politische Ziele. Während die Militäradministration nur  
die allgemeinen Richtlinien bestimmte, waren alle Ausführungsbestimmungen und die  
Durchführung dem Antifa-Block der vier zugelassenen Parteien überlassen (KPD,  
SPD, später SED, CDU, LDP). Tatsächlich hat sich die Errichtung des beim Zusammenbruch  
nicht mehr vorhandenen qualifizierten Beamtenapparates gleichzeitig mit  
der Belegung der Parteien vollzogen ... Diese Methode verfolgte einen doppelten  
Zweck. Einerseits regte sie das Wiedererstehen des politischen Lebens an. Andererseits  
diente diese Methode dazu, den überlieferten Beamtenapparat mit politisch ‚verläß-  
lichen‘ Kräften zu durchsetzen ...

Der Säuberung der Verwaltung von Nationalsozialisten in den anderen Zonen lagen  
andere Maßstäbe zugrunde. Zwar gab es zwischen den einzelnen westlichen Zonen

<sup>46)</sup> Die Schwer- und Großindustrie wurde in allen Besatzungszonen beschlagnahmt (z. B. die  
IG-Farben am 30. November, Krupp und der Ruhrkohlenbergbau am 16. bzw. 12. November  
1945). Die weitere Behandlung der beschlagnahmten Unternehmen war in den einzelnen Zonen  
sehr unterschiedlich. Die Gesetze zur Bodenreform wichen in den einzelnen Zonen stark von-  
einander ab.

<sup>47)</sup> Almond, a.a.O., S. 149 ff.

<sup>48)</sup> Dr. L. Schwering, Tagebuchaufzeichnungen, 13. April 1945. Archiv L. Schwering/Fasz. I/2.,  
S. 103.

<sup>49)</sup> Archiv Landesverband der CDU im Rheinland, Akte Dr. K. Adenauer.

<sup>50)</sup> Almond, a.a.O., S. 195 f.

Unterschiede, aber es waren keine grundsätzlichen Differenzen. In allen Zonen waren die sich bildenden politischen Parteien an der Durchführung der Entnazifizierung nicht beteiligt. Diese wurde zunächst nur von den Besatzungsmächten durchgeführt ...“

## **B. Die Einstellung der Besatzungsbehörden zur Wieder- und Neugründung politischer Parteien in der britischen Zone**

Die Darstellung muß sich auf den Raum der britischen Zone beschränken, da dem Verfasser Quellenmaterial nur über die Haltung der britischen Militärregierung vorlag.

Aus der frühen Besatzungszeit liegen Berichte über die Einstellung der britischen Militärbehörden gegenüber deutscher politischer Tätigkeit vor, aus denen hervorgeht, daß ihre Haltung nicht einheitlich war.

Am 21. März 1945 meldeten die Aachener Nachrichten — die erste auf deutschem Boden unter alliierter Kontrolle erscheinende Zeitung —, daß sich in Aachen, das damals unter amerikanischer Besatzung stand, „gemäß von General Eisenhower festgesetzten Grundsätzen“ der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund konstituiert habe<sup>51</sup>). Einige Zeit später bestätigte der Kölnische Kurier diese Nachricht<sup>52</sup>). Die Ziele des in Aachen gegründeten FDGB waren stark politisch orientiert<sup>53</sup>).

Noch bevor die britischen Besatzungsbehörden in Hamburg Rudolf Petersen zum Ersten Bürgermeister ernannten (am 15. Mai 1945), traten Hamburger Sozialdemokraten und Kommunisten am 11. Mai 1945 mit dem Antrag an den britischen Stadtkommandanten heran, Parteigründungen zu genehmigen<sup>54</sup>). Sie stießen auf „Ablehnung und Zukunftsvertröstungen“. Als Ergebnis der Verhandlungen, die die Sozialdemokraten und Kommunisten anschließend führten, stellte man fest, daß „unter alliierter Besatzung eine parteipolitische Tätigkeit vorerst aller Wahrscheinlichkeit nach nicht möglich sei“. Mit Zustimmung der britischen Behörden wurden aber noch am gleichen Tage die „Sozialistischen Freien Gewerkschaften“ von ehemaligen Gewerkschaftlern, Sozialdemokraten und Kommunisten gegründet. Auch diese Gewerkschaftsbildung trug politischen Charakter. Am 20. Juni wurden sie in unpolitische Industriegewerkschaften umgebildet.

Am 25. Mai 1945 stellte der Düsseldorfer Verlagsdirektor Schulte in einem Bericht fest:

„Nach anfänglicher Begünstigung politischer Gruppierung und Propaganda hat das Alliierte Oberkommando Ende April jede politische Betätigung in Deutschland bis auf weiteres untersagt. Der Grund für dieses Verbot lag vermutlich darin, daß politische

<sup>51</sup>) Keesing, a.a.O., S. 151.

<sup>52</sup>) Kölnischer Kurier, 16. April 1945.

<sup>53</sup>) Der Gewerkschaftsbund hatte sich zum Ziel gesetzt, „den Faschismus auszurotten“.

<sup>54</sup>) Franz Spliedt, „Die Gewerkschaften — Entwicklung und Erfolge, Wiederaufbau seit 1945“, Hamburg 1949, S. 88 ff.

Betätigung in Deutschland zunächst nur bei den Kommunisten zutage trat, denen aber das Feld nicht allein überlassen werden sollte. Rundfunkmeldungen und Äußerungen alliierter Staatsmänner deuten jedoch auf baldige Aufhebung dieser Begrenzung hin. Offensichtlich besteht die Ansicht, innenpolitisches Leben auf demokratischer Grundlage schon in Kürze wieder in Gang kommen zu lassen<sup>55</sup>).“

Am 17. Juni trafen in Köln 18 frühere Mitglieder des Zentrums aus Köln und Umgebung zusammen; sie beschlossen, das Zentrum nicht wieder zu gründen, sondern eine Christlich-Demokratische Partei zu errichten. Besprechungen über das Programm fanden kurze Zeit danach öffentlich im Kloster Walberberg bei Köln statt. Obwohl die Kölner und die Walberberger Gespräche politischen Themen gewidmet waren und von mehr als 6 Personen geführt wurden, also gegen die geltenden Bestimmungen verstießen, erfolgte trotz Nichtanmeldung kein Verbot durch die Militärregierung. Die Teilnehmer waren sich über die Reaktion der Behörden vorher nicht im klaren.

Am 10. August genehmigte der Kölner Stadtkommandant die Christlich-Demokratische Partei für Köln (Stadt und Land)<sup>56</sup>). In der Aktennotiz heißt es:

„Alle Arbeiten und Zusammenkünfte, die dem Aufbau der Organisation dienen, sind erlaubt. Bezüglich der Veranstaltung öffentlicher Versammlungen muß die von ihm (dem Stadtkommandanten; Anm. d. Verf.) nachgesuchte Erlaubnis des Generals Montgomery abgewartet werden. Falls sie einläuft, erhalte ich sofort Kenntnis. Die Vorstandsmitglieder sind genehmigt, bis auf einige, deren Fragebogen noch nicht eingereicht sind ...“

Am 29. Mai 1945 richteten ehemalige Angehörige des Zentrums und christliche Gewerkschaftler in Dortmund die schriftliche Bitte an den britischen Stadtkommandanten, Oberst Wilson, die Errichtung von Büros zur Wiedergründung der Zentrumspartei und der christlichen Gewerkschaften zu genehmigen,

„wenn auch zur Zeit eine uneingeschränkte politische Betätigung (dem Sinne nach ‚noch‘ zu ergänzen; Anm. d. Verf.) nicht zulässig ist ...“

Die Anträge wurden genehmigt, und Lambert Lensing erklärte in einem anderen Brief (2. Juli 1945)<sup>57</sup>):

„Bei allen Maßnahmen des Sekretariats wird so verfahren, daß dem erstrebten Zusammenschluß mit den evangelischen Kräften der Weg nicht verbaut, sondern eröffnet wird.“

Auch in Dortmund wurde damit die Gründung von Parteien vor der offiziellen, allgemeinen Zulassung in der britischen Zone genehmigt. In den Provinzen Nordrhein und Westfalen konnten am 2. September in geschlossenen Versammlungen (200 bzw. 400 Teilnehmer) Landesparteien gegründet werden. Ebenso wurde am 9. September in Duisburg die SPD für das Rheinland wiedergegründet. Während aber die rheinischen Provinzparteien die offizielle Zustimmung der Militärregierung erhielten, wurde die westfälische Gründung vom

<sup>55</sup>) Schulte, „Warum Christliche Volksparteien?“ Archiv R. Muckermann /6.

<sup>56</sup>) Archiv Landesverband der CDU im Rheinland, Akte Entstehung der Partei/Militärregierung.

<sup>57</sup>) Archiv L. Lensing/III/71—72.

2. September 1945 vom britischen Provinzkommandanten später wieder für nichtig erklärt<sup>58</sup>). An der praktischen Arbeit der Provinzpartei änderte diese Entscheidung jedoch nichts.

Von Behinderungen bei der Errichtung überlokaler Parteiorganisationen berichtet auch Carl Severing<sup>59</sup>).

Die erste Phase der Entfaltung politischer Parteien unter britischer Kontrolle wurde abgeschlossen, als General Montgomery unmittelbar nach den Potsdamer Verhandlungen am 6. August in einem Aufruf ankündigte, daß jetzt, „im zweiten Stadium der Entwicklung, Parteien und Gewerkschaften in der britischen Zone“ zugelassen werden könnten<sup>60</sup>). Die entsprechenden Verordnungen für die politischen Parteien wurden allerdings erst am 15. September veröffentlicht, während die Richtlinien für die Gewerkschaftsgründungen vom britischen Hauptquartier schon am 6. August an die Kreiskommandanten und von dort an die deutschen Bürgermeister geleitet wurden<sup>61</sup>). Den Gewerkschaften wurde — im Gegensatz zu den ersten Nachkriegsgründungen in Aachen und Hamburg — die Beschränkung auf „ausschließlich gewerbliche, nicht politische Ziele“ auferlegt. Außerdem sollten sie verpflichtet sein, „alle Streitigkeiten, die sich zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern ergeben“, der Militärregierung mitzuteilen.

\*

Am 15. September 1945 veröffentlichte die britische Militärregierung die Verordnungen Nr. 8 bis 12, die die Bildung politischer Parteien, öffentliche Aussprachen und andere öffentliche Tätigkeiten, öffentliche unpolitische Versammlungen, politische Versammlungen und öffentliche Umzüge im britischen Besatzungsgebiet regelten.

Auf Kreisebene konnten sich entsprechend der Verordnung Nr. 12 politische Parteien bilden, „um das Wachstum eines demokratischen Geistes in Deutschland zu fördern und um die Abhaltung freier Wahlen zu einem noch zu bestimmenden Zeitpunkt vorzubereiten“ (dabei sei darauf verwiesen, daß tatsächlich an einigen Stellen zu dieser Zeit bereits mit Genehmigung der Militärbehörden Provinzparteien bestanden, die zu bilden in der Verordnung verboten wurde).

<sup>58</sup>) Brief des Oberpräsidenten der Provinz Westfalen an Lambert Lensing vom 24. September 1945:

„Die Militärregierung hat auf Ihr Gesuch vom 3. September entschieden:

1. Die Bildung einer Christlich-Demokratischen Partei für die Provinz Westfalen kann nicht genehmigt werden.

2. Zur Zeit ist die Genehmigung von Parteien auf solche innerhalb eines Kreises beschränkt.“  
Archiv L. Lensing/III/47.

<sup>59</sup>) Carl Severing, „Mein Lebensweg“, Köln 1950, 2. Band, S. 478.

<sup>60</sup>) Keesing, a.a.O., Band 1945, S. 353.

<sup>61</sup>) Z. B. „Richtlinien für die Bildung von Gewerkschaften“, herausgegeben von 918 Mil.Gov. Dortmund, gerichtet an Oberbürgermeister Henßler, Dortmund, vom 6. August 1945. Archiv L. Lensing/III/64.

Die Bildung von Parteien auf Kreisebene wurde auch von der amerikanischen Militärregierung zur Bedingung und Begrenzung parteipolitischer Arbeit gemacht. Dieser Beschränkung kann die Absicht zugrunde gelegen haben, das demokratische Leben in Deutschland von der lokalen Ebene her neu zu beleben. Die Gemeinden sollten Selbstverwaltungskörperschaften werden. Die Zusammenballung politischer Kräfte im größeren Raum wollte man jedoch zunächst noch nicht zulassen.

Die Bedingung, die Parteien nur auf Kreisebene zu gründen, bewirkte, daß überall dort, wo nicht an überlieferte Parteienamen und -organisationen angeknüpft wurde, verschiedene Parteien mit ähnlichen Programmen und Namen — in einem Kreis jeweils eine — nebeneinander auftraten, die später nicht ohne Schwierigkeiten unter einer Führung und einem Namen zusammengefaßt werden konnten. So ließ die amerikanische Militärregierung in Bayern bis zum 30. November 1945 62 politische Kreisparteien zu, von denen 23 als SPD, 21 als KPD und weitere 15 mit acht verschiedenen Namen angemeldet waren. Die letzteren gingen dann später alle in der Christlich-Sozialen Union auf<sup>62</sup>).

Andererseits entwickelte sich die Praxis, daß — obwohl den Kreisparteien eine offizielle politische Betätigung außerhalb ihres Kreises untersagt war — von bestimmten Zentren her, in den meisten Fällen von den Großstädten, die Gründung politischer Parteien auch unter diesen Bedingungen gelenkt wurde. Die offizielle Zulassung überörtlicher politischer Organisationen — wegen der Zonenteilung jedoch nicht auf Reichsebene — erfolgte am 10. Dezember 1945. Das Verbot, Reichsparteien zu gründen, wurde von einzelnen Parteien aber umgangen. Es kam zwar nicht zu Reichsorganisationen, jedoch zu Arbeitsgemeinschaften. Auf Reichsebene waren offiziell nur Aussprachen gestattet<sup>63</sup>).

\*

Den politischen Parteien in der britischen Zone wurden außer den schon genannten Zielen, „demokratischen Geist“ und „Vorbereitung der Lokalwahlen“ zu fördern, keine weiteren vorgeschrieben. Verboten war ihnen die Betätigung in vier Richtungen:

1. „Krieg und Militarismus“ zu verherrlichen;
2. eine nationalsozialistische Regierung oder ein ähnliches Ziel anzustreben;
3. benachteiligende Unterschiede wegen der Zugehörigkeit zu einer Rasse, einer Farbe, einer Nation oder einem Glaubensbekenntnis wieder einzuführen;
4. die Autorität der Militärregierung zu untergraben oder Zwietracht unter den alliierten Mächten zu schaffen.

<sup>62</sup>) Keesing, a.a.O., Band 1945, S. 477.

<sup>63</sup>) Offizielles und persönliches Protokoll der Besprechung vom 8. Dezember 1945 in Münster zwischen Offizieren der Politischen Abteilung der britischen Militärregierung und deutschen Parteifunktionären (SPD, CDU, KPD). Das persönliche Protokoll stammt von Dr. Fr. Holzappel, Herford. Beide Protokolle im Archiv Dr. Holzappel/2 u. 3.

Auf die korrekte Beachtung des letzten Verbotes legten die britischen Behörden besonders großen Wert. Oberst Wilson, Stadtkommandant von Dortmund, kommentierte in einem Brief an die politischen Parteien in Dortmund am 13. September diese Forderung der Militärregierung<sup>64</sup>):

„... was das erstere (das Verbot von Angriffen gegen die Besatzungsmächte; Anm. d. Verf.) betrifft, so werde ich es nicht dulden, daß Angriffe irgendwelcher Art gegen Deutsche gemacht werden, die mit der Militärregierung zusammengearbeitet haben. Solange, wie ich die Beamten der Stadt ernenne und einsetze, werde ich einen Angriff gegen diese Personen auch als einen Angriff gegen die Militärregierung betrachten ...“

Die gleiche Forderung kommentierte Oberstleutnant Annan, Chef der Political Division der britischen Militärregierung in Deutschland, am 8. Dezember 1945 (Protokoll)<sup>65</sup>):

„... Kritik an der Militärregierung sei nicht zulässig und würde auch nicht geduldet werden. Auch keine Kritik an den Regierungsmaßnahmen einer der verbündeten Mächte in ihrer Besatzungszone ...

... Für etwaige Vorschläge sei jedoch die Militärregierung jederzeit dankbar. Sie hoffe auf die verständnisvolle Mitarbeit der politischen Führer, damit sie nicht gezwungen werde, etwa politische Führer zu verbieten oder sie gar zu verhaften ...“

Ein Jahr später billigte ein Erlaß des Koordinierungs-Ausschusses des Alliierten Kontrollrates den politischen Parteien und den deutschen Zeitungen zu, deutsche politische Probleme frei zu diskutieren. Die Kritik an Entscheidungen der einzelnen Besatzungsmächte oder des Kontrollrates blieb weiterhin untersagt<sup>66</sup>).

Die Forderung der Militärregierung, keine Angriffe gegen sie oder gegen ihre Verbündeten zu unternehmen, bedeutete — positiv ausgedrückt — die Verpflichtung der deutschen politischen Parteien zur Loyalität gegenüber den alliierten Mächten.

In den ersten Monaten war es den Parteien außerdem verboten, Parteimanifeste oder Aufrufe in der Presse und in Plakatform zu publizieren. Auch diese Bestimmung wurde von beiden Seiten nur nachlässig beachtet<sup>67</sup>).

\*

Um als politische Partei aufzutreten, öffentlich tätig zu sein und handeln zu können, mußten die Gruppen, die dies beabsichtigten, bei der Militärregierung (Kreiskommandant) einen Lizenzierungsantrag einreichen. Die Fragebogen der verantwortlichen Personen waren beizufügen. Die Militärregierung entschied darüber, ob die einzelnen politisch aktiv werden durften oder nicht.

<sup>64</sup>) Brief von Oberst Wilson an die deutschen Parteivorsitzenden in Dortmund. Archiv L. Lensing/III/44.

<sup>65</sup>) Vgl. Anm. 63.

<sup>66</sup>) Verordnung des Alliierten Kontrollrates vom 12. Oktober 1946.

<sup>67</sup>) Während allgemein die Parteien nicht daran gehindert wurden, propagandistisches Material zu vertreiben, kam es doch gelegentlich auch zu Eingriffen der Militärregierung, z. B. am 5. Dezember 1945 in Dortmund. Archiv Landesverband der CDU in Westfalen/XI/25.

Wer erschien nun nach britischer Auffassung geeignet, wer ungeeignet, „den demokratischen Geist in Deutschland zu fördern“?

Die britische Militärregierung machte im Gegensatz zur allgemein nach dem Krieg vertretenen Auffassung einen Unterschied zwischen einem „Antinationalsozialisten“ und einem „Demokraten“. In dem schon zitierten Brief des Dortmunder Stadtkommandanten an die Parteien vom 18. September 1945 heißt es:

„Was den letzteren Punkt (die Verherrlichung des Nationalsozialismus; Anm. d. Verf.) betrifft, so bin ich überzeugt, daß Sie sich vergegenwärtigen, daß ein Mann, trotzdem er ein ernsthafter Anti-Nazi ist, doch noch eine Politik verfolgen kann, die im Gegensatz zu den Richtlinien der demokratischen Entwicklung steht, die doch allein die Hoffnung auf ein friedliches Deutschland bietet. Ich mache Sie dafür verantwortlich, daß nur ein Mann mit wahren demokratischen Ideen im Namen Ihrer Partei spricht.“

In anderem Zusammenhang spricht Oberst Wilson davon, daß er die Absicht habe, das Zentrum, die SPD und die KPD zuzulassen. Dies läßt die Vermutung zu, daß er — wahrscheinlich in Übereinstimmung mit der britischen Militärregierung — diese Parteien auf Grund ihrer politischen Vergangenheit in der Weimarer Republik für „demokratisch“ hielt. Der Brief bringt jedoch keine Erläuterungen über die Gruppen, die zwar „Antinationalsozialisten“, aber keine „wahren Demokraten“ sind.

Bereits das Potsdamer Abkommen hatte, nach der Zugehörigkeit zu bestimmten Organisationen urteilend, festgelegt, welche Personengruppen als Nationalsozialisten bezeichnet werden sollten. Wer darüber hinaus nach britischer Auffassung noch als Nationalsozialist anzusehen war, wurde nun in den Richtlinien für deutsche Personalabteilungen bei den wiedererrichteten Behörden und öffentlich-rechtlichen Organisationen, die mit dem Einverständnis der Militärregierung im Juni 1945 von deutschen Stellen bearbeitet wurden, näher erläutert<sup>68</sup>).

Nach diesen Richtlinien wurde als Nationalsozialist angesprochen:

1. jeder, der in Rede, Schrift und Organisation die Ideen des Nationalsozialismus verbreitet hatte;
2. jeder, der nachweisbar Mitmenschen bei der Gestapo oder der Partei denunziert hatte;
3. jeder, der als leitender Beamter Unterschriften geleistet hatte, durch die Handlungen Untergebener erfolgten, die dem göttlichen und menschlichen Recht widersprechen;
4. jeder, der nach 1933 aus der Kirche ausgetreten war;
5. jeder, dessen Frau in der Partei bzw. in der Frauenschaft oder dessen Kinder führend im Jungvolk oder in der HJ tätig waren;

<sup>68</sup>) Abdruck dieser Richtlinien in: Dr. Karl Müller, Bonn, „Die Landwirtschaft der Nordrheinprovinz in der Schicksalswende Deutschlands“ in „Schriftenreihe der CDU im Rheinland“, Heft 11, Köln 1946, S. 8.

6. jeder, der nach 1933 wirtschaftliche Vorteile aus der Verbindung mit der Partei oder der Beziehung zu Parteiführern gezogen hatte;

7. jeder, der in der Judenfrage irgendwie aktiv war, einschließlich des Ankaufs von Grundbesitz oder beweglichem Eigentum aus jüdischem Besitz, und

8. jeder, der Fremdarbeiter schlecht behandelt oder gar mißhandelt hatte.

Dieser Katalog urteilte also in erster Linie nach begangenen Handlungen, weniger nach der Zugehörigkeit zu bestimmten Organisationen.

Der ersten Wahlordnung für die britische Zone vom 15. Mai 1946<sup>69)</sup> hat der Verfasser die darin verzeichneten Beschränkungen des aktiven und passiven Wahlrechts, soweit sie politischen Charakter trugen, entnommen. Sie zeigen besonders deutlich, welche Personen nach britischer Auffassung nicht geeignet erschienen, den „demokratischen Geist zu fördern“. Von der Ausübung des aktiven Wahlrechts war nach dieser Verordnung ausgeschlossen, wer vor 1933 den nationalsozialistischen Organisationen und der Partei oder wer zu irgendeiner Zeit der Führerschicht der Parteiorganisationen oder dem Generalstab angehört hatte. Es wurden damit die Gruppen ausgeschaltet, die während der Weimarer Republik grundsätzlich gegen den Staat gewirkt oder auf Grund ihrer Stellung in der Partei oder im Generalstab die Politik nach dem 30. Januar 1933 entweder geführt oder entscheidend beeinflußt hatten.

Von der Ausübung des passiven Wahlrechts wurde ein weitaus größerer Kreis ausgeschlossen, nämlich:

alle aktiven Offiziere und ehemaligen Mitglieder der folgenden Organisationen:

NSDAP	Stahlhelm
SA und SS	Herrenclub
NS-Frauenschaft	Deutsch-völkische Freiheitspartei
NS-Kraftfahrerkorps	Völkisch-soziale Arbeitsgemeinschaft
NS-Fliegerkorps	Bund völkischer Frontkämpfer
NSD-Studentenbund	Tannenbergbund
	Wiking-Bund
	Bund Wehrwolf
	Organisation Roßbach
	Bund Oberland <sup>70)</sup>

Das Wahlgesetz sah jedoch die Möglichkeit von Ausnahmen vor.

Von der Ausübung des passiven Wahlrechts waren also — von Sonderfällen abgesehen — nicht nur Gruppen ausgeschlossen, die im weiteren Sinne als bei

<sup>69)</sup> Verordnungen Nr. 28 und 31 der britischen Militärregierung vom 15. Mai 1946, in: Amtlicher Anzeiger, Beiblatt zum Hamburgischen Gesetz- und Verordnungsblatt, 1946, Nr. 83, S. 266.

<sup>70)</sup> Die in der rechten Spalte verzeichneten Vereinigungen dürfen nicht ohne weiteres mit der NSDAP und ihren Gliederungen identifiziert werden. Wahrscheinlich wurden diese von der Militärregierung wegen ihres „militaristischen“ bzw. „konservativ-nationalen“ Charakters als „belastet“ und „undemokratisch“ verurteilt. Vgl. auch Duesterberg, „Der Stahlhelm und Hitler“, Wolfenbüttel 1949.

der Beschränkung des aktiven Wahlrechts zum Ausdruck gekommen, durch ihre Mitgliedschaft zu bestimmten Organisationen ihre Zugehörigkeit zum Nationalsozialismus bewiesen hatten, sondern auch Kreise, die Vereinigungen angehörten, die keine nationalsozialistischen Organisationen waren und daher keine offizielle Funktion im nationalsozialistischen Staat ausgeübt hatten, aber nach Auffassung der britischen Militärregierung wegen ihrer engen Bindung an die Lehren des Nationalsozialismus (Völkische Partei, Völkisch-soziale Arbeitsgemeinschaft usw.) oder an deutsche militärische Traditionen und an den militärischen Geist keine „Demokraten“ sein konnten. Gegen die Beschränkung des passiven Wahlrechts für Angehörige von Institutionen und Vereinigungen, die in der rechten Spalte aufgeführt sind, erhoben verschiedene Parteien auch nachdrücklichen Protest<sup>71)</sup>.

Die vom Dortmunder Stadtkommandanten in seinem Brief im September 1945 unterstrichene Unterscheidung zwischen „Antinationalsozialisten“ und „Demokraten“ findet vielleicht durch die Bestimmungen dieser Wahlordnung eine Erklärung.

\*

Zu den Aufgaben der politischen Parteien gehörte nach Auffassung der britischen Besatzungsbehörden besonders die „Förderung des demokratischen Geistes in Deutschland“.

Was die deutschen Parteien unter dieser Aufgabe verstehen sollten, geht aus mehreren Gesprächen zwischen britischen „politischen Offizieren“ und Vertretern deutscher Parteien im Winter 1945/46 hervor.

Oberst Donner vom Alliierten Kontrollrat in Berlin erklärte bei der Eröffnung der ersten Zonenkonferenz der Christlichen Demokraten am 22. Januar 1946<sup>72)</sup>:

„... Sie haben dem deutschen Volk zu beweisen, daß die augenblickliche Lage seiner politischen Apathie der Vergangenheit zu verdanken ist. Sie haben ihm klarzumachen, daß es notwendigerweise ein unglückliches Ende nehmen muß, wenn man jemandem blindlings vertraut.

Überall finde ich, daß die Menschen eine abwartende Haltung einnehmen, um zu sehen, welche Partei sich zur stärksten entwickelt, bevor sie sich dann selbst dazu einstellen und entscheiden. Das ist natürlich nicht gut, aber es ist nicht überraschend, denn nach 12 Jahren nationalsozialistischer Herrschaft können sie sich nicht vorstellen, daß in einem freien Land die politische Ansicht eines Menschen geachtet wird, und daß er um ihretwillen nicht verfolgt wird ...

Die Militärregierung wird Ihnen ihre volle Unterstützung gewähren, wenn beider Ziele identisch sind, nämlich die Wiedererrichtung von Selbstachtung, Gesetz und Ordnung und vor allem die Freiheit in Ihrem Vaterland ...“

<sup>71)</sup> Die Kieler Christlichen Demokraten protestierten gegen die Beschränkung des passiven Wahlrechts für Mitglieder des Herrenclubs und anderer Organisationen (Stahlhelm). Entwurf des Briefes an die Militärregierung im Archiv Prof. Dr. O. Becker/6.

<sup>72)</sup> Archiv Dr. Holzapfel/5.

Wenige Wochen zuvor hatte Oberstleutnant Annan in einer Verhandlung mit deutschen Parteivertretern erklärt<sup>73</sup>):

„Vor allen Dingen muß die Teilnahmslosigkeit des Volkes überwunden werden. Dies ist die besondere Aufgabe der Parteien. Es muß die Angst des Volkes beseitigt werden, daß die siegende Partei etwa den einen oder anderen, der nicht zu ihr gehört, aus Stellung und Amt entfernen könne.“

Gleichgültigkeit und Voreingenommenheit, vor allem der jungen Deutschen, führt der Bericht von Major Robert Harcourt besonders auf drei Gründe zurück<sup>74</sup>):

1. Nach der politischen Erziehung im nationalsozialistischen Deutschland sehe die Jugend im „Sieg der Demokratie“ den Zerstörer ihrer Ideen. Dieser Sieg der Demokratie habe darüber hinaus nichts als geistigen Leerraum und politische Verwirrung hervorgerufen.

2. Die Jugend sei im letzten Jahrzehnt von jeglichem Kontakt mit der Außenwelt abgeschnitten worden.

3. Gegen jede Art von Politik habe sich in Deutschland ein starkes Mißtrauen entwickelt. Mitteilungen von amtlichen Stellen werde kein Vertrauen geschenkt, man traue nur Leuten, die man selbst kenne.

Auch dieser Bericht endet damit, daß die politischen Parteien mit allen Mitteln versuchen müßten, in der Jugend diese Voreingenommenheit und Gleichgültigkeit zu überwinden.

\*

In ihrer Besatzungszone lizenzierten die britischen Behörden während des ersten Nachkriegsjahres die Sozialdemokratische Partei, die Christlich-Demokratische Union (zunächst unter verschiedenen Namen), die Kommunistische Partei, die Freien Demokraten (z. T. an ihrer Stelle oder neben ihr die Deutsche Demokratische Union), die Deutsche Zentrumspartei, die Niedersächsische Landespartei und einige andere, kaum über einen Bezirk hinaus bekannt gewordene Parteien.

Die Lizenzierungen erfolgten zunächst nur für die Kreise, dann für die Provinzen und schließlich für einige der Parteien für die ganze Zone.

Obwohl die Zulassung einer relativ großen Zahl von Parteien den Eindruck erwecken kann, als habe die Militärregierung keine bestimmte Parteienkonstellation angestrebt, deuten doch einige Verhandlungen zwischen britischen „politischen Offizieren“ und Vertretern politischer Parteien darauf hin, daß sie neben der Beachtung der Potsdamer Forderungen (Zulassung von demokratischen Parteien) bestimmten besonderen Gesichtspunkten zu folgen sich bemühte.

<sup>73</sup>) Vgl. Anm. 63.

<sup>74</sup>) Major Harcourt, German Political Branch, Political Division, „Zwanglose staatsbürgerliche Umschulung“, 1946. Archiv Landesverband der CDU in Westfalen/XI/3.

So äußerte Oberstleutnant Annan am 8. Dezember 1945 (Protokoll):

„Mit gesunder Demokratie steht eine Zersplitterung von Parteien nicht in Übereinstimmung. Deshalb hat die Kontrollkommission die drei Hauptparteien: Christlich-Demokratische Union, Sozialdemokratische Partei, Kommunistische Partei, zugelassen. Diese drei Hauptparteien genießen die weitgehende Unterstützung der Militärregierung. Sie können sich in der ganzen britischen Zone betätigen . . .

Keine anderen Parteien haben bisher einen derartigen Widerhall in der Bevölkerung gefunden wie diese drei Parteien. Wenn sich jedoch zeigen sollte, daß örtlich eine Partei entsprechende Anhängerschaft bekommt, so ist die Militärregierung durchaus bereit zu prüfen, ob auch eine solche Partei anerkannt werden könne. Voraussetzung sei jedoch, daß es sich auch wirklich hierbei um eine Partei handelt, die sich wesentlich von den anderen Parteien unterscheidet, und es nicht nur einzelne Punkte seien. Bei gleichlautenden Zielen und Programmen könne eine Neuzulassung nicht erfolgen, denn dann sei es zweckmäßig zu prüfen, ob nicht ein Zusammenschluß mit der bestehenden Partei erfolgen könne . . .“

Den gleichen Standpunkt unterbreiteten andere politische Offiziere der Besatzungsmacht den Parteivertretern in den verschiedenen Provinzen der Zone<sup>75)</sup>.

Die Auffassung der Militärregierung, die zwischen gesamtzonalen Hauptparteien und regional begrenzten Parteien unterscheidet, im Prinzip aber jeder Zersplitterung sich widersetzen will, geht ebenfalls aus einer Äußerung Montgomery am 1. November 1945 in einem Interview hervor:

„. . . in der britischen Zone stehen drei Parteien im Vordergrund: SPD, CDU, KPD. Ich bin entschlossen, die Entwicklung dieser Parteien zu fördern . . .“<sup>76)</sup>

\*

Zusammenfassend kann gesagt werden:

Nach dem Zusammenbruch Deutschlands im Jahre 1945 drängten an vielen Orten — hier dargestellt an der britischen Zone — politische Gruppen zur öffentlichen Tätigkeit. Während vor der Kapitulation an mehreren Stellen Westdeutschlands die politische Aktivität Deutscher von den Alliierten unterstützt wurde, unterbanden nach der Kapitulation die britischen Behörden in dem größten Teil ihrer Zone jede öffentliche Entfaltung politischer Parteien. Zur gleichen Zeit konnten sich aber an mehreren Orten politisch orientierte gewerkschaftliche Verbände bilden. Geduldet wurde ferner die nichtöffentliche Vorbereitungsarbeit für die Gründung politischer Parteien und z. T. deren lokale Entfaltung, auch wenn an diesen Zusammenkünften mehr Personen teilnahmen, als allgemein für Versammlungen erlaubt war. Diese Unterstützung wurde nur „demokratischen Parteien“ gewährt. Eine beschränkte öffentliche Betätigung war nach dem 15. September 1945 möglich, nachdem entsprechende Verordnungen erlassen waren.

Die Begrenzung der Tätigkeit der politischen Parteien lag vor allem in der Loyalitätsverpflichtung gegenüber den Besatzungsmächten, außerdem in der Unmöglichkeit, geschlossene Reichsparteien zu gründen. Es konnten sich nur solche Parteien bilden, deren Programme und Zielsetzungen nach Auffassung der britischen Behörden mit

<sup>75)</sup> Auf Konferenzen in Hamburg, Kiel, Hannover, Münster und Düsseldorf wurden die Parteien — CDU, SPD, KPD und in Niedersachsen auch die NLP — von dieser Auffassung der britischen Militärregierung in Kenntnis gesetzt.

<sup>76)</sup> Keesing, a.a.O., Band 1945, S. 502.

ihrer eigenen Auffassung von „Demokratie“ vereinbar waren. Das Schwergewicht der politischen Arbeit sollte zunächst auf der Kreisebene liegen.

Deutsche, die nach britischer Auffassung Nationalsozialisten und Militaristen waren bzw. nicht geeignet erschienen, an der „Förderung des demokratischen Geistes“ aktiv mitzuarbeiten, blieben von der Tätigkeit in den politischen Parteien vorerst ausgeschlossen.

Die Hauptaufgaben der deutschen Parteien waren nach britischer Auffassung die „Förderung des demokratischen Geistes“, die Mitarbeit bei der Steuerung der Notlage (in den lokalen, Provinz- und Länderverwaltungen, in zonalen Behörden usw.) und die Beteiligung an den Wahlen, die zuerst auf der untersten Stufe durchgeführt werden sollten (im Herbst 1945 ging in der britischen Zone dann das Gerücht um, daß noch vor Weihnachten Provinzialwahlen stattfinden würden).

Die britische Militärregierung hielt eine Begrenzung der Parteienzahl im Interesse der Sicherung einer „gesunden Demokratie“ für notwendig und förderte besonders die nach ihrer Auffassung bedeutendsten Parteien: SPD, CDU, KPD, während den weiterhin zugelassenen Parteien nur regionale oder lokale Bedeutung beigemessen wurde.

### **Zusammenfassung des 1. Teiles :**

#### **Die politische Lage Deutschlands nach dem Zusammenbruch**

Unabhängig von den Einwirkungen überlieferter politischer Ideen in Deutschland haben bestimmte Bedingungen und Faktoren, die sich aus dem Zusammenbruch Deutschlands ergaben, Einfluß auf die sich bildenden politischen Parteien ausgeübt.

Der wichtigste Faktor ergab sich aus der Besatzungslage. Die Alliierten, die das nationalsozialistische Regime durch militärische Machtmittel beseitigt hatten, erreichten damit ein Ziel, das ebenfalls von Kreisen der „inneren Opposition“ in Deutschland angestrebt wurde. Beide — Alliierte und „innere Opposition“ — haben sich während des Krieges nicht verständigt. Nach der Kapitulation konnte aus der deutschen Opposition keine deutsche Regierung gebildet werden. Diese Kräfte mußten sich damit begnügen, entweder unter alliierter Kontrolle in der Verwaltung mitzuarbeiten oder „demokratische“ Parteien zu gründen, die von den Besatzungsmächten in den Potsdamer Beschlüssen zugestimmt waren. Die Grundfrage in dieser Situation lautete: Ist eine deutsche Politik unter den gegebenen Bedingungen möglich?

In der praktischen Frage der Entstehungs- und Wirkungsmöglichkeiten für Parteien handelten die britischen Behörden zunächst nicht nach exakten Vorschriften. Die in den späteren Verordnungen vom 15. September 1945 festgelegten Bestimmungen wurden mit Ausnahme derjenigen, die sich auf den „demokratischen Charakter“ der Parteien, die Loyalitätsverpflichtung gegenüber allen Besatzungsmächten und die Unterlassung nationalsozialistischer und „militaristischer“ Zielsetzungen bezogen, nicht exakt beachtet. Die Militärregierung strebte die Konzentration der politischen Kräfte auf drei Parteien: CDU, SPD, KPD an und machte deshalb den Unterschied zwischen allgemeinen, zonalen und regionalen politischen Parteien. Die Darstellung in den Kapiteln des zweiten Teiles wird zeigen, in welchem Maße sich die britische Militärregierung mit ihren Auffassungen über „große“ und „kleine“ Parteien in Übereinstimmung mit den wirkenden politischen Kräften in ihrer Zone befand.

Die innerdeutschen Verhältnisse waren beherrscht von der allgemeinen Notlage, der Desorganisation der staatlichen Verwaltung und der geringen Verständigungsmöglichkeit für die sich bildenden politischen Gruppen.

Diese äußere Lage fand ihre Ergänzung in der ganz allgemeinen politischen Apathie bzw. der politischen Skepsis eines großen Teiles der Bevölkerung.



## 2. Teil

### Ansätze der Christlichen Demokraten und des Zentrums

#### Einleitung

Im zweiten Teil der Arbeit soll nun das Entstehen der Gruppen behandelt werden, die in der britischen Zone im Januar 1946 den Zonenverband der Christlichen Demokraten gründeten.

Zur gleichen Zeit wurde in den westdeutschen Gebieten der britischen Zone die Zentrumspartei wieder ins Leben gerufen. Zwischen beiden Parteigründungen besteht ein innerer Zusammenhang, der zu einer gleichlaufenden Darstellung zwingt.

Die einzelnen Gruppen lassen sich — ihrem ersten Zusammengehen und den überlieferten politischen Bedingungen entsprechend — in drei größeren Einheiten betrachten:

1. Die westdeutschen Gruppen in Westfalen und im Rheinland;
2. Die norddeutschen Gruppen in Hamburg und Schleswig-Holstein;
3. Die niedersächsischen Gruppen im Übergangsbereich zwischen Nord- und Westdeutschland (Braunschweig, Hannover, Oldenburg und Bremen).

Die Arbeit konzentriert sich auf die west- und norddeutschen Gruppen. Im Übergangsbereich — gleichsam zwischen den beiden Polen, deren historische und politische Bedingungen sich sehr stark unterscheiden — sind Ansätze nach beiden Richtungen festzustellen, ohne daß durch neue Gesichtspunkte zur politischen Diskussion beigetragen wurde. Deshalb wird von den Ansätzen und Ergebnissen in diesem Gebiet nur in einer kürzeren Übersicht gesprochen werden können.

#### 1. Kapitel:

#### Die westdeutschen Gruppen im Rheinland und Westfalen

##### A. Historische und politische Bedingungen

Als rheinisch-westfälischer Raum wird mit einigen Abweichungen der Bereich der früheren preußischen Provinzen Rheinland und Westfalen verstanden.

Von der Rheinprovinz muß der 1945 zur französischen Zone gekommene südliche Teil — die Regierungsbezirke Koblenz und Trier — unberücksichtigt bleiben. Zu den in Westfalen politisch tätigen Gruppen, die hier behandelt werden, hatten dagegen einige nicht zur Provinz gehörende Kreise, insbesondere im Osnabrücker Raum und in dem damals noch selbständigen Land Lippe, enge Beziehungen.

Auf der Grenze zwischen Westfalen und dem Rheinland pflegte Essen in der Frühzeit engere Verbindungen zu den westfälischen Gruppen als zur Rheinprovinz, der es verwaltungsmäßig untersteht.

\*

Seit Jahrzehnten besaß das Zentrum im Rheinland und in Westfalen eine dominierende Stellung. Nur in den stärker evangelischen Teilen — so in den früheren Reichstagswahlkreisen Westfalen-Süd (Arnsberg) und Düsseldorf-Ost — machten andere Massenparteien ihm zeitweilig den ersten Platz strittig.

Die frühere Deutsche Zentrumspartei war nach der Absonderung der Bayerischen Zentrumspartei, die sich dann seit 1919 Bayerische Volkspartei nannte, vornehmlich eine preußische Partei geworden. 80% ihrer Wähler entstammten den katholischen westdeutschen und schlesischen Gebieten<sup>77)</sup>.

Daneben hatten die Christlichen Gewerkschaften, die mit Unterstützung der „Kölner Richtung“ gegen den heftigen Widerstand der Berliner und Trierer und des Fürstbischofs von Breslau um die Jahrhundertwende entstanden waren, im Rhein-Ruhr-Gebiet ihren Ausgang genommen und hier ihren Schwerpunkt gebildet<sup>78)</sup>. Seither arbeiteten in diesen Gewerkschaften auf der betonten Basis der Interkonfessionalität katholische und protestantische Gruppen eng zusammen. Beide waren daneben in konfessionellen Arbeitervereinen organisiert.

Im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen über die Möglichkeit, Zulässigkeit und den Nutzen einer interkonfessionellen Zusammenarbeit war — vor allem von J. Bachem — der Plan vertreten worden, das Zentrum aus dem „katholischen Turm“ herauszuführen. Dieser Versuch und ein von Reichstagsabgeordneten 1918 aus der besonderen Situation von Berlin heraus angeregter Plan einer „Christlichen Volkspartei“ sowie der von Adam Stegerwald 1920 in Essen von der Gewerkschaftsseite her geforderte Zusammenschluß der katholischen und evangelischen nichtsozialistischen<sup>79)</sup> Kräfte in einer christlich-sozialen, nationalen und demokratischen Partei scheiterten jedoch<sup>80)</sup>.

<sup>77)</sup> Dr. Johannes Schauff, „Die deutschen Katholiken und die Zentrumspartei“, Köln 1928, S. 170.

<sup>78)</sup> Lic. A. Grund, „Geschichte der Christlichen Gewerkschaften in Deutschland“, Manuskript, 1948, S. 43 ff. und S. 77 ff. Archiv Dr. J. Bock/Deutsche Konsumgenossenschaften.

<sup>79)</sup> Niederschrift der Verhandlungen des 10. Kongresses der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands (20./23. November 1920), erschienen im Christlichen Gewerkschaftsverlag, Köln 1920, S. 184 ff. Rede Stegerwalds, „Die christlich-nationale Arbeiterschaft und die Lebensfrage des deutschen Volkes“.

„... Wir müssen daher unter allen Umständen auf die Konsolidierung unseres Parteiensystems hinarbeiten. Eine solche Konsolidierung ist aber nur möglich durch eine gemäßigte Partei, die mindestens ebenso stark ist wie die mehrheitssozialistische. Diese Partei muß, wenn sie Bestand haben soll, in erster Linie eine tiefe und breite Basis in der Gesinnung (gesperrt von Stegerwald; Anm. d. Verf.) der Wähler haben ...“

Die große gemäßigte Partei, zu der wir unbedingt kommen müssen, sie kann sich nur aufbauen auf der Grundlage positiv christlicher Gesinnung ...“

Die Gewerkschaftsrichtung des Zentrums stand nicht auf dem „linken Flügel“ der Partei, wenn man unter diesem die Richtung versteht, die auf eine Koalition mit der Sozialdemokratie hindrängte. Diesen „linken Flügel“ führte Wirth mit seinen Freunden um die Rhein-Main-Zeitung.

<sup>80)</sup> Unabhängig davon, daß der Plan von starken Gruppen im Zentrum, der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei bekämpft wurde, wird als Hauptgrund für das Scheitern mehrfach genannt, daß Stegerwald sich nicht energisch genug für die Realisierung der von ihm vertretenen Forderung eingesetzt habe.

Während der Zeit der Weimarer Republik waren im Rheinland und in Westfalen nach dem Zentrum die Sozialdemokraten und die Kommunisten die stärksten Parteien. Seit 1930 gehörten zu den vier ersten Parteien — nach Wählermassen geordnet — auch die Nationalsozialisten. In den Wahlkreisen Westfalen-Süd (Arnsberg) und Düsseldorf-Ost erreichte die NSDAP bei den Juliwahlen 1932 die höchste Stimmenzahl.

Der Zerfall der Deutschen Demokratischen Partei (bzw. Staatspartei) in der Weimarer Republik — sie war in den genannten Gebieten bei den Wahlen zur Nationalversammlung 1919 die dritt- bzw. viertstärkste Partei gewesen — machte sich auch in Westfalen und im Rheinland bemerkbar. 1930 und 1932 stand sie auf dem 7. bis 10. Platz. Die Demokratische Partei trat hier jedoch nie als Massenpartei, wie z. B. in Norddeutschland, auf (vgl. S. 153 ff.).

Der Evangelische Volksdienst (Christlich-Sozialer Volksdienst), der erst seit 1928 auftrat, blieb überall eine kleine Partei. Er nahm den 6. bis 8. Platz ein; auch in den evangelischen Gebieten der beiden Provinzen trug er nie den Charakter einer Massenpartei. Seine Zentren waren das Ravensberger Land, Hagen, Siegen und die Kreise Wuppertal, Solingen und Remscheid.

Die Deutsche Volkspartei und die Deutschnationale Volkspartei — die Nachfolger der Nationalliberalen und der Konservativen — rangierten der Größenordnung nach als Mittelparteien.

Im Gebiet der beiden Provinzen lagen bei den Reichstagswahlen vom 14. September 1930 zwei Wahlkreise, die zu den sieben deutschen Wahlkreisen mit den geringsten Prozentsätzen nationalsozialistischer Stimmen gehörten. Es waren dies Westfalen-Nord (Münster-Minden) mit 12% und Westfalen-Süd (Arnsberg) mit 13,9%. Bei der Reichstagswahl im Juli 1932 gehörten vier der sieben deutschen Wahlkreise mit den geringsten Prozentsätzen nationalsozialistischer Stimmen zu Rheinland-Westfalen, nämlich Köln-Aachen mit 20,2%, Westfalen-Nord mit 25,7%, Düsseldorf-West mit 27,0% und Westfalen-Süd mit 27,2% (obwohl in diesem die NSDAP die stärkste Partei war). Die Reichstagswahlen im November 1932 zeigten als entsprechende Relationswerte: Köln-Aachen 17,4%, Westfalen-Nord 22,3%, Düsseldorf-West 24,2% und Westfalen-Süd 24,8%<sup>81)</sup>.

\*

Nach der Volkszählung vom 29. Oktober 1946 (Wohnbevölkerung) gehörten von der 11,7 Millionen Menschen umfassenden Bevölkerung der beiden Provinzen 4,5 Millionen den evangelischen, 6,59 Millionen der römisch-katholischen, 0,4 Million keiner Kirche und 137 000 anderen Religionsgesellschaften an<sup>82)</sup>.

<sup>81)</sup> Vgl. Hagmann, „Der Weg ins Verhängnis“, München 1946, und die vom Statistischen Reichsamt veröffentlichten Wahlergebnisse.

<sup>82)</sup> Das statistische Material über die konfessionelle Struktur der Bevölkerung wurde dem „Kirchlichen Jahrbuch“ der Evangelischen Kirche in Deutschland (Jahrgang 1949), herausgegeben von Joachim Beckmann, Gütersloh 1950, S. 530 ff. entnommen.

Das Verhältnis beträgt also 38,9% : 56,4% : 4,7%. In der Nordrheinprovinz ist es entsprechend 30,6% : 64,2% : 5,2%, in Westfalen 47,4% : 48,3% : 4,3%.

Den stärksten Anteil an der Bevölkerung hat die katholische Konfession im Regierungsbezirk Aachen mit 91,8%, den geringsten im Regierungsbezirk Detmold mit 31,7%, in dem der evangelische Anteil mit 65,3% seinen höchsten Wert erreicht. Im Regierungsbezirk Arnsberg sind mehr als 50% der Bevölkerung Protestanten, in allen anderen (Düsseldorf, Aachen, Köln, Münster) überwiegt das katholische Element. Konfessionell stark gemischt sind die Industriegebiete zwischen der Wupper und der Lippe — eine Folge der Bevölkerungszuwanderung im Zuge der Industrialisierung.

\*

In allen Teilen der beiden Provinzen dominieren Industrie, Handwerk, Handel und Verkehr, während die Landwirtschaft zurücktritt. Nach den Ergebnissen der Volkszählung vom 29. Oktober 1946 waren etwas mehr als die Hälfte aller Berufstätigen in Industrie und Handwerk und weitere 17,3% im Handel und Verkehr beschäftigt. Nur 15,3% der arbeitenden Bevölkerung waren in der Land- und Forstwirtschaft tätig, obwohl nach der deutschen Kapitulation in diesem Wirtschaftszweig, wegen der Kriegsfolgen in der deutschen Industrie, allgemein mehr Arbeitskräfte beschäftigt waren als vor 1939.

Die stärker agrarischen Gebiete sind das Münsterland (22,8%), der Regierungsbezirk Aachen (25,8%) und der Regierungsbezirk Detmold (26,9%).

Die Gebiete Nordrhein und Westfalen hatten bis zur Volkszählung im Oktober 1946 0,8 Million Flüchtlinge aufgenommen, deren Anteil an der Wohnbevölkerung also 7,4% betrug.

Eine für unseren Zusammenhang wichtige Bemerkung hinsichtlich der Unternehmerschaft in der rheinisch-westfälischen Industrie muß dieser kurzen Übersicht noch beigelegt werden: die konfessionelle Zusammensetzung in der leitenden Schicht der Industrie ist — im Gegensatz zur konfessionellen Struktur der Bevölkerung — stärker evangelisch als katholisch. Genaue Zahlenangaben liegen nicht vor, jedoch berichteten unabhängig voneinander als Sachverständige der Rechtsanwalt Dr. von Meibom, Bielefeld, früher in der Vereinigung der Industrie- und Handelskammern tätig, und Dr. Neumann, Studienleiter der Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie in Essen, dem Verfasser über diese Frage.

Dr. von Meibom:

„... Evangelisch ist das Unternehmertum insbesondere im Wuppertal-Remscheid-Solinger Gebiet, im Siegerland und im Bielefeld-Ravensberger Land, einschließlich dem Lippeschen. Stärkeres evangelisches bodenständiges Unternehmertum gibt es im linksrheinischen Gebiet bei Krefeld und Stolberg sowie in Düsseldorf. Darüber hinaus ist der Kohlenbergbau in seinen Führungspositionen weitgehend evangelisch, während in der Eisen- und Stahlindustrie, für die früher das gleiche galt, in der Zeit nach 1945 sich ein nicht unerheblicher Strukturwandel bemerkbar gemacht hat. Dies hängt mit der Personalbesetzung der Eisentreuhandverwaltung und der Umorgani-

sation der Eisen- und Stahlindustrie zusammen. Über die chemische Industrie bin ich nicht so informiert, jedoch herrscht auch dort meines Wissens in den Führungspositionen das evangelische Element vor . . .<sup>83)</sup>.“

Dr. Neumann:

„. . . Nicht entsprechend den Relationen der Bevölkerung des Bezirkes war es jedenfalls früher, d. h. vor dem zweiten Krieg, zweifellos die evangelische Konfession, die in der Führung vorherrschend war . . .<sup>84)</sup>.“

\*

Aus zwei Gründen kann bei der Darstellung der Entstehung der Christlichen Demokraten und der Wiedergründung der Zentrumspartei nach 1945 die Mentalität der Bevölkerung in diesen Landschaften nicht unbeachtet bleiben:

1. die Bedingungen, unter denen nach der Kapitulation in Deutschland, besonders in den westdeutschen Besatzungszonen, politische Parteien entstanden, ließen die landschaftlichen Einflüsse besonders geltend werden;

2. die Auseinandersetzungen über die Frage Zentrum oder Christliche Demokraten, die in diesen Gebieten mit äußerster Erbitterung geführt wurden, sind durch gewisse den Westfalen und den Rheinländern eigentümliche, beide unterscheidende Denkweisen mitbestimmt worden.

Da es aber nicht möglich ist, in diesem Rahmen eine Untersuchung der jeweils vorherrschenden Mentalität durchzuführen, beschränkt sich der Verfasser darauf, Bemerkungen zu zitieren, die in der ersten Nachkriegszeit zu dieser Frage meist von Mitgliedern der einen oder anderen Partei gemacht wurden.

Professor Dr. Stier, Münster, ev., zeichnete anlässlich der Vereinigung der beiden Provinzen Westfalen und Nordrhein zu einem Land ein Bild des rheinischen und westfälischen Menschen und seiner Lebensgewohnheiten<sup>85)</sup>:

„. . . zwischen dem rheinischen und westfälischen Menschen bestehen tiefgehende Unterschiedlichkeiten. Dem lebhaften, aktiven, aufgeschlossenen Rheinländer steht der bedächtige, schwerfälligere Westfale gegenüber, der sich mißtrauisch dagegen wehrt, fremden Einflüssen ausgesetzt zu sein. Diese Unterschiede wurzeln in dem Gegenüber des altsächsischen und des fränkischen Stammes. In ihnen liegen Naturgegebenheiten vor, die durch die geschichtliche Entwicklung (man denke an die Einwirkung der mehrhundertjährigen Römerzeit am Rhein) in ihrer Ausprägung nur verstärkt worden sind. So ist Westfalen ein Gebiet uralten Stammesrechts geblieben, während das Rheinland in seiner Rechtsentwicklung in neuerer Zeit durch die Herrschaft des Code Napoleon starke Einflüsse des französischen Rechts erfuhr. Sprache und Mundart weichen in beiden Ländergebieten aufs stärkste voneinander ab . . . Verbunden und ineinander übergehend sind sie durch die Schwerindustrie des Ruhrgebietes . . .“

Dr. Brepohl schreibt in „Der Aufbau des Ruhrvolkes“, daß Rheinländer und Westfalen sich auch darin unterscheiden, daß erstere die liberalen Kaufmanns-

<sup>83)</sup> Brief an den Verfasser vom 14. März 1952.

<sup>84)</sup> Brief an den Verfasser vom 14. Februar 1952.

<sup>85)</sup> Denkschrift vom Sommer 1946. Archiv Landesverband der CDU in Westfalen/V/3.

gewohnheiten besonders beherrschen, während letztere noch in der Industriearbeit die „Werkstreue“ pflegen<sup>86</sup>).

Diesen beiden beschreibenden Aussagen möge ein praktisches Beispiel hinzugefügt werden, das sie nur bestätigt. Der frühere Vorsitzende der Zentrumsparlei in Münster (Westfalen), Dr. Dieckmann, schrieb am 5. September 1945 an den Vorsitzenden der Christlichen Demokraten in Westfalen, Lambert Lensing<sup>87</sup>):

„... das Blut rollt hier langsamer durch die Adern als im Industriebezirk. Jedenfalls würde ich es für erwünscht halten, wenn Sie und Herr Holzapfel mal herüberkommen könnten, im vertrauten Kreise Ihre Ausführungen zu machen. Es geht ja bei uns auf der anderen Seite um hohe Beamte, Universitätsprofessoren usw. Und diese sind zumeist noch voll des historischen Argwohns.“

Nicht nur der Inhalt der Zeilen, auch der Stil und die Argumente scheinen dem Verfasser eine Bestätigung der Aussage von Professor Stier über die Mentalität des Westfalen zu sein.

Auf diesem Hintergrund des „langsam fließenden Blutes der Westfalen“ und der „aufgeschlossenen, aktiven Natur der Rheinländer“ müssen auch die Auseinandersetzungen um die Frage Zentrum oder Christliche Demokraten gesehen werden.

\*

Nach dem Kriege fanden sich an zahlreichen Orten Gruppen zusammen, die Ansätze für Parteibildungen wurden. Diejenigen, die Bedeutung für die Entstehung der Christlichen Demokraten und für die Wiedergründung der Deutschen Zentrumsparlei gewannen, setzten sich zumeist zusammen aus:

1. früheren Zentrumsmitgliedern;
2. früheren Demokraten (DDP, Staatsparlei), Mitgliedern der Deutschen Volksparlei, der Deutschnationalen Volksparlei und des Evangelischen Volksdienstes (auch CSVD genannt);
3. Personen, die in der Weimarer Republik nicht politisch tätig, aber während der nationalsozialistischen Zeit in Oppositionskreise oder durch die Entwicklung nach dem Kriege in die politische Arbeit hineingekommen waren.

Entsprechend der politischen Struktur und gemäß der gestellten Aufgabe: Möglichkeiten zu suchen, die politische Arbeit nach den Erfahrungen der Vergangenheit vor allem wieder auf einer festen religiösen Grundlage aufzubauen (Überwindung des liberalen Standpunktes: Religion ist Privatsache), war in beiden Provinzen die Mitarbeit des katholischen Bevölkerungsteils und der früheren Zentrumskräfte besonders rege. Aus den verschiedenen Ansätzen können sechs Gruppen hervorgehoben werden, die nach dem Ergebnis der Unter-

<sup>86</sup>) Dr. Brepohl, Sozialforschungsstelle Dortmund der Universität Münster, „Der Aufbau des Ruhrvolkes im Zuge der Ost-West-Wanderung. Beiträge zur deutschen Sozialgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts“ in „Soziale Forschung und Praxis“, Band 7, Recklinghausen 1948, S. 55 ff.

<sup>87</sup>) Brief vom 5. September 1945. Archiv L. Lensing/III/60.

suchung durch ihre Aktivität und parteibildende Initiative vor allem dazu beigetragen haben, daß die beiden Parteien, Christliche Demokraten und Zentrum, im rheinischen und im westfälischen Raum entstanden bzw. wiedergegründet wurden. Der Verfasser bezeichnet diese politischen Gruppen als:

1. Kölner Kreis (Rheinland),
2. Düsseldorfer Kreis (Rheinland),
3. Wattenscheider Kreis (Westfalen),
4. Lippstädter/Münsteraner Kreis (Westfalen),
5. Wuppertaler Kreis (Rheinland),
6. Evangelischer Kreis in Westfalen (Westfalen).

Die Kreise schließen mehrfach die verschiedenen Parteirichtungen ein, ihre Namen sind nach den Tagungsorten oder nach dem Herkunftsort der Mehrzahl ihrer Mitglieder oder nach der konfessionellen Zusammensetzung gewählt worden. Einzelne Personen lassen sich keinem bestimmten Kreis zuordnen und werden deshalb gesondert behandelt werden müssen<sup>88)</sup>.

\*

Bei der Bildung der einzelnen Gruppen — im Mai und Juni 1945 — wirkten auch frühere Zusammenschlüsse nach, die sich vor und während des Krieges in diesem Gebiet gebildet hatten, um entweder die Umsturzbestrebungen zu unterstützen<sup>89)</sup> oder Probleme vorbereitend zu diskutieren und Pläne für den Tag nach dem Zusammenbruch der nationalsozialistischen Regierung zu entwerfen<sup>90)</sup>.

Das Nachwirkende dieser früheren Zusammenschlüsse war der interkonfessionelle und im Sinne der Weimarer Parteien der interparteiliche Charakter der Verbindungen, in denen frühere Zentrumsmitglieder mit Demokraten, Deutsch-nationalen und Christlich-Sozialen zusammengekommen waren. In den theologischen Kreisen wurden Fragen der gegenseitigen Verständigung erörtert<sup>91)</sup>.

Bei der Behandlung der Frage, welche parteipolitische Konzeption zur Durchsetzung der für notwendig erachteten Grundsätze in der Politik und welche praktischen Maßnahmen anzustreben seien, mußten die im Rheinland und in Westfalen tätigen früheren Zentrumskreise, deren Partei bis zur Auflösung<sup>92)</sup>

<sup>88)</sup> Das gilt besonders für Dr. K. Spiecker, der am 14. Oktober 1945 Mitgründer der Zentrums-partei in Soest war.

<sup>89)</sup> Pater Dr. Siemer, Provinzial der Dominikaner, verfaßte am 15. Juni 1945 einen Bericht über die rheinischen Oppositionskreise. Archiv Dr. Th. Scharmitzel/I/1. Edmund Forschbach, „Vom Widerstand zum Aufbau“, erschienen im Informationsdienst der CDU für die britische Zone, 4. Jg. 1950, Nr. 13 ff.

<sup>90)</sup> Das gilt u. a. für einen Kreis um Pater Dr. Siemer, zu dessen Mitgliedern neben anderen Carl Arnold, Dr. Hermes, Letterhaus, Körner, die Gebrüder Elfes und J. Albers gehörten. Es wird berichtet, daß in diesem Kreis der Gedanke vertreten wurde, den deutschen Episkopat zu einem offiziellen Protest gegen Maßnahmen des nationalsozialistischen Regimes zu bewegen.

<sup>91)</sup> Dem Verfasser ist bekannt, daß solche Kreise in Düsseldorf und Wuppertal bestanden haben. Dem Düsseldorfer Kreis gehörte u. a. Dr. Robert Lehr (ev., früher DNVP) an.

<sup>92)</sup> Mai/Juni 1933.

im Gegensatz zur DVP, DNVP und DDP/Staatspartei unverändert geschlossen und stark gewesen war, unter sich entscheiden, ob das Zentrum wieder zu gründen sei oder nicht.

Die Zentrumsparlei hatte bis 1933 über sechzig Jahre bestanden; sie war mehr als eine vorübergehende politische Vereinigung aus augenblicklichen tagespolitischen Überlegungen heraus gewesen; ihre Grundlage war eine gemeinsame Gesinnung der Mitglieder und des größten Teils der Anhänger. Die Partei besaß nach ihrer langen Geschichte ein Eigengewicht, das auch nach der Auflösung 1933 nicht verloren ging. Ihr „Geist“ lebte in einer beträchtlichen Zahl ihrer Mitglieder und besonders im Bewußtsein ihrer leitenden Kräfte fort. An weiterbestehende Verbindungen knüpften die ersten Zentrumsgruppen nach dem Kriege an.

Aus diesem Sachverhalt ergab sich zwangsläufig die — wegen der formalen Nichtexistenz der Partei — zunächst paradox erscheinende Frage: wer ist *legitimiert*, darüber zu entscheiden, ob die Zentrumsparlei wieder zu gründen sei oder nicht?, ein Problem, das unabhängig von der politischen Opportunität und Nützlichkeit schon deshalb bestand, weil die Partei im Bewußtsein der Menschen weiterlebte.

Formal und faktisch gab es zur Entscheidung jedoch keinen Provinzvorstand, keinen Parteivorstand und keine Vollversammlung der Mitglieder. Die Frage nach der Legitimation konnte also nicht juristisch gestellt werden, verlangte aber im moralischen Sinne nach einer Lösung. Daß sie als solche auch empfunden wurde, geht besonders aus den Einwendungen Dr. Hamachers gegen die Christlichen Demokraten hervor<sup>93</sup>).

Es muß somit festgestellt werden, daß keine Gruppe im Rheinland und in Westfalen, in der frühere Zentrumsmitglieder mitwirkten und eine Parteibildung anstrebten, im moralischen und im politischen Sinne an der Frage vorbeisehen konnte, ob das Zentrum neuerrichtet oder seine Wiedergründung unterlassen werden sollte.

## B. Der Kölner Kreis

Am 17. Juni 1945 trafen in Köln 18 Personen zusammen, die fast alle früher im Zentrum führende Positionen innegehabt hatten. Einige waren in den Christlichen Gewerkschaften und in den Katholischen Arbeitervereinen tätig gewesen. Die Teilnehmer kamen fast alle aus Köln und Umgebung. Der Zweck der Zusammenkunft war, parteipolitische Fragen, d. h. die Zentrumsfrage, zu erörtern.

<sup>93</sup>) Dr. Hamacher in der Denkschrift „Welche Partei?“ vom September 1945. Archiv R. Muckermann/60:

„... Unter den von den Nationalsozialisten geschaffenen chaotischen Verhältnissen ist es ganz gleich, wer (gesperrt von Hamacher; Anm. d. Verf.) die Fahne des Zentrums erhebt. Jeder, der innerlich noch zum Zentrum im politischen Treueverhältnis steht, ist dazu nicht nur berechtigt, sondern verpflichtet...“

Als Ergebnis wurde beschlossen, die Zentrumsparlei nicht wieder zu gründen, sondern eine interkonfessionelle Partei unter anderem Namen ins Leben zu rufen. Als solche wurde vorgesehen: Christliche Demokraten Deutschlands. Zur Realisierung dieses Beschlusses sollte eine Programmkommission im Dominikanerkloster Walberberg bei Köln die grundsätzlichen Ziele der neuen Partei zusammenstellen und klären. Gleichzeitig sollten Personen, die für geeignet gehalten wurden, gewonnen, sowie alle zur Gründung der Partei notwendigen Schritte unternommen werden.

Wer war dieser Kölner Kreis?

Warum sollte das Zentrum nicht wieder gegründet werden?

Welche Schritte wurden unternommen, um den Plan zu realisieren?

Auf welches Programm einigte man sich?

Zur gleichen Zeit war in Berlin von rund dreißig Personen, die früher dem Zentrum, der Demokratischen Partei, der Volkspartei und den Deutschnationalen angehört hatten oder bisher politisch nicht aktiv gewesen waren, die Christlich-Demokratische Union gegründet worden. Eine Verbindung zwischen beiden Gruppen oder zu ähnlichen Ansätzen in anderen Gebieten Deutschlands bestand nicht (vgl. S. 207 ff.).

\*

Die erste Konferenz — am 17. Juni — war von vier Personen vorbereitet worden. Diese bildeten vorher wie nachher das eigentliche Aktionskomitee des Kölner Kreises. Sie legten der Versammlung den Plan vor, das Zentrum nicht wieder zu gründen, sondern eine christlich-demokratische Partei zu errichten.

Die Personen waren:

der frühere Sekretär der Zentrumsparlei in Köln, Peter Joseph Schaeven;  
der frühere Generalsekretär des Windthorstbundes und rheinische Verleger, Dr. Theodor Scharmitzel, Schaevens „politischer Lehrherr“;  
der frühere Leiter des Volksvereins für das katholische Deutschland in Köln und Landtagsabgeordnete der Zentrumsparlei, Dr. Leo Schwering;  
der frühere stellvertretende Oberbürgermeister von Krefeld-Uerdingen, Dr. Wilhelm Warsch (ebenfalls früheres Zentrumsmitglied)<sup>94</sup>).

<sup>94</sup>) Peter Joseph Schaeven, 1885 in Köln geboren, arbeitete seit 1908 als Sekretär im Zentrum und im Windthorstbund und war Mitglied des Kölner Stadtparlaments. Nach 1933 war er meist arbeitslos. 1945 wurde er Chef einer Nachrichtenabteilung in Köln.

Dr. Theodor Scharmitzel war der älteste der Kölner Aktionsgruppe. 1878 geboren, studierte er Philosophie und Rechts- und Staatswissenschaften, um sich, wie er sagte, „vorzubereiten auf eine Tätigkeit innerhalb der katholischen politischen Bewegung“. Nach dem Studium war er neun Jahre als Generalsekretär des Windthorstbundes tätig und wurde nach dem ersten Weltkrieg Zeitungsverleger. Im zweiten Weltkrieg bildete er aus dem aufgelösten katholischen Unitas-Verband einen „Oppositionskreis“, dem auch Nichtakademiker angehörten.

Dr. Leo Schwering, 1883 in Coesfeld (Westfalen) geboren, studierte Sprachen und Geschichte und wurde Studienrat in Köln. 1912 übernahm er die Leitung der Kölner Gruppe des Volksvereins für das katholische Deutschland. Nach dem Zusammenbruch der Monarchie, mit deren Untergang er sich nicht ganz leicht abfind, war er von 1921 bis 1933 preußischer Landtagsabgeordneter

Neben diesen beteiligten sich an der Sitzung, die von den Initiatoren wegen der zu behandelnden Zentrumsfrage auf katholische Kreise beschränkt worden war: Joseph Baumhoff, Oberpostpräsident, früherer Vizepräsident des preußischen Landtages; Dr. Mathilde Gescher, Berufsschuldirektorin; Joseph Helmich, Arbeiter, Gewerkschaftssekretär; Alfred Keller, Handwerksmeister; Joseph Kummer, Angestellter (Arbeitsamt); Johann Pimpertz, Betriebsleiter des Kolpinghauses Köln; Franz Wiegert, Arbeiter, Gewerkschaftler; Peter Schlack, Genossenschaftsleiter; Dr. Karl Zimmermann, Schriftleiter, Geschäftsführer der Gesellenvereine; Dr. J. Hofmann, Schriftleiter; Bernhard Günther, Elektromeister; Sibylle Hartmann, Jugendpflegerin.

Anwesend war ferner Pater Dr. Franz Eberhard Welty, O.P., aus dem Dominikanerkloster Walberberg bei Köln<sup>95</sup>).

Der Gruppe gehörten also mindestens acht Akademiker, darunter ein Geistlicher, der auch Volkswirtschaft studiert hatte, an. Zwölf Teilnehmer hatten zu irgendeiner Zeit in der Öffentlichkeit als Abgeordnete, Verleger, Schriftleiter, Geistliche, Gewerkschaftler, Parteisekretäre, Lehrkräfte o. ä. gearbeitet. Mindestens fünf waren publizistisch tätig gewesen. Von sechs Teilnehmern ist dem Verfasser bekannt, daß sie aktiv Oppositionskreisen angehört hatten.

Alle Konferenzen nach dem 17. Juni waren dann personell interkonfessionell zusammengesetzt. Die protestantischen Teilnehmer waren: der nach dem Krieg zum Kölner Superintendenten gewählte Pastor Hans Encke, Mitglied der Bekennenden Kirche, der früher politisch nicht aktiv gewesen war, aber — nach seinem eigenen Bericht — der Sozialdemokratie, den religiösen Sozialisten, nahestand; der dem Kreuznacher Kreis<sup>96</sup>) nahestehende Rechtsanwalt Dr. Fritz Fuchs, früher Landtagsabgeordneter der Demokratischen Partei;

---

(Zentrum). Nach anfänglicher Vorliebe für die Mittelstandspolitik rückte er später nach „links“. Während der nationalsozialistischen Zeit stellte er den Kontakt zwischen den Oppositionskreisen katholischer Arbeiter und dem Kolpinghaus in Köln her. Nach dem 20. Juli 1944 wurde er wie alle der nationalsozialistischen Regierung erreichbaren früheren Abgeordneten und Politiker der Weimarer Parteien verhaftet. Im Winter 1945 traf er während eines Krankenaufenthaltes in Königswinter mit Warsch zusammen. Schwing ist Verfasser von mehreren historischen Arbeiten.

Dr. Wilhelm Warsch, 1896 geboren, wurde nach juristischen Studien im Jahre 1929 Bürgermeister in Uerdingen (Niederrhein) und nach der Zusammenlegung mit Krefeld — an der er maßgeblich mitwirkte — zweiter Bürgermeister von Krefeld-Uerdingen. Als führendes Zentrumsmitglied 1933 abgesetzt, wurde er Justitiar der Augustinerinnen und nach dem Krieg dann Oberbürgermeister von Krefeld-Uerdingen, später Regierungspräsident von Köln.

<sup>95</sup>) Die Albertus-Magnus-Akademie am Dominikanerkloster Walberberg gibt seit 1933 die Schriften des Thomas von Aquino neu heraus. Ihr besonderes Anliegen ist, eine Reform der gegenwärtigen Wirtschafts- und Sozialverhältnisse auf der Grundlage der Gesellschaftslehre des hl. Thomas herbeizuführen. Leiter dieser Arbeit ist Pater Dr. Welty, O. P., der auch mehrere Schriften veröffentlichte.

<sup>96</sup>) Der „Kreuznacher Kreis“ war eine Vereinigung evangelischer Christen, die u. a. bestimmte Formen des kirchlichen Lebens reformieren wollten.

der Bankier Dr. Pferdenges, später Präsident der Kölner Industrie- und Handelskammer;

der Universitätsprofessor Dr. Schlochauer;

Erika Voigt, Sekretärin des früheren Besitzers der Kölnischen Zeitung (liberales Blatt) Neven DuMont (E. Voigt trat später zur katholischen Kirche über).

Bei den Programmberatungen wirkten, die Zusammensetzung der ersten Gruppe verschiebend, neun Akademiker, darunter vier Geistliche, und vier weitere Personen, die fast alle in sogenannten geistigen Berufen arbeiteten, mit. Inzwischen war aus Berlin der frühere Gewerkschaftler Johannes Albers hinzugekommen.

Der frühere Kölner Oberbürgermeister, Dr. Konrad Adenauer, war kurz nach der Besetzung der Stadt im März 1945 von den amerikanischen Besatzungstruppen zunächst als Berater, dann als Oberbürgermeister wieder eingesetzt worden. Er gehörte früher dem Zentrum an. Obwohl er an den größeren Besprechungen nicht teilnahm, ist doch sicher, daß er über die Entwicklung der Verhandlungen: Zentrum oder Christliche Demokraten?, unterrichtet wurde. Spätestens Anfang Juli entschied er sich für den Weg, den Namen „Zentrum“ aufzugeben, und unterstützte von da an die Bestrebungen, der Partei der Christlichen Demokraten eine möglichst breite Grundlage zu geben<sup>97)</sup>.

Die Opposition gegen die Christlichen Demokraten im Kölner Raum konzentrierte sich in späterer Zeit (im Herbst 1945) um den früheren Generalsekretär der Zentrumspartei im Rheinland, Dr. Hamacher, der bei Kriegsende in Troisdorf auf der rechten Rheinseite lebte, von wo nur unter Schwierigkeiten nach Köln zu kommen war<sup>98)</sup>. In der Frühzeit der Entwicklung hat es im Kölner Kreis keine grundsätzliche Opposition gegen die Preisgabe des Zentrums gegeben, wenn auch Zögernde und Vorwärtsdrängende unterschieden werden konnten. Zu den anfänglich Zögernden gehörten u. a. Ernst (nicht Leo) Schewering und Ruffini<sup>99)</sup>.

\*

<sup>97)</sup> Tagebuchaufzeichnungen Dr. L. Schwerings. Archiv L. Schewering/I/1, S. 4—8.

<sup>98)</sup> Die Rheinbrücken waren zerstört, die Benutzung der wenigen alliierten Pontonbrücken war Deutschen nur in Ausnahmefällen möglich.

An die Tatsache, daß Dr. Hamacher nicht nach Köln kommen konnte und sich „übergangen“ gefühlt habe, knüpft die vielfach geäußerte Vermutung, daß die Neugründung der Zentrumspartei durch persönliche Unstimmigkeiten hervorgerufen sei. Der Verfasser kann sich dieser Auffassung nicht anschließen und weist darauf hin, daß nach seiner Ansicht nicht Köln oder das Rheinland, sondern Münster der Ausgangspunkt für die Wiedergründung des Zentrums gewesen ist, man dort aber nichts von diesen Differenzen um Dr. Hamacher gewußt hat. Es mag sein, daß persönliche Unstimmigkeiten in untergeordneter Rolle mitgewirkt haben, aber das Zentrum wäre trotzdem gegründet worden, auch wenn Dr. Hamacher den Übertritt zu den Christlichen Demokraten vollzogen hätte.

<sup>99)</sup> Joseph Ruffini war gleich Dr. Hamacher eine ehemaliges führendes Mitglied der rheinischen Zentrumspartei. Es wird berichtet, daß er und Dr. Hamacher sich entfremdet hatten und die Christlichen Demokraten vor der Wahl standen, mit nur einem der beiden zusammenzuarbeiten. Man habe sich für den kurze Zeit später verstorbenen Ruffini entschieden.

Die zeitlich frühesten schriftlichen Äußerungen zu der Frage nach den Gründen für die Ablehnung des Namens „Zentrum“ von katholischer Seite liegen im Tagebuch Dr. Schwerings vor. Er berichtet über seine Gespräche mit Warsch im Frühjahr 1945:

„2. April: ... Vor allem sei das Zentrum nicht mehr in der alten Form möglich, erwähnt Warsch. Als Mittelpartei habe es den Boden verloren, es habe außerdem schon immer den Nachteil gehabt, daß es selbst in Zeiten, in denen seine Politik populär gewesen sei, niemals über die katholische Linie hinaus habe wachsen können, abgesehen von einigen Einzelgängern, die seltene Ausnahme geblieben seien und diesen Mangel der Partei noch stärker herausstellten...

Ich bemerke hierzu, daß die Partei allzusehr defensiv gewesen sei und diese Seite ihres Wesens unglücklicherweise immer mehr verschärfe, weil das sich verengende katholische Ghetto sie einfach, je länger desto mehr, dazu nötige ...“

Zunächst wurde noch nicht der Gedanke ausgesprochen, auch den Namen der Partei aufzugeben, jedoch die Notwendigkeit betont, sie auf eine erweiterte Grundlage zu stellen und ihre Position im parlamentarischen Leben zu verändern.

Einige Tage später erklärte Warsch, daß nun schnell gehandelt werden müsse, „weil die innenpolitischen Gegner, insbesondere die Kommunisten als Partei des alliierten Verbündeten Rußland, und ... auch die Sozialdemokraten unter Umständen von den Besatzungsmächten begünstigt“ würden. Schwering berichtet weiter:

„Er (Warsch; Anm. d. Verf.) gestehe offen, daß er zu der geradezu frevlen Idee gekommen sei, das Zentrum müsse einer großen Idee geopfert werden. Er verhehle sich keinen Augenblick, was er tun wolle, und im Augenblick erscheine ihm sein eigenes Beginnen als eine unerhörte Tat. Aber er sei in seinem Gewissen völlig ruhig, weil er die Überzeugung habe, es sei richtig, ja es müsse geschehen ...“

Auch in diesen Gesprächen<sup>100)</sup> wirkte also der noch nach 1945 lebendige „Geist“ des Zentrums nach, der hier als Hindernis bzw. Schranke für die parteipolitischen Überlegungen und Pläne der früheren Zentrumspolitiker auftrat.

Im gleichen Gespräch wurde die Tatsache, daß das Zentrum trotz aller Bemühungen stets eine katholische Partei geblieben sei, auf ihre Auswirkungen hin betrachtet. Schwering schreibt:

„Das Zentrum, so argumentierten wir weiter, stehe seit Jahrzehnten im katholischen Ghetto. Nur noch 36% der Katholiken befänden sich in unserem Lager. Wo befänden sich die anderen 64%? Es sei klar, daß ein Großteil der Katholiken eine andere politische Heimat gesucht und gefunden habe ... Diese Zahl (der vom Zentrum erfaßten Katholiken; Anm. d. Verf.) sinke ständig weiter ab ... Dem müsse man sich entweder fatalistisch ergeben, oder etwas anderes tun ...“

Beide Gesprächspartner wollten den letzteren Weg gehen. Wohin würde er aber führen? An welche früheren Bewegungen sollte er anknüpfen? Schwering berief sich auf zwei Ansätze:

„... Schon 1918/19 hätte der neue Weg beschritten werden müssen. Damals sei bereits das Zentrum als ‚Christliche Volkspartei‘ aufgetreten, ohne allerdings die vollen

<sup>100)</sup> Tagebuch Dr. L. Schwering, 2. April 1945. Archiv L. Schwering/I/2, S. 88 ff.

Konsequenzen zu ziehen . . . Das gemeinsame Leid und die gemeinsame Not haben die Menschen der beiden Konfessionen zueinander gebracht . . .“

Bei anderer Gelegenheit berief sich Schwering auf den Essener Kongreß von 1920, auf dem Stegerwald von den Christlichen Gewerkschaften her, unterstützt von Dr. Brüning, die Bildung einer christlich-sozialen, nationalen und demokratischen Partei rechts von der Sozialdemokratie verlangt hatte. In dieser Partei sollten das Zentrum, die damaligen beiden Volksparteien (DVP und DNVP) und ein Teil der Demokraten aufgehen. Schwering hatte an dem Kongreß teilgenommen.

Am 11. April vertrat Warsch (Schwerings Tagebuch berichtet davon) die Auffassung, daß man mit der großen christlichen Partei nach rechts und links einbrechen könne, nach rechts um so mehr, da die bürgerlichen Parteien schon vor 1933 innerlich aufgelöst waren. Schwering fährt fort:

„Eine Rechtspartei kann es überhaupt nicht mehr geben . . . Wir sind überzeugt, daß nur eine große christliche Partei die heimatlos gewordenen ehemaligen Konservativen und Liberalen aufnehmen kann. Der Zuzug sei teils erwünscht, teils unerwünscht . . . Wir allein könnten dann den konservativen Geist, soweit er überhaupt noch eine Chance hat, vertreten und ihn von den Schlacken der Reaktion befreien, die ihm anhängen, und leider mit Berechtigung. Denn ‚rechts‘, das bedeute in Deutschland Großkapital, Junker, Militarismus. So war der Gedanke völlig diskreditiert, zumal er auch sozial völlige Rückständigkeit bedeutet habe. Rechts, das hieß sozial: gegen den Arbeiter . . .!“

Ein Übergreifen nach „links“ sei wegen des äußerst fortschrittlich zu gestaltenden Programms ebenfalls möglich. Der fortschrittliche, „sozialistische“ Zug sei deshalb notwendig, weil über 70% des Volkes infolge des Krieges irgendwie „verproletarisieren“ würden. Zwar sei der Begriff „Christlicher Sozialismus“ sehr gewagt, aber das Wort „sozial“ nicht ungeeignet (vgl. S. 73). Damit wurde das Gespräch<sup>101)</sup> auf die Namensfrage gerichtet:

„Wegen des Namens sind Warsch und ich (Schwering; Anm. d. Verf.) uns einig, daß er das Wort ‚Christlich‘ enthalten muß, denn anders sei eine umfassende, große Partei des Volkes nicht zu schaffen, vor allem nicht zusammenzuhalten . . .“

Aus diesen Gesprächen, die von Schwering aufgezeichnet wurden, deren Inhalt dem Verfasser in der Tendenz auch von Schwerings Gesprächspartner unabhängig davon bestätigt wurde, geht hervor, daß das Zentrum nicht wegen seines früheren Charakters als „Weltanschauungspartei“ oder wegen seiner engen Bindung zu christlichen Lehren und Traditionen aufgegeben werden sollte, sondern weil es parlamentarisch und politisch in die Defensive gedrängt (wegen seiner Mittelstellung) und in seiner Wähler-, Mitglieder- und Abgeordneten-zusammensetzung eine „katholische Partei“ war und trotzdem — obschon „katholische Partei“ — immer weniger Katholiken tatsächlich erfaßt hatte.

Die anzustrebende Partei sollte deshalb — anknüpfend an die Versuche zur Erweiterung des Zentrums in den Jahren 1918/20 und an die Zusammenarbeit

<sup>101)</sup> Schwering, a.a.O., S. 97 ff.

katholischer und evangelischer Kreise während der nationalsozialistischen Zeit — als „christliche Partei“ entstehen und die früheren Konservativen, befreit von sozialer Rückständigkeit, die Liberalen, das Zentrum und christliche Gruppen von links umfassen.

Pläne und Gedanken gleicher Art müssen auch Scharmitzel und Schaeven vertreten haben, da sie sich sofort nach den ersten Konferenzen in Köln zwischen dem 18. und 22. Mai 1945 mit Warsch und Schwering darüber einigten, zum 10. Juni (später auf den 17. Juni verschoben) eine Besprechung mit mehreren früheren Zentrumspolitikern zu organisieren, in der die Frage zur Entscheidung gebracht werden sollte.

Schwering, Warsch, Scharmitzel und Schaeven haben unabhängig voneinander dem Verfasser diese Auffassung bestätigt. Schwering berichtet in seinen Tagebuchaufzeichnungen:

„... Am 18. Mai erörterte ich mit Schaeven zum ersten Male die Parteifrage. Er will nicht wieder Zentrum, sondern christlich-demokratisch<sup>102)</sup>.“

Nach einigem Zögern willigte Schwering auch in den Namensvorschlag ein. Über diesen hatten nämlich Warsch und er während ihrer April-Gespräche noch keine endgültigen Pläne entwickelt. Offenbar ist Schaeven auch für die Simultanschule eingetreten, denn Schwering berichtet:

„... Den wichtigen Vorschlag wegen der Simultanschule akzeptiere ich sofort.“

Am 17. Juni trugen dann Schwering und Scharmitzel in der ersten größeren Besprechung die inzwischen entwickelten Auffassungen vor. Sie konzentrierten ihre Argumente für die Preisgabe des Zentrums und für die Bildung einer Bewegung der „Christlichen Demokraten“ auf sechs Punkte:

1. Die Forderung, aus dem katholischen Ghetto herauszugehen, sei bereits von Bachem (1906/07), 1918/19 von Reichstagsabgeordneten in Berlin und 1920 von Stegerwald erhoben worden. Damals hätten die Nachwirkungen des Kulturkampfes und die Kirchenfeindlichkeit des Liberalismus und des Sozialismus die Durchsetzung dieser Forderung zunichte gemacht.

2. Die Zeit zwischen 1933 und 1945 habe bewiesen, daß der eigentliche Gegensatz nicht zwischen den Konfessionen bestehe, sondern zwischen Christen und Heiden liege. Die Forderung nach einer interkonfessionellen christlichen Partei rede keinem Synkretismus und keiner konfessionellen Gleichmacherei das Wort.

3. Der alte Liberalismus sei, wie die Entwicklung der Demokratischen Partei und der Weimarer Republik gezeigt habe, zusammengebrochen.

<sup>102)</sup> Der Name „Christlich-Demokratische Volkspartei“ ist zuerst in einem Programmentwurf von Hans Schäfer am 19. März 1945 erwähnt.

Schäfer, ein Finanzbeamter, hatte vor 1933 dem Zentrum angehört und im März 1945 nach dem Einmarsch der amerikanischen Truppen in Köln die Finanzverwaltung der Stadt übernommen. Seinen erwähnten Entwurf hatte er Schaeven übergeben, der den Namensvorschlag „Christlich-Demokratische . . .“ übernahm. An der Gründung der Partei war Schäfer dann nicht beteiligt, trat ihr aber nach 1945 bei. Später wurde er Vorsitzender des Deutschen Beamten-Bundes.

4. Der Name „Deutsche Zentrumspartei“ sei für die Kräfte, die gewonnen werden sollten, ein unüberwindliches Hindernis.

5. Durch die Konzentration eines großen Bevölkerungsteiles in einer christlichen Partei könne in Deutschland endlich das Parteiensystem vereinfacht werden, und man komme dem erstrebten und notwendigen Zwei-Parteien-System erheblich näher.

6. Die Verwirklichung der Idee einer interkonfessionellen christlichen Partei, wie sie von den Christlichen Demokraten angestrebt werde, bedeute die Realisierung der Ziele Windthorsts, der immer für diesen Gedanken eingetreten sei (vgl. S. 129 ff.).

Die Kölner Versammlung vom 17. Juni trat darauf für eine Christlich-Demokratische Partei ein.

Von einem Teilnehmer dieser ersten Versammlung des Kölner Kreises, Dr. Karl Zimmermann, Geschäftsführer der Katholischen Gesellenvereine, liegt eine Auseinandersetzung mit der Ablehnung der Wiedergründung des Zentrums aus den Sommertagen des Jahres 1945 vor. Es darf angenommen werden, daß seine Gesichtspunkte auch im Kölner Kreis diskutiert und ihnen meist zugestimmt wurde. Er knüpft an zwei Sachverhalte aus dem deutschen Geschehen der letzten Jahrzehnte an<sup>103</sup>):

1. Das Zentrum sei im vergangenen Jahrhundert als Abwehrbewegung der katholischen Bevölkerung gegen einen protestantischen Staat entstanden, der sich sowohl im politischen Bereich als auch mit dem Staatskirchentum der protestantischen Kirche entwickelt habe. Heute (1945) aber sei beides nicht mehr gegeben, da die Protestanten selbst die Verbindung ihrer Kirche mit dem Staat getrennt hätten, am stärksten in der Bekennenden Kirche, die früher als die Katholiken nach 1933 dem Angriff des Staates ausgesetzt gewesen sei. Daher sei die Ausgangsbasis nicht mehr gegeben, aus der heraus das Zentrum als katholische Partei entstanden sei, und es nunmehr tatsächlich fehl am Platze. Seine Preisgabe sei deshalb nicht der Ausdruck einer negativen Kritik an der früheren Politik, sondern Ausdruck der veränderten Verhältnisse. Der Ausgangspunkt des Zusammengehens beider Konfessionen im politischen Bereich in Deutschland sei ihre Erfahrung in den vergangenen Jahren, daß es nicht mehr um die eine oder die andere Konfession gehe, sondern um die Existenz des christlichen Glaubens in Deutschland überhaupt.

2. Dem nationalsozialistischen Staat sei es zwar nicht gelungen, die christlichen Ideen im Volke zu vernichten, er habe jedoch erreicht, die letzten Reste des politischen Liberalismus in Deutschland zu zerstören, dessen geistige Grundlage religiöse Gleichgültigkeit bis hin zur Kirchenfeindlichkeit gewesen sei. Wenn es auch unmöglich erscheine, die geistige und politische Situation Deutschlands

<sup>103</sup>) Dr. Karl Zimmermann, „Warum nicht Zentrum, sondern Sammlung der Christlichen Demokraten Deutschlands?“. Archiv L. Schwering/VI/22.

für die nächste Zukunft zu übersehen, so gehe man doch nicht fehl festzustellen, daß in allen Schichten des Volkes eine starke Hinwendung zum Christlichen lebendig sei, die vorläufig allerdings noch nicht in einem religiösen, aber doch in einem geistigen Sinne — und das sei zunächst für die Politik entscheidend — aufgefaßt werden dürfe.

Schaeven betonte gegenüber dem Verfasser<sup>104</sup>), anknüpfend an den 5. Punkt der Überlegungen Schwerings, die er am 17. Juni vorgetragen hatte, den taktischen Gesichtspunkt, daß auf Grund der Gegebenheiten die Zentrumsparlei nach diesem Kriege eine kleine Partei geblieben wäre, als CDU hingegen die Christen die Aussicht hätten, vielleicht abwechselnd mit der Oppositionspartei, die Regierung zu bilden und Deutschland und einen Teil seiner Länder wirklich zu regieren.

Der damit anklingende Sammelgedanke wurde 1945 in Köln mit verschiedener Begründung häufig vertreten. Seine Realisierung würde die parlamentarische Demokratie nach Auffassung der Verfechter dieser These auch in Deutschland funktionsfähig machen. Andererseits sei diese Sammlung angesichts der sich anbahnenden Arbeitsgemeinschaft der sozialdemokratischen und kommunistischen Parteien auch notwendig, um die Gefahr einer erneuten „kirchenfeindlichen Regierung“ zu bannen. Dr. Adenauer bat Dr. Scharnagl, den damaligen Oberbürgermeister von München, in einem Brief vom 21. August 1945<sup>105</sup>), den gleichen Weg wie die rheinischen früheren Zentrumskräfte zu gehen. Er begründete diese Aufforderung wie folgt:

„Ich bitte Sie und die anderen Herren, immer wieder bei ihren Überlegungen sich zu vergegenwärtigen, daß allein diese geplante Zusammenfassung aller auf christlichen und demokratischen Grundlagen stehenden Kräfte uns vor aus dem Osten drohenden Gefahren schützen kann . . .“

\*

Zusammenfassend können also die im Sommer 1945 von den früheren katholischen Zentrumskräften vorgebrachten Gründe für die Ablehnung einer Wiedererrichtung des Zentrums und die Gründe für die Bildung einer interkonfessionellen christlichen Partei wie folgt geordnet werden:

1. Die Gründe für die Ablehnung der Wiedererrichtung des Zentrums:
  - a) Das schwerwiegendste Argument wurde von Dr. Zimmermann formuliert: Die Situation, aus der heraus das Zentrum im 19. Jahrhundert als katholische Partei entstand, sei nicht mehr gegeben. Daher sei das Zentrum nunmehr fehl am Platz.
  - b) Im Anspruch sei das Zentrum immer eine christliche Partei gewesen, de facto immer eine katholische, in der nur wenige Protestanten mitgearbeitet hätten. In der Weimarer Zeit sei die Prozentzahl der vom Zentrum erfaßten Katholiken überdies ständig zurückgegangen. Eine Möglichkeit zur Ausweitung auf andere Kreise habe

<sup>104</sup>) Gespräch am 24. September 1951.

<sup>105</sup>) Archiv Landesverband der CDU im Rheinland, Akte Dr. Adenauer. In der ersten Nachkriegszeit wurde vielfach angenommen, daß sich Sozialdemokraten und Kommunisten zusammenschließen würden.

jedoch nicht bestanden, nachdem entsprechende Versuche zwischen 1918 und 1920 gescheitert seien. Eine katholische Zentrumsparlei habe deshalb keine Aussicht, jetzt eine bessere Position einzunehmen.

- c) Die politische Stellung des Zentrums im parlamentarischen Kampf sei ständig mehr die einer Defensiv-Partei geworden. Dies sei auf die Dauer untragbar. Die Mittelstellung im Parlament sei außerdem durch die Auflösung der früheren Rechten und der Liberalen hinfällig geworden. Eine Neuordnung der Mitte und der Rechten sei unvermeidlich.

## 2. Die Gründe für eine interkonfessionelle christliche Partei:

- a) Die Kritik am Zentrum richte sich nicht gegen seinen „Weltanschauungscharakter“. Auch die neue Partei solle eine „Weltanschauungspartei“, d. h. eine christliche Partei sein, jetzt aber auf interkonfessioneller Grundlage.
- b) Dies sei deshalb erforderlich, weil der eigentliche Gegensatz nicht der zwischen den Konfessionen, sondern der zwischen Heiden und Christen sei (die gleiche Auffassung wird auch in der „Bamberger Denkschrift“ vertreten, die Dr. Gerhard Kroll im Frühjahr 1945 verfaßte. Kroll war später Herausgeber der Zeitschrift „Neues Abendland“, München. Die Denkschrift war den Kölnern nicht bekannt.)<sup>106)</sup>.
- c) Die Verständigung zwischen den Konfessionen und gegenseitige Toleranz hätten besonders während der nationalsozialistischen Zeit gute Fortschritte gemacht. Als Beweis wird auf das Luther-Buch von Lortz hingewiesen<sup>107)</sup>. Der Zweck des politischen Zusammengehens sei aber nicht die Beseitigung der Konfessionen oder ihre Synthese, sondern das Bemühen, das öffentliche Leben wieder an die christlichen Lehren zu binden.
- d) Die Situation von 1945 müsse zu einer Neuordnung des parteipolitischen Systems in Deutschland in Richtung auf ein Zwei-Parteien-System ausgenutzt werden. Der Zusammenhalt der liberalen und konservativen Kräfte, des früheren Zentrums und der christlichen Linksguppen sei aber nur durch das christliche Band möglich.

Dem Verfasser sind leider keine schriftlichen Äußerungen der evangelischen Mitglieder des Kölner Kreises bekanntgeworden, durch die eine Beantwortung der Frage nach den Motiven ihres politischen Zusammengehens mit den früheren Zentrumskreisen möglich ist. Die notwendige allgemeine Beantwortung erfolgt bei der Darstellung des Wuppertaler Kreises (vgl. S. 89 ff.). Dr. Hamacher als Zentrumsbefürworter wird dagegen beim Düsseldorfer Kreis mitbehandelt werden, da er dort mit einer entsprechenden Gruppe eng zusammenarbeitete, während er in Köln in der Frühzeit nicht auftrat (vgl. S. 79 ff.).

\*

Die Konferenz am 17. Juni hatte als die notwendigsten einleitenden Schritte bezeichnet:

1. die Gewinnung der Protestanten in Köln;
2. die Verhinderung einer Wiedergründung des Zentrums;
3. die Programmgestaltung, für die ein Entwurf Schwerings vorlag, der z. T. Gedanken eines im März 1945 für eine „Christlich-Demokratische Volkspartei“ entstandenen Entwurfes von H. Schäfer verwandte.

<sup>106)</sup> Dr. Gerhard Kroll, „Christliche Union“, Bamberger Denkschrift zur Schaffung einer politischen Einheitsfront aller Christen in Deutschland. Frühjahr 1945. Archiv Adolf Steckel/2.

<sup>107)</sup> J. Lortz, „Die Reformation in Deutschland“, Freiburg 1939.

Nach Besprechungen mit Dr. Konrad Adenauer kam dann hinzu:

4. die baldige Herstellung einer Verbindung zu rheinischen, westfälischen und norddeutschen protestantischen Kreisen, um die Parteigründung nicht isoliert vorzunehmen.

Eine Woche später trafen sich die Mitglieder der Kommission, ergänzt durch Bonner und Aachener Freunde, im Dominikanerkloster Walberberg bei Köln. Die Beratungen führten nach Sitzungen am 23./24. Juni und am 30. Juni, 1./2. Juli zu einem Programm unter dem Namen: Christliche Demokraten Deutschlands. Man beschloß, die konstituierende Versammlung vierzehn Tage später zu veranstalten.

Inzwischen war jedoch bekannt geworden, daß in Düsseldorf eine gleiche Gruppe an der Arbeit war. In Gummersbach bildete sich eine Deutsche Demokratische Bewegung, und ein Besuch Dr. Schwerings beim Kölner Erzbischof brachte, wahrscheinlich in der Schulfrage, Schwierigkeiten. Die konstituierende Versammlung wurde deshalb verschoben, um die Ergebnisse der Fahrten Dr. Adenauers und der Gruppe Schwing-Scharmitzel-Schaeven nach Westfalen und Hannover abzuwarten. Man befürchtete, daß besonders in den stärker protestantischen Gebieten eine andere demokratische Partei entstehen und der Christlich-Demokratischen Partei ernstlich Konkurrenz machen könne. Diese Auffassung war nicht irrig (vgl. S. 153 ff.). Dr. Adenauer berichtete am 29. Juli, daß in Westfalen noch Uneinigkeit bestehe und die Aussichten in den protestantischen Gebieten „mäßig“ seien.

Am 1. August fuhren Dr. Scharmitzel und Dr. Schwing nach Westfalen zu Dr. Amelunxen, den die Besatzungsmächte als Oberpräsidenten eingesetzt hatten. Dr. Amelunxen war bis 1933 Regierungspräsident in Münster gewesen und hatte dem Zentrum angehört. Das Ergebnis der Gespräche befriedigte die Kölner nicht<sup>108</sup>).

Am 6. August kam es zur ersten Begegnung der rheinischen und westfälischen Christlichen Demokraten in Dortmund, wo zwischen den Münsteranern und dem Wattenscheider Kreis<sup>109</sup>) um die Frage, ob das Zentrum wieder gegründet werden solle oder nicht, heftig gerungen wurde. Die Diskussion fand am 13. August in Wattenscheid, wiederum mit rheinischen Vertretern, ihre Fortsetzung (vgl. S. 114 ff.).

Inzwischen, so berichtet Dr. Schwing<sup>110</sup>), habe Dr. Adenauer weiter zur Eile angetrieben. In einer der Besprechungen, an der u. a. der Essener Gewerkschaftsführer H. Strunk, der spätere Essener Oberbürgermeister Dr. Toussaint

<sup>108</sup>) Schriftlicher Bericht Dr. L. Schwerings. Archiv L. Schwing/I/9.

<sup>109</sup>) Ein großer Teil der früheren Zentrumsmitglieder in Münster trat für die Wiedegründung des Zentrums ein. Der Wattenscheider Kreis, dessen Mitglieder aus dem Industriebezirk und aus den aktiven Gruppen des Katholischen Arbeitervereins der Erzdiözese Paderborn kamen, lehnte diese Wiedegründung ab.

<sup>110</sup>) Tagebuchaufzeichnungen. Archiv L. Schwing/I/1, S. 6 ff.

und der Präsident der rheinischen Landwirtschaftskammer Dr. Müller teilnahmen, habe er auch den Plan vertreten, die neue Partei „Christlich-Soziale...“ zu nennen. Weiter seien auch Nachrichten von dem früheren Reichskanzler Dr. Brüning aus Amerika eingetroffen, der die Preisgabe des Zentrums und die Gründung einer christlich-sozialen oder christlich-demokratischen Partei befürwortete<sup>111</sup>).

Zur gleichen Zeit wurde auch mit den Düsseldorfer Christlichen Demokraten (vgl. S. 76 ff.) verhandelt. Man einigte sich, analog der Wattenscheider Konferenz vom 13. August eine rheinische Versammlung einzuberufen, in der noch einmal die Argumente für und gegen die Wiedergründung des Zentrums abgewogen werden sollten. Die Sitzung fand einen Tag nach der Gründung der Kölner Christlich-Demokratischen Kreispartei, womit gewissermaßen vollendete Tatsachen geschaffen wurden, am 20. August in Düsseldorf statt. Anwesend waren 82 Vertreter aus 43 verschiedenen Städten (vgl. S. 98 ff.).

Auch diese Konferenz war, wie alle vorangegangenen, im rechtlichen Sinne selbstverständlich nicht legitimiert, darüber zu entscheiden, ob die Zentrums-partei wieder gegründet werden sollte oder nicht. Eine solche Versammlung wurde aber mehrfach von den Anhängern des Zentrumsgedankens gefordert. Für die Christlichen Demokraten handelte es sich darum, die Entwicklung ihres Parteigedankens möglichst rasch über die Provinz auszudehnen, wofür Verhandlungen, wie sie am 20. August in Düsseldorf geführt wurden, nur nützlich sein konnten. In dieser Versammlung beteiligte sich Dr. Hamacher erstmalig an einer öffentlichen Auseinandersetzung über die Zentrumsfrage. Außer ihm lehnten u. a. Richard Muckermann, Schriftsteller in Kettwig (Ruhr)<sup>112</sup>, und der Schriftleiter Dr. Klein, Düsseldorf, die Konzeption der Christlichen Demokraten ab. Die Gefahr der Spaltung der früheren Zentrumsanhänger im Rheinland trat erstmalig offen zutage (vgl. S. 76 ff.).

Neben der Herstellung loser Verbindungen nach Baden, Hannover, München (Scharnagl) und Würzburg (Stegerwald) gehörte zu den vorbereitenden Aktionen die Verständigung mit kirchlichen Kreisen. Dr. Adenauer unterrichtete am 21. August 1945 den Münchener Oberbürgermeister davon, daß der Plan der Christlichen Demokraten von protestantischer Seite begrüßt würde. Der Kölner Superintendent Encke würde jetzt Fühlung mit führenden evangelischen Kreisen

---

<sup>111</sup>) Reichskanzler a. D. Heinrich Brüning, der nach 1933 emigrierte, hatte u. a. bis 1940 in Holland jährliche Gespräche mit Bernhard Letterhaus von den Katholischen Arbeitervereinen geführt, in denen der Gedanke, nach dem Kriege das Zentrum aus dem katholischen Turm herauszuführen, mehrfach besprochen und gefordert wurde.

Nach dem Kriege wurden die Briefe Brünings über einen Mittelsmann in England (Maier-Hultschin, Exeter) vermittelt. Abschriften im englischen Urtext und in deutscher Übersetzung befinden sich im Archiv Lensing (I/20) und im Archiv des Landesverbandes der CDU in Westfalen (III/26—27).

<sup>112</sup>) Ein Bruder des Jesuitenpaters Friedrich Muckermann, der in der katholischen Literatur und Publizistik einen bedeutenden Platz einnimmt.

Süddeutschlands, insbesondere mit Bischof Wurm, aufnehmen<sup>113</sup>). Auch der Vorsitzende des Caritas-Verbandes, Prälat Kreuz, und die unlängst in Werl zusammengekommenen katholischen Bischöfe hätten sich dafür ausgesprochen,

„... Namen und Organisation des Zentrums zugunsten einer neu zu gründenden Partei fallenzulassen<sup>114</sup>)“.

Es ist also festzustellen, daß die skeptische Haltung, die der Kölner Erzbischof am 15. Juli gegenüber Dr. Schwering eingenommen hatte, entweder aufgegeben war oder nicht überall vertreten wurde.

Verhandlungen mit Gruppen, die — anknüpfend an die frühere Deutsche Demokratische Partei (die im Rheinland während der Weimarer Zeit nicht sehr stark gewesen war) — die Gründung einer neuen demokratischen Partei erstrebten, fanden zwei- oder dreimal statt, zuerst Anfang Juli in Gummersbach, später in Köln. Zu den Demokraten gehörten Schuhmacher, Dr. Middelhaue (später Fraktionsvorsitzender der FDP im rheinisch-westfälischen Landtag), Dr. Bollig, Opladen, und der Kölner Wirtschaftshistoriker Prof. Kuske. Obwohl die Verhandlungspartner z. T. an der Gründungsversammlung der Christlichen Demokraten teilgenommen hatten, kam es nicht zu einer Einigung. Den Mißerfolg der Bemühungen, die Gründung einer liberal-demokratischen Partei zu verhindern, schreibt Dr. Schwering den unterschiedlichen Auffassungen in der Schulfrage zu<sup>115</sup>). Damit war der Gedanke einer Sammlungsbewegung „rechts von der Sozialdemokratie“ im Rheinland durchbrochen. Die früheren Demo-

<sup>113</sup>) Briefwechsel Dr. Adenauer/Dr. Scharnagl. Archiv Landesverband der CDU im Rheinland, Akte Dr. Adenauer.

<sup>114</sup>) Andere Berichte bestätigen die von Dr. Adenauer gemachten Mitteilungen:

a) Brief und Erklärung von Dr. Franz Kaufhold/Joseph Gockeln/Pfarrer Ernst Kreuzberg an den Düsseldorfer Stadtdechanten Döhmer vom 14. November 1945. Archiv R. Muckermann/107.

b) Brief des Kölner Erzbischofs, Kardinal Frings, an Dr. Hamacher vom 29. März 1946. Archiv R. Muckermann/108. Darin heißt es:

„... Seien Sie überzeugt, daß keiner der Herren (der westdeutschen Bischöfe; Anm. d. Verf.) sich für die CDU ausgesprochen hat, weil er deren Programm grundsätzlich für richtiger und besser hält, sondern daß es nur aus taktischen Gründen geschehen ist, um der Welt das Schauspiel einer politischen Spaltung und gegenseitigen Befehdung des deutschen Katholizismus zu ersparen. Ihre Partei hat den Nachteil, zu spät auf dem Plan erschienen zu sein, als die CDU bereits an vielen Orten sich konstituiert hatte...“

Der Erzbischof bittet Dr. Hamacher darum, „alles zu tun, um zu einer Einigung oder wenigstens zu einem festen Bündnis mit der CDU zu gelangen“.

c) Aktennotiz über eine Besprechung zwischen dem Kölner Erzbischof, Kardinal Frings, und dem damaligen Vorsitzenden der rheinischen Christlichen Demokraten, Dr. Leo Schwering, am 28. Oktober 1945. Archiv Landesgeschäftsstelle der CDU im Rheinland, Akte Kirchen. Darin heißt es:

„... Zweifellos ist sein Vertrauen zur Christlich-Demokratischen Partei gegenüber der letzten Unterredung (am 15. Juli 1945; Anm. d. Verf.) erheblich fester geworden... Im Ganzen waren die Bedenken, die er hier und da gegen die Christlichen Demokraten zu haben schien, ausgeräumt...“

d) Ein dem Sinne nach dem Brief des Kölner Erzbischofs entsprechendes Schreiben richtete der Paderborner Erzbischof im Juni 1946 an Johannes Brockmann, Münster. Archiv R. Muckermann/103.

<sup>115</sup>) Brief Dr. Schwerings an den Verfasser vom 23. Februar 1952.

kraten selbst waren gespalten, nur ein Teil von ihnen (u. a. Dr. Fuchs, Köln) war zu den „Christlichen Demokraten“ gestoßen.

Verhandlungen mit der Militärregierung fanden nur vor der Parteigründung der Kölner und der rheinischen Christlichen Demokraten statt, deren Ergebnis die Zustimmung zur Gründung auch der Provinzpartei war (vgl. S. 98).

Die erste Phase der Aktionen des Kölner Kreises schloß dann am 2. September 1945 mit der offiziellen Gründung der Provinzpartei ab (vgl. S. 98 ff.).

\*

Die in Walberberg zusammengetretene Programmkommission bestand aus einer Gruppe früherer Zentrumsmitglieder, den Dominikanerpatres Dr. Siemer und Dr. Welty von der Albertus-Magnus-Akademie in Walberberg und einer protestantischen Gruppe, deren Mitglieder aus dem kirchlichen Leben kamen oder liberale Traditionen hatten. Die Mehrzahl der Teilnehmer war früher im politischen Leben tätig gewesen oder kam aus dem öffentlichen Leben verbundenen Berufen.

Diesem Kölner Kreis schien es evident zu sein, daß die entstehenden politischen Parteien in Deutschland im Augenblick nicht Organisationen sein konnten, deren primäre Aufgabe die Bildung von Regierungen war, sondern nur dem unmittelbaren Zweck zu dienen hatten, die politische Meinungsbildung in der Bevölkerung zu fördern, zu beeinflussen und zu lenken. Daher konnte es bei der Programmgestaltung weniger darauf ankommen, Aktionsprogramme, d. h. Regierungserklärungen abzufassen, sondern sich nur darum handeln, die grundsätzlichen, allgemeinen politischen Ziele zu bezeichnen, die der Partei für die Überwindung der Unordnung notwendig und möglich erschienen, sie zu begründen und die politische Entwicklung Deutschlands in den vergangenen Jahrzehnten zu interpretieren. Das Nahziel für alle Parteien bestand darin, die deutsche Bevölkerung politisch neu zu gruppieren.

Einzelne Programmpunkte mußten trotz dieser Einschränkung wegen ihrer konkreten Bedeutung gleichzeitig aber auch als Ausdruck einer Entgegnung auf andere politische Gruppen oder die Politik der Besatzungsmächte angesehen werden. So war beispielsweise der Grundsatz, die Entscheidung der Eltern in der Frage der Schulform anzurufen und — wie es später gefordert wurde — das Mitspracherecht der Kirchen in der Erziehung zu berücksichtigen, eine Entgegnung auf die Schulpolitik anderer Parteien und auf die Praxis der Alliierten, die Simultan- oder die Einheitsschule allgemein einzuführen<sup>116</sup>). Ähnliches galt

<sup>116</sup>) Prof. Dr. Joseph Sulzbacher in „Die deutsche Demokratie seit 1945“ über „Die Schule in der deutschen Demokratie seit 1945“. Köln 1951, S. 27:

„... Während die Militärregierungen sonst die nationalsozialistischen Gesetze und Verordnungen für aufgehoben erklärten, verfügten sie die Beibehaltung der vom Nationalsozialismus eingerichteten Gemeinschaftsschulen, und mancherorts wurde sogar die Umwandlung der bereits als Bekenntnisschulen wieder eingerichteten Schulen in paritätische angeordnet...“

Wegen des Protestes der Kirchen und einzelner Parteien wurden in der britischen Besatzungszone am 14. Januar 1946 Elternbefragungen angeordnet.

für die Wirtschaftsordnung, die Fragen der Bodenreform und die Entnazifizierung.

Die Kölner Christlichen Demokraten wollten aber keine neue „Weltanschauung“ konzipieren, wie der Nationalsozialismus versucht hatte. Sie wollten lediglich einen Zusammenschluß von Kräften auf politischer Ebene darstellen, deren „Weltanschauungen“ aus einer gemeinsamen Wurzel entwickelt waren — dem christlichen Glauben. Dabei stand fest, daß die „Weltanschauungen“ dieser Kräfte trotz der gemeinsamen Wurzel nicht immer die gleichen waren. Wenn die Christlichen Demokraten dennoch den Anspruch erhoben, Weltanschauungspartei (im Gegensatz zur Interessenspartei) zu sein, so konnte das nicht im Hinblick auf ihre eigenen Grundlagen gelten, sondern nur im Hinblick auf die Kräfte, die die Partei trugen und ihre Weltanschauung unabhängig von der Existenz der Partei hatten.

\*

Als Ursache der Existenz und des Scheiterns der nationalsozialistischen Partei und ihrer Politik, vor allem der Methoden dieser Politik, bezeichneten die Christlichen Demokraten grundsätzlich die Verabsolutierung des Staates und der politischen Praxis, die vollzogene Abkehr vieler Menschen von den religiösen Lehren und Geboten und die Hinwendung des einzelnen und der politischen Parteien zu materialistischen Doktrinen. Auch die marxistischen Lehren (historischer Materialismus, Klassenkampftheorie, Leugnung der Religion) boten deshalb die Möglichkeit für das, was der Nationalsozialismus realisiert hatte: Tyrannei und Totalitätsanspruch des Staates<sup>117</sup>). Schwering berichtet von den Walberberger Gesprächen, daß die herrschende Grundauffassung bei der Beurteilung der ganzen Lage sich zu der Alternative gesteigert habe: „Christus oder Marx“<sup>118</sup>).

Diese Alternative verstanden die Teilnehmer der Diskussionen einmal in dem angeführten Sinne der Wahl zwischen materialistischer und christlicher Lehre, andererseits aber auch im Sinne der Beurteilung der politischen Entwicklungen. Es werde keine Rechtsparteien mehr geben, eine schwache Sozialdemokratie und eine noch schwächere Liberal-Demokratische Partei, aber eine starke Kommunistische Partei. Die Möglichkeit für eine solche Entwicklung bestehe besonders deshalb, weil durch den Krieg wohl 80% (Schätzung des Kölner Kreises) der deutschen Bevölkerung entwurzelt worden seien.

Aus dieser Beurteilung der allgemeinen Lage in politischer und geistiger Hinsicht resultierten die Ziele, die die Kölner Christlichen Demokraten entwickelten.

\*

Neben der Sicherung der freien Betätigung der Religionsgesellschaften, der Garantie der Grundrechte des Menschen und der in allen Präambeln wieder-

<sup>117</sup>) Entwurf der Kölner Leitsätze. Archiv L. Schwering/VI/26.

<sup>118</sup>) Tagebuch Dr. L. Schwering. Archiv L. Schwering/I/1, S. 7.

holten Forderung nach Geltung des christlichen Sittengesetzes im öffentlichen und privaten Leben wurde mit der Behandlung der Schulfrage ein Problem aufgegriffen<sup>119)</sup>, das

- a) unmittelbar nach dem Kriege bei der Wiedereinführung des Unterrichts Streitpunkt zwischen den Besatzungsmächten, einzelnen Parteien und den Kirchen wurde, und
- b) eine Lebensfrage der Christlichen Demokraten selbst war, da die Kirchen, mit denen zusammenzuarbeiten für eine Partei, die in ihrem Namen das Wort „Christlich-...“ führt, notwendig war, gerade in diesem Punkt — einer Angelegenheit, die eine „gemischte“, d. h. sowohl eine staatliche als auch eine kirchliche ist — bestimmte Forderungen an die öffentliche Gewalt stellen mußten, die unabhängig von Zeit und Umständen erhoben wurden.

Im ersten Programmentwurf Dr. L. Schwerings vom 17. Juni 1945 heißt es deshalb unter § 18:

„Das Schulwesen ist von oben bis unten im Geiste der christlichen Simultanschule mit obligatem Religionsunterricht auszugestalten.“

Dieser Passus war in den vorbereitenden Gesprächen, besonders mit Schaeven, formuliert worden. Schwering kommentierte ihn in seiner Rede am 17. Juni<sup>120)</sup>:

„Es handelt sich um die christliche Simultanschule. In ihr geht es um ein Herzstück unserer Vorschläge, von deren Annahme oder Ablehnung in der vor Ihnen liegenden Form sehr vieles abhängt. Daß im Konkordat von 1933 die Bekenntnisschule für den katholischen Volksteil festgelegt war, ist bekannt. Ebenso bekannt ist, daß das Konkordat mit dem waffenlosen Papst geradezu ein Prüfstein war für die Politik Hitlers, wieweit sie überhaupt gewillt war, Verträge zu achten. So bescherte der Nationalsozialismus schließlich dem katholischen Volksteil 1938 trotz des Konkordates höhnisch in aller Form die religionslose Schule. Es ist die Besonderheit dieses Punktes, sobald er in die politische Behandlung kommt, daß er nicht nur vom religiösen Standpunkt allein aus gelöst werden kann. Er hat eine eminent politisch-taktische Seite. Eins aber möchten wir vor allem betonen, welche Haltung auch immer der Einzelne einnehmen mag: niemals darf irgend jemandem der Vorwurf minderer Katholizität oder minderer Grundsatzfestigkeit im Christlichen gemacht werden. Denn nur auf der Basis vollkommenen Vertrauens in die beiderseitige Ehrenhaftigkeit kann eine so eminent delikate Frage einer ersprießlichen Lösung nähergebracht werden.“

<sup>119)</sup> Vergleiche:

„Mit Kelle und Schwert“, Beiträge zum Aufbau und zur Verteidigung des katholischen Erziehungswesens. Herausgegeben von der „Bischöflichen Arbeitsstelle für Schule und Erziehung“, Köln 1949, Heft 1—4.

Heft 1: Stellungnahme Roms und des deutschen Episkopates in der Zeit vor 1933.

Heft 2: Elternrecht und Schule.

Heft 3: Die katholische Kirche und ihr Schul- und Erziehungsideal.

Heft 4: Stimmen des deutschen Episkopates in der Schulfrage in der Zeit des „Dritten Reiches“.

„Zum Schulgesetzentwurf in Nordrhein-Westfalen“, herausgegeben von der „Bischöflichen Arbeitsstelle für Schule und Erziehung“, Köln 1951, enthält die Standpunkte der evangelischen und katholischen Kirche, der Gewerkschaften, der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (Arbeitsgemeinschaft Deutscher Lehrerverbände), der CDU, SPD, FDP, KPD.

<sup>120)</sup> Archiv L. Schwering/VII/2 und VI/24.

Nach der Diskussion vom 17. Juni formulierte als deren Ergebnis Schwing in seinem zweiten Vorschlag am 23. Juni diesen Punkt wie folgt:

„Wir fordern grundsätzlich die Bekenntnisschule für alle vom Staate anerkannten Religionsgemeinschaften. Unsere Mindestforderung ist die christliche Simultanschule mit obligatorischem Religionsunterricht als Hauptfach. Das Recht der Eltern auf weltanschauliche Erziehung ihrer Kinder wird gewährleistet.“

In den Programmdiskussionen veränderte sich die Regelung dieser Frage dann erneut in einem wesentlichen Punkt. Die Neufassung stammte von einem Unterausschuß, dem der evangelische Rechtsanwalt Dr. Fuchs, Superintendent Encke und der katholische Prälat und Studienrat Eichen angehörten. Er lautete:

„Wir fordern für alle Jugenderziehung das Recht der Eltern auf die Gestaltung der Erziehung der Kinder. Diese grundsätzliche Forderung gewährleistet die Bekenntnisschule für alle vom Staate anerkannten Religionsgemeinschaften wie auch die Gemeinschaftsschule mit konfessionellem Religionsunterricht als ordentlichem Lehrfach.“

In dieser Form wurde der Schulpassus in die endgültige Fassung der Kölner Leitsätze aufgenommen. Worin liegt seine Bedeutung?

Zwei Grundsätze werden miteinander verknüpft. Festgestellt wird das Recht der Eltern, über die Gestaltung der Erziehung ihrer Kinder zu bestimmen; das Gesetzgebungsrecht des Staates erfährt also eine Begrenzung. Das Recht der Eltern wird als natürliches Recht angesehen. Andererseits ist es jedoch — unausgesprochen — auch deren Pflicht, ihre Kinder christlich zu erziehen, eine Pflicht, die sich ohne weiteres aus der Anerkennung des christlichen Glaubens ergibt. Unausgesprochen wird aber auch das Mitspracherecht der Kirchen auf die Bestimmung der Erziehung bejaht. Für die Eltern kann es also nur die Möglichkeit geben, die Bekenntnis- oder die Simultanschule mit obligattem konfessionellem Religionsunterricht zu wählen. Ein „christlicher Religionsunterricht“ wird abgelehnt, da über das, was „christlich“ ist, nur die Kirchen legitim entscheiden können. Wegen der Verschiedenheit der Konfessionen kann der „christliche Religionsunterricht“ somit nur ein konfessioneller Unterricht sein (vgl. S. 126 ff.).

\*

Die Kölner Christlichen Demokraten verurteilten den „totalitären Staat“ als Ausfluß einer materialistischen Lehre.

Die einzelnen Entwürfe schwankten zwischen der anerkannten Forderung, die Rechte des Staates grundsätzlich zu beschränken, um eine erneute Entwicklung eines omnipotenten Staates zu verhindern, und der Erkenntnis, die Ordnung der öffentlichen Angelegenheiten im Interesse der Gerechtigkeit und des Allgemeinwohls angesichts des herrschenden Chaos wiederherzustellen, dem Staat also grundsätzlich das Recht zuzubilligen, nötigenfalls

„... Sondereigentum durch geeignete Zwangsmaßnahmen so weit in Gemeineigentum zu verwandeln, als sein eigenes Dasein und die innenpolitische Ordnung mit dieser Wandlung stehen und fallen“ (Welty).

Es ist ein Schwanken zwischen dem Grundsatz, daß der Staat nur ein Zweckverband, ohne eigene Wurzel sei, und der Lehre, daß er eine ursprüngliche, natürliche Einrichtung der diesseitigen Welt darstelle, die deshalb auch ihre eigene Gesetzmäßigkeit besitze. Diese Gegensätzlichkeit kehrt zwangsläufig in allen Forderungen wieder.

Grundsätzlich anerkannt wurde die Demokratie als das Prinzip der staatlichen Ordnung: „Aus der Demokratie fließen alle Gemeinschaftsordnungen“<sup>121)</sup>, Nach den Erfahrungen der deutschen Geschichte wurde aber auch gleichzeitig gefordert, daß der demokratische Staat Möglichkeiten besitzen müsse, sich gegen alle inneren Feinde der Demokratie zu schützen.

Um das zentralistische Prinzip auszuschalten, forderte die Programmkommission einen föderativen Aufbau des neuen Staates, mußte aber andererseits anerkennen, daß er als Gesamtheit über die notwendigen Machtmittel verfügen müsse, um die durch die Katastrophe hervorgerufenen Probleme lösen zu können.

Die Entwicklung in den einzelnen Programmsitzungen wechselte von der Forderung nach einem starken Staat zu der schließlich vorherrschenden Auffassung, daß alles unterlassen werden müsse, was die Gefahr eines neuen omnipotenten Staates erhöhen könne. Aus der Verurteilung des zentralistischen Prinzips folgte der betreffende Passus des letzten Entwurfs, daß Deutschland sich in selbständige, freie Länder gliedern müsse, deren Zusammenschluß in der Form des freien, republikanischen Bundes erfolgen solle (vgl. S. 92 ff.).

\*

Die Programmpunkte, die sich mit wirtschaftlichen und sozialen Problemen beschäftigen, liegen im Spannungsfeld der Pole: Schutz des Privateigentums und Anerkennung des Allgemeinwohls als Entscheidungsinstanz für staatliche Eingriffe in die Wirtschafts- und Eigentumsordnung. Das Privateigentum sichert den einzelnen vor der Wurzellosigkeit und die Gesamtheit vor einer „Kollektivierung“ der Lebensform; das Allgemeinwohl behütet den einzelnen vor der Unterwerfung unter die Herrschaft einer bestimmten Klasse (Abwehr des Klassenkampfgedankens) und setzt dem Inhaber von Eigentum eine moralische Schranke<sup>122)</sup>.

Die Diskussion der Programmkommission fand an einem Ort statt, wo seit 1924 an einer katholischen Sozial- und Wirtschaftsordnung auf thomistischer Grundlage gearbeitet und, nicht unangefochten von anderen katholischen Kreisen, ein „sozialer Kurs“ gesteuert wurde<sup>123)</sup> — in der Albertus-Magnus-Akademie in Walberberg, deren Patres Welty und Siemer einen großen Einfluß

<sup>121)</sup> Kölner Leitsätze, Artikel 17.

<sup>122)</sup> Kölner Leitsätze, Artikel 10.

<sup>123)</sup> Der „soziale Kurs“ der Walberberger Dominikaner fand nicht die Billigung des Kölner Erzbischofs. Gegenüber Welty vertritt Nell-Breuning die gemäßigte Linie.

auf die Abfassung der Wirtschafts- und Sozialprogrammunkte ausübten. Einen ähnlichen „sozialen Kurs“ steuerten auch die Kölner Delegierten wegen der früheren sehr engen Beziehungen der privaten Großindustrie und des Großgrundbesitzes zur nationalsozialistischen Partei<sup>124)</sup> und in Anerkenntnis der Tatsache, daß nach ihrer Schätzung 80% der deutschen Bevölkerung durch die Ereignisse des Krieges wurzellos geworden seien. Dennoch gab es zwischen den Kölnern und den Dominikanern gerade in diesem Punkte heftige Auseinandersetzungen, von denen später noch zu berichten sein wird (vgl. S. 73 f.).

Der erste Vorschlag Schwerings forderte, „wo es im Interesse der Allgemeinheit notwendig ist, Verstaatlichung und Sozialisierung“. Nach der Veröffentlichung der Schrift Pater Weltys „Was nun?“ in der Versammlung vom 17. Juni 1945<sup>125)</sup> hatte Schwing in seinem zweiten Vorschlag den oben bereits erwähnten Satz Weltys übernommen, daß es dem Staat unter bestimmten Umständen zugestanden werden müsse, Sondereigentum durch geeignete Zwangsmaßnahmen vorübergehend soweit in Gemeineigentum zu verwandeln, als sein eigenes Dasein und seine innere Ordnung damit stehen und fallen würden.

Während der Walberberger Gespräche wurden die Begriffe „Sozialisierung“ und „Verstaatlichung“ fallengelassen — entsprechend der These, daß dem Staat nicht unnötige Machtmittel auf die Dauer in die Hand gelegt werden dürften.

Die Patres Siemer und Welty formulierten die neu zu fassenden Sozial- und Wirtschaftspunkte wie folgt:

„Die Eigentumsverhältnisse werden nach den kulturellen und materiellen Forderungen des Gemeinguts (später dafür: Allgemeinwohls; Anm. d. Verf.) und der sozialen Gerechtigkeit geregelt. Die Aufspaltung der Bevölkerung in Besitzende und Nichtbesitzende wird dadurch überwunden, daß ein gerechter Gütertausch geschaffen und allen der Erwerb von Eigenbesitz ermöglicht wird. Die Ebene des Gemeineigentums wird so weit verbreitert, wie das Gemeingut (Allgemeinwohl; s. o.) es gebietet. Die Wirtschaft wird auf der Grundlage der freien, körperschaftlichen Selbstverwaltung neu geregelt ... Die selbständigen Klein- und Mittelbetriebe hingegen werden erhalten, gefördert und tunlichst vermehrt.“

In der weiteren Diskussion, an der sich Pater Siemer nicht mehr beteiligte, da Differenzen aufgetreten waren, wurden im Interesse des Allgemeinwohls die Post, die Eisenbahn, der Kohlenbergbau und die Energieerzeugung als „Angelegenheiten der öffentlichen Hand“, wie es von Welty und Siemer vorgeschlagen wurde, bezeichnet und dies neben den zitierten Punkten zur Wirtschafts- und Sozialordnung in das Programm aufgenommen.

Das Idealbild des Kölner Kreises für die wirtschaftliche und soziale Ordnung war die Beseitigung des „Proletariats“ durch Bindung der großstädtischen Bevölkerungsmassen an eigenen, wenn auch kleinen Besitz (Eigenheim, Garten, Siedlungspläne), die Aufgliederung der Industriebevölkerung und die Heran-

<sup>124)</sup> Tagebuchaufzeichnungen Dr. L. Schwerings. Archiv L. Schwing/I/1, S. 4 ff.

<sup>125)</sup> Die Schrift war der literarische Niederschlag der während des Krieges geführten Gespräche.

bildung eines neuen Bürgers, der religiös gebunden und wirtschaftlich krisen-fester sein müsse als der Industriearbeiter des 19. Jahrhunderts.

\*

In den Diskussionen über einen Namen für die neue Partei bestand Einigkeit, daß er den Ausdruck „Christlich“ enthalten solle. Meinungsverschiedenheiten ergaben sich dagegen über den zweiten und dritten Bestandteil des Namens.

Am heftigsten umstritten war der Vorschlag der Dominikaner Welty und Siemer, die zusammen mit einem Programm den Namen „Christlich-Sozialistische Gemeinschaft“ vorschlugen. Sie argumentierten: der Begriff Sozialismus sei zeitlich früher vorhanden gewesen als der Marxismus, der aber diesem den bis heute allgemein bekannten, bestimmenden Inhalt gegeben habe. Der marxistische Begriff des Sozialismus sei untrennbar verbunden mit der materialistischen Geschichts- und Lebensauffassung, mit der Lehre des Klassenkampfes, der Diktatur des Proletariats und dem Kampf gegen das Christentum. Es komme jetzt — 1945 — darauf an, diesen Begriff, der in aller Munde sei, von der marxistischen Interpretation zu trennen und ihm einen Inhalt zu geben, der aus dem christlichen Glauben und der christlichen Lehren folgere. Keinesfalls aber solle der Versuch einer Synthese von Marxismus und christlichem Glauben unternommen werden<sup>126</sup>).

Während die von den Dominikanern vorgebrachten Programmpunkte, die darstellen sollten, was unter „wahrem Sozialismus“ verstanden werden müsse, angenommen wurden, rief ihr Namensvorschlag heftigen Widerspruch hervor. „Dieser Name sei, besonders für eine neue Partei, untragbar, weil er mißverständlich“ aufgefaßt werden würde (Schwering); mit ihm „werde großen Teilen der Bevölkerung, die hinter uns stehen, zuviel zugemutet“, wenn auch an sich der Begriff „Sozialistisch“ in Verbindung mit „Christlich“ — richtig verstanden — nicht „anstößig“ sei. Die Programmkommission nahm deshalb auch den Begriff „Christlicher Sozialismus“, der das zum Inhalt hatte, was in den Wirtschafts- und Sozialforderungen vertreten wurde, in die Präambel auf:

„... So vertreten wir einen wahren Sozialismus, der nichts gemein hat mit falschen kollektivistischen Zielsetzungen, die dem Wesen des Menschen von Grund auf widersprechen.“

Dr. Adenauer schrieb dagegen am 21. August 1945 an Scharnagl:

„... betont fortschrittlich, soziale Reform und soziale Arbeit, nicht Sozialismus ...“.

Aber nicht nur im Kölner Kreis tauchte der Begriff „Christlicher Sozialismus“ auf, auch andere Kreise und Gruppen, die entweder diese Fassung oder die Bezeichnung „Sozialismus aus christlicher Verantwortung“ verwandten, setzten sich mit ihm auseinander. Er wurde vielfach bekämpft und schließlich ganz fallengelassen.

---

<sup>126</sup>) Gespräch des Verfassers mit Pater Welty am 28. Februar 1952 und Tagebuchaufzeichnungen Dr. L. Schwering. Archiv L. Schwering/I/1, S. 4 ff.

Für die Ablehnung wurden drei verschiedene Gründe angeführt:

1. Der Begriff „Sozialismus“ sei historisch belastet und somit „vergeben“.
2. Die Begriffe „Christlich“ und „Sozialismus“ seien genau so wenig zusammenzufügen wie „Christlich“ und „Partei“ — eine theologische Erwägung, die sich somit überhaupt gegen die Verwendung des Wortes „Christlich“ im Namen einer Partei wandte.
3. Das, was der Begriff inhaltlich darstelle, sei kein anzustrebendes Ziel<sup>127</sup>).

Im Kölner Kreis wurde sodann der Vorschlag gemacht, die Partei „Christlich-Sozial“ zu nennen. Im Sinne der Dominikaner war diese Bezeichnung zu schwach. Hauptsächlich aber wurde gegen diesen Vorschlag eingewandt, daß er ebenfalls „vergeben“, d. h. belastet sei — und zwar durch die antisemitische Politik der Christlich-Sozialen Partei in Österreich<sup>128</sup>). Gegen den Vorschlag „Christliche Volkspartei“ wurde eingewandt, daß die Zentrumsparlei nach 1918 eine kurze Zeit hindurch diese Bezeichnung geführt habe. Man wollte also nicht gern einen Namen verwenden, der mit einem gescheiterten Versuch verbunden war. Dr. Hamacher dagegen erklärte später gegenüber Dr. Zimmermann, daß dieser Name der einzige gewesen sei, den er, wenn der Name „Zentrum“ wirklich nicht beibehalten werden konnte, wegen seiner Verbindung mit der alten Zentrumsparlei akzeptiert hätte. Die Mehrzahl des Kölner Kreises meinte aber auch, daß der Ausdruck „Volkspartei“ durch das Dilemma der Weimarer Parteien, die ihn nur allzugerne gebraucht hätten, nicht minder „belastet“ sei. Längere Zeit hindurch waren die Kölner bestrebt, den Begriff „Partei“ überhaupt zu vermeiden. Eingehend erörtert wurde deshalb die Bezeichnung „Christliche Demo-

<sup>127</sup>) Die Tagung des Zonenausschusses der CDU in Neuenbeken in Westfalen am 28. Juni 1946 stellte in einer Entschließung fest (Archiv Dr. Holzapfel/34):

„... Die sozialpolitische Haltung der CDU in ganz Deutschland zeigt eine erfreuliche Übereinstimmung. Die Grundsätze des Christentums bestimmen die ganze Stellungnahme der CDU zur sozialen Frage.

Der Zonenausschuß für die britische Zone vertritt die Auffassung, daß eine umfassende Sozialreform (vom Verfasser gesperrt) unerläßlich ist. In den Reihen der CDU ist kein Platz für soziale Reaktion in irgendeiner Form.

Zum erstenmal im politischen Leben des deutschen Volkes wird das reiche Erbe und die Überlieferung der christlich-sozialen Bewegung beider Konfessionen durch eine große Partei politisch wirksam.

Um so mehr bedarf es in dieser Stunde christlicher Sammlung einer klaren Abgrenzung und Unterscheidung von der materialistischen und kollektivistischen Gesellschaftsauffassung.

Die Anwendung der Bezeichnung „Christlicher Sozialismus“ oder „Sozialismus aus christlicher Verantwortung“ als Ausdruck sozialer Haltung und sozialen Wollens oder auch in einer umfassenderen Bedeutung ist irreführend (vom Verfasser gesperrt) . . .“

<sup>128</sup>) Gegen Ende des vorigen Jahrhunderts entstand in Österreich neben der liberalen Partei die „Christlich-Soziale Volkspartei“ unter Dr. Karl Lueger (Oberbürgermeister von Wien), in der sich vor allem die katholisch-konservativen Kreise vereinigten.

Dr. Heinrich Mataja schreibt in „Die politischen Parteien der Staaten des Erdballs“ (Herausgeber Dr. Stricker), Münster 1923, S. 260, daß die christlich-soziale Volkspartei Österreichs auf dem Boden des positiven Christentums, der Demokratie, der Sozialpolitik und des Antisemitismus gestanden habe. Sie war österreich- und kaisertreu bestimmt. Nach dem ersten Weltkrieg wurde sie von Prälat Dr. Ignaz Seipel weitergeführt.

kraten Deutschlands“. Dieser Vorschlag, die Verbindung „Christlich“ und „Demokratisch“ im Parteinamen zu verwenden, ging auf den schon erwähnten Entwurf von H. Schäfer (vom März 1945) und auf die Beratungen im Mai 1945 zurück.

Gewählt wurde vom Kölner Kreis dann schließlich der Name „Christlich-Demokratische Partei“.

In anderen Teilen Westdeutschlands wurde indessen bei Bekanntwerden der Gründung der „Christlich-Demokratischen Union“ in der russisch besetzten Zone (besonders durch den Besuch von Dr. Lenz lernte man in Westdeutschland die Entwicklung in Berlin kennen) die Auffassung vertreten, diesen Namen ebenfalls voll und ganz zu verwenden. Der Kölner Kreis lehnte jedoch entschieden ab, und Dr. Lenz berichtete am 27. August 1945 an Dr. Hermes<sup>129)</sup>:

„Schwierigkeiten scheinen bei dem Kölner Kreis insofern zu bestehen, als diese das Wort ‚Union‘ nicht aufnehmen, sondern sich ‚Christlich-Demokratische Partei‘ nennen wollen.“

Schwing schrieb am 28. August 1945 nach der Entgegennahme des Berichtes von Dr. Lenz über die Berliner Union:

„Sein Vortrag beweist, wie richtig es ist, daß wir uns nicht ‚Union‘ nennen wollen.“

Der Grund dieser Haltung dürfte sein, daß die Kölner die Übernahme des Namens „Union“ ablehnten, weil sie fürchteten, daß die Berliner unter politischem Druck zu Äußerungen und Entscheidungen gezwungen werden könnten, die eine zu starke Belastung für die Christlichen Demokraten im Westen sein würden.

Erst auf der Godesberger Reichstagung der Christlichen Demokraten, an der auch die Berliner teilnahmen (14./16. Dezember 1945), wurde dann allgemein der Name „Christlich-Demokratische Union“ angenommen.

\*

Als Ergebnis der Untersuchung über die ersten Ansätze der Christlichen Demokraten in Köln muß festgestellt werden:

1. Der Kreis setzte sich in überwiegender Zahl aus früheren Zentrumspolitikern zusammen.

2. Er wies in sich eine ziemliche Geschlossenheit in der Frage: Zentrum oder Christliche Demokraten? auf.

3. Die evangelische Gruppe — zahlenmäßig klein — setzte sich einerseits aus kirchlichen Kreisen, andererseits aus früheren Liberalen zusammen.

4. In programmatischer Hinsicht war ein Gefälle in der Behandlung der sozialen Frage festzustellen:

Den radikalen Flügel bildeten die Dominikaner in Walberberg, deren Standpunkt teilweise von einigen evangelischen Mitgliedern geteilt wurde.

Auf dem gemäßigten Flügel stand Dr. Adenauer, der sich auch gegen jede Verwendung des Begriffes „Sozialismus“ wandte.

<sup>129)</sup> Archiv Dr. Otto Lenz/27.

5. Der Kernpunkt des Programms war das vorbehaltlose Bekenntnis zur Demokratie, aus der nach Auffassung des Kreises alle Gemeinschaftsformen fließen.

6. Der wesentliche Inhalt des Programms war einerseits die für frühere Zentrumskreise neuartige Auffassung in der Frage der Schulpolitik, andererseits die Zulassung der Überführung einzelner Industrieunternehmen in Gemeineigentum bei grundsätzlicher Anerkennung des Privateigentums und einer aus der Ablehnung des Machtstaates gefolgerten Verurteilung des Staatssozialismus (Sozialisierung).

7. Die Gegnerschaft zu den Kommunisten und die Ungewißheit über die Haltung der Sozialdemokratie in der Frage eines Zusammenschlusses mit diesen beherrschten die Stellung (Mißtrauen) zu den „marxistischen Parteien“ (d. h. SPD und KPD). Die Betonung des Christlichen stützte sich deshalb nicht zuletzt auf „drohende Gefahren aus dem Osten“ (vgl. S. 119 ff.).

8. Der Kreis entfaltete eine Aktivität nach außen, die mit der der Berliner Union (vgl. S. 207 ff.) und der Schlange-Gruppe (vgl. S. 158 ff.) zu vergleichen ist. Die Kölner hatten das größte Interesse an der Gewinnung der norddeutschen protestantischen Gruppen. Die ersten Berichte aus Hannover führten jedoch zu dem Urteil, daß die Aussichten „mäßig“ seien. In Norddeutschland, so hieß es, mache eine demokratische Partei den Christlichen Demokraten ernsthafte Konkurrenz.

9. Der Kölner Erzbischof war gegenüber der neuen Entwicklung zunächst mißtrauisch, entschied sich aber im August zusammen mit anderen Bischöfen, die in Werl konferiert hatten, aus „taktischen Gründen“, wie es hieß, für die Christlichen Demokraten. Der Vorsitzende des Caritas-Verbandes, Prälat Kreuz, förderte die Bestrebungen des Kölner Kreises. Der evangelische Superintendent in Köln, Encke, gehörte zu seinen Gründern.

### C. Der Düsseldorfer Kreis

Der Düsseldorfer Kreis bestand aus zwei Gruppen: einer, die sich bei ihrer Bildung nach dem Kriege sofort für die Gründung einer christlich-demokratischen Partei einsetzte, und einer anderen, die an der Zentrumsparterie festhalten wollte und den evangelischen Kräften eine eigene evangelische Partei empfahl.

Die erste Gruppe ging auf die enge Zusammenarbeit zwischen katholischen und evangelischen Kräften in Oppositionsgruppen während der nationalsozialistischen Zeit zurück<sup>130</sup>).

An den Besprechungen beteiligt waren u. a.:

Karl Arnold, früher Kartellsekretär der Christlichen Gewerkschaften und Vorstandsmitglied der Zentrumsparterie in Düsseldorf<sup>131</sup>), kath.;

Dr. Robert Lehr, bis 1933 Oberbürgermeister von Düsseldorf, früher Mitglied der Deutschnationalen Volkspartei<sup>132</sup>), ev.;

<sup>130</sup>) Bericht des Düsseldorfer Stadtrats Dr. Hensel an Ministerpräsident Karl Arnold vom März 1952. Duplikat in Händen des Verfassers.

<sup>131</sup>) Karl Arnold, 1901 geboren, stammt aus einer schwäbischen Kleinbauern- und Handwerkerfamilie. Nach dem Besuch einer Volkshochschule in Herrlishäufen (Südwürttemberg) war er als Lederarbeiter beschäftigt, bis Matthias Erzberger ihm ein Studium an der Sozialen Hochschule in München ermöglichte. Von 1929 an war er in der Christlichen Gewerkschaftsbewegung tätig.

<sup>132</sup>) Dr. Robert Lehr, 1883 in Celle geboren, trat nach juristischen Studien in die Kommunalverwaltung ein. Er war Mitglied der Deutschnationalen Volkspartei und von 1924 bis 1933 Oberbürgermeister von Düsseldorf.

Anne Franken, Oberstudiendirektorin, kath. ;  
Dr. Werner Schütz, Rechtsanwalt, ev. ;  
Dr. Hensel, Stadtrat, früher Zentrumsmitglied, kath. ;  
Freiherr von Gumpenberg, früher Zentrumsmitglied, kath. ;  
auf evangelischer Seite standen der Gruppe sehr nahe die Geistlichen Linz und  
Prätorius.

Die Gruppe der Zentrumsanhänger bildete sich im Laufe der Zeit mehrfach  
um. Während des ersten halben Jahres nach dem Kriege gehörten ihr u. a. an:  
Dr. Franz Kaufhold, Rechtsanwalt ;  
Joseph Gockeln, ehemaliger Sekretär der Katholischen Arbeitervereine ;  
Döhmer, Dechant, Geistlicher Rat ;  
Jakob Pötz, Verleger ;  
Dr. Keller, Studienrat ;  
Dr. Schiffers, Syndikus ;  
Peter Lütsches, Kaufmann und Journalist ;  
Ernst Kreuzberg, Pfarrer ;  
Richard Muckermann, Schriftsteller, Kettwig (Ruhr) ;  
Schulte, Verlagsdirektor ;  
Dr. Klein, Journalist.

\*

Ungefähr zur gleichen Zeit wie der Kölner Kreis — Ende Juni/Anfang Juli  
1945 — einigten sich die Christlichen Demokraten in Düsseldorf auf ein Pro-  
gramm, das in der Tendenz dem der Kölner entsprach.

Zu den Aktionen der Düsseldorfer gehörten Verhandlungen mit den dortigen  
Zentrumsanhängern. Es gelang jedoch nicht, die ganze Zentrumsgruppe zu den  
Christlichen Demokraten hinüberzuziehen. Sie knüpften ferner Verbindungen  
zu den niederrheinischen Städten und zu dem zur Rheinprovinz gehörenden  
Teil des Ruhrbezirks an. Schon früh kam es zu Gesprächen mit den Kölnern,  
an deren Beratungen in Walberberg Oberstudiendirektorin Franken teilnahm  
(an dem zweiten Treffen am 30. Juni/1.-2. Juli 1945).

Zur Gruppe der Christlichen Demokraten in Düsseldorf gehörten, wie ein  
Bericht von Gockeln, Kreuzberg und Dr. Kaufhold an den Dechanten Döhmer  
vom 14. November 1945<sup>133</sup>) feststellt:

„... Kreise der Intellektuellen, des Mittelstandes, die katholische Handwerker-  
schaft der Kolpingfamilie, katholische Arbeiter ...“.

Dr. Otto Lenz, Mitgründer der Christlichen Demokraten in Berlin, berichtete  
von seinem Besuch in Westdeutschland am 27. August 1945 an Dr. Hermes,  
daß die Düsseldorfer sich ebenso wie die von Lambert Lensing geführten west-  
fälischen Christlichen Demokraten auf den Boden der Berliner CDU stellten.  
Er nennt als seine Düsseldorfer Gesprächspartner Karl Arnold, Stadtrat Hensel.

<sup>133</sup>) Vgl. Anm. 114.

Baron von Gumpenberg, Ehler aus Duisburg, Strunk aus Essen und Wiegert aus Köln.

Die Düsseldorfer Gruppe berief nach dem Plan, den sie während der Watten-scheider Sitzung am 13. August mit den Kölnern und den Wuppertalern ab-sprach, für den 20. August eine von 43 rheinischen Städten beschickte Ver-anstaltung ein, auf der noch einmal über die Frage: Christliche Demokraten oder Zentrum? diskutiert werden sollte (vgl. S. 98 f.).

\*

Die Entstehung und Entwicklung der Christlichen Demokraten in Düsseldorf schildert ein von Gockeln, Dr. Kaufhold und Pfarrer Kreuzberg an den Düssel-dorfer Dechanten, den Geistlichen Rat Döhmer, gerichteter Brief vom 14. No-vember 1945. Seine Verfasser gehörten zu den Zentrumsanhängern, die nach den Verhandlungen mit den Christlichen Demokraten zu diesen übertraten. Der Anlaß des Briefes war eine Entgegnung Muckermanns und Dr. Kleins<sup>134)</sup> auf einen von seinen Schreibern kurz vorher veröffentlichten Aufruf an die früheren Zentrumsmitglieder und -anhänger, mit den Christlichen Demokraten zusam-menzuarbeiten (in: Neue Rheinische Zeitung, Nr. 25; Entgegnung Muckermanns am 20. Oktober in der gleichen Zeitung, Nr. 26). Es heißt in dem Brief:

„... Als gleich nach dem militärischen Zusammenbruch Deutschlands die Arbeit der SPD und KPD einsetzte, hielt ein Kreis von Freunden der ehemaligen Zentrums-partei, unter ihnen Mitglieder des früheren Zentrumsvorstandes in Düsseldorf, es für geboten, als politische Vertreter des katholischen Volksteiles die Zentrumspartei wieder ins Leben zu rufen. Den evangelischen Kreisen sollte empfohlen werden, sich dem Zentrum anzuschließen oder, falls sie es für zweckmäßiger hielten, eine besondere christlich eingestellte Partei zu gründen und dann mit dem Zentrum eine politische Arbeitsgemeinschaft zu bilden. Ein vorbereitender Ausschuß nahm die Sache in die Hand (Seine Mitglieder waren Dr. Kaufhold, J. Gockeln, Geistlicher Rat Döhmer, Verleger Pötz, Dr. Keller, Dr. Schiffers, Peter Lütches, Pfarrer E. Kreuzberg; Anm. d. Verf.) ... Obwohl die Verhältnisse noch nicht genügend geklärt waren, wurde vorsorglich die Gründung der Zentrumspartei Düsseldorf beschlossen und bei der Militärregierung zur Anmeldung gebracht.

... Mittlerweile hatte sich Düsseldorfs Abgeschlossenheit von der Umwelt etwas aufgelockert. Die Ausschußmitglieder erhielten Mitteilungen von draußen und konnten durch eigene Reisen Kenntnis von den Ansätzen politischen Lebens in den Nachbar-städten gewinnen, mußten aber zu ihrem Befremden feststellen, daß in Köln, Aachen, Mönchen-Gladbach, Krefeld, Neuß, ja auf dem gesamten linken Rheinufer die Zen-trumspartei überhaupt kaum noch genannt wurde. Die früheren Zentrumskämpfer der vorgenannten Städte hatten sich in der Erkenntnis, daß die Zeitumstände eine ge-schlossene christliche Front forderten, mit ihren evangelischen Mitbürgern zu gemein-samer politischer Arbeit in der christlich-demokratischen Partei schon wesentlich früher zusammengeschlossen. Ähnliche Nachrichten kamen aus dem Westfälischen und aus dem Paderborner Land, wo die katholischen Arbeitersekretäre zugleich Partei-sekretäre der christlich-demokratischen Partei geworden sein sollten.

<sup>134)</sup> Archiv R. Muckermann/92.

Auch in unserer Heimatstadt Düsseldorf verlangten weite Kreise . . . den Zusammenschluß mit den evangelischen Volksteilen und erstrebten die Vertretung ihrer politischen Interessen nicht mehr durch das Zentrum, sondern durch eine zusammengefaßte christlich-demokratische Partei.“

Den Ausschlag für die weiteren Erwägungen des Zentrumsausschusses gaben nach Auffassung dieses Berichtes die Erwägungen des westdeutschen Episkopates während seiner Tagung in Werl (vgl. S. 66). Ein Hindernis für die Verhandlungen mit den Christlichen Demokraten habe zunächst deren Auffassung in der Schulfrage, die eine christliche Simultanschule neben der Bekenntnisschule zuließ, bedeutet. In den Besprechungen habe sich dann aber der Grundsatz herausgestellt, daß die Eltern über die Schulform selbst entscheiden sollten. Es habe sich also für die Zentrumsanhänger die Frage ergeben, warum denn zwei Parteien — innerlich gleich — um die gleichen Anhänger werben sollten?

„Der Versuch einer Einigung der christlich denkenden und empfindenden Volksteile Düsseldorfs wurde dann der Leitgedanke der Ausschlußbesprechungen, als wiederholt von christlich-demokratischer Seite eine wechselseitige Aussprache hierüber angeregt wurde. Es kam dann unter Billigung des gesamten Ausschusses mit dem Vorstand der christlich-demokratischen Partei zu Besprechungen, die von Erfolg gekrönt waren.“

Von den sechzehn Mitgliedern des Zentrumsausschusses zogen daraufhin nach Angabe dieses Berichtes zwölf ihre Unterschrift unter den Zulassungsantrag zurück. Die restlichen Mitglieder, darunter Richard Muckermann, Verleger J. Pötz und Dr. Klein, setzten ihre Bestrebungen, die Zentrumsparterie wieder zu gründen, fort.

\*

Die Düsseldorfer Christlichen Demokraten, soweit es sich um frühere Zentrumsmitglieder handelte, machten also in ihrer Ablehnung einer Wiedergründung des Zentrums die gleichen Gesichtspunkte wie der Kölner Kreis geltend, so daß sich ein noch näheres Eingehen darauf erübrigt.

Notwendig erscheint jedoch, die Überlegungen darzustellen, die von den konsequenten Anhängern des Zentrumsgedankens, die auch nach der Einigung des größten Teils der alten Zentrumsanhänger mit den Düsseldorfer Christlichen Demokraten unter dem Einfluß von Dr. Hamacher (vgl. S. 63) an einer Wiedergründung der Deutschen Zentrumsparterie festhielten, vertreten wurden. Dr. Hamacher, der frühere Generalsekretär der rheinischen Zentrumsparterie und rheinische Vertreter im Reichsrat, wurde dann am 14. Oktober 1945 bei der Wiedergründung des Zentrums dessen erster Vorsitzender.

Für die Entwicklung der Auffassungen dieser rheinischen Zentrumsgruppe konnte der Verfasser vor allem vier verschiedene Quellenbereiche erschließen:

1. Aufsätze, Reden, Briefe und protokollierte Gespräche aus dem Jahre 1945 von Dr. Hamacher;
2. Aufsätze von Richard Muckermann;

3. Aufsätze des Verlagsdirektors Schulte (bei Jakob Pötz);
4. Publikationen der Düsseldorfer Zentrumspartei<sup>135</sup>).

Während die unter 2. und 4. genannten Quellen die Möglichkeit einer Preisgabe des Zentrums grundsätzlich verneinen, können sowohl in Dr. Hamachers als auch in Schultes Äußerungen Ansätze für den Gedanken nachgewiesen werden, den Namen „Zentrum“ aufzugeben.

Welche Ausgangspositionen lassen sich also bei den einzelnen Zentrumsanhängern erkennen?

Dr. Karl Zimmermann berichtet in einem Protokoll über ein Gespräch mit Dr. Hamacher am 5. November 1945:

„Hamacher betonte, daß er im Anfang nicht im Gegensatz zur Christlich-Demokratischen Partei gestanden habe . . . Er wies darauf hin, daß es ihm nicht auf den Namen ‚Zentrum‘ angekommen sei. Er wäre auch mit der Bezeichnung ‚Christliche Volkspartei‘ einverstanden gewesen. Der Name ‚Christlich-Demokratische Partei‘ gefalle ihm in keiner Weise. Worauf er allerdings größten Wert lege, sei, die Tradition der Deutschen Zentrumspartei zu wahren. Ohne den festgefügtten Block der Deutschen Zentrumspartei könne im christlichen Lager niemals eine Partei aufgebaut werden. Dieser Tatbestand aber verlange, daß innerhalb der neuen Partei auch die Rechte und Belange des Zentrumsvolkes gewahrt werden.“

<sup>135</sup>) Zu 1: Dr. Wilhelm Hamacher:

- a) „Warum Zentrum?“ Rede Dr. Hamachers am 14. Oktober 1945 in Soest. Düsseldorf 1946.
- b) Rechtfertigung der Zentrumsgründer, verfaßt von Dr. Hamacher im Herbst (September?) 1945. Archiv R. Muckermann/4.
- c) „Welche Partei?“, verfaßt von Dr. Hamacher, Herbst 1945. Archiv R. Muckermann/60.
- d) Bericht von Dr. K. Zimmermann über seine Besprechung mit Dr. W. Hamacher am 5. November 1945. Archiv L. Schwering/VI/30.
- e) Kurzgefaßter Bericht Dr. K. Zimmermanns über seine Besprechung mit Dr. W. Hamacher am 5. November 1945. Archiv Landesverband der CDU im Rheinland. Akte Zentrum.
- f) Bericht von Johannes Albers über seine Besprechung mit Dr. Hamacher am 30. November 1945 im Dominikanerkloster Walberberg, an der auch Pater L. Siemer und ein dem Dominikanerorden angehörender französischer Verbindungs-offizier teilnahmen. Archiv Landesverband der CDU im Rheinland, Akte Zentrum.
- g) Brief Dr. Hamachers an Dr. Horster, Krefeld (CDU) vom 5. März 1946. Archiv Landesverband der CDU im Rheinland, Akte Zentrum.

Zu 2: Richard Muckermann:

- a) „Einige Gedanken über die politischen Aufgaben und die politische Zukunft des katholischen Volksteiles in Deutschland“, verfaßt von R. Muckermann, 1. Mai 1945. Archiv R. Muckermann/57.
- b) „Zur gegenwärtigen Lage des parteipolitischen Lebens in Deutschland“, verfaßt von R. Muckermann, Herbst 1945. Archiv R. Muckermann/8.

Zu 3: Verlagsdirektor Schulte, Düsseldorf:

- a) „Warum Christliche Volkspartei?“ verfaßt von Schulte, 25. Mai 1945. Archiv R. Muckermann/6.
- b) „Welche Realitäten stehen hinter dem politischen Anspruch der Christlichen Demokraten?“ verfaßt von Schulte, 22. Oktober 1945. Archiv R. Muckermann/63.
- c) Bericht über die „Ansätze der Demokratie“, verfaßt von Schulte am 20. Oktober 1945. Archiv R. Muckermann/5.

Zu 4: Zentrumspartei in Düsseldorf:

- „Richtlinien der Zentrumspartei“. Archiv R. Muckermann/65.

Hamacher geht aber noch weiter. Er dementierte die Auffassung eines Zentrumsflugblattes, das ausgeführt habe, die Zentrumspartei habe nach dem Krieg ihren Ausgang von seinem Kölner und Düsseldorfer „Nein“ genommen. Zimmermann berichtet, daß Hamacher folgende Ausführungen gemacht habe:

„Er hätte damals in Köln erklärt, daß er Bedenken habe gegenüber der neuen Gründung, daß diese Bedenken jedoch mehr äußerer Art gewesen seien, insofern er die Auffassung vertreten habe, die Gründung sei zu früh erfolgt ... Allerdings sei bei allem zu bedenken, daß die Idee der Wiedergründung des Zentrums immer in seinem Unterbewußtsein geschlummert habe ...“

Wenn nun Dr. Klein am 8. November 1945 an einen Anhänger der Christlichen Demokraten<sup>136)</sup> schrieb:

„... Auf Ihre Anfrage bezüglich der Mitarbeit Dr. Hamachers bei der Gründung der Christlich-Demokratischen Partei teile ich Ihnen eindeutig mit, daß Herr Dr. Hamacher mit dieser Partei niemals etwas zu tun gehabt hat, noch zu tun haben will. Zwar ist er bei der Gründungsversammlung in Köln anwesend gewesen, er hat sich aber ebenso wie seinerzeit in Düsseldorf kritisch gegenüber der Neugründung geäußert“,

so ist damit kein Widerspruch zu dem Protokoll Dr. Zimmermanns über sein Gespräch mit Dr. Hamacher gegeben, sondern nur eine Bestätigung von dessen „Nein“, ohne auf die Motive einzugehen.

Man darf also feststellen: Dr. Hamacher wollte die Tradition der Zentrumspartei gewahrt wissen, sah aber im Anfang die Möglichkeit, diese Bedingung erfüllen zu können, nicht ausschließlich in der Wiedergründung des Zentrums. Die These der Christlichen Demokraten, die Zentrumspartei auf eine neue Basis zu stellen, wurde von ihm im Anfang nicht ausdrücklich verneint. Da er jedoch kurze Zeit später zum eifrigen Verfechter der Zentrumspartei wurde, müssen für seine endgültige Stellungnahme auch noch andere Gesichtspunkte ausschlaggebend gewesen sein (vgl. S. 84 ff.).

In einem Memorandum, das Muckermann am 1. Mai 1945 verfaßte, setzte er sich mit den kommenden parteipolitischen Entwicklungen und der Frage, was im „christlichen Lager“ sich anbahne, auseinander.

Er zweifelt nicht daran, daß die Kommunistische und die Sozialdemokratische Partei wiederkommen werden.

„Anders aber scheint es im christlichen Lager zu sein, also bei jener Gruppe, auf der unser gesamtes Kulturgut in Deutschland aufgebaut ist, auf deren Ideen die Gesellschaftsordnung basiert, und deren Moral und Ethik überhaupt erst ein friedliches Zusammenleben in unserer Gemeinschaft möglich machen. Vertreter dieser Gruppe betonen mit Recht, daß nunmehr die Zeit gekommen ist, wo das christliche Element, also praktisch die beiden großen Konfessionen, sich eng zusammenschließen müssen, um nach Überwindung des Nationalsozialismus gegen ein Abrutschen in einen unchristlichen Sozialismus gewappnet zu sein. Um diese Einheit auch nach der politischen

<sup>136)</sup> Brief des Generalsekretärs der Deutschen Zentrumspartei im Rheinland nach deren Wiedergründung, Dr. Klein, an einen in der Abschrift nicht namentlich genannten Anhänger der Christlichen Demokraten vom 8. November 1945. Archiv Landesverband der CDU im Rheinland, Akte Zentrum.

Seite hin zu stärken, geht ihre Beweisführung folgendermaßen: „Das alte Reich liegt in Trümmern. Überall Ruinen und Armut und Not. Mit dem alten Reich schwanden alte Auffassungen. Eine neue Zeit bricht unaufhaltsam herein. So müssen wir auch den Mut haben, mit alten Formen zu brechen und etwas Neues, Junges zu schaffen, etwa in Form einer christlich-demokratischen Partei.“

Muckermann verurteilt dieses „ideale Beginnen“ nicht, hält es aber im Augenblick für praktisch undurchführbar und lehnt es deshalb ab.

„In der praktischen Politik würde dies bedeuten, daß ein neues Experiment ohne Tradition und ohne Erfahrung sofort in die Arena zu steigen hätte gegen alte erfahrene Parteien, die gar nicht daran denken, ihrem alten Namen und ihrer alten Fahne untreu zu werden. Denn wo wäre es im nüchternen Alltagsleben Brauch, daß man eine alte Firma löscht, wo doch allein der Name schon ein starkes Aktivum bedeutet?“

Zweifelnd fragt er sodann, ob durch eine solche Partei die katholischen Volksteile ebenso energisch vertreten werden würden.

„Man wollte fortschrittlich sein, darum warf man das Alte über Bord, die Tradition der Väter. Sollte das aber eines Tages in Deutschland geschehen, so hätte das katholische Volk sich seines letzten Einflusses in Deutschland begeben. Hinter den geschlossenen Türen der parlamentarischen Einflußsphäre würde das triumphierende Hohngelächter von den Liberalen bis hin zu der äußersten Linken widerhallen, daß endlich dieser verhaßte Turm gestürzt sei. Nein, dieser Turm hat noch eine Aufgabe zu erfüllen . . .“

Muckermanns Haltung wird also durch die folgende Überlegung bestimmt: das politische Zusammengehen beider Konfessionen — so ideal der Gedanke auch ist — kann praktisch im Jahre 1945 nicht verwirklicht werden. Nur in der Zentrumspartei können die Belange des katholischen Volksteils energisch vertreten werden. In der Situation, in der sich Deutschland befindet, darf nicht ein Experiment unternommen werden, dessen primäre Auswirkung eine Partei ohne Tradition und Erfahrung wäre, die in den Kampf mit erfahrenen Parteien zu treten hätte. Deshalb muß das Zentrum wieder gegründet werden.

Am 22. Mai 1945 stellte Schulte in einem Memorandum Betrachtungen über die zu erwartende bzw. anzustrebende parteipolitische Entwicklung in Deutschland und die besonderen Probleme für die frühere Zentrumspartei an.

Neben den „marxistischen Parteien SPD und KPD“, die in keinerlei Verbindung mit dem Nationalsozialismus gestanden, aber auch trotz mehrfacher Ansätze noch keine neue geistige Grundlage an Stelle des Marxismus und des historischen, ökonomischen Materialismus entwickelt hätten, jedoch mit einer ziemlich geschlossenen Wählerschaft wiedererstehen würden, hätten die früheren Rechtsparteien und der rechtsstehende Flügel der Deutschen Volkspartei keine Gelegenheit zum Wiedererstehen, da ihre Wähler nach 1933 bei der NSDAP gelandet wären und ihre Kräfte deren Verwaltung und Regierung gestützt hätten. Deshalb müßten im Bereich der früheren bürgerlichen Rechtsparteien Neugründungen erfolgen. Die früheren Zentrumsanhänger ständen nun vor drei Möglichkeiten: a) Wiederherstellung des Zentrums auf seiner alten, geschlossenen katholischen Grundlage;

- b) Gründung einer Sammelpartei ohne jede Beziehung zum Religiösen und Kirchlichen;
- c) Gründung einer Sammelpartei ohne konfessionelle Sonderbegrenzung, jedoch auf allgemein christlicher Grundlage.

Zur ersten Möglichkeit führte Schulte — dem Sinne nach — aus:

Die Beziehungen von Religion und Politik zueinander seien sehr kompliziert. Einerseits trage die Religion absoluten Charakter, das politische Leben dagegen sei seinem Wesen nach schwankend und unstabil. Andererseits endige aber jede Politik, die sich von den christlichen Grundsätzen der Gerechtigkeit, der menschlichen Freiheit und Persönlichkeitswürde entferne, in Verbrechen und Vernichtung. Die Gefahr eines zu starken Ineinander von Kirche und Partei sei aber in der Zentrumsparlei gegeben.

Für wertvolle protestantische Kräfte bleibe diese Partei verschlossen. Falls diese Kräfte aber eine eigene politische Form suchten, würde dies eine Schwächung, eine Zersplitterung aller christlichen Kreise bedeuten. Ebenso untragbar sei jedoch eine rein katholische Partei für jene Kreise, die den politischen Tendenzen des Zentrums naheständen, sich aber religiös vom Christentum abgewandt oder ihm, wie die Juden, niemals angehört hätten.

Zur zweiten Möglichkeit, der Sammlung aller „nichtmarxistischen Kräfte“, weist Schulte auf die großen Gefahren hin, die wegen der mangelnden geistigen Grundlagen bei einer solchen Partei beständen; „ohne ein starkes geistiges Band könnten die verschiedenen Elemente“ nicht zusammengehalten werden.

Die dritte Möglichkeit Schultes — eine christliche Volkspartei — würde letztlich die Preisgabe des Zentrums bedeuten. In ihr müßten alle diejenigen Kräfte zusammengeführt werden, die die „Gültigkeit der christlichen Grundsätze für alles staatliche und soziale Leben anerkennen“. Das täte auch ein großer Teil der „nicht religiös gebundenen Bevölkerung“, der unabhängig vom Kirchlichen das Christentum als moralische Grundlage und entscheidenden Kulturfaktor anerkenne.

Eine solche Partei zu gründen, würde zunächst für das Zentrum das größte Opfer bedeuten, da nach Auffassung Schultes die anderen hierfür in Frage kommenden Kräfte sich nicht mehr auf eine große, geschlossene Anhängerschaft stützen könnten. Auch organisatorisch bedeute dieser Weg, große Schwierigkeiten in Kauf zu nehmen, und es sei an sich einfacher, die, wenn auch gelockerte, im wesentlichen noch vorhandene Organisation des Zentrums wieder aufzubauen.

Diese Bedenken schiebt Schulte am 25. Mai 1945 beiseite:

„Aber es kommt nicht darauf an, ob Opfer gebracht werden müssen, oder ob der Beginn des Weges technisch etwas schwieriger oder leichter ist; wichtig ist nur, daß das geschieht, was den staatlichen und gesellschaftlichen Wiederaufbau und die geistige Erneuerung des deutschen Volkes am meisten fördert. Dazu muß aber die christliche Grundsubstanz des deutschen Volkes aufgerufen werden, und dieser Aufruf muß so lauten, daß alle ihm zu folgen vermögen, für die das Christliche etwas Lebendiges ist,

das, wenn nicht mehr, so doch zum mindesten moralische Richtschnur und geistiges Fundament bedeutet. Die hier zum Ausdruck gebrachten Gedanken können zunächst nur einem regional begrenzten Personenkreis zur Kenntnis gebracht werden, sie sind jedoch das Ergebnis zahlreicher Besprechungen, die seit vielen Jahren mit geistig und politisch führenden Persönlichkeiten und Gruppen im ganzen Reich geführt wurden. Sie dürfen deshalb den Anspruch erheben, Meinungsäußerung und Willensausdruck jener Kräfte zu sein, die, soweit sie nicht dem Terror zum Opfer gefallen sind, zu den wichtigsten Trägern eines neuen politischen Lebens in Deutschland zählen werden.“

Fünf Monate später, am 20. und 22. Oktober 1945, schreibt Schulte über das gleiche Thema — konkretisiert: über die Christlichen Demokraten, die sich inzwischen konstituiert und deren katholische Teile, soweit sie früher im Zentrum politisch gebunden waren, aus den von ihm skizzierten Gründen ihre frühere Partei nicht wiedererrichtet hatten. Er polemisiert jetzt gegen sie, da nach seiner Ansicht viele von ihnen die Nationalsozialisten unterstützt hätten. Am 22. Oktober stellt er fest, daß diese Partei offenbar im Kriege vorbesprochen sei, wobei allerdings die politische Herkunft „dieser Leute durchsichtig“ wäre. Keiner von ihnen sei autorisiert, im Namen einer politischen Gruppe zu sprechen, die auch nur eine nennenswerte Gefolgschaft aufweisen könne. Sein Angriff richtet sich aber nicht nur gegen die Christlichen Demokraten allein, er bezweifelt jetzt auch grundsätzlich die Möglichkeit, Protestanten und Katholiken politisch in einer Partei zusammenzuführen. Die Zusammenfassung der beiden Konfessionen sei immer wieder versucht worden (1918, 1919, 1920), aber immer mit dem gleichen negativen Ergebnis. Bei den Protestanten fehle das, was bei den Katholiken vorhanden sei — die Einheitlichkeit der Einstellung gegenüber den staatlichen und sozialen Problemen. Daran kranke auch die Christlich-Demokratische Partei. Es handle sich bei ihr in Wirklichkeit um eine Gruppe von „Offizieren ohne Mannschaften“. Außerdem sei es ihr nicht gelungen, rechts von den Sozialdemokraten weitere Parteigründungen zu verhindern, wie sie es ursprünglich beabsichtigte.

Die Ausgangsposition Schultes unterschied sich also kaum von der der rheinischen Christlichen Demokraten; nach einem halben Jahre jedoch war er weiter von ihnen entfernt, als je für Dr. Hamacher angenommen werden kann.

\*

Um die folgenden vier Gesichtspunkte konzentrieren sich die Argumente der Zentrumsbefürworter:

1. Im Zustand der politischen Ungewißheit und Wirrnis könne eine Neuordnung nur von dem Bestehenden — als solches wird die Zentrumspartei angesehen — ausgehen; d. h. Ablehnung eines Experimentes, dessen Ausgangsbasis „nichts als politische Hoffnungen“ und dessen Erfolgsaussichten völlig ungewiß seien.
2. Mit der Preisgabe des Zentrums würde im politischen Leben Deutschlands die „Mitte“ beseitigt werden. Gerade das dürfe bei den bestehenden Verhält-

nissen jedoch nicht geschehen (Gefahr des Überwiegens der Extreme). Das Zentrum müsse deshalb wieder gegründet, der Sammlungsgedanke aber abgelehnt werden.

3. Die sichere und energische Vertretung des katholischen Volksteils im politischen Raum sei nur — wie bisher und auch gegenwärtig in anderen europäischen Ländern — durch eine Partei möglich, die dem Zentrum gleiche. Den evangelischen Kräften wird empfohlen, eine Partei für sich zu gründen, die mit dem Zentrum eng zusammenarbeiten könne. Die Aufforderung der Christlichen Demokraten, alle Christen in einer Partei zu sammeln, wird damit verworfen.

4. Die Situation Deutschlands im Jahre 1945 gebe dem katholischen Volksteil — erstmalig seit Jahrhunderten — die Möglichkeit, einen entscheidenden Einfluß auf den Aufbau des Reiches und auf seine Politik auszuüben. Diese Möglichkeit könne aber nur durch die Zentrumsparterie ausgewertet werden.

Zu 1. In Krisenzeiten darf das Überlieferte und noch Bestehende nicht Experimenten geopfert werden.

Diese Auffassung wurde besonders von Dr. Hamacher (nach seiner endgültigen Ablehnung einer Christlich-Demokratischen Partei) und Muckermann vertreten. Sie klingt auch in Schultes erstem Bericht an, als er feststellte, daß eine evtl. Preisgabe des Zentrums für die Katholiken ein großes Opfer bedeuten würde.

Muckermann schrieb am 1. Mai 1945:

„Das katholische Volk will im Grunde genommen sein altes Zentrum wiederhaben. Seine Wegweiser stehen noch und weisen auch noch in die gleiche Richtung. Wir brauchen ihnen nur nachzugehen . . . Alle kostbaren Kräfte, die jetzt unnütz verschwendet werden bei der Ausschau nach etwas Neuem, bei der Aufstellung neuer Grundsätze und Taktiken, würden viel zweckmäßiger dazu verwandt, die alten Bastionen unseres Zentrums für die kommenden Kämpfe wieder herzurichten . . .“

Dr. Hamacher schrieb im September 1945 nach der Gründung der Christlich-Demokratischen Partei und vor der Soester Gründung des Zentrums:

„Eine neue Partei kann nur mit Hoffnungen in den Kampf gehen, das Zentrum gründet . . . auf die Erfahrung einer 75jährigen politischen Arbeit . . .“

Am 5. März 1946 schrieb Dr. Hamacher an Dr. Horster, Krefeld, den Vorsitzenden der dortigen CDU:

„Als ein Mann, der von der Geschichte her in die Politik gegangen ist, schmerzt es mich, daß ausgerechnet von Köln und vom Rheinland her es Männer des Zentrums gewagt haben, Namen und Tradition preiszugeben, und, wie Sie selbst sagen, ein Experiment versuchen, von dem Sie selbst nicht wissen, ob es gelingen wird. So darf man nicht mit einem Volk spielen, das seit 50 Jahren aus einer Katastrophe in die andere geworfen und nun aus seiner Lebensbahn geschleudert worden ist . . .“

Dr. Hamacher im September 1945:

„Unter der von den Nationalsozialisten geschaffenen Verwirrung ist es ganz gleich, wer (gesperrt von Dr. Hamacher; Anm. d. Verf.) die Fahne des Zentrums erhebt. Jeder, der innerlich noch zum Zentrum im politischen Treueverhältnis steht, ist dazu nicht nur berechtigt, sondern verpflichtet! . . .“

Für die Ablehnung des Experimentes und gegen die Preisgabe des Zentrums sprachen also nach Auffassung dieser Zentrumsbefürworter nicht nur politische und grundsätzliche Erwägungen, sondern auch ein moralischer Grund — das politische Treueverhältnis.

Zu 2. Das Zentrum ist notwendig, weil das deutsche politische Leben, besonders in der Situation von 1945, eine politische Mittepartei benötigt.

Hamacher führte an mehreren Stellen aus, daß er den Eindruck gewonnen habe, daß die Christlichen Demokraten sich zu einer „Rechts“-Partei entwickeln würden. Diese Annahme habe seine Entscheidung für die Zentrumspartei bestimmt, als er noch schwankend gewesen sei. Das Zentrum aber sei eine Partei, die — wenn auch auf antirevolutionärer und konservativer Grundlage — im politischen Leben eine Mittelstellung — zwischen den Flügeln und mit beiderseitiger Bündnisfähigkeit — einnehme. Für den zu erwartenden Rechtskurs der Christlichen Demokraten sei besonders das Bündnis mit den protestantischen Kräften verantwortlich.

Die Wiedergründung des Zentrums bewirke für die gesamte politische Entwicklung in Deutschland, daß die Rechtskräfte gezwungen würden, Farbe zu bekennen und eine eigene Partei zu gründen. Dadurch werde Klarheit in das politische Leben Deutschlands gebracht. Dagegen sei aber das erklärte Ziel der Christlichen Demokraten — alles rechts von den Sozialdemokraten zu vereinigen — der Gefahr ausgesetzt, eine Partei der Reaktionäre und Rechtskräfte zu schaffen und unklare Verhältnisse im politischen Leben herbeizuführen.

Im gleichen Sinne schrieben Muckermann und Schulte, und das Düsseldorfer Flugblatt der Zentrumspartei vertrat die Auffassung, daß nur diese Partei die katholischen Volksteile davor schützen könne, zum Vorspann rechtsgerichteter Kreise zu werden, die sich in der Christlich-Demokratischen Partei sammeln würden.

Zu 3. Nur durch das Zentrum können die Belange der katholischen Bevölkerung wirkungsvoll vertreten werden.

Wie nachdrücklich eine starke politische Vertretung auch im Deutschland des Jahres 1945 gefordert wurde und wie wenig nach Auffassung der Zentrumsbefürworter die Christlichen Demokraten dieser Notwendigkeit Rechnung tragen könnten, geht aus einem Passus bei Muckermann hervor:

„Können wir behaupten, daß sich der katholische Volksteil seine politische und religiöse Freiheit bereits erkämpft habe in Deutschland, wo wir im Augenblick sogar noch nicht wissen, ob und wie eine katholische Presse wiederkommen soll, ob wir Simultan- oder Konfessions-Schulen brauchen, und wo wir sogar noch um unsere Tradition streiten? Wie froh wären die französischen Katholiken, wenn sie ein Zentrum mit solchen Traditionen und solcher Stammgemeinschaft als politisches Instrument besäßen. Überall dort, wo, wie z. B. in Holland und Belgien und Luxemburg, sich der katholische Volksteil straff organisiert hat, sind seine politischen Belange gesichert. Wo das aber nicht geschehen ist, haben sich noch niemals andere, selbst nicht ähnlich gelagerte Parteien gefunden, welche aus ehrlichem Herzen für die Interessen des

katholischen Volksteiles eingetreten sind! In Bayern soll wieder eine starke Bayrische Volkspartei erstehen, und in diesem Augenblick will man ihre große preußische Schwester schnöde verraten? . . .

Niemand von uns aber hat einen wirklich überzeugenden Grund, sich dazu berechtigt zu fühlen, dem katholischen Volksteil in Deutschland seine gute, gewohnte politische Heimat zu nehmen . . .“

Zu 4. Die Situation von 1945 gibt dem katholischen Volksteil erstmalig — mit Hilfe des Zentrums — entscheidenden Einfluß auf die Gestaltung der Politik in Deutschland.

Die Annahme dieser These hat zur Voraussetzung, daß das Zentrum eine starke, ja sogar eine sehr starke Partei werden würde, eine Auffassung, die beispielsweise die früheren Zentrumsgruppen in Köln, die die Christlich-Demokratische Partei gründeten, nicht teilten.

Die These, von Dr. Hamacher in einem Brief an Dr. Horster, Krefeld, vertreten, ist dem Verfasser sonst nirgendwo begegnet. Ihr Einfluß auf die Wiedergründung des Zentrums darf deshalb nicht als sicher angenommen werden. Wahrscheinlich aber war Dr. Hamacher von diesem bestechenden Gedanken, den er selbst ausgesprochen und formuliert hatte, stark beeindruckt. Er schrieb daher:

„. . . Es kommt für mich ein entscheidender Gesichtspunkt hinzu, den ich in folgende Worte kleiden möchte: Seit Jahrhunderten haben wir deutschen Katholiken zum ersten Male wieder die gnadenvolle Möglichkeit, aus der Fülle, der Weite, der Tiefe und Ganzheit unserer Glaubens- und Sittenlehre an die Neugestaltung des politischen Lebens in Deutschland heranzugehen, ohne daß ein protestantisch eingestelltes Staatskirchentum in Preußen uns in die Flanke fallen könnte . . .“

Im gleichen Briefe führte er diesen Gedanken dann noch weiter aus:

„Wir können frei von jedem antiprottestantischen Affekt wahrhaft duldsam sein und noch einmal, wie das in der Geschichte des Zentrums immer wieder versucht worden ist, die Tore weit aufbrechen für alle diejenigen, die guten Willens und wert sind, uns Katholiken endlich einmal die volle Gleichberechtigung ohne jedweden antikatholischen Affekt zu gewähren. Wir können allen anderen eine politische Heimstätte gewähren, ohne selbst die eigene aufgeben zu müssen. Wir haben sogar den Beweis der Geschichte für uns, daß aus unserer Ideenwelt heraus einmal ein Reich und Volk geformt worden ist, das sogar 1000 Jahre Bestand hatte. Aus dieser politisch-historischen Schau heraus könnten wir deutschen Katholiken sogar daran denken, von unserem mitteleuropäischen Wohnraum her, aus dem Herzen des Abendlandes, auf den geistigen, sittlichen und religiösen Wiederaufbau des Abendlandes befruchtend einzuwirken . . . Wäre das Zentrum geschlossen und entschlossen aufgetreten, so würde es der archimedische Punkt für das politische Leben in Deutschland und im Abendland sein . . .“

\*

Der Düsseldorfer Kreis, sowohl die Zentrumsbefürworter als auch die Christlichen Demokraten, hatte im Sommer 1945 zu den niederrheinischen Städten und zum Ruhrgebiet Verbindungen geknüpft. Dabei traf er in Mönchen-Gladbach auf eine parteipolitische Konzeption früherer Zentrumsanhänger, die sonst nirgendwo im Rheinland wieder aufgetreten ist. Ihre Hauptverfechter waren der Oberbürgermeister Wilhelm

Elfes und der Bürgermeister Deling. Beide strebten eine „Partei der Arbeit“<sup>137)</sup> an, in der die früheren Zentrumsanhänger, insbesondere deren linke Vertreter, mit den Sozialdemokraten, losgelöst von marxistischen Traditionen, nach dem Vorbild der englischen Labour-Party zusammengeführt werden sollten. Für das Zentrum würde dieses politische Bündnis eine mehr oder minder starke Modifizierung seines Eigentumsbegriffes bedeutet haben.

Elfes war seit 1904 in der christlichen Arbeiterbewegung tätig und gehörte dem Zentrum von 1919 bis 1933 als Vorstandsmitglied an. Er war Abgeordneter des rheinischen Provinziallandtages und kurze Zeit hindurch auch Mitglied des Preußischen Staatsrates gewesen. Während der nationalsozialistischen Zeit arbeitete er in der Opposition. Seine Bemühungen nach dem Krieg scheiterten, womit aber — nach seinen eigenen Worten<sup>138)</sup> — der Gedanke nicht ausgestorben war. Um die Voraussetzungen für seine Durchführung zu schaffen, trat er, als er schon die Bestrebungen der Christlichen Demokraten unterstützte, gegen die Verwendung des Begriffes „Christlich“ im Namen der Partei ein (Dr. O. Lenz schrieb am 27. August an Dr. Hermes in Berlin, daß Elfes der einzige sei, der im Rheinland gegen den Namen opponiert habe). In Mönchen-Gladbach erreichte er, daß die Christlich-Demokratische Partei den Untertitel „Partei der Arbeit“ führte. Er verfaßte in späterer Zeit mehrere Aufsätze, die sich mit seinem Plan beschäftigten — der nicht nur von ihm vertreten wurde. Er berief sich in diesen Artikeln auf die Schriften von Pater Welty<sup>139)</sup>, Stepun<sup>140)</sup> und des Sozialdemokraten Sollmann<sup>141)</sup>.

\*

#### Zusammenfassung:

In Düsseldorf bildeten sich unmittelbar nach dem Kriege — anknüpfend an die bestehenden Verbindungen aus der Oppositionszeit — zwei verschiedene Gruppen, die eine politische Zusammenfassung der christlichen Kräfte anstrebten: die Christlichen Demokraten, deren aus dem Zentrum kommende Mitglieder für die Preisgabe des Zentrums stimmten und eine enge politische Bindung mit protestantischen Kreisen anstrebten, und das Zentrum, das ebenfalls ein enges Zusammengehen mit den evangelischen Kräften erreichen wollte, aber getrennte Wege, d. h. zwei gesonderte Parteien, für notwendig hielt. Im Laufe des Sommers und Herbstes traten nach vielen Verhandlungen und in Anbetracht der Entwicklung im übrigen Rheinland und Westfalen sowie wegen der Stellungnahme des Episkopates die meisten dieser Zentrumsanhänger zu den Christlichen Demokraten über.

Die restlichen Zentrumsbefürworter verbanden sich mit Dr. Hamacher und mit Vertretern des Zentrumsstandpunktes aus dem Ruhrgebiet (Muckermann, Steffensmeier, Petersburs). Sie gründeten mit den Westfalen (Münsteraner Gruppe) am 14. Oktober 1945 in Soest die Deutsche Zentrumsparlei (vgl. S. 133 ff.).

<sup>137)</sup> Archiv Landesverband der CDU im Rheinland, Akte Kreispartei Mönchen-Gladbach.

<sup>138)</sup> „Christen und Sozialisten“, Sammlung der Aufsätze von Wilhelm Elfes, Mönchen-Gladbach 1947. Archiv R. Muckermann/24.

<sup>139)</sup> Die Thesen kommen denen Dr. Spieckers (vgl. S. 140 ff.) verhältnismäßig nahe. Über diese äußerte sich Pater Welty im Jahre 1946 recht aufgeschlossen.

<sup>140)</sup> Katholischer Sozialschriftsteller. Vgl. seine Aufsätze in der katholischen Monatsschrift „Hochland“, besonders im Novemberheft 1946.

<sup>141)</sup> Wilhelm Sollmann, bis 1933 MdR. der SPD, Schriftleiter der „Rheinischen Zeitung“ (SPD), emigrierte nach 1933 und hielt sich dann bis zu seinem Tode vor allem in Großbritannien auf.

#### **D. Der Wuppertaler Kreis und andere evangelische Gruppen im Rheinland**

Der Wuppertaler Kreis muß im Zusammenhang als der Mittelpunkt der evangelischen Kräfte betrachtet werden, die im Rheinland ohne direkte Verbindung zu den stärker katholischen Kreisen für die Gründung der Christlich-Demokratischen Partei eintraten. Während im Kölner und im Düsseldorfer Kreis die evangelischen Mitgründer auf Anregung der katholischen Kräfte an den Gründungsbesprechungen teilnahmen, lag im Wuppertaler Kreis die Initiative bei den evangelischen Gruppen. Die Gründung einer „christlichen Partei“ warf aber für protestantische Kreise Fragen auf, die sich von denen der katholischen Kräfte wesentlich unterschieden.

Während für die Katholiken die Frage zentrale Bedeutung hatte, ob das Zentrum mit seiner vorwiegend katholischen Zusammensetzung und seiner katholischen Tradition wiedergegründet oder unter Preisgabe des Namens eine Partei interkonfessionellen Charakters angestrebt werden sollte, konzentrierten sich die wichtigsten Fragen bei den Protestanten auf die folgenden Punkte:

1. In welchem Verhältnis stehen Politik und Religion zueinander ?

2. Wenn der Christ aus einer religiös begründeten Aufforderung heraus sich um politische Fragen kümmern soll — was im Prinzip bejaht wird —, soll er dann mit anderen aus gleichen Motiven handelnden Personen in einer bestimmten Partei zusammenarbeiten, oder darf er — seinem politischen oder wirtschaftlichen Standpunkt entsprechend — auch in andere politische Parteien gehen, in denen er sich zusammen mit anderen Christen in der Minderheit befinden wird ?

3. Kann man, wenn Christen sich in einer separaten Partei zusammenschließen, auch schon von einer „christlichen Partei“ sprechen ? Und wann überhaupt kann man von einer „christlichen Partei“ sprechen ?

Erst nach diesen Fragen taucht dann die weitere nach der Möglichkeit und dem Nutzen der Zusammenarbeit mit katholischen Kräften in einer politischen Partei auf.

Es ist natürlich nicht möglich, diese Fragen hier annähernd erschöpfend zu behandeln. Ihre Entstehung, Bedeutung und Beantwortung in der Situation des Jahres 1945 kann jedoch am Beispiel des Wuppertaler Kreises aufgezeigt werden.

\*

Im Juli 1945 hatte sich angesichts der raschen Parteibildung bei den Sozialdemokraten und Kommunisten in Wuppertal ein Kreis „Bürgerlicher“ zusammengefunden, der die Möglichkeit einer „bürgerlich-demokratischen Partei“ diskutierte. Erörtert wurden Pläne für eine „Liberal-Demokratische Partei“ in Anknüpfung an die früheren Demokraten und die Deutsche Volkspartei.

Zu den beteiligten Personen gehörte der evangelische Druckereibesitzer Dr. Klaus Brauda. Durch einen Geistlichen (Pastor Schmidt) wurde auch der

früher politisch nicht tätig gewesene, aber christlich-sozial orientierte Buchdrucker Emil Marx, vormals Vorsitzender des Gutenberg-Bundes in Wuppertal<sup>142)</sup>, auf diese Gespräche aufmerksam gemacht. Er nahm an einzelnen Besprechungen teil.

Am 27. Juli erschien in diesem Kreis der vor 1933 völkischen Gruppen nahe-stehende evangelische Rechtsanwalt Dr. Otto Schmidt, ein Verwandter des oben genannten Geistlichen. Durch seine Freunde in der Bekennenden Kirche (Fabrikant Bütte) war er auf die Besprechungen hingewiesen worden.

Die Zusammenkünfte unter Braudas Leitung führten schließlich unter dem Einfluß von Schmidt und Marx zur Bildung eines Ausschusses, der eine Christlich-Demokratische Partei vorbereiten sollte.

Neben diesem kleinen Gremium übten noch zwei weitere Gruppen auf die Bildung der Christlich-Demokratischen Partei in Wuppertal einen Einfluß aus:

1. ein auch politisch sehr aktiver Kreis von Mitgliedern der Bekennenden Kirche, der in Wuppertal schon seit Jahren bestand und nach dem Kriege in Wuppertal-Wichlinghausen bei dem Fabrikanten Halstenbach politische Fragen diskutierte, an denen sich auch der schon genannte Emil Marx beteiligte;

2. ein interkonfessioneller Kreis, in dem seit mehreren Jahren evangelische und katholische Geistliche und Laien sowohl theologische als auch politische Fragen erörterten und dem nach Angaben von Emil Marx u. a. angehörten:

Pastor Lutze, ev.;

Kaplan Georg, kath.;

Dr. Otto Schmidt, ev.;

Pfarrer Schulte, kath.;

Emil Marx, ev.;

Studienrat von Lassaulx, kath.

Diese letztgenannte Gruppe stellte wahrscheinlich die erste Verbindung mit den Kölnern und den Düsseldorfer Christlichen Demokraten her. Mit ihnen trafen die Wuppertaler dann auch am 13. August in Wattenscheid (vgl. S. 114 f.) zusammen.

Die beiden zuletzt genannten Gruppen unterschieden sich von der „bürgerlichen“ durch ihre andersartige Ausgangsposition. Sie forderten eine politische Betätigung des Menschen aus einem religiös begründeten Gebot heraus<sup>143)</sup>. Das Problem bestand darin, die Form, in der die geforderte politische Betätigung geschehen solle, zu finden. Dem „bürgerlichen Kreis“ dagegen ging es primär darum, gegenüber der sich bildenden Majorität der Sozialdemokraten und der Kommunisten ein bürgerliches Gegengewicht zu schaffen.

\*

Der Wuppertaler Kreis (als Verwaltungseinheit) gehört mit dem Remscheider, dem Solinger, dem Mülheimer (Ruhr), dem Dinslakener, dem Oberbergischen

<sup>142)</sup> Der im Jahre 1893 gegründete Gutenberg-Bund gehörte zu den Vorläufern und Förderern der seit 1899 entstehenden Christlichen Gewerkschaften.

<sup>143)</sup> Schrift von Pastor Lutze, „Ist eine christliche Partei aus christlicher Sicht möglich?“ Wuppertal 1945.

und dem Düsseldorf-Mettmanner Kreis zu den wenigen Bezirken im Rheinland, in denen anteilmäßig die evangelische Bevölkerung mehr als die Hälfte der Wohnbevölkerung umfaßt. Im Kreis Wuppertal gliedert sie sich (Stand 1946) in 67% Evangelische und 21% Katholiken (12% gehörten anderen Religionsgemeinschaften oder keiner Kirche an).

In der Zeit der Weimarer Republik gab es in Wuppertal meist eine sozialdemokratische Mehrheit. Später wurden die Nationalsozialisten die stärkste Partei. So rangierten bei der Reichstagswahl im Juli 1932 die Parteien in folgender Reihenfolge: NSDAP, SPD, Zentrum, Christlich-Sozialer Volksdienst.

Im Verlauf der Bestrebungen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, die infolge der Industrialisierung sich bildenden Bevölkerungsmassen in den Großstädten, vor allem die Industriearbeiter, zu organisieren, hatten sich besonders in Westdeutschland konfessionelle Arbeitervereine gebildet. Vorübergehend gab es in Wuppertal (und Bochum) nach 1868 auch sogenannte „Christlich-Soziale Vereine“, deren Besonderheit darin lag, daß sie interkonfessionell zusammengesetzt waren. In der Kulturkampfzeit ging diese Zusammenarbeit dann wieder verloren. Seit jener Zeit bestanden dann in Wuppertal konfessionelle Arbeitervereine und seit der Jahrhundertwende die christlichen Gewerkschaften, denen der Gutenberg-Bund, dem Emil Marx angehörte, angeschlossen war.

Die jüngste Entwicklung der rheinischen evangelischen Kirche und der evangelischen Kirche in Deutschland überhaupt ist mit der evangelischen Enklave Solingen/Remscheid/Wuppertal durch die in Wuppertal-Barmen abgehaltenen zwei Bekenntnis-Synoden im Februar und Mai/Juni 1934 eng verbunden. Auf der Synode im Mai 1934 wurden von den Vertretern der Bekenntniskirche in Deutschland in einer theologischen Erklärung sechs Bekenntnissätze beschlossen, von denen für unseren Zusammenhang zwei Thesen (2 und 5) besondere Bedeutung haben. Um ihre Auslegung wurde seit Kriegsende 1945 in evangelischen theologischen und Laienkreisen bei der Rechtfertigung bzw. der Ablehnung einer „christlichen Partei“ ununterbrochen erbittert gerungen<sup>144</sup>).

\*

---

<sup>144</sup>) Abdruck im Kirchlichen Jahrbuch 1933 bis 1944. Gütersloh 1948.

Text der These 2:

„Jesus Christus ist uns gemacht zur Weisheit und zur Gerechtigkeit und zur Heiligung und zur Erlösung.“ (1. Kor. I, 30).

„Wie Jesus Christus Gottes Zuspruch der Vergebung aller unserer Sünden ist, so und mit gleichem Ernst ist er auch Gottes kräftiger Anspruch auf unser ganzes Leben; durch ihn widerfährt uns frohe Befreiung aus den gottlosen Verbindungen dieser Welt zu freiem, dankbarem Dienst an seinen Geschöpfen.

Wir verwerfen die falsche Lehre, als gäbe es Bereiche unseres Lebens, in denen wir nicht Jesus Christus, sondern anderen Herren zu eigen wären, in denen wir nicht der Rechtfertigung und Heiligung durch ihn bedürften.“

Text der These 5:

„Fürchtet Gott, ehret den König.“ (1. Petr. II, 17).

„Die Schrift sagt uns, daß der Staat nach göttlicher Anordnung die Aufgabe hat, in der noch nicht erlösten Welt, in der auch die Kirche steht, nach dem Maß menschlicher Einsicht und

Nach den Erkundungen des Verfassers waren in den drei Gruppen, die an der Gründung der Christlich-Demokratischen Partei in Wuppertal im Juli und August 1945 beteiligt waren, mindestens 34 Personen tätig<sup>145</sup>). Von ihnen gehörten mit Sicherheit 18 der evangelischen und 11 der römisch-katholischen Kirche an; die übrigen konnten vom Verfasser auf ihre konfessionelle Bindung hin nicht identifiziert werden. Neben 5 Geistlichen beteiligten sich 15 Fabrikanten, selbständige Kaufleute und Inhaber leitender Posten in der Industrie und im Handel. 5 weitere Personen waren Beamte und Rendanten, 2 bis 4 übten freie akademische Berufe aus, 2 waren Angestellte und nur einer war Arbeiter<sup>146</sup>). Die geringe Beteiligung evangelischer Arbeiter an den Gründungskomitees stellte ein für die katholischen Gruppen im Rheinland nicht vorhandenes Problem dar.

Die katholischen Gründungsmitglieder gehörten früher dem Zentrum, die evangelischen dem CSVD, der DDP, der DVP und den Deutschnationalen an.

\*

Auf die Zusammenführung der evangelischen, katholischen und bürgerlich-liberalen Gruppen in Wuppertal haben Programmentwürfe von drei verschiedenen Seiten Einfluß ausgeübt:

1. der erste Entwurf der sogenannten „Barmer Richtlinien“, der wahrscheinlich unter starker Beteiligung des Pastors Lutze und des interkonfessionellen Kreises entstand;

2. der Entwurf Dr. Herkenbergs: „Deutscher Demokratischer Zusammenschluß“;

3. die Kölner Leitsätze (vgl. S. 67 ff.).

Der erste Entwurf der „Barmer Richtlinien“ war ohne Kenntnis der Kölner Leitsätze im Juli 1945 zusammengestellt worden. Seine Bedeutung lag in der damit verbundenen Option evangelischer Kräfte für eine „christlich-demokratische“ Partei. Dieser Option ging ein aus den verschiedenen Diskussionen heraus entstandener Vortrag von Pastor Lutze: „Der Christ und die Politik“ voraus. Ein weiterer Vortrag Pastors Lutes: „Ist eine christliche Partei in

---

menschlichen Vermögens unter Androhung und Ausübung von Gewalt für Recht und Frieden zu sorgen.

Die Kirche erkennt in Dank und Ehrfurcht gegen Gott die Wohltat seiner Anordnung an. Sie erinnert an Gottes Reich, an Gottes Gebot und Gerechtigkeit und damit an die Verantwortung der Regierenden und Regierten. Sie vertraut und gehorcht der Kraft des Wortes, durch das Gott alle Dinge trägt.

Wir verwerfen die falsche Lehre, als solle und könne der Staat über seinen besonderen Auftrag hinaus die einzige und totale Ordnung menschlichen Lebens werden und also in sich die Bestimmung der Kirche erfüllen. Wir verwerfen die falsche Lehre, als solle und könne sich die Kirche über ihren besonderen Auftrag hinaus staatliche Würde aneignen, und damit selbst zu einem Organ des Staates werden.“

<sup>145</sup>) Archiv Kreispartei der Wuppertaler Christlichen Demokraten, Akte Gründung.

<sup>146</sup>) Emil Marx.

evangelischer Sicht möglich?“ — gehalten am 5. Dezember 1945 — bejahte die gestellte Frage<sup>147</sup>). Die in beiden Vorträgen vertretenen Gedanken dürften in Wuppertal bei den Diskussionen die „herrschende Meinung“ gewesen sein und können deshalb im Zusammenhang herangezogen werden.

Nach der Lehre der dialektischen Theologie sieht Lutze das Verhältnis des Christen zur Welt als das einer Spannung. Der Christ stehe zur Welt zwischen einem gleichzeitigen „Ja und Nein“, zwischen „Hingabe und Distanz“. Diese Spannung wirke besonders mit bei der Beantwortung der Frage nach seiner Stellung zu politischen Dingen. Einerseits müsse er den Staat als Ordnung Gottes anerkennen, andererseits habe er sich aber von diesem Staat wegen dessen Sündhaftigkeit zu distanzieren.

Die Frage nach dem Verhältnis des Christen zu den politischen Parteien werde durch den Ursprung der modernen Demokratie und der politischen Parteien bestimmt. „Die moderne Demokratie ist eine Erscheinungsform des Säkularismus.“ Ebenso habe die Demokratie „die Ausdehnung des Säkularismus entscheidend gefördert“. Die modernen politischen Parteien seien aber eine typische Erscheinungsform des demokratischen staatlichen Lebens.

Die Frage nach der Möglichkeit einer „christlichen Partei“ setze deshalb die Anerkennung der modernen Demokratie voraus, in der allein es die politischen Parteien gebe.

Wegen der geschichtlichen Voraussetzungen der Demokratie — Liberalismus, Fortschritts Glaube usw., zusammengefaßt im Begriff des Säkularismus — könne der Christ die Demokratie stets nur mit einem gleichzeitigen starken „Nein“ anerkennen, einem Nein, das den Hintergründen der modernen Demokratie gelte.

Die Parteien selbst unterscheiden sich nach Lutzes Auffassung in ihrer Zusammensetzung durch verschiedene Meinungen und Anschauungen, verschiedene Herkunft, unterschiedliches Milieu und soziale Schichtung ihrer Mitglieder und Wähler. Darum werde es immer mehrere Parteien geben.

„... den Großagrarien und den Bauern trieb es mehr zu den Konservativen, den späteren Deutschnationalen, den Bürger zu den Nationalliberalen und Freisinnigen, später der Volkspartei, der Staatspartei, den qualifizierten Arbeiter in die SPD, den ungelerten Arbeiter zur KPD.“

Das sind für Lutze Tatsachen, an denen nichts geändert werden könne. Er fragt aber:

„Was soll nun der Christ, der des Staates Bestes suchen will, tun? Wird er entsprechend seiner eigenen soziologischen Herkunft und Prägung in eine der Parteien hineingehen müssen? Wird er nicht seine Verantwortung für sein Volk und für den Staat seines Volkes darin betätigen, daß er nun als Christ, und zwar als bewußter Christ, seinen Einfluß in einer der Parteien geltend macht?“

---

<sup>147</sup>) Die Verurteilung des Säkularismus ist bei evangelischen und katholischen Gruppen in gleicher Weise und Intensität zu finden. So beruft sich beispielsweise Bernhard Kaes, Duisburg, in einem Brief an Dr. Hamacher im Oktober 1945 auf Berdjajew.

Er könne ja versuchen, unter seinen Parteifreunden Christen zu finden, mit denen er zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammentrifft (wie es z. B. bei den religiösen Sozialisten der Fall sei).

„Im übrigen aber steht er als Bauer, als Bürger, als Arbeiter zu seinem Stand und zu seiner politischen Form des Standes, zu seiner bäuerlichen, bürgerlichen oder proletarischen Partei . . .“

Lutze sah längere Zeit hindurch diesen Weg für den richtigen und auch möglichen an, um dann schließlich doch zu der Auffassung zu gelangen, daß dieser Plan „undurchführbar, aussichtslos“ sei. Aus welchen Gründen?

„Es ist der Säkularismus, dem die anderen Parteien mehr oder weniger alle verfallen sind, der uns zwingt, als Christen gesondert vorzugehen. Der Glaube an den guten Menschen wirkt in all den verschiedenen Parteiideologien nach, die Lehre von der Autonomie des Menschen . . . Wer hört da nicht die Stimme Rousseaus heraus, daß der Mensch von Natur aus gut ist, daß nur die Verhältnisse ihn schlecht gemacht hätten? . . .“

Diesen Standpunkt könnten die Christen nicht teilen. Entsprechend ihrer Herkunft und ihrem geistigen Hintergrund sind die bestehenden politischen Parteien nach Lutzes Auffassung „fortschrittsgläubige Parteien“. Deshalb — wegen der grundsätzlichen Andersartigkeit der Auffassung der „liberalen Menschen vom Fortschritt und der Gutheit des Menschen“ und „des Christen von der Unvollkommenheit seiner selbst und des Staates“ — sei ein solches Zusammengehen aussichtslos und eine gesonderte „christliche Partei“ notwendig — allerdings mit einem „Ja und einem Nein“.

Die Möglichkeit, zu einer solchen christlichen Partei zu kommen, hielt Lutze im Augenblick des deutschen Zusammenbruches für größer denn je zuvor, da sowohl im Katholizismus eine Wandlung vor sich gegangen sei, aber auch durch die Barmer Bekenntnissätze die evangelischen Christen in ein neues Verhältnis zum Staat, zur Welt gebracht worden seien. Diese Barmer Thesen (These 2) hätten die Irrlehre von der Eigengesetzlichkeit der Politik verworfen, eine Lehre, der auch Bismarck angehangen habe („Religion ist Privatsache“ und „die Politik ist ein von der Religion unabhängiges, nach eigenen Gesetzen Bestehendes“). Aus der Erkenntnis, wohin die Politik führe, wenn diese „Irrlehre von der Eigengesetzlichkeit“ vertreten werde, wachse quer durch das Volk eine Einheit. Die Gefahr der christlichen Partei sieht Lutze darin, daß ein beträchtlicher Teil der Arbeiter nicht zu ihr stoßen (vgl. S. 92) und sie dadurch „bürgerlich“ werde.

„Dagegen aber werden wir uns wehren, als rechts oder links abgestempelt zu werden. Wir haben um den arbeitenden Menschen zu ringen, denn eine christliche Partei, in der sich der Arbeiter nicht zu Hause fühlen kann, ist zum Tode verurteilt.“

\*

Nach der Abfassung des ersten Entwurfs der „Barmer Richtlinien“ kam man dann in den Besitz der Kölner Leitsätze. Diese unterzog Lutze einer kritischen

Betrachtung, deren Ergebnis bei der Neufassung der Richtlinien in Wuppertal fast vollständig berücksichtigt wurde. Im einzelnen stellte er fest<sup>148)</sup>:

1. Der „demagogische“ Ton der Präambel sei zu verurteilen. Ausdrücke wie „schmachvolles Verbrechen“, „feige Tyrannen“, „Größenwahnsinn des Nationalsozialismus“, „fort mit Diktatur und Tyrannei“, „Pest des Hitlertums“ müßten vermieden werden.

2. Der Ausdruck „christliches Sittengesetz“ sei bedenklich. Man solle einfach „göttliche Gebote“ sagen. Es sei eine Hybris zu fordern: „Deutschland muß führend sein in der Verwirklichung der Sehnsucht der Völker nach einem ewigen Frieden!“, „weil es keinen ‚ewigen Frieden‘ auf Erden gibt“.

Lutze forderte deshalb: „Wir können nur eine nüchterne und reale Friedenspolitik treiben, nicht aber einen ‚ewigen Frieden‘ erreichen wollen.“

Das betont Nüchterne und Sachliche kommt auch im Schlußsatz seiner Kritik zum Durchbruch: „In dem Satz: ‚Helft mit, ein neues und schöneres Deutschland aufzubauen!‘ stört mich das Wort ‚schöneres‘.“

3. Da die evangelische Theologie die Soziallehre nicht aus einem Naturrecht herleitet, wird der Gebrauch des Begriffes „christliches Naturrecht“ verurteilt.

Da der Begriff Sozialismus „geschichtlich viel zu stark belastet“ sei, müsse gegen die Verwendung dieses Begriffes in Verbindung mit „christlich“ Einspruch erhoben werden. Zu verweisen sei auf die Enzyklika „Quadragesimo anno“.

4. Scharf zu kritisieren sei, daß die Kölner Leitsätze keinen Deutschland als Staat betreffenden Passus enthielten. „Ein solcher Satz fehlt überhaupt unter den 20 Punkten.“

Unter Berücksichtigung dieser Kritik entstand im August der zweite Entwurf der „Richtlinien“, der sich besonders in den Schulparagraphen an die Kölner Leitsätze anlehnte. Nicht übernommen wurde die Forderung der Überführung einzelner Grundindustrien und Wirtschaftsunternehmen aus Gründen des Allgemeinwohls in Gemeinwirtschaft. Die Präambel war völlig anders, die Schlußbestimmungen der Leitsätze wurden fortgelassen.

Während das Kölner Programm sowohl das Recht auf Eigentum ausdrücklich feststellte als auch die Überführung bestimmter wirtschaftlicher Unternehmen aus der Privat- in Gemeinwirtschaft forderte, sprach der Wuppertaler Entwurf nur allgemein über diese Fragen. Es heißt:

„Neuordnung der Sozialverhältnisse, die sich an dem Erfordernis orientieren soll, daß der Mißbrauch wirtschaftlicher Macht verhindert werde, und daß der Lebensunterhalt der Bevölkerung gesichert sein muß.“

\*

Innerhalb der Wuppertaler Gruppen wurde heftig um die Einbeziehung der These, daß die Politik und der Staat nunmehr wieder auf die aus dem christlichen Glauben kommenden Werte aufgebaut werden müßten, gerungen. Sowohl die

<sup>148)</sup> Archiv Kreispartei der CDU Wuppertal, Akte Gründungsvorgänge.

ersten Entwürfe als auch die letzte Fassung enthielten in der Präambel einen entsprechenden Passus.

Die Gruppe, die dies forderte, hatte sich durchgesetzt. Später — bei Abfassung eines allgemeinen rheinisch-westfälischen Programms (vgl. S. 126 ff.) — trat sie ebenfalls mit Erfolg dafür ein, so daß ein dem Sinne nach gleicher Passus aufgenommen wurde. Als im März 1946 dann der Zonenausschuß der Christlichen Demokraten ein Programm veröffentlichte, griff sie bestimmte Passagen dieses Programms und Aufrufs heftig an, da derjenige, „der sich fragt, warum die Union sich ‚demokratisch‘ und warum sie sich ‚christlich‘ nennt, in diesem Aufruf keine Antwort erhalte<sup>149)</sup>“. Den Entwurf einer neuen Präambel für das Zonenprogramm hatten diesmal der evangelische Pfarrer Dr. Brunner, Wuppertal, und der katholische Studienrat von Lassaulx, Wuppertal, verfaßt.

Anknüpfend an die Verurteilung der Begriffe „christliches Kulturbewußtsein“ und „christlicher Gedanke“, die das Zonenprogramm verwandte, forderten die Wuppertaler, daß gerade solche Begriffe und Vorstellungen vermieden werden sollten, die dem liberalen Wortschatz des 19. Jahrhunderts entstammten und dadurch nicht „christlich werden“, daß man sie durch das Attribut „christlich“ ergänzt. Darunter fielen nach Auffassung der Wuppertaler Begriffe wie „christliche Weltanschauung“, „christliche Ethik“ usw.

Die Wuppertaler bemühten sich, „eindeutig von der gemeinsamen Glaubensgrundlage zu sprechen“. Als Motiv für die christliche Partei wollten sie hervorgehoben wissen die Erkenntnis „des Abfalls vom Glauben der Christenheit, wie er uns von unseren Vätern überliefert ist“.

\*

#### Zusammenfassung:

Der Ausgangspunkt der Wuppertaler war die Forderung einer „christlichen Partei“, deren Grundlage nicht eine „Weltanschauung“ sei, nicht sein könne, da — nach Auffassung Dr. Schmidts — jede Weltanschauung nichts als ein „Gedankenbild des Menschen ist, das er zur Durchsetzung seiner Ziele erfindet, um ihnen eine vermeintliche metaphysische Grundlage zu geben“.

Grundlage der „christlichen Partei“ war für den Wuppertaler Kreis daher die Einsicht in die Notwendigkeit einer „Politik aus dem Glauben“ (Lutze), einer Politik, die anerkennen müsse, „daß ihre letzten Maßstäbe Gottes Gebote“ seien (Schmidt), daß der Staat nie christlich sein könne, sondern immer nur die Menschen, daß das aber gerade erreicht werden müsse, „um den Menschen vor dem absolutistischen Menschen zu schützen, d. h. vor dem Menschen, der sich zum Maß aller Dinge macht, sei es nun international, national, sozial oder ökonomisch“ (Schmidt)<sup>150)</sup>.

Für die politische Praxis ergab sich die Frage nach der Möglichkeit, wie diese Konzeption verwirklicht werden könne. Schmidt stellte fest<sup>151)</sup>, daß die eigentliche Moti-

<sup>149)</sup> „Kritische Überlegungen zum Aufruf und zum Programm der CDU für die britische Zone vom 1. März 1946 und der Wuppertaler Vorschlag“, Mai 1946. Archiv L. Schwering/VI/36.

<sup>150)</sup> „Christlicher Realismus“, verfaßt von Dr. O. Schmidt, 1947. Archiv Dr. O. Schmidt/5.

<sup>151)</sup> Ebenda; ebenfalls in „Christentum und Politik“, verfaßt von Dr. O. Schmidt, 1946. Archiv Dr. O. Schmidt/3.

vierung dieser Partei nur von einer relativ kleinen Gruppe von Menschen wirklich „gelebt werden könne“, daß die Verständigungsmöglichkeit über diesen Punkt (Politik aus dem Glauben) mit den sogenannten „Kulturprotestanten“ und mit der Mehrheit der katholischen Kräfte nicht leicht sei. Die Kulturprotestanten und Katholiken könnten sich viel besser verstehen als beide mit den „radikalen und nüchternen“ Protestanten<sup>152</sup>).

Darüber hinaus stellten die Wuppertaler fest, daß sie „selbstverständlich auch die Mitglieder der Partei anerkennen, die nicht die radikalen Grundlagen, sondern nur die politischen Ziele anerkennen“. Das war ein Zugeständnis an die nicht weniger starke Gruppe der früheren Liberalen, die dem Wuppertaler Kreis angehörten, ein Zugeständnis auch an den angestrebten Massencharakter der Partei.

Die in Wuppertal besonders von evangelischen Kräften ausgehende Gründung einer Christlich-Demokratischen Partei führte in den ersten Monaten einen Teil der dortigen früheren Zentrumsgruppe aus Furcht, daß diese neue Partei nicht in der Lage sein würde, auch die katholischen Interessen zu vertreten, in der Opposition zusammen. Ein Brief des Dechanten Goebeler, Wuppertal, vom 4. Oktober 1945 an Dr. K. Zimmermann, Köln, zeigt diese Befürchtung recht deutlich: „Die Anhänger der Zentrums-partei fühlen sich als Minderheit der Diaspora in der Christlich-Demokratischen Partei erdrückt und glauben, stärker zu sein, wenn sie allein gehen<sup>153</sup>).“

\*

Die im Vorangegangenen dargestellte Bildung eines überwiegend evangelischen Kreises in Wuppertal war bis Ende August 1945 so weit fortgeschritten, daß die zu dieser Zeit in Frankfurt und Treysa versammelten Vertreter der evangelischen Kirchen in Deutschland und der Reichsbruderrat der Bekennenden Kirche zu dieser Entwicklung, die sich ebenso an anderen Orten anbahnte, einmal in theologischer Hinsicht, insbesondere wegen der Auslegung der Barmer Thesen, dann aber auch wegen der Möglichkeit und Grenzen eines engen politischen Zusammengehens mit den katholischen Kräften, Stellung nehmen mußten. An mehreren Orten, so in Wuppertal, Dortmund, Köln, Düsseldorf usw., hatten darüber hinaus evangelische Geistliche aktiv an den Vorbesprechungen teilgenommen oder aber die Verbindung zwischen Laien und schon bestehenden Gruppen hergestellt.

Die offiziellen und inoffiziellen Verlautbarungen und Ergebnisse der Gespräche in Treysa und Frankfurt deuteten eine positive Stellungnahme und Unterstützung dieser Entwicklung einer von Protestanten und Katholiken getragenen „Christlichen Union“ an<sup>154</sup>) (vgl. S. 223 ff.).

Am 5. Dezember 1945 trafen dann zum ersten Male die im Rheinland an der Gründung der Christlich-Demokratischen Partei beteiligt gewesen und ein Teil der später hinzugekommenen führenden evangelischen Mitglieder in Düssel-

<sup>152</sup>) „Warum christlich-demokratisch?“, verfaßt von Dr. O. Schmidt, 1945. Archiv Dr. O. Schmidt/2.

<sup>153</sup>) Archiv Landesverband der CDU im Rheinland, Akte Katholische Kirche.

<sup>154</sup>) Keesing, a.a.O., Band 1945, S. 356. Das „Kirchliche Jahrbuch“ der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKiD) hat diesen Aufruf nicht veröffentlicht. Er wurde zusammen mit einem anderen zum Evangelischen Hilfswerk in Keesings Archiv, Bd. 1945, S. 402, publiziert (vgl. Anm. 347).

dorf zusammen, wo eine „Evangelische Tagung der CDU im Rheinland“ gegründet wurde. Ihr Zweck sollte sein, die auftretenden spezifisch evangelischen Fragen zu diskutieren. In den späteren heftigen Auseinandersetzungen mit kirchlichen Kreisen, die sich gegen die Möglichkeit einer „christlichen Partei“ aussprachen, hat diese Vereinigung eine erhebliche Rolle gespielt.

Auf der ersten Konferenz sprachen Pastor Lutze („Ist eine christliche Partei in evangelischer Sicht möglich?“) und Pastor Linz, Düsseldorf („Möglichkeiten und Grenzen des politischen Zusammengehens der christlichen Konfessionen“). In wie starkem Maße diese Fragen als theologische aufgefaßt wurden, geht daraus hervor, daß Theologen die Vorträge hielten und eine relativ große Zahl von Geistlichen an der Konferenz teilnahm. Ein Teil der Laien gehörte zudem kirchlichen Institutionen (Synoden u. ä.) an, so z. B. Dr. Heinemann und H. Lauffs<sup>155</sup>).

### **E. Der Zusammenschluß der rheinischen Kreise zur Christlich-Demokratischen Partei**

Der Kölner Kreis, mit ihm verbunden Aachener und Bonner Gruppen,  
der Düsseldorfer Kreis, mit ihm verbunden die niederrheinischen und rechtsrheinischen Gruppen im Ruhrgebiet, und  
der Wuppertaler Kreis mit anderen evangelischen Gruppen in Solingen und Remscheid  
vereinigten sich am 2. September 1945 (am gleichen Tage wie die westfälischen Kreise in Bochum) in Köln zur rheinischen Christlich-Demokratischen Partei.

\*

Am 20. August 1945 fand für die rheinischen Gruppen in Düsseldorf noch einmal eine Generaldebatte über das Thema: Zentrum oder Christliche Demokraten? statt. Am 25. August besuchten dann einige Vertreter der Christlichen Demokraten den letzten Vorsitzenden der rheinischen Zentrumspartei, Justizrat H. Mönnig, in Godesberg. Wenige Tage danach trat der in Düsseldorf gewählte Aktionsausschuß zusammen und bildete den vorläufigen Vorstand, dessen Bestätigung am 2. September eingeholt werden sollte. Außerdem wurden wegen der Zulassung der Partei die notwendigen Verhandlungen mit der Militärregierung geführt.

Die Düsseldorfer Sitzung am 20. August brachte die erste öffentliche Auseinandersetzung mit Dr. Hamacher, dem späteren Vorsitzenden der Zentrumspartei. Dieser wandte sich zwar nicht grundsätzlich gegen die Bestrebungen der Christlichen Demokraten, forderte aber den Aufschub der Entscheidung über die Frage: Christliche Demokraten oder Zentrum? bis zu einem Zeitpunkt, an dem sich eine „konkrete öffentliche Meinung“ gebildet habe. Von einzelnen

<sup>155</sup>) H. Lauffs wurde Organisator und ständiger Geschäftsführer der „Evangelischen Tagung“. Er übte diese Tätigkeit neben seinem Beruf — Oberstudiendirektor — aus.

Teilnehmern der Düsseldorfer Sitzung, zu der 82 Vertreter aus 43 rheinischen Städten anwesend waren, wird die Haltung Hamachers auf persönliche Unstimmigkeiten zwischen ihm und den Kölner Christlichen Demokraten zurückgeführt<sup>156</sup>). Die meisten Beurteilungen stimmen mit Hamachers eigener Interpretation in der Auffassung überein, daß es sich bei seinem Düsseldorfer „Nein“ noch nicht um ein endgültiges Votum gehandelt habe (vgl. S. 84 ff.). Man sprach bezeichnenderweise von dem „Zögerer“ und „Zauderer“.

Die nächste und wohl wichtigste Konferenz war die des Aktionsausschusses am 28. August in Köln, in der über die Zusammensetzung des ersten Vorstandes beraten wurde. An ihr nahm auch der Berliner Kurier, Dr. Otto Lenz, teil.

Während der Aussprachen schlugen die Düsseldorfer Dr. Adenauer als 1. Vorsitzenden vor. Dieser, der selbst nicht anwesend war, lehnte jedoch ab und sprach sich für Dr. Leo Schwering aus. Der Vorschlag wurde einstimmig angenommen. Einen alleinigen 1. Vorsitzenden sollte es aber nicht geben, ein siebenköpfiger „Rat der Vorsitzenden“ mit einem geschäftsführenden Mitglied (gleich 1. Vorsitzenden) wurde gebildet.

Bei der Besetzung des Vorstandes trat ein — wohl bei allen Parteibildungen wiederkehrender — Wechsel in den Gesichtspunkten ein, die für die Zusammensetzung berücksichtigt werden mußten.

Während die Gruppe der Gründer sich in starkem Maße aus Vertretern jener Berufe zusammensetzte, die in enger Beziehung zu „öffentlichen Angelegenheiten“ und zur „Menschenführung“ standen, drang jetzt der Gesichtspunkt der gleichmäßigen Vertretung aller Stände und Gebiete des Rheinlandes stärker durch. Die bisherigen „rheinischen“ Ausschüsse waren meist aus Vertretern der drei in den vorangegangenen Abschnitten behandelten Kreise zusammengesetzt gewesen. Unter Berücksichtigung des Repräsentationsprinzips wurden nun die Gründerkreise, d. h. diejenigen, die die Konzeption der Partei entwickelt hatten, etwas zurückgedrängt.

Dr. Schwering hielt diese Beobachtung in seinen Aufzeichnungen unmittelbar nach der Sitzung am 28. August 1945 fest<sup>157</sup>). Die gleiche Feststellung geht auch aus einem Brief Dr. van Almsicks vom 13. November 1945 hervor:

„... Es kann nicht allein (gesperrt von van Almsick; Anm. d. Verf.) der Gesichtspunkt maßgebend sein, jemanden deswegen in den Vorstand zu wählen, weil er regional Vertreter einer bestimmten Berufsgruppe ist...<sup>158</sup>).“

In den ersten Vorstand der rheinischen Christlich-Demokratischen Partei wurden berufen:

<sup>156</sup>) Brief von Bernhard Kaes, Duisburg, an Dr. W. Hamacher vom 25. Oktober 1945. Archiv B. Kaes/1.

Bericht Dr. Helmut Spieckers (ev.) aus Hamborn an Dr. L. Schwering vom 17. Juli 1946. Archiv L. Schwering/V/33.

<sup>157</sup>) Dr. L. Schwering, Tagebuchaufzeichnungen unter dem Titel: „Die Entstehung der CDU im Rheinland“, 1945. Archiv L. Schwering/I/1, S. 6—10.

<sup>158</sup>) Brief an Dr. L. Schwering. Archiv L. Schwering/X/45.

Name	Beruf	Wohnort	Pol. Bindung bis 1933	Konfession
------	-------	---------	-----------------------	------------

A. Rat der Vorsitzenden:

Dr. Leo Schwering	Bibliotheksdirektor	Köln	Ztr./MdL.	kath.
Dr. Konrad Adenauer	Oberbürgermeister	Rhöndorf	Ztr.	kath.
Johannes Albers	Gewerkschaftler	Köln	Ztr.	kath.
Anne Franken	Oberstudiendirektorin	Düsseldorf	Ztr.	kath.
Deselaers	Bauer	Pont/ Geldern	Ztr.	kath.
Dr. Robert Lehr	Oberpräsident	Düsseldorf	DNVP	ev.
Dr. Pferdmeiges	Bankier, Präsident der Ind.- u. Hand.-Kammer	Köln	—	ev.

B. Vorstand:

<i>Helmut</i> Dr. van Almsick	Rechtsanwalt	Essen	Ztr.	kath.
Karl Arnold	Oberbürgermeister Gewerkschaftler	Düsseldorf	Ztr.	kath.
<i>Wilhelm</i> Diederichs	Kaufmann	Mülheim (Ruhr)	—	kath.
<i>Karl</i> Freiherr v. Gumpenberg	später Beamter	Düsseldorf	Ztr.	kath.
Ernst	Bergarbeiter Gewerkschaftler	Aachen	Ztr.	kath.
Hennes	Oberingenieur	Wuppertal	CSVD	ev.
Emma Horion	Hausfrau	Düsseldorf	—	kath.
Bernhard Kaes	Angestellter Gewerkschaftler	Duisburg	Ztr.	kath.
Dr. Hensel	Stadtrat	Düsseldorf	Ztr.	kath.
Emil Marx	Buchdrucker Gewerkschaftler	Wuppertal	DNVP/ CSVD nahegest.	ev.
<i>Karl</i> Dr. Müller	Präs. d. Landw.-Kammer	Bonn	Ztr.	kath.
Meistermann	Schuhmacher	Solingen	Ztr./MdL.	kath.
Dr. Potthast	Rechtsanwalt	Köln	Ztr.	kath.
Savelberg	Bauer	Nothberg	—	kath.
Dr. Th. Scharmitzel	Verleger	Köln	Ztr.	kath.
Dr. H.-J. Schlochauer	Universitätsprofessor	Köln	—	ev.
Dr. Schmalenbach <sup>159)</sup>	Universitätsprofessor	Köln	DDP	ev.
Dr. Otto Schmidt	Rechtsanwalt	Wuppertal	Völkischen Gruppen nahegest.	ev.
Christine Teusch	Lehrerin	Köln	Ztr./MdR.	kath.
Erika Voigt	Sekretärin	Leverkusen	—	ev. (sp. kath.)
Dr. Wilhelm Warsch	Oberbürgermeister	Krefeld	Ztr.	kath.
<i>Heinrich</i> Wolf	Stadtschulrat	Aachen	Ztr.	kath.
Rott	Bäckermeister Gewerkschaftler	Bonn	Ztr.	kath.

Von den Mitgliedern des Rates der Vorsitzenden und des Vorstandes stammten somit 10 (davon im Rat 4) aus Köln und Umgebung, 6 (davon im Rat 2) aus Düsseldorf und Umgebung, 4 aus Wuppertal und Solingen, 2 (davon im Rat 1)

<sup>159)</sup> Prof. Dr. Schmalenbach nahm die Berufung nicht an.

aus Agrargebieten, 2 aus Bonn, 2 aus Aachen und je 1 aus Duisburg, Krefeld, Essen und Mülheim (Ruhr).

22 Mitglieder gehörten der römisch-katholischen, 8 evangelischen Kirchen an.

Während der Zeit der Weimarer Republik hatten von den insgesamt 30 Mitgliedern des Rates der Vorsitzenden und des Vorstandes mindestens 18 dem Zentrum angehört. Nur von einem evangelischen Mitglied ist die Zugehörigkeit zur DNVP bekannt, andere werden wohl dieser Partei bzw. dem Christlich-Sozialen Volksdienst nahegestanden haben. Ein evangelisches Mitglied sympathisierte mit völkischen Gruppen, ein anderes gehörte der Demokratischen Partei an. Mindestens 6 der Mitglieder hatten früher in gewerkschaftlichen Verbänden gearbeitet, mindestens 9 gehörten während der nationalsozialistischen Zeit Oppositionskreisen an.

Nach den im Jahre 1945 von ihnen ausgeübten Berufen gehörten 3 Mitglieder zur Landwirtschaft (2 Bauern, 1 Landwirtschaftsbeamter) und 7 zur Industrie bzw. Handel und Banken (2 Unternehmer, 2 leitende Angestellte, 1 Angestellter, 2 Arbeiter). 3 Mitglieder waren Erzieher, 3 Wissenschaftler, 1 Publizist, 7 staatliche Beamte bzw. Angestellte, 3 Rechtsanwälte, 2 selbständige Handwerker und 1 Hausfrau. Von den insgesamt 30 Mitgliedern waren mindestens 18 Akademiker.

\*

Für die Neugründung einer Christlich-Demokratischen Partei im Rheinland und in Westfalen war die Haltung der früheren Zentrumsführer von großer moralischer und politischer Bedeutung. In vielen Fällen waren diese jedoch zu alt, um noch eine eigene politische Tätigkeit auszuüben. Dennoch erschien ihre Stellungnahme wegen ihres noch vorhandenen politischen Ansehens, besonders in den Kreisen des früheren Zentrums, nicht ohne Einfluß auf die Neugründung. Aus diesem Grunde suchten Dr. Scharmitzel und Dr. Schwering am 26. August den letzten Vorsitzenden der rheinischen Zentrumsparlei, Justizrat Mönning, in Godesberg auf und erhielten sein Jawort für die neue Partei. Trotz körperlicher Behinderung nahm Mönning auch an der Gründungsversammlung am 2. September 1945 teil. Für seine Haltung kennzeichnend ist ein Brief, den er anlässlich der Wiedergründung des Zentrums an Lambert Lensing, Dortmund, schrieb<sup>160</sup>):

„Maßgebend ist aber, daß die heutigen Verhältnisse alles auf den Kopf gestellt haben, und daß schon seit langem gefürchtet wurde, daß Kommunisten und Sozialisten eine große Mehrheit erhalten würden, und daß daher ein Zusammenschluß aller christlichen Elemente stattfinden müsse ... Aus oben angeführten Erwägungen ist dann in Berlin unter Mitarbeit früherer Zentrumsleute die Christlich-Demokratische Union gegründet worden. Auch führende Protestanten sind ja daran beteiligt.“

\*

<sup>160</sup>) Brief vom 14. Oktober 1945. Archiv L. Lensing/III/72.

Zwei außerordentlich wichtige Probleme mußten von den zahlenmäßig kleinen Kreisen, die im Jahre 1945 die Neugründung von Parteien anstrebten, vordringlich gelöst werden: sie mußten Gesinnungs- und politische Freunde suchen und für ihre Weiterarbeit die notwendigen Geldquellen erschließen.

Das erste Problem konnte verhältnismäßig leicht durch die persönlichen Verbindungen in Berufsgruppen, in konfessionellen Verbänden und durch Weitergabe von Mund zu Mund gelöst werden. Das Finanzierungsproblem aber war, besonders für die sich neu bildenden Parteien in den Westzonen, schon sehr viel schwieriger zu lösen. In der sowjetischen Besatzungszone waren den Parteien zugleich mit ihrer Lizenzierung Partei-Tageszeitungen zugebilligt worden, die rasch große Gewinne abwarfen, mit deren Hilfe dann die Parteiarbeit (Organisation, Schulung, Werbung, Ausschüsse) gut finanziert werden konnte. Im Westen dagegen konnten die — durch das Entstehen der Parteiapparate vorerst recht erheblichen — Kosten wegen des Fehlens parteieigener Zeitungen zunächst nur durch Spenden gedeckt werden. Es wird aber berichtet, daß die Arbeit der Christlichen Demokraten in Westdeutschland niemals unter finanziellen Schwierigkeiten litt<sup>161</sup>).

\*

Die Gründungsversammlung am 2. September 1945, an der ungefähr 200 Personen aus dem Rheinland und u. a. auch der Berliner Kurier, Dr. O. Lenz, teilnahmen, schloß die bisher selbständigen privaten Gruppen der Christlichen Demokraten in den verschiedenen Teilen der Provinz zu einer offiziellen politischen Partei zusammen, die nunmehr auch von den Besatzungsmächten als politischer Faktor anerkannt werden mußte. Die Partei begann ihr Eigenleben.

Durch die Gründung der Christlich-Demokratischen Partei (CDP) wurde ein bisher in vielen kleinen Kreisen ausgesprochenes, wenn auch noch nicht durch Wahlen von der Bevölkerung bestätigtes Urteil gefällt, das als Ergebnis aller bisherigen Verhandlungen anzusehen war: die Zentrumspartei sollte nicht wieder ins Leben gerufen werden. Die entscheidende Frage war mit dieser Kölner und der am gleichen Tage für Westfalen in Bochum abgehaltenen Konferenz für den größten Teil der früheren Zentrumsmitglieder nunmehr auch offiziell und nach außen hin entschieden und erledigt. Daß das Zentrum später — von anderen Kräften getragen — doch noch wieder entstand, konnte dieses Urteil nicht mehr einschränken.

Der Versammlung unter der Leitung von Dr. Scharmitzel wurde noch kein Programm vorgelegt; einige ihrer Gründer gaben jedoch in Vorträgen Interpretationen der Grundlagen und Ziele der neuen Partei. Dr. Schmidt machte mit den von den evangelischen Kräften in Wuppertal entwickelten Gesichtspunkten bekannt (vgl. S. 92 ff.), Freiherr von Gumpenberg sprach über den

<sup>161</sup>) Vgl. die Finanzberichte der Parteileitung. Dem Verfasser durch Dr. L. Schwering auch mündlich bestätigt.

„politischen Gedankenkreis“ der Christlichen Demokraten (s. u.), der Gewerkschaftler Rott referierte über soziale Fragen. Noch einmal versuchte Dr. Hamacher, die Schaffung vollendeter Tatsachen durch den Hinweis, daß noch alles im Fluß sei<sup>162</sup>), zu verhindern, fand aber keine Zustimmung. Die Versammlung stellte ferner fest, daß die rheinischen Christlichen Demokraten die Berliner CDU unterstützen würden, da diese in

„... einem Kampf ungewissen Ausgangs stehe in einem Land, wo es keine erhebliche christliche Substanz gebe“.

\*

In dem Kölner Vortrag v. Gumpenbergs kamen zusammengefaßt die wichtigsten Thesen der Christlichen Demokraten zur Sprache, die von den Gründern als Fundament der Partei betrachtet wurden.

Gumpenberg stellte als die leitenden Prinzipien für die Politik der Christlichen Demokraten dar, daß

1. ein Anspruch auf die nationale Existenz nur in genauer Abwägung der konkreten Machtverhältnisse angemeldet und durchgesetzt werden könne, und
2. alle Geschichte und jedes Einzelschicksal letzten Endes in Gottes Macht und Fügung gestellt seien.

Die Anerkennung dieser Gegebenheiten, die er als Voraussetzung des „politischen Realismus“ bezeichnete, und die Anerkennung des „göttlichen Sittengesetzes und Gottes Allmacht“ seien gleichbedeutend mit der Verurteilung des Glaubens an einen endlosen menschlichen Fortschritt.

„Im Rahmen dieser Gegebenheiten wollen die Christlichen Demokraten arbeiten.“

Die Anerkennung dieses „Gedankenkreises“ bedeute für drei Gruppen zunächst eine negative Entscheidung, für drei Gruppen, auf deren Mitarbeit die Gründer der CDP im Rheinland jedoch rechneten:

1. für die Anhänger liberaler Traditionen, die die These aufgeben müßten, daß Religion und Politik beziehungslos nebeneinander existieren könnten;
2. für die früheren Zentrumsanhänger, die den Namen ihrer Partei zugunsten einer neuen Konzeption preisgeben müßten;
3. für die Protestanten, die etwaige Zweifel, daß die neue Parteigründung vielleicht nur ein neuer Name für eine im wesentlichen von katholischen Kräften und Ideen getragene Partei sei, abzuwerfen hätten.

In die Partei sollten nach Auffassung von Gumpenbergs die von „christlicher Substanz“ getragenen Bevölkerungsteile und alle diejenigen hineinwachsen, die die christlichen Grundlagen der Politik anzuerkennen bereit seien.

Die Begründung für die Aufnahme des Begriffes „Christlich“ in den Parteinamen gab der Redner mit der These, daß aus der Anerkennung der christlichen

<sup>162</sup>) Archiv L. Schwering/I/1, S. 10.

Gebote die Anerkennung der „objektiven Gerechtigkeit“ folge. Von dieser „objektiven Gerechtigkeit“ solle die Arbeit der Partei geleitet werden. Sie fordere

„... in dieser Stunde einen Lastenausgleich auch mit weitreichenden Eingriffen bei grundsätzlicher Anerkennung des Privateigentums.“

In der Frage der Behandlung der ehemaligen Nationalsozialisten sah von Gumppenberg ein ernstes Nachkriegsproblem, mit dem sich die Partei „unverzüglich“ beschäftigen müsse. Nach seiner Auffassung würden viele ehemalige Nationalsozialisten und Anhänger früherer Rechtsparteien sich in Gleichgültigkeit zurückziehen, andere aber zur radikalen Linken hinüberwechseln, ein nicht unbeträchtlicher Teil jedoch werde sicher zu den Christlichen Demokraten stoßen. Darin liege zweifellos eine Gefahr — nämlich die der „Reaktion“<sup>163</sup>).

\*

Das Ergebnis der Bemühungen der Christlichen Demokraten zwischen dem deutschen Zusammenbruch und dem 2. September 1945 war die Gründung einer Partei auf Provinzebene. Die treibenden Kräfte dieses Zusammenschlusses waren der Kölner, der Düsseldorfer und der Wuppertaler Kreis.

Die Mehrzahl der aktiven Kräfte waren frühere Zentrumsmitglieder; die eine Minderheit bildenden Protestanten waren meist frühere Deutschnationale, Demokraten, Mitglieder der Deutschen Volkspartei oder des Christlich-Sozialen Volksdienstes. Jedoch war auch ein nicht geringer Prozentsatz der Protestanten früher politisch nicht gebunden gewesen.

Die Zusammensetzung dieser Gruppen entsprach somit der der politischen Parteien, die in den früheren Christlichen Gewerkschaften vertreten waren, zum Teil den Essener Kongreß von 1920 unterstützt hatten und von Stegerwalds Appell angesprochen worden waren.

Der Zusammenschluß der rheinischen Gruppen am 2. September in Köln bannte jedoch nicht die Gefahr einer neuen Zentrumsgründung. Außerdem schien auch eine demokratische Partei in Bildung begriffen.

Die den Gründern vorliegenden Nachrichten über die Haltung kirchlicher Kreise beider Konfessionen waren für die Bildung der Christlich-Demokratischen Partei günstig.

Die Entwicklung in der zweiten Phase — bis zur Gründung der Zonenpartei — wurde nun von folgenden Gesichtspunkten bestimmt:

1. von der Auseinandersetzung mit den sich bildenden Zentrumsgruppen;
2. von der Klärung des Verhältnisses und der Abgrenzung zu anderen politischen Parteien, insbesondere zur SPD und FDP, während das Verhältnis zur KPD von vornherein festgelegt war<sup>164</sup>);

---

<sup>163</sup>) Protokoll der Gründungsversammlung der rheinischen Christlich-Demokratischen Partei. Archiv Landesverband der CDU im Rheinland, Akte Gründung.

<sup>164</sup>) Allen Gruppen der Christlichen Demokraten ist die strikte Ablehnung einer politischen Koalition mit den Kommunisten gemeinsam.

Das Verhältnis zu den Sozialdemokraten schwankte — nicht zuletzt deshalb, weil Unklarheit über die politische Position der Sozialdemokratie herrschte.

3. von den Bemühungen, eine Verständigung und eine gemeinsame Partei mit den entsprechenden Gruppen im übrigen Deutschland herbeizuführen<sup>165</sup>).

## **F. Zwischenbemerkung**

Die Entstehung der rheinischen Gruppen der Christlich-Demokratischen Partei wurde in den Abschnitten B bis E als ein Ganzes betrachtet. In derselben Weise werden nun die gleichzeitigen entsprechenden Entwicklungen in Westfalen in den Abschnitten G bis I zu schildern sein. Auch sie müssen im Rahmen des rheinisch-westfälischen Raumes als ein Ganzes gesehen werden.

Für die Anhänger des früheren Zentrums in Westfalen, das ebenso wie das rheinische bis zum Ende der Weimarer Republik stark und geschlossen war, ging es gleichermaßen um die Frage, ob das Zentrum wiedererrichtet werden solle oder, besser gesagt, seine Wiedererrichtung überhaupt unterlassen werden könne.

Evangelische Gruppen — früher über mehrere Parteien verteilt und am Ende der Weimarer Republik zu einem geringen Teil im Evangelischen Volksdienst (Christlich-Sozialen Volksdienst) organisiert — traten in Westfalen geschlossen nur im Ravensberger Raum auf. In den anderen Orten arbeiteten die Protestanten meist als einzelne mit den katholischen Gruppen zusammen.

Es ist für den westfälischen Raum nicht möglich, die Betrachtung von vornherein um bestimmte Kreise zu konzentrieren — wie es in den vorangegangenen Abschnitten geschehen ist —, da die auftretenden Gruppen ihre Zusammensetzung z. T. wechselten oder die Fronten sich vielfach erst allmählich abzeichneten. Aus den einzelnen Gruppen gingen sowohl die Christlich-Demokratische als auch die Zentrumspartei hervor. Die Darstellung der Entwicklung im westfälischen Raum muß deshalb etwas anders angefaßt werden.

## **G. Die Bildung der Fronten unter den früheren westfälischen Zentrumskräften im Sommer 1945**

In den letzten Maitagen 1945 baten in Dortmund frühere Zentrumsangehörige, unter ihnen der Verleger Lambert Lensing<sup>166</sup>), und katholische Mitglieder der früheren christlichen Gewerkschaften den britischen Stadtkommandanten um die Genehmigung, vorbereitende Aktionen zur Wiedergründung der Zentrumspartei und der christlichen Gewerkschaften unternehmen zu dürfen. Dem Antrag wurde stattgegeben. Lensing teilte kurze Zeit später dem Stadtkommandanten mit, daß diese Bemühungen auch zugleich Ausgangspunkt für eine enge Zusam-

<sup>165</sup>) Schon in der Frühzeit bemühten sich die einzelnen Gruppen, mit anderen Persönlichkeiten, so mit Stegerwald, in Verbindung zu kommen. Nach der Gründung der rheinischen Partei stand das Bestreben im Vordergrund, eine Reichs- bzw. eine Zonenorganisation zu schaffen. Dabei kamen sich die Berliner, die west- und die norddeutschen Entwicklungen entgegen (in Berlin Dr. Hermes, in Norddeutschland Dr. Schlange-Schöningen).

<sup>166</sup>) Lambert Lensing gehörte früher dem Zentrum an und war Verleger der „Tremonia“ in Dortmund. Die Zeitung erschien bis zum Ende des Krieges. Ihretwegen kam es nach dem Kriege zu einer heftigen Kritik von politischen Gruppen, die außerhalb der CDU standen. Im Frühjahr 1946 wurde diese Kritik von der britischen Militärregierung übernommen und führte zum Rücktritt Lensings vom Vorsitz der CDU in Westfalen. Die Christlichen Demokraten stützten ihn jedoch weiterhin, so daß er einige Jahre später wieder an die Spitze der Partei in Westfalen treten konnte.

menarbeit zwischen katholischen und evangelischen Kräften sein sollten. Über den Namen, den die Dortmunder dieser neuen Partei geben wollten, sind keine schriftlichen Unterlagen vorhanden. In den ersten Briefen wurde von der Zentrumsparlei gesprochen.

\*

In Paderborn bildete sich um den Präses der Katholischen Arbeitervereine des Erzbistums, Schulte<sup>167</sup>), um Pater Hirschmann S. J., Pfarrer Hesse und andere ein Kreis, dem besonders Arbeitervereiner angehörten. Der Dompropst Simon, der sich schon vor Ende des Krieges für den Gedanken einer interkonfessionellen Partei ausgesprochen hatte<sup>168</sup>), wurde über die Arbeit unterrichtet.

Dieser „Paderborner Kreis“ strebte, wie Schulte schreibt, eine „möglichst weite Partei“ an. Sie sollte ihre Antriebe aus dem rein Politischen, nicht aus dem Christlichen nehmen und alle Kräfte umfassen, die sich auf dem Boden des Naturrechts zusammenfinden konnten — wurde aber gerade wegen dieser Anerkennung des Naturrechts für die Protestanten fast unannehmbar. Betont wurde besonders die soziale, ja „sozialistische“ Einstellung einer solchen neuen Partei.

Die in den Diskussionen und Plänen auftauchenden Formulierungen waren denen von Wilhelm Elfes in Mönchen-Gladbach sehr ähnlich. Sie deuteten den Wunsch an, mit den Sozialdemokraten, die sich von „materialistischen Doktrinen“ gelöst hätten, in einer politischen Partei zusammenzugehen.

Diese Forderung nach Zusammenarbeit mit einem Teil der Sozialdemokraten wurde nach dem Kriege auch an anderen Orten als der Grundgedanke einer „Partei der Arbeit“ entwickelt, während die These einer „Naturrechtspartei“ wenig später von Dr. Spiecker (vgl. S. 140 ff.) bei der Interpretation der Grundlagen der neuen Zentrumsparlei ebenfalls vertreten wurde.

\*

Mit einem ausgearbeiteten Konzept kamen die Paderborner — organisiert von Schulte und Hesse — im Juni 1945 in Essen mit zahlreichen früheren Zentrumsmitgliedern des Industriebezirks zusammen. Über diese Begegnung berichtet Schulte:

„... In Essen wurde von Dr. Behler, dem früheren Leiter der Windthorstbünde Essens, ein Kreis politisch interessierter Männer aus dem ganzen Ruhrgebiet zusammengerufen. Dieser Kreis, der die Leitung sofort dem früheren 2. Vorsitzenden des Zentrums in Westfalen, Stadtrat a. D. Anton Gilsing, Bochum, übertrug, verlegte seine Tätigkeit von Essen nach Wattenscheid ...“

<sup>167</sup>) Vgl. Schulte, „Zwei Parteien im christlichen Deutschland“, verfaßt am 8. April 1946. Präses Schulte hatte vor allem auf die von ihm geleiteten Katholischen Arbeitervereine der Erzdiözese Paderborn großen Einfluß.

<sup>168</sup>) Schriftlicher Bericht Dr. F. Holzapfels an den Verfasser vom 8. Januar 1952.

und wurde damit der sogenannte „Wattenscheider Kreis“, in dem zunächst drei Richtungen vertreten waren:

1. die Paderborner Gruppe mit der Konzeption der „Partei der Arbeit“;
2. die für die Wiedergründung des Zentrums eintretende Richtung;
3. die für eine interkonfessionelle christlich-soziale bzw. christlich-demokratische Partei eintretenden ehemaligen Zentrumsangehörigen.

Über die Gespräche in Wattenscheid berichtet Lambert Lensing<sup>169)</sup>:

„... Während eine Neugründung des Zentrums ... abgelehnt wurde, beschloß man, den Paderborner Vorschlag zwar zu diskutieren, im übrigen aber im Wattenscheider Arbeitskreis Vorbereitungen für eine christlich-demokratische Partei aufzunehmen — unter Führung von Anton Gilsing.“

Und Schulte schreibt über die Besprechungen:

„... In allen Städten des Ruhrgebiets war man, soweit man nach Essen Vertreter geschickt hatte, für eine politische Gemeinschaft mit protestantischen Kreisen ...“

Als Gründe für diesen Schritt wurden von Schulte genannt: Es gäbe kein Lebensgebiet mehr, das sich vom Geist des Christentums freimachen könne.

Die Welt bedürfe immer der Durchdringung mit einem christlichen Geist. — In einem Volk, das so grundsätzlich denke wie das deutsche, könne nur eine christliche Partei die Grundsätze des Christentums zur Geltung bringen. — Deshalb müsse eine Einigung mit den Protestanten, deren Bekennende Kirche der Ausdruck einer vollzogenen Erneuerung sei, erreicht werden. — Man mache außerdem nur Ernst mit einer immer schon vom Zentrum vertretenen Forderung: der Interkonfessionalität (vgl. S. 129 ff.). Dabei müsse gegebenenfalls, auch wenn es ein Opfer bedeute, der Name „Deutsche Zentrumspartei“ aufgegeben werden.

Es wurden auch — nach Schulte — Erwägungen angestellt, ob es nicht besser sei, eine evangelische und eine katholische Partei zu gründen (Zwei-Säulen-Theorie), um das obengenannte Ziel zu erreichen. Dagegen wurde jedoch eingewandt, daß das dem ursprünglichen Ziel des Zentrums widerspreche und außerdem der protestantische Volksteil zu wenig Erfahrung habe, um von sich aus politisch handlungsfähig zu werden. Eine rein protestantische Partei könne sehr leicht der Führung durch reaktionäre Kräfte ausgeliefert sein.

Schulte nennt darüber hinaus noch weitere, besonders die Arbeiterschaft angehende Gründe, eine interkonfessionelle Partei unter Preisgabe des Namens „Zentrum“ anzustreben:

1. Die Arbeiter hätten durch die interkonfessionelle Zusammenarbeit in den Christlichen Gewerkschaften bereits eine jahrzehntelange Erfahrung.
2. Die Arbeiter erlebten den täglichen Kampf zwischen Christentum und Nichtchristentum stärker als jeder andere Stand.
3. Die Arbeiter würden sich auch der Ziele erinnern, die die im Kampf gegen den Nationalsozialismus gefallenen Arbeiterführer Letterhaus und andere gesetzt

<sup>169)</sup> Lambert Lensing, „Wellenbrecher für Deutschland“, 1947. Archiv L. Lensing/III/13.

hätten: die interkonfessionelle Zusammenarbeit unter allen Umständen zu erreichen.

4. Die maßgebliche Beteiligung Jakob Kaisers an der Gründung der Berliner Christlich-Demokratischen Union, von der die Arbeiter Kenntnis erhalten hätten (Kaiser — früher führender westdeutscher christlicher Gewerkschaftler — war auch während der nationalsozialistischen Zeit von Berlin aus in enger Verbindung mit den westdeutschen ehemaligen christlichen Gewerkschaftlern geblieben), sei ein Ansporn gewesen, den gleichen Weg einer interkonfessionellen Partei zu gehen.

Schulte weist darauf hin, daß sich alle Beteiligten damals darüber nicht getäuscht hätten, daß sie einen Versuch unternähmen, über dessen Erfolg nichts gesagt werden könne. Man habe mit der Möglichkeit gerechnet, nach einem evtl. Scheitern zur kleineren Basis, dem Zentrum, zurückkehren zu müssen.

Die Besprechungen, an denen ausnahmslos katholische Gruppen teilnahmen, fanden in Wattenscheid und Paderborn statt. In Wattenscheid wurden ebenfalls Programmfragen erörtert. Mit Sicherheit nahmen an den Gesprächen teil:

Anton Gilsing, Bochum, Stadtrat a. D., ehemaliger 2. Zentrumsvorsitzender in Westfalen;

Lambert Lensing, Dortmund, Verleger;

Präses Schulte, Paderborn, Präses der Katholischen Arbeitervereine;

Pater Hirschmann S. J., Paderborn;

Pfarrer Hesse, Paderborn;

Pfarrer Litzmann, Dortmund;

Dr. van Almsick, Essen, Rechtsanwalt;

Heinrich Strunk, Essen, Gewerkschaftler;

Dr. Behler, Essen, Vorsitzender des Windthorstbundes in Essen bis 1933.

\*

Während der nationalsozialistischen Zeit hatten einige frühere führende westfälische Zentrumsmitglieder, anknüpfend an ihre gemeinsame politische Tätigkeit, fast ohne Unterbrechung in Verbindung gestanden. Gegen Ende des Krieges fanden dann verschiedene Gespräche, u. a. bei Johannes Brockmann<sup>170)</sup> in Rinke-  
rode bei Münster statt. Zu dieser Gruppe gehörten u. a. der bis 1933 amtierende  
Oberpräsident von Westfalen, Gronowski<sup>171)</sup>, der gegen Ende des Krieges in

<sup>170)</sup> Johannes Brockmann, Schulrat, 1888 in Paderborn geboren, von 1925 bis 1933 Landtagsabgeordneter des Zentrums, nach dem 20. Juli 1944 zeitweise inhaftiert, nach dem Kriege Mitglied der westfälischen Provinzialregierung.

<sup>171)</sup> Johannes Gronowski, 1874 in Graudenz geboren, erlernte das Schlosser- und Mechanikerhandwerk. 1893 nach Dortmund gekommen, wurde er nach 1902 christlicher Arbeitersekretär in Dortmund-Hörde und war von 1908 bis 1922 Sekretär und Geschäftsführer des Zentrums in Dortmund. Er gehörte von 1908 bis 1933 dem preußischen Landtag an und war von 1922 bis 1933 Oberpräsident von Westfalen. Nach dem Kriege wurde ihm das Amt des Oberpräsidenten wieder angetragen, er lehnte wegen seines hohen Alters jedoch ab.

Neuenbeken bei Paderborn wohnte, der frühere Regierungspräsident von Münster, Dr. Amelunxen<sup>172)</sup>, der Rinkeroder Schulrat Brockmann und der frühere Generalsekretär der Zentrumsparlei im nördlichen Westfalen und Osnabrück, Dr. Kannengießler. An diese Gespräche knüpften nun Unterhaltungen nach dem Kriege an, die z. T. in Münster, z. T. bei Gronowski in Neuenbeken stattfanden, wo sich auch Dr. Helferich, früher Bayerische Volkspartei, aufhielt.

Zu einer ersten größeren Besprechung (in erweitertem Kreise) kam es am 15. oder 27. Juli in Lippstadt — auf halbem Wege zwischen Paderborn und Dortmund. Die Zusammenkunft war von Dr. Kannengießler einberufen worden, zur Diskussion standen wegen der raschen Wiedergründungen der Kommunistischen und der Sozialdemokratischen Partei die Maßnahmen, die nunmehr im früheren Zentrumslager eingeleitet werden sollten. Als Teilnehmer werden genannt (in der Klammer hinter dem Namen ist die Zahl der Quellen verzeichnet, die die Teilnahme bestätigen)<sup>173)</sup>:

Dr. Amelunxen (3), Münster, Oberpräsident von Westfalen;

Brockmann (3), Rinkerode bei Münster, Schulrat;

Dr. Kannengießler (3), Brakel/Höxter, Verlagsleiter;

Lambert Lensing (3), Dortmund, Verleger (erst während der Sitzung eingetroffen);

Helene Wessel (3), Dortmund, Fürsorgerin (früher MdL), (erst während der Sitzung eingetroffen);

Dr. Helferich (2), Neuenbeken/Paderborn, Rechtsanwalt;

Dr. B. Reismann (3), Münster, Rechtsanwalt;

Dr. Stricker (2), Münster, bis 1933 Chefredakteur der Münsterischen Morgenpost;

Bielefeld (3), Recklinghausen, Baumeister;

Vahle (3), Schwelm, Oberkreisdirektor (angeblich Mitglied der NSDAP gewesen);

Bornefeld-Ettmann (2), Bornefeld, Kr. Beckum, Bürgermeister und Landwirt (früher Bauernverein und MdR);

Wibbelt (2), Telgte bei Münster, Bürgermeister;

Steinbrück (1), Lippstadt, Dechant;

(Oberpräsident a. D. Gronowski konnte wegen einer Verletzung, die er beim Bombenangriff auf Köln erlitten hatte, nicht teilnehmen, war aber über die Sitzung orientiert).

Zu Beginn der Sitzung, als Lambert Lensing und Helene Wessel noch nicht eingetroffen waren, verständigte man sich — in Unkenntnis der sonstigen Entwicklung in Westfalen — sehr schnell darüber, daß die „Vorarbeiten“ für die

---

<sup>172)</sup> Dr. Rudolf Amelunxen, 1888 geboren, war nach Abschluß seiner juristischen Studien in der Verwaltung tätig. Er gehörte früher dem Zentrum an und wurde 1945 Oberpräsident von Westfalen.

<sup>173)</sup> 1. Lambert Lensing, „Wellenbrecher für Deutschland“, a.a.O.

2. Brief von Dr. Reismann an den Verfasser vom 2. Januar 1952.

3. Entwurf eines Appells, der von Dr. Kannengießler verfaßt wurde und von der Lippstädter Konferenz publiziert werden sollte. Archiv Dr. Kannengießler/123.

Wiedererrichtung des Zentrums unverzüglich begonnen werden müßten. Dr. Kannengießer hatte dafür einen Aufruf verfaßt, in dem es heißen sollte:

„... es ist unser einmütiger Wunsch, daß die Zentrumsparlei neu erstehen möge als die deutsche Heimat aller in den bekannten und bewährten Grundsätzen mit uns einigen Männer und Frauen ...“

Der Vorsitz im Aktionsausschuß sollte dem früheren Oberpräsidenten von Westfalen, Johannes Gronowski, übertragen werden. Dr. Kannengießer war als Generalsekretär vorgesehen. Dr. Helferich wurde beauftragt, Gronowski diese Mitteilung zu überbringen.

Nunmehr erschienen jedoch — verspätet — L. Lensing und H. Wessel, die über die Entwicklung im übrigen Westfalen berichten konnten, so daß die Teilnehmer vor eine völlig neue Situation gestellt wurden. Über den weiteren Verlauf der Sitzung gehen nun die Quellen sehr stark auseinander.

Lensing berichtete den Versammelten über die Bestrebungen, die sich im Industriebezirk anbahnten und auch seine Zustimmung besäßen. Später schrieb er:

„... ich hatte Mühe, unter Hinweis auf die Gefahr der Spaltung der ehemaligen Zentrumsanhänger die formelle Gründung hinauszuschieben. Einige Herren erklärten sich bereit, sich mit uns in Wattenscheid zu einem Meinungsstreit an einen Tisch zu setzen ...“

Und Dr. Hamacher antwortete er am 17. Dezember 1945 auf dessen Frage<sup>174</sup>):

„Ist es richtig, daß Sie (Lambert Lensing; Anm. d. Verf.) auf der Konferenz in Lippstadt vor dem Abschluß der Besprechung, in der Herr Gronowski zum 1. Vorsitzenden, Herr Dr. Kannengießer zum Generalsekretär des Zentrums in Westfalen vorgeschlagen oder gewählt werden sollten, diese Wahl verhindert, bzw. daß Sie vorgeschlagen haben, diese Wahl zu vertagen?“

„Diese Vorgänge in Lippstadt haben sich seinerzeit anders abgespielt, als Ihnen berichtet wurde. Ich kam infolge einer Autopanne erst zum Schluß der Sitzung, als die Gründung einer westfälischen Zentrumsparlei beschlossen und ein entsprechender Aufruf an die Presse verfaßt war. Gegen diese voreilige Gründung habe ich mich aus folgenden Gründen ausgesprochen und vor ihr gewarnt:

Als Teilnehmer des sogenannten ‚Wattenscheider Kreises‘ wußte ich, daß weiteste Kreise des Industriegebietes und insbesondere der Arbeiterschaft gegen die Wiederbelebung des Zentrums und für die Gründung der Christlich-Demokratischen Partei waren. Es hätte die Tatsache der Gründung des Zentrums in Lippstadt von vornherein eine Trennung alter Freunde bedeutet. Ich habe deshalb die sofortige Aufnahme von Besprechungen zwischen dem Lippstädter und dem Wattenscheider Kreis empfohlen und beantragt, um die einheitliche Linie unter allen Umständen zu achten. Ich weiß genau, daß ich wiederholt und eindringlich gesagt habe, wir müßten unter allen Umständen einig bleiben.

Von Herrn Gronowski ist während meiner Anwesenheit nicht (Sperrung von Lensing; Anm. d. Verf.) gesprochen worden. Dr. Kannengießer ist als Generalsekretär nach meiner Erinnerung von einigen Anwesenden mehrfach genannt worden. Ob es zu einer Wahl oder offiziellen Ernennung gekommen ist, weiß ich nicht mehr ...“

<sup>174</sup>) Brief von Dr. Hamacher an L. Lensing vom 12. Dezember 1945. Brief von L. Lensing an Dr. Hamacher vom 17. Dezember 1945. Archiv L. Lensing/III/56 und 51.

Dr. Kannengießer, der am 13. August auf der Wattenscheider Sitzung, wie Lensing berichtet, öffentlich auf die Seite der Christlichen Demokraten trat, berichtete dem Verfasser über seine Reaktion angesichts der Nachrichten, die Lensing nach Lippstadt gebracht hatte, daß er dem Sinne nach gesagt habe:

„... das ist eine völlig neue Lage, und deshalb müssen wir die geplante Gründung des Zentrums aufgeben ...<sup>175)</sup>.“

Die Zentrumsparterie andererseits stellt die Entwicklung bis zur Lippstädter Tagung so dar<sup>176)</sup>:

„... Die Anhänger der Zentrumsparterie sind in ihrer treuen Haltung zum Zentrum dadurch bestärkt worden, daß der jetzige Generalsekretär der Christlich-Demokratischen Partei, Dr. Kannengießer, nach wiederholten Besprechungen mit Persönlichkeiten und Kreisen aus anderen Konfessionen ihnen mitteilte, man müsse am Zentrum festhalten, da es sich bei den Kreisen, die man für eine Verbreiterung der Front gewinnen wollte, um ‚Offiziere ohne Mannschaften‘ handle ...“

Und an anderer Stelle schreibt die Zentrumsparterie in ihrer Stellungnahme zu späteren Fusionsgesprächen, daß Dr. Kannengießer erst sehr viel später den Schritt zu den Christlichen Demokraten vollzogen habe. Noch am 30. Juli sei er für die Zentrumsparterie eingetreten.

Dr. Reismann<sup>177)</sup> kommentierte die Lippstädter EntschlieÙung in einem Brief an Dr. Kannengießer vom 28. August 1945:

„... An den gefaÙten Beschlüssen wurde nichts geändert. Es wurde vielmehr beschlossen, später weitere Konferenzen folgen zu lassen ...“

Unter den weiteren Konferenzen verstand Reismann wahrscheinlich die gleichen, von denen Lensing sprach. Nach seiner Auffassung aber sollten sie zur Zentrumsgründung und nicht — wie sie Lensing verstanden wissen wollte — zu einer Vermittlung mit den Christlichen Demokraten in Wattenscheid führen.

Dem Verfasser berichtete Dr. Reismann (am 2. Januar 1952) in einem Brief:

„Die Gründung für sofort war weder beabsichtigt noch möglich, weil Parteigründungen noch nicht zugelassen waren ... Die Vorarbeiten dazu schienen jedoch geboten ...“

Als konkretes Ergebnis des Lippstädter Gespräches war also die Einigung auf weitere Konferenzen, deren erste dann am 30. Juli 1945 in Wattenscheid stattfand, zu buchen. Eine Einigung über die Zentrumsfrage konnte jedoch nicht erzielt werden. Während für die Teilnehmer selbst zweifellos das Wesentliche dieser Konferenz der Beschluß war, weiterhin Verhandlungen zu führen, muß dagegen aus der historischen Perspektive festgestellt werden, daß die entscheidende Bedeutung des Lippstädter Treffens in dem Nichtzustandekommen einer Einigung über die Frage, ob das Zentrum wieder gegründet werden solle oder

<sup>175)</sup> Mündlicher Bericht Dr. Kannengießers an den Verfasser vom 14. Dezember 1951.

<sup>176)</sup> „Warum Zentrum?“ Hektographiertes Flugblatt der Deutschen Zentrumsparterie vom November 1945. Archiv R. Muckermann/58.

<sup>177)</sup> Brief von Dr. Reismann an Dr. Kannengießer vom 28. August 1945. Archiv Dr. Kannengießer/65.

nicht, lag. Dieser Zustand blieb auch während der nachfolgenden Gespräche der gleiche, wenn auch zeitweilig Einmütigkeit zu herrschen schien. Das Moment der Unklarheit, das der Lippstädter Verhandlung anhaftet, drückt sich besonders in den widersprechenden Äußerungen eines Teiles ihrer Teilnehmer aus. Das gilt besonders für Dr. Kannengießer, der offenbar damals stark zwischen beiden Richtungen schwankte.

\*

Der „Wattenscheider Kreis“ (Industriebezirk und Paderborn) und diejenigen Teilnehmer des Lippstädter Treffens, die am Zentrum festhalten wollten, setzten sich am 30. Juli und am 13. August in Wattenscheid sowie am 6. August in Dortmund weiter auseinander.

Das Ergebnis dieser Konferenz war, daß sich einerseits die „Christlichen Demokraten“, die in dieser Zeit auch mit den Rheinländern, vor allem mit den Kölnern (am 6. August), in Verbindung gekommen waren, als Partei bildeten, andererseits die Zentrumsbefürworter sich von ihnen endgültig lösten und die Wiedergründung der Zentrumspartei anstrebten. Sie begegneten sich dabei mit rheinischen Gruppen (vgl. S. 76 ff.) und einigen niedersächsischen Vertretern (vgl. S. 198 ff.).

\*

Im Laufe des Juni wurden in Wattenscheid die Beratungen der Industriebezirksgruppe fortgesetzt. Man verhandelte nun auch, wie schon berichtet, mit den Lippstädtern. L. Lensing schreibt dazu, daß Brockmann, Stricker und Vahle die Hauptsprecher der Zentrumsanhänger gewesen seien. Brockmann, auch von Schwing als Exponent der Zentrumsgruppe angesehen, und Vahle beschworen den Geist der alten Zentrumspartei, den es zu erhalten gelte. Stricker sei für eine Partei nach dem Vorbild der römisch-katholischen Partei in Holland (vgl. S. 230) eingetreten. Eine Abstimmung erfolgte jedoch nicht. Da es zu keiner Einigung kam, beschloß man, in kleinerem Kreise — nach Angaben der Zentrumsvertreter sollte jede Richtung 5 Delegierte abordnen — am 6. August in Dortmund weiter zu diskutieren, um eine Entscheidung in größerem Rahmen vorzubereiten.

Teilnehmer dieser neuen Konferenz waren auch die Kölner Dr. Scharmitzel, Dr. Schwing und P. Schaeven, die am 1. August (vgl. S. 64) Dr. Amelunxen in Münster besucht hatten und von ihm auf die Besprechung aufmerksam gemacht und zu ihr eingeladen worden waren. Die Zahl der Teilnehmer wurde dadurch zugunsten der Christlichen Demokraten erhöht.

Die Rheinländer hatten aus ihren vorhergehenden Gesprächen mit Dr. Amelunxen den Eindruck gewonnen, daß dieser nicht auf der Seite der Christlichen Demokraten stehe.

„Es hatte den Eindruck, als wenn das Ringen zwischen dem alten Zentrum und der neuen Idee in manchen Kreisen noch heftig war . . . <sup>178)</sup>.“

<sup>178)</sup> Aufzeichnungen Dr. L. Schwing über das Gespräch mit Dr. Amelunxen am 1. August 1945 in Münster. Archiv L. Schwing/I/1 b.

An der Konferenz nahmen nach Schwerings Angaben 21 Personen teil, nach Dr. Reismann 19, nach Auffassung eines späteren Berichtes des Zentrums 16 Personen. Die Erweiterung des Teilnehmerkreises und das den zusätzlich erschienenen Personen gewährte Recht zur Teilnahme an der Abstimmung erschien Dr. Reismann, wie aus seinem Brief an Dr. Kannengießner vom 28. August 1945 hervorgeht, als eine Verletzung der Abmachungen.

Für die Versammlung war zunächst die Mitteilung, daß im Rheinland eine gleiche Entwicklung (der Christlichen Demokraten), wie sie vom Wattenscheider Kreis angestrebt wurde, bereits Tatsache geworden sei, eine Überraschung. Die Zentrumsbefürworter verurteilten die „übereilte Entwicklung“ (vgl. Dr. Hamachers These: „Abwarten!“; S. 98 f.) und forderten eine endgültige Beschlußfassung innerhalb des früheren Zentrums, ehe man an die Öffentlichkeit trete bzw. evangelische Kräfte heranziehe. Die Sitzung brachte somit wiederum keine Einigung. Das Abstimmungsergebnis wurde von mehreren Zentrumsbefürwortern — wie deren spätere Äußerungen beweisen — als „nicht rechtmäßig“ angesehen. Die ablehnende Haltung einiger Teilnehmer zeigte sich bald auch darin, daß sie der nächsten Sitzung, am 13. August in Wattenscheid, bewußt fernblieben. Die Probeabstimmung in Dortmund ergab ein Stimmenverhältnis von 11 (Christliche Demokraten) : 7 (Zentrum) : 3 (Enthaltungen) (nach Schwering). Einem Zentrumsflugblatt zufolge war das Verhältnis 9 (Christliche Demokraten) : 7 (Zentrum), nach Dr. Reismann waren von 19 abgegebenen Stimmen 6 für das Zentrum.

Das Urteil der Christlichen Demokraten über das Ergebnis dieser Konferenz geht aus Aufzeichnungen Schwerings und Lensings hervor. Dr. Schwering schreibt:

„... Die Mehrheit der Versammlung stand zweifellos auf unserem Boden... Am stärksten schienen die Bedenken bei den Freunden in Münster. Da es sich hier um eine verhältnismäßig kleine Gruppe handelt, entschloß man sich, in Wattenscheid am 13. August zu einer großen Veranstaltung, in der die Frage der Neugründung zur Debatte gestellt und entschieden werden sollte“,

zusammenzukommen. Er berichtet weiter, daß er während dieser Sitzung von der Gründung einer christlich-demokratischen Partei in Paderborn erfahren habe<sup>179)</sup>. Und Lensing schreibt:

„... In unserem Ringen, die Befürworter des Zentrums für eine christlich-demokratische Lösung zu gewinnen, haben die Kölner Herren wertvolle Hilfe geleistet. Wenn man sich auch nicht unwiderrüflich festlegte — es war offensichtlich, die Opposition war ins Schwimmen geraten. Brockmann und seine Freunde sagten ihre Teilnahme für den 13. August in Wattenscheid zu.“

Auf der Gegenseite — bei den Zentrumsbefürwortern — schrieb Dr. Reismann — nach seinen Ausführungen im Einverständnis und in Übereinstimmung mit seinen politischen Freunden Brockmann und Stricker — über diese Sitzung.

<sup>179)</sup> Tagebuchaufzeichnungen Dr. L. Schwerings. Archiv L. Schwering/I/1, S. 6.

Er bezweifelt (Brief vom 28. August 1945) neben der Rechtmäßigkeit (Erhöhung der Stimmberechtigtenzahl) den „demokratischen Charakter der Abstimmung“, da der Industriebezirk stärker und die nördlichen und östlichen Teile Westfalens kaum vertreten und neben den rheinischen Christlichen Demokraten nicht auch rheinische Zentrumsvertreter anwesend gewesen seien, ein paritätisches Gleichgewicht also nicht geherrscht habe. Deshalb würden auch seine Freunde und er, da sie sich durch „Zufallsergebnisse nicht majorisieren“ lassen wollten,

„davon einfach keine Notiz nehmen, sondern unseren eigenen Weg gehen. Wenn das eine Spaltung zur Folge hat, so ist das nicht unsere Schuld, sondern die Schuld derer, die sich absplittern . . . Das war auch der Grund, weswegen meine Freunde und ich zu der zweiten Besprechung nach Wattenscheid nicht mehr erschienen sind . . .“

\*

Die zweite Wattenscheider Sitzung, am 13. August, gedacht als die letzte entscheidende Auseinandersetzung beider Fronten, war de facto — trotz der auch hier noch auftretenden Zentrumsgruppe — bereits eine Konferenz der Christlichen Demokraten unter sich, während die Zentrumsanhänger begannen, ihre Bemühungen für die Wiedergründung des Zentrums selbständig fortzusetzen.

Insgesamt waren wohl 150 Personen anwesend. Von den rheinischen Kreisen nahmen sowohl Kölner als auch Düsseldorfer und Wuppertaler Vertreter teil. Die Rheinländer brachten den Vorschlag mit, die neue Gründung „Christlich-Soziale Partei“ zu nennen, zogen ihren Antrag aber wieder zurück, da Bedenken laut wurden.

Bei der Abstimmung kam auf je sieben Stimmen für die Christlichen Demokraten eine Stimme für das Zentrum. Die Opposition erkannte die Abstimmung an und stellte sich unter den Beschluß — ein bislang bei den Abstimmungen nicht eingetretenes Ereignis. An der Spitze dieser Gruppe stand, wie Lensing schreibt, Dr. Kannengießer<sup>180</sup>).

„Namens der Zentrumsanhänger gab Dr. Kannengießer den Verzicht auf die beabsichtigte Zentrumsgründung bekannt. Die Einheit schien hergestellt. Sie war in Wirklichkeit nicht hergestellt . . .“

Nach dieser Sitzung stand der Entschluß, die Christlich-Demokratische Partei in Westfalen zu gründen, endgültig fest. Mit den Rheinländern wurden die Einzelheiten und die Bildung einer gemeinsamen Programmkommission erörtert. Bis zum 2. September trat man deshalb nicht wieder zu Diskussionssitzungen zusammen, sondern beschäftigte sich mit organisatorischen Vorbereitungen.

Der Trugschluß der Wattenscheider Konferenz war die dem Anschein nach erzielte Einheitlichkeit der politischen Willensbildung unter den früheren Zentrumsgruppen. Zwei Tage danach erhielt Lambert Lensing von Dr. Stricker, Münster, die Nachricht, daß sich nichts geändert habe<sup>181</sup>).

<sup>180</sup>) Lensing, „Wellenbrecher für Deutschland“, a.a.O.

<sup>181</sup>) Dr. Stricker an L. Lensing am 15. August 1945. Archiv L. Lensing/III/3.

„... Ich konnte am 13. August nicht in Wattenscheid sein, weil ich trotz aller Bemühungen keinen Wagen mehr auftreiben konnte, nachdem Herr Brockmann dienstlich verhindert war, seine Reise durchzuführen. Durch Dr. Kannengießer bin ich inzwischen über das Ergebnis unterrichtet worden. Seitdem ist eine neue Lage eingetreten: Wie Regierungspräsident Fries amtlich bekanntgegeben hat, hat die Militärregierung vier Parteien zugelassen, und zwar die KPD, die SPD, die Demokratische Partei und das Zentrum. Außerdem ist an verschiedenen Stellen bereits die Zentrums-  
partei angemeldet und genehmigt; daß die Zentrums-  
partei nun kommen wird, ist sicher. Ob eine christlich-demokratische Partei noch kommen wird, ist nicht klar. Aber auch dann ist ein Nebeneinander von zwei Parteien höchst unerfreulich, die dasselbe wollen. Unter diesen Umständen bitte ich Sie, erneut zu prüfen, ob wir es nicht beim alten Namen belassen. Ich war bereits bereit, mich der Mehrheit, wenn sie auch nicht legitimiert war und auch nicht sein konnte, zu fügen, sehe jetzt aber nicht mehr, daß das zur Einheit beitragen kann ...“

Dr. Reismann schrieb am 28. August in noch schärferem Ton. Beiden Briefen ist zu entnehmen, daß die Kluft zwischen den Fronten durch die Konferenzen nicht überbrückt, sondern vielmehr durch die Auseinandersetzungen nun voll aufgebrochen war.

Festzustellen ist somit, daß am 13. August nicht nur die kommende Gründung der Christlich-Demokratischen Partei, sondern auch die Wiedergründung der Zentrums-  
partei, die in Westfalen vor allem von der Münsteraner Gruppe betrieben wurde, endgültig feststand. Während das „Nein“ Dr. Hamachers in Düsseldorf und Köln (am 20. August und am 2. September 1945) nach seiner eigenen Auffassung noch kein „Ja“ zur Wiedergründung des Zentrums bedeutete, mußte das „Nein“ der Münsteraner im Gegensatz dazu eindeutig als Separation angesehen werden (vgl. S. 134 ff.).

## **H. Die Gründung der Christlich-Demokratischen Partei in Westfalen**

Die Auseinandersetzungen über die Frage der Fortführung oder der Preisgabe des Zentrums waren aber nicht allein abhängig von der Entscheidung der aktiven früheren Zentrumsmitglieder, sondern gleichermaßen von dem Erfolg oder Mißerfolg der Bemühungen, mit evangelischen Gruppen auf einer gemeinsamen Grundlage zusammenzuarbeiten. Die ersten Gespräche, die Dr. Kannengießer mit evangelischen Vertretern in Westfalen führte und deren Ergebnisse er in Lippstadt vortrug, hatten den Eindruck erweckt, als handle es sich bei ihnen um „Offiziere ohne Mannschaften“. Diese These wurde auch von den Zentrumsanhängern zu ihrer Rechtfertigung in den Auseinandersetzungen und als Grund für ihre Ablehnung des Weges der Christlichen Demokraten weiterhin vorgebracht.

Tatsächlich war auch im Hinblick auf die rheinisch-westfälischen Verhältnisse (Majorität des katholischen Volksteiles) mit der Ausdehnung der früheren Zentrums-  
partei auf evangelische Gruppen keine erhebliche Verbreiterung der „christlichen Front“ zu erwarten. In der britischen Besatzungszone — bzw. im Reich — war aber andererseits eine Ausweitung ohne evangelische Kräfte nicht

möglich und würde bei Unterlassung dieses Versuches die Wähler- und Anhänger-schaft der Partei auf die früheren Zentrumsgebiete, d. h. Westfalen, Rheinland und einige Teile Niedersachsens, beschränken. Die These der Zentrumsanhänger durfte deshalb nicht an den rheinisch-westfälischen Verhältnissen gemessen werden, wo tatsächlich eine entscheidende Ausdehnung nicht zu erwarten war, sondern mußte die Verhältnisse im größeren Raum zugrunde legen.

Die evangelischen Kreise, an die sich die katholischen Gruppen wandten, gehörten früher meist dem Christlich-Sozialen Volksdienst (Evangelischen Volksdienst), der Deutschen Volkspartei, der Deutschnationalen Volkspartei (bzw. den von ihr abgespaltenen Volkskonservativen) und den Demokraten an. Ein Teil war früher nicht politisch gebunden gewesen. Die genannten Parteien waren am Ende der Weimarer Republik in Westfalen Splitterparteien, die bei den Reichstagswahlen jede für sich kaum 100 000 Stimmen gewonnen hatten. Wegen dieser unterschiedlichen Ausgangsposition traten die evangelischen Gruppen an den verschiedenen Orten nur in kleineren Kreisen auf. Oft kamen jedoch auch Protestanten, die als einzelne Einfluß auf bestimmte Volksteile, Berufsgruppen oder Vereinigungen hatten, mit früheren Zentrumspolitikern in Verbindung — so beispielsweise der Hagener Verleger Rippel, früher Landtags-abgeordneter der Deutschnationalen (später des CSVD), der frühere preußische Kultusminister Dr. Boelitz, Soest (Deutsche Volkspartei)<sup>182</sup>), Präses Koch, Bielefeld (früher MdL und Landesvorsitzender der DNVP), und der erste Nach-kriegs-Oberbürgermeister von Herford, Dr. Fr. Holzapfel.

Einen Hinweis auf die Verhandlungen innerhalb der evangelischen Gruppen gibt ein an Studienrat Gormarn in Ahaus (Westfalen) gerichteter Brief Lensings, in dem es heißt, daß

„... Rippel vom Evangelischen Volksdienst offiziell den Anschluß des Evangelischen Volksdienstes an die Christlich-Demokratische Partei erklärt ...“  
habe<sup>183</sup>). Ähnlich berichtet der Vorsitzende der „Christlich-Demokratischen Volkspartei des Siegerlandes“, Schopp, am 24. Oktober 1945, daß Besprechungen mit dem Leiter des ehemaligen Evangelischen Volksdienstes, Regierungs-Vermessungsrat i. R. Gädecke, wegen einer Zusammenarbeit stattgefunden hätten. Teilgenommen habe auch ein anderer früherer Volksdienstler, der schon bei den Christlichen Demokraten sei<sup>184</sup>).

---

<sup>182</sup>) Staatsminister a. D. Dr. Otto Boelitz, 1876 am Niederrhein geboren, war nach seinem theologischen Staatsexamen und dem philosophischen Studium Studienrat an der deutschen Schule in Brüssel, anschließend an der deutschen Oberrealschule in Barcelona und von 1915 bis 1919 am humanistischen Gymnasium in Soest. Von 1919 bis 1932 gehörte er als Mitglied der Deutschen Volkspartei dem preußischen Landtag an und wurde 1921 preußischer Kultusminister. Er veröffentlichte eine Anzahl kulturpolitischer Arbeiten und baute das Ibero-Amerikanische Institut in Berlin auf, das er bis 1933 als erster Direktor leitete. Nach 1933 wurde er Vorstandsmitglied des Gustav-Adolf-Vereins.

<sup>183</sup>) Brief vom 24. September 1945. Archiv L. Lensing/III/54.

<sup>184</sup>) Brief an L. Lensing vom 24. Oktober 1945. Archiv L. Lensing/III/36.

In Dortmund hatten sich die Christlichen Demokraten auch an evangelische Geistliche gewandt, die ihnen u. a. den Kaufmann Christian Ebert nannten, der in der evangelischen Männerarbeit sehr einflußreich war, sich bisher aber politisch noch nicht betätigt hatte.

Wichtige Vorarbeit war bereits im Ravensberger Raum geleistet. Im Ostwestfälischen habe, so berichtet Dr. Holzapfel<sup>185</sup>), seit 1934 das frühere Vorstandsmitglied des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes (DHV), Max Habermann, kirchliche Kreise angesprochen und für eine Sammlung der Opposition gegen die nationalsozialistische Regierung gewirkt. Dabei sei der Gedanke aufgetaucht, nach dem Zusammenbruch eine interkonfessionelle politische Partei zu schaffen. Auf katholischer Seite sei dieser Gedanke von Dompropst Professor Dr. Simon, Paderborn, sehr gefördert worden, als protestantischer Vertreter habe Kettenteil, Bielefeld, ehemaliges Mitglied des DHV, mit diesem mehrfach darüber gesprochen.

Dieser während der nationalsozialistischen Zeit entwickelte Plan wurde nach dem Krieg Gegenstand von Beratungen mit anderen evangelischen Gruppen in Westfalen. Dr. Holzapfel nennt als Verhandlungspartner den früheren preußischen Minister Dr. Boelitz, Bach aus Siegen und Rippel, Verleger in Hagen. Die Möglichkeit zur Realisierung sei aber erst nach der entsprechenden Entscheidung im früheren Zentrum gegeben gewesen.

Starken Einfluß auf die evangelischen Kräfte übten zweifellos die Empfehlungen der Treysaer Kirchenkonferenz im August 1945 aus. In einem Brief Dr. Helferichs an Lambert Lensing<sup>186</sup>) heißt es, daß die Protestanten in Paderborn für ihre Entscheidung deren Ergebnisse abgewartet hätten.

Daraus wird deutlich, daß für einen bestimmten Teil der protestantischen Bevölkerung weniger die politische Frage, welcher Partei sie zuneigen sollten, sondern die Frage nach der Möglichkeit einer politischen Zusammenarbeit mit katholischen Kräften, die früher dem Zentrum angehörten, und die Problematik einer „christlichen Partei“ überhaupt im Vordergrund standen.

Das vorläufige Ergebnis der Bemühungen der evangelischen und katholischen Gruppen in Westfalen war daher, daß bei der Konstituierung der Partei in Bochum auch eine Reihe evangelischer Vertreter in den Vorstand eintraten (Dr. Holzapfel, Herford; Bach, Siegen; Rippel, Hagen; Dr. Boelitz, Soest; Lindner, Bielefeld; Gädecke, Siegen).

Über die Frage, in welchem Umfang die evangelische Bevölkerung diesen Weg mitgehen würde, konnte aber zu jener Zeit genau so wenig gesagt werden wie über die, ob die katholischen Volksteile auf die Seite der Christlichen Demokraten treten oder welchen Widerhall das sich wiederbildende Zentrum finden würde.

\*

<sup>185</sup>) Schriftlicher Bericht an den Verfasser vom 8. Januar 1952

<sup>186</sup>) Brief vom 16. Oktober 1945. Archiv L. Lensing/III/53.

Die Position der Christlichen Demokraten in der Auseinandersetzung mit den westfälischen Zentrumsbefürwortern war durch die gleichlaufende Entwicklung der früheren Zentrumsgruppen im Rheinland erheblich gestärkt worden. Die gleiche Wirkung übte auch der Besuch des Kuriers der Berliner CDU<sup>187)</sup>, Dr. Otto Lenz (vgl. S. 88), aus, der am 24. August nach Westfalen gekommen war und nacheinander den westfälischen Oberpräsidenten Dr. Amelunxen, der zur Zentrumsparterie neigte, den früheren westfälischen Bauernvertreter Bornefeld-Ettmann, der mit dem Berliner Vorsitzenden Dr. Hermes gut bekannt war, und Lambert Lensing in Dortmund aufsuchte. Dr. Lenz urteilte über die westfälischen Verhältnisse folgendermaßen<sup>188)</sup>:

„... Ich habe zunächst in Münster mit verschiedenen Persönlichkeiten, insbesondere mit Oberpräsident Amelunxen, Fühlung genommen. Ich erfuhr, daß die Frage, ob die alte Zentrumsparterie oder eine bürgerliche Partei auf erweiterter Grundlage gebildet werden sollte, zunächst heftig umstritten war. In der überwiegenden Mehrheit ist aber, sowohl in Westfalen wie im Rheinland, im Anschluß an unser Vorgehen<sup>189)</sup> von vornherein die Auffassung vertreten worden, daß es nicht zweckmäßig sei, das alte Zentrum wieder auferstehen zu lassen.

Für die Wiedererrichtung des Zentrums haben sich zunächst in Westfalen Amelunxen und Brockmann-Rinkerode eingesetzt. Auf einer Tagung in Wattenscheid<sup>190)</sup> war dann aber beschlossen worden, auch eine christlich-demokratische Partei aufzumachen. Herr Amelunxen hat mir erklärt, daß er nunmehr auch mit diesem Vorgehen einverstanden sei<sup>191)</sup>. Schwierigkeiten macht dagegen ein Kreis um Ihren alten Freund Bornefeld-Ettmann. Dieser Kreis hat wiederum Bedenken gegen das Wort ‚Demokratisch‘ im Namen der Partei. Herr Bornefeld, den ich aufgesucht habe und der sich über den Besuch und Ihre Grüße herzlich gefreut hat, erzählte mir, daß auch der Bischof Galen und ein Teil der Geistlichkeit sehr scharf gegen die Bezeichnung ‚Demokratisch‘ seien. Er hat mir aber am Schluß der Unterredung zugesichert, daß er dafür eintreten würde, daß auch seine Freunde keine Schwierigkeiten machen. In Dortmund habe ich mit dem früheren Verleger der ‚Tremonia‘, Herrn Lensing, gesprochen, der mit der Bildung der neuen Partei in Dortmund beauftragt ist. Er erklärte mir, daß sie voll und ganz bereit seien, auf der von uns geschaffenen Grundlage die neue Partei aufzuziehen. Eine ähnliche erfreuliche Erklärung habe ich heute in Düsseldorf erhalten ...“

Dieser von Dr. Lenz aus dem Blickwinkel der Berliner Christlichen Demokraten

---

<sup>187)</sup> Im Juni 1945 war in Berlin die CDU gegründet worden. Es handelte sich dabei jedoch nicht um eine lokal begrenzte Gründung, da an ihr einerseits Persönlichkeiten aus dem ganzen Reich beteiligt waren, sie andererseits auch mit dem Anspruch auftrat, „Reichspartei“ zu sein. Dieser These entsprechend sandte sie im Sommer und Herbst 1945 Kurier in alle Teile des Reiches.

<sup>188)</sup> Brief an Dr. Hermes vom 27. August 1945. Archiv Dr. O. Lenz/27.

<sup>189)</sup> Dr. Lenz befindet sich im Irrtum, die Berliner „Reichsgründung“ wurde nicht als solche aufgefaßt, sondern nur als „Berliner Gründung“. Außerdem bestanden in den einzelnen Gebieten der britischen Zone Ansätze, die in keiner Beziehung zur Berliner Gründung standen.

<sup>190)</sup> Dr. Lenz weist auf die Wattenscheider Konferenz vom 13. August 1945 hin. Daß die dort angenommene Verständigung zwischen den Christlichen Demokraten und den Zentrumsverfechtern in Wirklichkeit nicht zustande gekommen war, ist ihm nicht bekannt gewesen.

<sup>191)</sup> Dr. Amelunxen hat den Schritt zu den Christlichen Demokraten nicht vollzogen.

geschriebene und das Ergebnis seiner verschiedenen Besprechungen zusammenfassende Bericht enthält jedoch mit Sicherheit zwei Irrtümer:

1. Die Option des damaligen westfälischen Oberpräsidenten für die Christlichen Demokraten erfolgte nicht. Möglich ist aber, daß Dr. Amelunxen zeitweilig geschwankt hat.

2. Die Entstehung der Christlich-Demokratischen Partei im Rheinland und in Westfalen geschah nicht „im Anschluß“ an die Berliner Gründung.

Andererseits enthält der Brief aber auch interessante Hinweise auf Gegensätzlichkeiten zwischen dem „liberalen“ und dem „konservativen“ Zentrum (Graf von Galen, Bischof von Münster). Die gleichen Spannungen zeigten sich auch bei den protestantischen Gruppen in Norddeutschland, die allerdings früher nicht in einer Partei gestanden hatten: zwischen den Kielern (Demokraten und Volkspartei) einerseits und der Gruppe um Dr. Schlange-Schöningen (Deutschnational) andererseits (vgl. S. 158 ff.). Der Streitpunkt in Westfalen war das Wort „Demokratisch“ im Namen der neuen Partei, in Norddeutschland das Wort „Christlich“. Es ist auch durchaus möglich, daß die Neugründung des westfälischen Zentrums nach 1945 gerade durch die Gruppen, die den Bestandteil „Demokratisch“ im Namen der Partei ablehnten, besonders gefördert wurde, wenn auch dieser Punkt von den Zentrumsanhängern nie erwähnt wurde, sie vielmehr den demokratischen und republikanischen Charakter ihrer Partei besonders scharf betonten (vgl. S. 148 ff.).

Über den Besuch des Berliner Kuriers liegen von westfälischer Seite keine Unterlagen vor. In der Gründungsversammlung wiesen die Referenten jedoch verschiedentlich auf die Berliner Gründung und die dort besonders schwere Arbeit hin. Die Berliner CDU hatte für die westdeutschen Christlichen Demokraten auch insofern Bedeutung, da in ihr mehrere frühere westdeutsche Zentrumspolitiker, vor allem Jakob Kaiser, Dr. Hermes und Dr. Vockel, führend tätig waren.

\*

Als nach dem Krieg 1945 politische Gruppen wieder tätig wurden, herrschte allgemein Ungewißheit, in welcher Form sich das Verhältnis zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten entwickeln würde. Die Vermutungen schwankten zwischen der Annahme einer Fusion beider Parteien und der einer Orientierung der Sozialdemokraten zur „Mitte“ (Labour-Party-Gedanke), d. h. ihrer Distanzierung von den Kommunisten. Ansätze zu beiden Möglichkeiten waren schon aus der Zeit der Weimarer Republik, in der gemeinsamen Opposition gegen das nationalsozialistische Regime und durch die politischen Verhältnisse in der ersten Nachkriegszeit gegeben. Innerhalb der Sozialdemokratie traten dann auch nach dem Kriege entsprechende Entwicklungen nach beiden Richtungen auf (vgl. S. 181). Ein Versuch der Orientierung zur „Mitte“ war die „Oelder Konferenz“ am 18. August 1945, die am 30. September in der „Godesberger Tagung“ für

das Rheinland ihre Ergänzung fand. Der Initiator beider Veranstaltungen war der frühere Reichs- und Preußische Innenminister Carl Severing, Bielefeld. Über seine Konzeption berichtete Dr. Lenz am 27. August an Dr. Hermes nach Berlin:

„In Bielefeld war ich bei Minister Severing. Er begrüßt eine enge Zusammenarbeit zwischen uns und der SPD. Er ist der Auffassung, daß ein enges politisches Zusammengehen zwischen KPD und SPD nicht (von Dr. Lenz gesperrt; Anm. d. Verf.) in Betracht kommt. Er hat einen Aufruf verfaßt, der als gemeinsamer Aufruf der CDU und der SPD veröffentlicht werden soll . . .“

Dieser Aufruf war in einer Sitzung am 18. August in Oelde in Westfalen abgeprochen worden und sollte für den Fall, daß, wie gerüchtweise verlautete, noch vor Weihnachten 1945 in der britischen Zone Wahlen stattfinden würden, von den Christlichen Demokraten, den Sozialdemokraten und dem Zentrum veröffentlicht werden. Sein Hauptinhalt war die beiderseitige Garantie eines fairen Wahlkampfes und die Zusicherung einer engen Zusammenarbeit beim Wiederaufbau, d. h. eine mögliche Regierungskoalition. Damit wurde von sozialdemokratischer Seite eine klare Absage an ein Bündnis mit den Kommunisten ausgesprochen, da die Christlichen Demokraten in keinem Fall mit der KPD zusammengehen würden.

Da es damals aber noch keine Parteien als festumrissene Organisationen gab, bedeutete diese Vereinbarung noch keine offizielle Bindung der Verhandlungspartner. Sie war jedoch auch mehr als eine private Abmachung, da die beteiligten Personen in den von ihnen angestrebten politischen Parteien einflußreiche Stellungen innehaben würden. An der Sitzung in Oelde nahmen u. a. außer Minister a. D. Severing und den westfälischen Regierungspräsidenten Fries, Arnsberg, und Hackethal, Münster, als Vertreter des ehemaligen Zentrums Bornefeld-Ettmann, Brockmann, Oberpräsident a. D. Gronowski und Jöstingmeyer, Münster (von ihnen trat nur Brockmann für die Wiedererrichtung der Partei ein), für die Sozialdemokraten Schreck, Klupsch und Nölting, als Vertreter der katholischen Kirche Professor Dr. Simon und Präses Schulte und für die evangelische Kirche Kunze, Bethel (Bodelschwingsche Anstalten, der auf seiten der Christlichen Demokraten stand) teil.

Das Ergebnis dieser westfälischen Sitzung, der eine vorbereitende am 4. August in Paderborn vorausgegangen war, sahen die Christlichen Demokraten darin, daß Severing und seine politischen Freunde in Westfalen eine Zusammenarbeit mit den Kommunisten ablehnten.

Auch auf der rheinischen Sitzung in Godesberg trug Severing Darlegungen gleichen Inhalts wie in Oelde vor. Diesmal waren seine politischen Freunde die rheinischen Sozialdemokraten Brisch, Görlinger, Kolb und Auerbach. Der Tendenz der Konferenz entsprechend nahmen auch hier keine Kommunisten teil. Von den Christlichen Demokraten waren u. a. Dr. Adenauer, Dr. Lehr, Dr. Schwering, Dr. Warsch, Dr. Schmidt, Wuppertal, und Dr. Müller, Bonn, be-

teiligt. Nach Severing war auch Dr. Spiecker, der sich zur Zeit der Konferenz politisch noch nicht gebunden hatte, anwesend.

Severing forderte eine enge Zusammenarbeit zwischen den Christlichen Demokraten und den Sozialdemokraten, da es für beide Parteien nichts geben könne, was nicht zu beider Zufriedenheit zu klären sei. Sowohl Dr. Schwering als auch Dr. Schmidt<sup>192)</sup> berichten, daß von den Christlichen Demokraten der Wunsch der Sozialdemokraten — d. h. der Wunsch Severings — nach enger politischer Zusammenarbeit mit gewisser Zurückhaltung aufgenommen wurde. Eine gemeinsame Erklärung, die die anzustrebende faire Kampfweise bei Wahlen betonte, wurde von beiden Seiten angenommen. Ob Severing auch noch weitergehende Wünsche hegte, konnte nicht nachgeprüft werden.

Ein Anlaß für die Zurückhaltung der Christlichen Demokraten mag vielleicht die Rede des rheinischen Sozialdemokraten Görlinger gewesen sein, die sich von dem dritten Teil der Ausführungen Severings, in dem die scharfe Absage an die Kommunisten erteilt wurde, unterschied<sup>193)</sup>. Ungewißheit bestand auch, ob diese Zusammenkunft einen offiziellen, einen inoffiziell-privaten oder einen offiziösen Charakter hatte. Neben der Frage nach den Möglichkeiten eines engeren Zusammengehens beider Parteien wurden praktische Probleme — Schul- und Personalthemen — erörtert.

Die Bedeutung beider Konferenzen scheint dem Verfasser darin zu liegen, daß die Sozialdemokraten und die Christlichen Demokraten erste abtastende Besprechungen offiziösen Charakters über das Verhältnis beider Parteien zueinander führten. Für die Christlichen Demokraten in der britischen Zone ging aus den Erörterungen hervor, daß die Sozialdemokraten in diesem Gebiete offenbar nicht, wie zum Teil angenommen wurde, eine enge Arbeitsgemeinschaft mit den Kommunisten anstrebten. Die Sozialdemokraten führten die Besprechungen wahrscheinlich in der Annahme, daß an die Stelle des Zentrums — der ehemals stärksten Partei im Rheinland und in Westfalen — nun die Christlichen Demokraten getreten seien. Das festzustellen ist insofern interessant, als zu jener Zeit noch keine Wahlen darüber entschieden hatten, ob die Christlichen Demokraten oder die wiederzugründende Zentrumspartei die Masse der früheren Zentrumsanhänger gewinnen würden.

\*

Den Hintergrund der Konstituierung der westfälischen Christlich-Demokratischen Partei bildeten:

1. die westfälische Entwicklung der Christlichen Demokraten mit dem Schwerpunkt im Industriegebiet und im Paderborner Raum;

<sup>192)</sup> Dr. L. Schwering, „Die Vorgeschichte und Entstehung der CDU“, Köln 1952, S. 53. Protokoll der Vorstandssitzung der CDU in Wuppertal am 10. Oktober 1945. Archiv Kreispartei der CDU in Wuppertal, Akte Vorstandssitzungen.

<sup>193)</sup> Bericht Dr. Adenauers auf der Vorstandssitzung der rheinischen Christlichen Demokraten am 4. Oktober 1945. Archiv Landespartei der CDU im Rheinland, Akte Rat der Vorsitzenden.

2. die Verständigung mit evangelischen Gruppen, besonders mit den Anhängern des früheren CSVD, der im Hagener Gebiet, im Siegkreis und im Ravensberger Raum relativ stark gewesen war;

3. die Verständigung mit gleichlaufenden Bewegungen im Rheinland und in Berlin und

4. eine sich anbahnende Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten, die keine Fusion oder Arbeitsgemeinschaft mit den Kommunisten anzustreben schienen.

Ungeklärt bzw. nachteilig für die weitere Entwicklung blieben die folgenden Punkte:

1. das Nichtzustandekommen einer Verständigung mit einer Gruppe des früheren Zentrums, die den Namen der Partei aus verschiedenen Gründen nicht aufgeben wollte;

2. die Ungewißheit, ob die früheren Demokraten (DDP), obwohl in Westfalen früher niemals von großer Bedeutung, wiederkommen würden und

3. das dann doch nicht beachtete Verbot der britischen Militärregierung über die Gründung von Provinzparteien<sup>194</sup>).

In den ersten Vorstand der Christlich-Demokratischen Partei in Westfalen wurden berufen:

Name	Beruf	Wohnort	Pol. Bindung bis 1933	Konfession
1. Vorsitzender:				
Lambert Lensing	Verleger	Dortmund	Ztr.	kath.
2. Vorsitzender:				
Dr. Friedrich Holzapfel	Fabrikant Oberbürgermeister	Herford	DNVP	ev.
Vorstandsmitglieder:				
Johannes Gronowski	Oberpräsident a. D.	Neuenbeken	Ztr./MdL.	kath.
Otto Rippel	Verleger	Hagen	DNVP/ CSVD	ev.
Anton Gilsing	Stadtrat a. D.	Bochum	Ztr.	kath.
Dr. Otto Boelitz	Minister a. D. Studiendirektor	Soest	DVP	ev.
Dr. Helene Weber	Ministerialrätin a. D.	Werl	Ztr./MdR.	kath.
Bornefeld-Ettmann	Landwirt	Bornefeld Kr.Beckum	Ztr./MdR.	kath.
Elisabeth Zillken	Sozialfürsorgerin	Salzkotten	Ztr.	kath.
Frau R. Noa	—	Salzuffen	—	ev.
Joseph Schmelzer	Bauer	Alten- hundem (Sauerland)	Ztr./MdL.	kath.

<sup>194</sup>) Brief des Oberpräsidenten der Provinz Westfalen an Lambert Lensing vom 24. September 1945. Archiv L. Lensing/III/47.

Name	Beruf	Wohnort	Pol. Bindung bis 1933	Konfession
Bach	Kaufmann	Siegen	CSVD	ev.
August Hecke	Gewerkschaftler	Emsdetten	Ztr.	kath.
Schrage	Bürgermeister	Olpe	Ztr.	kath.
Franz Volpers	Bergmann	Bochum	Ztr.	kath.
W. Alef	Gewerkschaftler	Hagen	Ztr.	kath.
Dr. Helferich	Rechtsanwalt	Neuenbeken	Bayer. Volksp.	kath.
Christian Ebert	Kaufmann	Dortmund	—	ev.
Wehmeyer	—	Jöllenberg/ Bielefeld	—	ev. ?
Wilhelm Lindner	Redakteur/Ingenieur	Müsen/ Siegen	DNVP/ MdR.	ev.
Georg Jöstingmeyer	Rechtsanwalt	Münster	Ztr.	kath.
Paul Steup	Vereins-/Parteisekretär	Dortmund	Ztr.	kath.
Gädecke	Vermessungsrat i. R.	Trupach/ Siegen	CSVD	ev.
Dr. J. Kannengießer	Geschäftsführer	Brakel/ Höxter	Ztr.	kath.

Es zeigt sich somit, daß mehrere Teilnehmer der Lippstädter Konferenz vom Juli 1945, von der die Wiedergründung des Zentrums ihren Ausgang nahm, nämlich Dr. Kannengießer (damals als Generalsekretär des Zentrums vorgesehen), Dr. Helferich, Bornefeld-Ettmann, Lensing (der schon in Lippstadt für die Christlichen Demokraten eingetreten war) und Gronowski (der nicht persönlich in Lippstadt, aber über die Konferenz unterrichtet war und den Vorsitz übernehmen sollte), nun bei der Bochumer Gründungsversammlung sich zu den Christlichen Demokraten bekannten. Von den 13 Teilnehmern in Lippstadt (ohne den Lippstädter Dechanten, jedoch einschließlich des verhinderten Gronowski) waren also inzwischen mindestens 5 auf die Seite der Christlichen Demokraten getreten.

Zu beachten ist, daß, ebenso wie im Rheinland, die Geistlichen, die bei der Gründung der Partei eine wesentliche Rolle gespielt hatten, nicht in den Parteivorstand eintraten. Die Gewohnheit des Zentrums bis 1933, auch in der aktiven politischen Arbeit Geistliche einzusetzen, wurde also nicht wieder aufgenommen. Äußerer Anlaß dafür mögen die Bestimmungen des Konkordats von 1933 gewesen sein, es war aber auch gleichzeitig eine Rücksichtnahme auf die 1945 überall in der Öffentlichkeit spürbare Ansicht, daß die Geistlichen sich der aktiven politischen Tätigkeit zu enthalten hätten.

Von den Mitgliedern des ersten Vorstandes der CDP in Westfalen stammten somit 14 aus dem Regierungsbezirk Arnsberg — nämlich 3, darunter der 1. Vorsitzende, aus Dortmund, 3 aus dem Siegkreis, je 2 aus Hagen und Bochum und je 1 aus Soest, Werl, Olpe und Altenhundem (Sauerland) —, 7 aus dem Regie-

rungsbezirk Detmold — nämlich 2 aus Neuenbeken und je 1 aus Herford (2. Vorsitzender), Salzkotten, Salzuflen, Brakel/Höxter und Jöllnбек/Bielefeld — und 3 aus dem Regierungsbezirk Münster (je 1 aus Münster, Emsdetten und Kreis Beckum).

Wohl 15 der Vorstandsmitglieder bekannten sich zur römisch-katholischen, 9 zu evangelischen Kirchen.

Wahrscheinlich gehörten 14 Mitglieder früher dem Zentrum oder der Bayerischen Volkspartei (1) an oder standen diesen Parteien nahe. 3 Mitglieder gehörten früher dem Christlich-Sozialen Volksdienst/Evangelischen Volksdienst an. Vor der Bildung dieser Partei standen sie wohl den Deutschnationalen nahe, denen 3 weitere Vorstandsmitglieder früher zugehörten. Ein Mitglied kam aus dem Lager der Deutschen Volkspartei. 5 Mitglieder des Vorstandes hatten früher Reichs- bzw. Landtagsmandate inne.

Nach den im Jahre 1945 von ihnen ausgeübten Berufen waren 3 Mitglieder Bauern, 5 gehörten zur Industrie bzw. Handel und Banken (3 Unternehmer, 1 leitender Angestellter, 1 Arbeiter), 2 waren Publizisten, 7 staatliche bzw. politische Beamte oder Angestellte, 2 Rechtsanwälte und 4 Gewerkschafts- oder Parteisekretäre.

\*

Die Gründung der westfälischen Provinzpartei erfolgte dann auf einer von rund 400 Personen besuchten Versammlung am 2. September 1945 in Bochum, am gleichen Tage also, an dem auch die rheinische Provinzpartei gegründet wurde. Der bereits vorher beschlossene Vorstand und eine Programmkommission wurden nunmehr offiziell bestätigt. Die westfälische Gründung war nicht minder bedeutsam als die gleichzeitige rheinische.

Die Referate auf der Gründungsversammlung waren ganz von der Auseinandersetzung mit den Zentrumsanhängern beherrscht und zeigten die Härte und Ausdauer der vorangegangenen Diskussionen. Der Standpunkt der Christlichen Demokraten wurde nunmehr genau präzisiert<sup>195</sup>). Sie wollten keinesfalls eine Partei sein, die *neben* dem Zentrum neugegründet wurde, sondern die politische Arbeit, die in früheren Jahren in der Hauptsache vom Zentrum wahrgenommen wurde, fortsetzen und erweitern. Die Gründung sei auf Grund von Beschlüssen eines beträchtlichen Teiles der alten Mitglieder des Zentrums, die in dessen Führungsorganen tätig gewesen waren, und von evangelischen Gruppen in Westfalen in dem Wunsch erfolgt, in Zukunft den christlichen Gedanken gemeinsam im politischen Leben zu vertreten.

Die Notwendigkeit, den Namen Zentrum aufzugeben, obwohl es sich bei der neuen Partei im wesentlichen um eine Fortsetzung und Erweiterung der früheren

---

<sup>195</sup>) Begründung des Antrages der CDP Westfalen an die Militärregierung, verfaßt am 3. September 1945. Archiv L. Lensing/III/68.

Tätigkeit des Zentrums handeln sollte, wurde von Lensing am 2. September 1945 folgendermaßen begründet<sup>196</sup>):

„... Ich kann Ihnen (den Versammelten; Anm. d. Verf.) sagen, daß wir vom alten Zentrum uns nicht leicht oder leichtfertig entschlossen haben, den schützenden Zentrumsturm zu verlassen, den unsere Väter gründeten. Wir wollen aber nicht, daß ein Name daran hindert, zu der notwendigen Einheit zu kommen. Wir öffnen Ihnen (den evangelischen Gruppen; Anm. d. Verf.) auch nicht unser altes Haus: den Zentrumsturm, sondern wir wollen gemeinsam mit Ihnen eine neue politische Heimstätte bauen, in der Rechte und Pflichten nach der Leistung und nach dem Einsatz verteilt werden ...“

In der Frage der politischen Stellung der ehemaligen Nationalsozialisten nahmen die Westfalen einen dem der rheinischen Christlichen Demokraten ähnlichen Standpunkt ein<sup>197</sup>):

„Alle Nationalsozialisten, die infolge wirtschaftlichen Druckes, mißverstandenen Idealismus anfangs mitgemacht haben, dürfen nicht ausgeschlossen werden. Es wäre ein großer Fehler von uns, wenn wir diese Kreise, soweit sie sonst zu uns gehören, dauernd von der politischen Aktivität ausschließen und sie dadurch zu einer Art politischer Nihilisten machten, oder wenn wir durch die Begünstigung politischer Inaktivität die Geschäfte anderer radikaler politischer Gruppen förderten. In der Führung können wir sie aber erst nach geraumer Zeit einsetzen, und wenn sie sich voll bewährt haben ...“

In diesem Sinne wurden Anweisungen an die Kreisparteien gegeben, in denen besonders darauf aufmerksam gemacht wurde, daß es auch Nicht-Parteigenossen gäbe, deren Mitarbeit abgelehnt werden müsse.

Während die einzelnen Punkte des vorläufigen Programms der Westfalen in den wirtschaftlichen Forderungen mit denen der Rheinländer fast wörtlich übereinstimmten, zeigte sich ein wesentlicher Unterschied in der Behandlung der Schulfrage, der dann auch später bei der gemischt zusammengesetzten westfälisch-rheinischen Programmkommission auftrat (vgl. S. 126 ff.). Die Westfalen wollten unter allen Umständen der christlichen Simultanschule entgegen.

Obwohl sich darin eine stärkere Annäherung an das frühere Zentrumsprogramm<sup>198</sup>) zeigte, stellte der frühere preußische Landtagsabgeordnete des Zentrums, Dr. Horster, Altena (Westfalen), in einem Brief an Lambert Lensing<sup>199</sup>) fest, daß das neue, wenn auch vorläufige Programm doch so große Unterschiede zu dem des früheren Zentrums aufweise, daß von einigen seiner politischen

<sup>196</sup>) Protokoll der Gründungsversammlung der CDP in Westfalen am 2. September 1945 in Bochum und Rede L. Lensings. Archiv Gronowski/I/23 und Archiv Dr. Kannengießer/34.

<sup>197</sup>) Aufruf der CDP Westfalen im September 1945. Archiv Dr. Kannengießer/45.

<sup>198</sup>) Die programmatischen Erklärungen der Deutschen Zentrumspartei in der Zeit der Weimarer Republik bei Carl Bachem, „Geschichte der Deutschen Zentrumspartei“, Köln 1931, 8. Band, S. 361.

Die Richtlinien vom 30. Juli 1918 enthielten die Forderung nach „Erhaltung der konfessionellen Volksschule“; die Richtlinien vom 30. Dezember 1918 und vom 16. Februar 1922 stellten das Recht der Eltern und der Religionsgesellschaften auf die Erziehung der Kinder und die Forderung auf Erhaltung der Konfessionsschulen fest.

<sup>199</sup>) Brief vom 27. September 1945. Archiv L. Lensing/III/78.

Freunde in Altena Schwierigkeiten gemacht würden: „Man weist auf ähnliche Bestrebungen in den zwanziger Jahren hin ...“ (wegen des negativen Ausgangs; Anm. d. Verf.).

\*

Unmittelbar nach der Gründung der Provinzparteien gab es eine ganze Reihe von Programmen, so z. B. die Kölner Leitsätze, die Düsseldorfer Leitsätze, die Barmer Richtlinien, die Wattenscheider Beschlüsse und eine Entschließung des Bochumer Gründungskomitees — aber es gab noch kein offizielles Parteiprogramm. Diesem Mangel sollte nun eine rheinisch-westfälische Programmkommission, die im Oktober 1945 zusammentrat, abhelfen<sup>200</sup>). An den drei Beratungen nahmen 15 Personen — nicht immer vollständig — teil, nämlich:

Name	Beruf	Wohnort	Konfession
Dr. van Almsick	Rechtsanwalt	Essen	kath.
Karl Arnold	Oberbürgermeister	Düsseldorf	kath.
Paul Bischoff	Pfarrer	Bochum	kath.
Alex Elfes	(Bruder d. M.-Gladbacher Oberbürgermeisters), Angestellter	Bochum	kath.
Christian Ebert	Kaufmann	Dortmund	ev.
Eugen Fleisch	Rektor	Wetter (Ruhr)	kath.
August Gilsing	Stadtrat a. D.	Bochum	kath.
Freiherr von Gumpenberg	später Beamter	Düsseldorf	ev.
W. Hennes	Ingenieur	Wuppertal	ev.
Jöstingmeyer	Rechtsanwalt	Münster	kath.
C. Schulze zur Wiesche	Rechtsanwalt	Düsseldorf	ev.
Dr. Leo Schwering	Bibliotheksdirektor	Köln	kath.
Dr. Wagner	Rektor	Gelsenkirchen	kath.
Dr. Warsch	Oberbürgermeister	Krefeld-Uerdingen	kath.
Dr. K. Zimmermann	Schriftleiter	Köln	kath.

Die Diskussionsgrundlage bildeten die Kölner Leitsätze. Entwürfe wurden von den Westfalen, den Düsseldorfern und den Wuppertalern mitgebracht, die bestimmte Passagen und Probleme anders als in den Kölner Leitsätzen gelöst wissen wollten. Die Westfalen forderten grundsätzlich einen allgemeinen Passus, daß die Konfessionsschule angestrebt werden müsse, die Wuppertaler wollten den Begriff des Reiches ausdrücklich betont wissen (vgl. S. 95). Sie kritisierten außerdem Begriffe und Formulierung wie „Christlicher Sozialismus“, „Christliches Naturrecht“, „Ewiger Friede“ usw.

Die wesentlichen Änderungen, die während der Sitzungen, die Dr. Schwering leitete, am Kölner Programm vorgenommen wurden, betrafen die dann völlig

<sup>200</sup>) Die Sitzungen fanden in Bochum und in Düsseldorf statt; die erste Anfang Oktober, die zweite am 5. Oktober und die letzte am 11. Oktober 1945. Protokolle im Archiv L. Lensing/III/18 und 39.

geänderte Präambel, den Schulparagrafen, die Einfügung eines Passus, der ausdrücklich die deutsche Einheit verlangte, und eine allgemeine Umstellung der Artikel. Aufrechterhalten und z. T. verstärkt wurden die wirtschaftlichen Forderungen.

Die neue Präambel stellte mit zwei Thesen den Zusammenhang von Religion und Geschichte fest und betonte, daß der Nationalsozialismus die Bedeutung dieser beiden Werte für das deutsche Volk nicht anerkannt habe.

Bei den Diskussionen der Kommission über die Präambel, deren Formulierung im ersten Teil von Dr. Schmidt, Wuppertal, und im zweiten von Karl Arnold, Düsseldorf, stammten, hatte sich eine Erörterung über die Frage, was über religiöse Probleme und Aussagen in dem Programm einer politischen Partei behandelt werden könne, ergeben. Das Protokoll stellt hierzu fest:

„... Die Formulierung der Präambel, welcher der ‚Düsseldorfer Entwurf‘ zugrunde gelegt wurde, stieß zuerst auf große Schwierigkeiten, da von evangelischer Seite — unterstützt durch eine Reihe von Katholiken, die u. a. den Standpunkt vertreten, man müsse auch zur Jugend sprechen, die entscheidend nur vom Religiösen her angesprochen werden könnte — der Antrag gestellt wurde, den ersten Satz der Präambel ‚Gott ist der Herr der Geschichte und Völker, Christus die Kraft und das Gesetz unseres Lebens‘ durch die Sätze zu ergänzen: ‚Er ist der Gesetzgeber aller Lebensordnung. Er hat allen Menschen und damit auch dem deutschen Volk in Christus das Heil angeboten.‘ Diesem Antrag wurde heftig widersprochen mit der Begründung, in einem politischen Programm dürften religiöse Aussagen, die grundsätzlich Platz in einer Präambel hätten, nur insoweit gemacht werden, als es sich um die Wirkung des Religiösen im Raum der Politik handelt ...“

In der zweiten Sitzung wurde zu dem Problem des Verhältnisses des Christlichen zum Politischen festgestellt:

„... Weiterhin wurde bei voller Übereinstimmung aller Anwesenden die Abgrenzung des Christlichen zum Politischen erörtert und als abschließende Formel das Prinzip der politischen Klugheit bei Grundsatzfestigkeit allgemein anerkannt ...“

In einem Entwurf war die theologische Aussage: „Gott ist der Herr der Geschichte ...“ als erster Punkt der Leitsätze vorgesehen. Man ging aber davon wieder ab,

„... da man sich darüber einig war, daß die Leitsätze nicht religiöse oder theologische Aussagen enthalten sollten, während in der Präambel klar die religiöse Grundhaltung der Partei zum Ausdruck kommen sollte ...“

Die Kölner Leitsätze hatten das „natürliche Recht der Eltern auf die Erziehung ihrer Kinder als die Grundlage der Schule“ bezeichnet.

„... Diese (Grundlage; Anm. d. Verf.) gewährleistet die Bekenntnisschule für alle vom Staate anerkannten Religionsgemeinschaften, wie auch die christliche Gemeinschaftsschule mit konfessionellem Religionsunterricht als ordentlichem Lehrfach ...“

Ähnlich den Wuppertalern hatten die Westfalen allgemein in ihrem vorläufigen Programm am 2. September festgestellt:

„... Das natürliche Recht der Eltern auf die Erziehung der Kinder ist die Grundlage der Schule. Die Schule muß die christliche Erziehung der Kinder gewährleisten ...“

Die Kirchen — sowohl die evangelische als auch die katholische — neigten zweifellos der Forderung nach der Bekenntnisschule zu, während die britische Besatzungsmacht in ihrer Zone die Simultanschule einführen wollte. Der Kölner Erzbischof hatte sich in der Frühzeit der Christlichen Demokraten — vielleicht im Hinblick auf die Schulparagrafen — abwartend geäußert. Später erklärte die Mehrheit der in Werl und Fulda versammelten Bischöfe — meist aus taktischen Erwägungen —, daß sie der Partei der Christlichen Demokraten zuneige und eine Wiedergründung des Zentrums nicht begrüßen würde. Das war im August, als die Frage der Schulparagrafen von den Christlichen Demokraten durch die Anerkennung des Elternrechts bei der Entscheidung zwischen der Bekenntnis- und der christlichen Simultanschule mit konfessionellem Unterricht beantwortet wurde.

In der dritten Sitzung der rheinisch-westfälischen Kommission brachte Gilsing, Bochum (früher zweiter Vorsitzender der westfälischen Zentrumspartei), im Einverständnis mit dem westfälischen Parteivorstand der Christlichen Demokraten einen Antrag zur Schulfrage ein<sup>201</sup>):

„Gilsing stellt den Antrag: . . . ermöglicht aber auch die christliche Gemeinschaftsschule‘ ist zu streichen.

Begründung:

Der Gemeinschaftsschule ist freilich das Wort ‚christlich‘ beigefügt worden. Wer bestimmt aber, was ‚christlich‘ ist? In der Nazizeit wurde sehr viel mit dem Begriff ‚positives Christentum‘ operiert. Niemandem ist jemals klargeworden, was darunter zu verstehen ist.

Da eine Regierung nicht zu entscheiden hat, was ‚christlich‘ ist, steht die Entscheidung darüber nur den Kirchen zu. Nur aus den einzelnen christlichen Bekenntnissen heraus kann die Schule ihre christliche Prägung empfangen. Sie muß also eine Bekenntnisschule sein.

Die christliche Gemeinschaftsschule wird von den Kindern beider Konfessionen besucht. Wie soll da eine gemeinsame Grundlage für den ganzen Unterricht gefunden werden, wenn auf die religiöse Überzeugung aller Kinder Rücksicht genommen werden muß.

Die konfessionelle Schule ist auch festgelegt durch das Konkordat von 1933, außerdem im Preußischen Schulunterrichtsgesetz von 1906.

Nach dem Gesetzbuch der katholischen Kirche ‚Codex juris canonici‘, § 1, 374 ist die Bekenntnisschule eine die Katholiken bindende Forderung.“

Im Protokoll der dritten Sitzung heißt es bei der Behandlung eines von Gilsing gestellten Antrages, „. . . daß der westfälische Parteivorstand einstimmig die Forderung nach der Konfessionsschule erhoben habe und wünsche, daß diese Forderung klar zum Ausdruck komme. Auch hier wurde nach langer Auseinandersetzung schließlich eine Formulierung einstimmig angenommen, die alle Gegensätze in sich vereinigte.

Stadtrat a. D. Gilsing und Rechtsanwalt Jöstingmeyer, die der neuen Fassung zustimmten, erklärten, daß sie nach wie vor den Standpunkt vertreten, daß die Konfessionsschule programmatisch herausgestellt werden müsse . . .“

Der beschlossene Schulparagraf lautete nach dieser Sitzung:

„§ 9: Das natürliche Recht der Eltern auf die Erziehung ihrer Kinder bildet die Grundlage für die weltanschauliche Gestaltung des Schulwesens. Der Aufbau der

<sup>201</sup>) Archiv L. Lensing/III/42.

Schule erfolgt im Einvernehmen mit den Kirchen. Der bekennnismäßige Religionsunterricht ist an allen Schulen ordentliches Lehrfach. Das Recht auf Privatschulen wird anerkannt.“

Diese Fassung nimmt die Frage, ob der konfessionelle Religionsunterricht an einer christlichen Simultanschule oder an einer Bekenntnisschule durchgeführt werden soll bzw. kann, aus dem Programm heraus und läßt sie damit offen. In die Formulierung wurde hineingenommen die enge Zusammenarbeit mit den Kirchen beim Aufbau der Schule. Diese Fassung des Schulparagraphen fand den Beifall des Kölner Erzbischofs sowie der evangelischen und der katholischen Kirchenvertreter in Westfalen.

Die in der Programmkommission beschlossenen Leitsätze dienten sodann bis zum Zusammenschluß der Christlichen Demokraten in der britischen Besatzungszone im Frühjahr 1946 als offizielles Programm im Rheinland und in Westfalen — nach der Godesberger Reichstagung zusammen mit den dort gefaßten programmatischen Erklärungen<sup>202</sup>). Über die Arbeit der Kommission schrieb Dr. Schwering an Lensing<sup>203</sup>), der nur der ersten Sitzung beigewohnt hatte:

„Gestern ist die Programmkommission zu Ende gegangen. Wir haben das Programm zustandegebracht und alle die Dinge berücksichtigt, die an uns herangetragen worden waren. Zeitweise standen die Dinge auf des Messers Schneide. Aber immer wieder gelang es, eine Brücke zu bauen, und zwar auf ganz natürliche Weise. Unsere Zusammenarbeit mit den Evangelischen hat in der Programmkommission ihre Feuerprobe bestanden, und ich muß Ihnen zu meiner Freude sagen, daß die Zusammenarbeit eine glänzende gewesen ist. Das Programm selbst wird es erweisen. Ich glaube, daß Sie mit uns auch in puncto Schule zufrieden sein werden. Die Präambel des neuen Programms trägt einen entschieden christlicheren Zug als die alte und ist viel kürzer, beides Vorzüge, die nicht gering zu veranschlagen sind . . .“

\*

Als die früheren Zentrumsmitglieder, die sich nach 1945 wieder politisch betätigten, die Möglichkeit eines Fallenlassens des früheren Parteinamens erwogen, versuchten sie diesen Schritt mit den ursprünglichen politischen Absichten der Gründer der Partei in Einklang zu bringen, also eine Rechtfertigung aus der Geschichte der Partei zu erhalten. Es fiel ihnen nicht schwer, nachzuweisen, daß die Gründer letzten Endes eine interkonfessionelle Partei angestrebt hatten<sup>204</sup>). Diese Absichten seien nur durch die Ereignisse und Folgen des Kulturkampfes in den Hintergrund gedrängt worden. Versuche, sie in späterer Zeit doch noch zu verwirklichen, seien bislang gescheitert. Zwei Äußerungen Windthorsts und Kettelers wurden von den Christlichen Demokraten besonders herangezogen:

Windthorst am 13. August 1872 in der sogenannten „Papenburger Rede“<sup>205</sup>):

<sup>202</sup>) Archiv Dr. F. Holzapfel/15.

<sup>203</sup>) Brief vom 12. Oktober 1945. Archiv L. Lensing/III/28.

<sup>204</sup>) Vgl. J. Bachem, „Wir müssen aus dem Turm heraus!“ Köln 1906.

<sup>205</sup>) Dr. E. Hüsgen, „Windthorst“, Köln 1907, S. 99.

„... Wir müssen im Auge behalten, daß wir das Zentrum, sobald es geschehen kann, ausdehnen auf alle christlichen Bekenntnisse ...“

Und an anderer Stelle:

„Ich habe die Überzeugung, daß der Kampf des Zentrums an dem Tage ein für allemal beendet sein wird, wo alle positiv gläubigen Christen in vereinter Kraft dem Unglauben gegenüberstehen ...“

Bischof Wilhelm Emanuel von Ketteler schrieb 1871<sup>206</sup>):

„... Wenn ich mich ... zunächst an die Katholiken wende, so geschieht dies hauptsächlich aus dem Grunde, weil die Mißverständnisse zwischen uns und den bekennnistreuen Protestanten augenblicklich noch viel zu groß sind, um an eine politische Vereinigung zu denken. Vielleicht wird die gemeinsame Not diese Vereinigung herbeiführen. Eine katholische Partei ist deshalb auch nur vorübergehend notwendig ...“

Wollte man nun diese Absichten realisieren, so gab es dazu zwei Möglichkeiten: nochmals die Zentrumspartei unter besonderer Betonung ihres interkonfessionellen, christlichen Charakters zu gründen, oder aber unter Preisgabe des Namens, der für die Protestanten eine erhebliche Schranke bedeutete, unter einem neuen Namen eine neue interkonfessionelle Partei zu errichten.

Die Zentrumsbefürworter, auch wenn sie primär eine interkonfessionelle Partei wollten, verneinten die letztgenannte Möglichkeit, den Namen zugunsten des Prinzips aufzugeben. Diesen Weg wiederum hielten gerade diejenigen früheren Zentrumsmitglieder, die sich dann als Christliche Demokraten konstituierten, für allein gangbar.

Auf die Frage, welche Gruppe im Sinne der letzten Absichten der ersten Zentrumsgründer den „rechten Weg“ gehe, konnten diese selbst keine Antwort mehr geben. Es lebten 1945 jedoch noch alte führende Zentrumspolitiker aus der Weimarer Zeit, die wegen ihres Alters oder aus anderen Gründen politisch nicht mehr tätig sein konnten, deren Stellungnahme zu diesen Fragen aber wegen des Ansehens ihrer Persönlichkeit noch von großem Gewicht war.

Eine besondere Stellung nahm unter diesen (Marx, Wirth, Dr. Föhr, Dr. Bell, Bachem — der Historiker der Partei —, Franz von Galen, Mönnig) der Reichskanzler a. D. Dr. Heinrich Brüning ein. An seine Politik anzuknüpfen, forderten 1945 nicht nur Zentrumskreise, sondern auch evangelische Kräfte (z. B. Schlange-Schöningen und die Kieler Gruppe)<sup>207</sup>). Sein politisches Ansehen ging weit über den Kreis der Zentrumsanhänger hinaus. Seiner Stellungnahme mußte somit besondere Bedeutung beigemessen werden. Brüning aber lebte in den Vereinigten Staaten. Blieb sein Urteil auch nicht aus, so war es doch in bezug auf die Lage in Deutschland abhängig von den wenigen Nachrichten, die er erhielt. Von Bedeutung waren jedoch seine grundsätzlichen Äußerungen zu der Frage, ob Zentrum oder Christliche Demokraten.

Brüning ging in seiner Beurteilung von der Position des Zentrums in der Zeit

<sup>206</sup>) v. Ketteler, „Die Katholiken im Deutschen Reich“, Köln 1871.

<sup>207</sup>) Vgl. Dr. Hans Schlange-Schöningen, „Am Tage danach“, Hamburg 1946, S. 50 ff.

der Weimarer Republik und von seiner Auffassung über die ursprünglichen Absichten der Zentrumsgründer bei der Reichsgründung 1871 aus<sup>208)</sup>:

„... Wenn Dr. Hamacher daran denkt, die Zentrumspartei so wieder aufzurichten, wie sie sich nach dem letzten Kriege (nach 1918; Anm. d. Verf.) entwickelt hat — im Gegensatz zur Tradition Windthorsts als eine vorwiegend katholische Partei —, so würde ich das sehr bedauern. Die Schwierigkeit bei der Zentrumspartei nach dem letzten Krieg war die, daß die Partei selbst in Zeiten, wo die Politik populär war, sich nie ausdehnen konnte, weil sie in der Praxis, wenn auch nicht im Prinzip, auf katholische Wähler beschränkt war ...

Mein ganzes Bemühen seit 1919 war, dies zu ändern. Die Leute sollten wieder Stegerwalds Rede (Essener Kongreß im Jahre 1920; Anm. d. Verf.) lesen, die ich schrieb, und sie sollten sich auseinandersetzen mit der möglichen Zusammenarbeit mit dem Christlichen Volksdienst (CSVD; Anm. d. Verf.). Wir hatten damals jahrhundertalte Hindernisse zu überwinden, aber jetzt ist die Zeit reif, und man sollte nichts dagegen einwenden, daß neue Mitglieder den Rechtsparteien angehört hatten. Natürlich können Nationalsozialisten nicht aufgenommen werden ...“

In einem zweiten Brief (vom 1. Januar 1946) wiederholte Brüning die Auffassung, daß das Weimarer Zentrum sich im Gegensatz zu den Absichten der Gründer — Windthorst, Ketteler usw. — befand, und daß u. a. er immer bemüht gewesen sei, das Zentrum in der Richtung zu reformieren, die zur Verwirklichung der Absichten der Gründer führen konnte:

„... Seit 1919 habe ich mein Möglichstes getan, um die Partei wieder zu Windthorsts Begriff zurückzuführen. Stegerwalds Rede war die erste offene Demonstration für diese Politik. Protestanten waren bereit, die Rechtsparteien, zu denen sie gehörten, zu verlassen und in großer Zahl der Zentrumspartei beizutreten<sup>209)</sup>.“

Daß dieser Zusammenschluß nicht gelang, bezeichnete Brüning als eine der Ursachen, die zur Auflösung der Partei im Jahre 1933 führten. Franz Graf von Galen zitierte Brüning am 9. November 1947:

„Der tiefere Grund war, daß endlich die Gefahr der zu schmalen Basis einer de facto katholischen Partei ohne den engen Zusammenschluß mit den gläubigen Protestanten akut wurde, die Windthorsts dauernder Alldruck gewesen ist.“

Dem Verfasser gegenüber stellte Dr. Brüning die folgenden Gesichtspunkte heraus:

1. Die Basis einer Konfession sei zu schmal für eine Partei. Das eindringlichste Beispiel sei der Abschluß des Konkordats gewesen. Die Partei — als katholische Zentrumspartei — könne niemals ein Konkordatsangebot ablehnen, auch dann nicht, wenn die gleiche Regierung durch die Aufhebung des demokratischen Prinzips die Aufhebung der Partei durchsetze.

2. Das Zentrum als eine überwiegend katholische Partei werde immer, obwohl es nicht zuträfe, als eine „Päpstliche Partei“ bezeichnet werden. Das sei

<sup>208)</sup> Deutsche Übersetzung des Briefes Dr. Brünings an Maier-Hultschin, Exeter/England, vom November 1945 und Abschrift des englischen Originaltextes dieses Briefes im Archiv L. Lensing/I/20 und im Archiv Landesverband der CDU in Westfalen/III/27.

<sup>209)</sup> Deutsche Übersetzung dieses Briefes im Archiv Landesverband der CDU in Westfalen, III/26.

aber unmöglich, wenn die Partei tatsächlich interkonfessionellen Charakter habe.

3. Als das Zentrum entstanden sei, habe es in der konfessionellen Struktur der Bevölkerung noch ziemlich reine Abgrenzungen zwischen evangelischen und katholischen Gebieten gegeben. Das habe sich aber infolge der Industrialisierung, der Binnenwanderung und der Kriegseinflüsse sehr verändert.

4. Das Zentrum als überwiegend katholische Partei sei auf einen bestimmten Bevölkerungsteil beschränkt gewesen, über den es niemals habe hinauswachsen können.

Zusammenfassend kann somit gesagt werden, daß Dr. Brüning in einem katholischen Zentrum eine Fehlentwicklung sieht, die den Absichten der Gründer der Partei nicht entspreche. Während der Weimarer Zeit habe er versucht, „die Partei auf die Grundlinie“ zurückzuleiten. Diese Auffassung steht in deutlichem Widerspruch zu der These: „Die Katholiken wollen ihr Zentrum wiederhaben!“, wie sie von Zentrumsbefürwortern nach dem letzten Kriege formuliert wurde (vgl. S. 86 f.).

Die Situation von 1945 sollte nach Auffassung Brünings dazu genutzt werden, die lange angestrebte Verständigung mit protestantischen Gruppen herbeizuführen.

Andere Formulierungen seiner Briefe lassen die Deutung zu, daß er in der Konzeption der Christlichen Demokraten die Verwirklichung der Grundabsichten Windthorsts erkannte. Dem entspricht die Verurteilung der Bestrebungen Dr. Hamachers, wenn es richtig sei, daß dieser mit seinen Wiedergründungsplänen an das „katholische Zentrum“ anknüpfen wolle.

Nach der Gründung der neuen Zentrumspartei in Soest sah Brüning „die einzigartige Gelegenheit, Katholiken und Protestanten zusammenzuführen“, sehr gefährdet. Mehrfach erkundigte er sich, ob die Bochumer Gründung vom 2. September zu „irgendeinem Ergebnis“ geführt habe und ob Lensing und Holzpfel noch bei den Christlichen Demokraten ständen.

Der frühere Zentrumsabgeordnete Franz von Galen sprach sich kurz vor den ersten Wahlen im Spätsommer 1946 offiziell für die Christlichen Demokraten aus. Er begründete damals in einem Brief an Dr. Hamacher (am 10. August 1946) seine kritische Haltung gegenüber der Zentrumspartei mit Einwendungen gegen die Konzeption Dr. Spieckers (vgl. S. 140 ff.), von der die ganze Linie der Partei bestimmt sei.

Aus einem Brief des Dülmener Pfarrdechanten (Franz Graf von Galen wohnte im Haus Mersfeld bei Dülmen in Westfalen) an die „Christliche Union“ in Hamburg (vgl. S. 183) ergeben sich Hinweise auf die Haltung des Grafen im Herbst 1945<sup>210</sup>). Der Dechant berichtet, daß er Anfang September mit Franz von Galen eine Unterredung über diese Frage geführt habe. Nach seiner Auf-

<sup>210</sup>) Brief des Pfarrdechanten Th. Dümpelmann, Dülmen (Westf.) an die Christliche Union, Hamburg, vom 29. Oktober 1945. Archiv Landesverband der CDU in Hamburg, Akte Gründung.

fassung habe sich von Galen gegen eine Wiederbelebung des Zentrums ausgesprochen, da dieser im Jahre 1933 bei der Durchführung des ihm und Dr. Brüning vom Vorstand erteilten Auftrages zur Reorganisation und Reformierung der Partei sehr schlechte Erfahrungen gemacht habe. Es kann also geschlossen werden, daß auch Graf von Galen die Wiedergründung des Zentrums wegen der Fehlentwicklung der Partei in der Weimarer Republik ablehnte.

Wenige Wochen vor seinem Tode nannte der Parteihistoriker Bachem<sup>211)</sup> in einem Brief an Lambert Lensing vom 12. November 1945 zwei Gründe für seine Option für die Christlichen Demokraten:

1. Die augenblickliche politische Lage verlange den Zusammenschluß aller Christen.

2. Die ursprüngliche Absicht des Zentrums könne angesichts des herrschenden politischen Vakuums jetzt (d. h. im Jahre 1945; Anm. d. Verf.) verwirklicht werden. Bedingung sei aber die Preisgabe des Namens.

Über die Auffassungen des früheren Reichskanzlers Marx berichtete Dr. Schwering am 27. Oktober 1945 an Lensing<sup>212)</sup>:

„Gestern war ich bei Reichskanzler a. D. Marx in Bonn. Er steht ganz zu uns und bat mich, dies in aller Öffentlichkeit zu sagen. Besonders die Präambel und der Schulparagraph gefalle ihm.“

Ähnlich äußerte sich auch der frühere Reichsminister Dr. Bell am 14. November 1945 in einem Brief an Lambert Lensing<sup>213)</sup>.

Im Gegensatz zu diesen Persönlichkeiten suchten der frühere Reichskanzler Wirth und der badische Zentrumspolitiker Dr. Föhr im Herbst 1945 Verbindung zu westdeutschen Zentrumsbefürwortern. Wirth stand unter dem Eindruck, daß die Christlichen Demokraten eine Rechtspartei bildeten und das neue Zentrum den „linken Kurs“ steuern würde, den er während der Weimarer Republik angestrebt hatte<sup>214)</sup>. Er setzte sich 1945 kurze Zeit hindurch aktiv für die Wiederbelebung des Zentrums in Baden ein. Auch der dortige frühere Landesvorsitzende des Zentrums, Prälat Dr. Föhr, sprach sich für die Wiederbelebung der alten Partei aus<sup>215)</sup>.

## **I. Die Wiedergründung der Deutschen Zentrumspartei**

Am 14. Oktober 1945 wurde in Soest die Deutsche Zentrumspartei wieder gegründet.

An zwei Stellen wurde bereits auf die Gruppen der Zentrumsbefürworter eingegangen:

1. auf die rheinische Gruppe (vgl. S. 84 ff.) und

<sup>211)</sup> Archiv L. Lensing/12 und Archiv Landesverband der CDU in Westfalen/III/30.

<sup>212)</sup> Archiv L. Lensing/I/12.

<sup>213)</sup> Archiv Landesverband der CDU in Westfalen/II/34.

<sup>214)</sup> Vgl. Carl Bachem, „Geschichte der Zentrumspartei“, 8. Band.

<sup>215)</sup> Vgl. Zentrums-Flugblatt 1946. Archiv Dr. Kannengießler/67.

2. auf die westfälische Gruppe, die sich während der einzelnen Verhandlungen im Sommer 1945 gebildet hatte (vgl. S. 108 ff.).

Da ein großer Teil der früheren Zentrumskräfte, soweit sie 1945 wieder politisch tätig wurden, sich für den Weg der Christlichen Demokraten entschieden hatte, wurden durch die Wiedergründung des Zentrums bestimmte Fragen aufgeworfen, die sich aus der Tatsache dieser Spaltung ergaben:

1. Schlugen die Zentrumsbefürworter einen eigenen Weg ein, weil sie grundsätzlich eine interkonfessionelle Partei ablehnten und ein „katholisches Zentrum“ anstrebten oder weil sie nur bestimmte Folgeerscheinungen verurteilten (daß z. B. mit den Protestanten Gruppen kamen, die früher „rechts“ gestanden hatten)?

2. An welchen besonderen Merkmalen des alten sollte sich nach Auffassung der Wiedergründer das neue Zentrum orientieren: an der politischen Mittelstellung, am katholischen Charakter oder am konservativen Flügel der früheren Partei?

3. Sollte dem überlieferten Parteinamen ein neuer politischer Inhalt und eine neue geistige Grundlage gegeben werden?

4. Wirkten persönliche Gründe für die Spaltung unter den früheren Parteifreunden mit?

Da die Gründung der Partei hauptsächlich von den westfälischen Gruppen, vor allem aus dem Raum Münster, vorangetrieben wurde, muß die Untersuchung wieder bei den westfälischen Konferenzen im Juli und August 1945 einsetzen. Kurz vor dem 14. Oktober kamen dann die Zentrumsgründer — die rheinischen und westfälischen Gruppen hatten sich inzwischen verständigt — mit Dr. Spiecker zusammen, der sich an der Gründung in Soest beteiligte, aber erst im Sommer 1946 offiziell eine Parteifunktion übernahm. Die Behandlung seiner Pläne hinsichtlich der Zentrumspartei muß somit in die Betrachtung — unmittelbar vor die der Soester Gründung — eingeschoben werden, da sie neben der Richtung Dr. Hamachers und Brockmanns die politische Ausgangsstellung des neuen Zentrums mitbestimmte.

\*

In den Lippstädter, Wattenscheider und Dortmunder Konferenzen waren die aufgetretenen Meinungsverschiedenheiten unter den früheren Zentrumsmitgliedern nicht beseitigt worden, sondern nur noch deutlicher aufgebrochen. Äußerlich drückten sie sich in der Zustimmung bzw. Ablehnung des Planes, den Namen „Deutsche Zentrumspartei“ aufzugeben, aus. Die Hauptverfechter des Gedankens, die Zentrumspartei wiederzugründen, waren in Westfalen Brockmann, Dr. Amelunxen, Dr. Reismann, Dr. Stricker — sämtlich aus Münster — und der Baumeister Bielefeld aus Recklinghausen<sup>216</sup>).

<sup>216</sup>) Vgl. Brief Dr. Reismann an Dr. Kannengießer vom 28. August 1945. Archiv Dr. Kannengießer/65.

Diese Gruppe distanzierte sich auch von derjenigen, die am 13. August in Wattenscheid ihre Opposition aufgab. Sie erkannte die dort getroffene Entscheidung nicht an und begann spätestens zu diesem Zeitpunkt, die Wiedergründung der alten Partei einzuleiten — unabhängig davon, wie sich die Christlichen Demokraten weiterentwickeln würden. Sie unterschied sich also darin auch von Dr. Hamacher, dessen „Nein“ zur Bildung der CDP, wie oben ausgeführt, nicht gleichzeitig ein „Ja“ zur Wiedergründung des Zentrums war.

Zwischen dem 13. August und dem 14. Oktober kam es — mit einer Ausnahme (Rinkerode, am 15. September 1945) — nicht mehr zu größeren Konferenzen zwischen Christlichen Demokraten und Zentrumsverfechtern. Beide Seiten versuchten in dieser Zeit, durch Einzelverhandlungen und Briefwechsel die Meinungsverschiedenheiten zu beseitigen, d. h. den Partner auf die eigene Seite zu ziehen.

Verschiedene Briefe von Lensing, Stricker, Reismann, Gilsing und Dieckmann, Münster<sup>217</sup>) zeigen diese Entwicklung deutlich auf. Von lokaler Bedeutung waren die Verhandlungen in Münster selbst, wo sich die Spaltung, entsprechend den Vorgängen in der Provinz, wiederholte.

\*

In einem bereits zitierten Schreiben an Lambert Lensing vom 15. August erklärte Dr. Stricker, daß er bereit gewesen sei, sich der Mehrheit in den Konferenzen (die für die Christlichen Demokraten optierte) — obwohl sie nicht legitimiert sei und auch nicht sein konnte — zu beugen, wenn nicht inzwischen die britische Militärregierung die Gründung der KPD, der SPD und des Zentrums zugelassen hätte. Das bedeute — so argumentiert Stricker —, daß das Zentrum in jedem Fall wiederkommen werde, während die Anerkennung einer christlich-demokratischen Partei noch völlig ungewiß sei.

Lensing wies am 23. August in seiner Antwort darauf hin, daß nie ein Zweifel bestanden habe, daß das Zentrum von den Engländern gebilligt werde — aber auch die Christlichen Demokraten seien beifällig aufgenommen worden.

„... Den konfessionell anders orientierten Engländern wird es bestimmt nicht quer gehen, wenn wir die tatsächliche katholische Basis auf ein christliches, politisches Fundament umzustellen versuchen ...“

Dr. Stricker glaubte also offenbar, daß die Besatzungsmächte die nach ihrer Auffassung als demokratisch bekannten Parteien der Weimarer Zeit wieder zulassen, die Christlichen Demokraten dagegen wegen einer möglichen Rechtsorientierung nicht anerkennen würden.

<sup>217</sup>) a) Anton Gilsing an Dr. Reismann am 10. Oktober 1945. Archiv L. Lensing/III/12.

b) Dr. Reismann an Dr. Kannengießer am 28. August 1945. Archiv Dr. Kannengießer/65.

c) Dr. Dieckmann an L. Lensing am 5. September., 8. September und 29. September 1945. Archiv L. Lensing/III/41 und 60 und Archiv Dr. Kannengießer/22.

d) Dr. Stricker an L. Lensing am 15. August und 2. September 1945. Archiv L. Lensing/III/3 und 29. L. Lensing an Dr. Stricker am 23. August und 5. September 1945. Archiv L. Lensing/III/13 und 33.

Beide — Lensing und Stricker — forderten, alles zur Wiederherstellung der Einheit zu tun. Lensing verwies dabei auf den Oberpräsidenten Dr. Amelunxen, der am 22. August in einem Gespräch ihm gegenüber noch einmal die Überzeugung zum Ausdruck gebracht habe, daß die Einheit der früheren Zentrumsfreunde kommen werde. Selbstverständlich sahen beide die Möglichkeit dieser Einheit nur darin, daß der andere Teil sich der von ihm vertretenen Richtung anschließen werde. Auf die Einladung zur Gründungsversammlung der Christlichen Demokraten am 2. September in Bochum antwortete Dr. Stricker, daß er deshalb nicht kommen könne, da in Münster, wo 15 frühere Zentrumspolitiker darüber diskutiert hätten, eine Einigung nicht erzielt worden sei.

Dr. Reismann machte unter Hinweis auf den Appell zur Wahrung der Einheit am 28. August in einem Brief an Dr. Kannengießer einen Vermittlungsvorschlag:

„... Die Zentrumspartei wird zunächst einmal wiedererrichtet, sobald sie gestattet ist. Wenn sie dann in allen Arten, die dafür in Betracht kommen, wieder steht, und wenn man dann einige Arbeit geleistet und erreicht hat, daß eine Verbindung bis in die letzten Ausläufer der Organisation und von diesen herüber zu einer dann vorhandenen Spitze besteht, dann muß ermittelt werden, wie über all (vom Briefschreiber gesperrt; Anm. d. Verf.) die Stimmung ist. Sollte sich dann nach einer Diskussion dieser Frage an allen Orten wirklich ergeben, daß die Mehrheit gegen den Namen ‚Zentrum‘ ist, so würde ich mich beugen ...“

Ein solcher Vorschlag war jedoch in der damaligen Situation von vornherein zum Scheitern verurteilt.

In die gleiche Richtung weist eine Äußerung Strickers in seinem Brief vom 2. September 1945. Er glaubt, daß die Entscheidung Christliche Demokraten oder Zentrum

„... ja wohl nicht so eile, da mit Großwahlen in absehbarer Zeit noch nicht gerechnet werden kann ...“

Während somit Dr. Stricker — zumindest rhetorisch — zum Ausdruck brachte, daß er — bei aller Kritik an der Zulässigkeit und Rechtmäßigkeit der Abstimmungen — unter Umständen bereit sei, die Mehrheit auch für sich als bindend anzuerkennen, nahm Dr. Reismann, der wahrscheinlich Brockmann näher stand als Dr. Stricker, gegenüber den Christlichen Demokraten eine unbedingtere Haltung ein, die auch in seinem „Vermittlungsvorschlag“ zum Ausdruck kam. Worauf gründete sich diese entschiedene Stellungnahme?

Reismann stellte am 28. August fest:

„... Das Zentrum kommt, ob es hier beschlossen wird oder nicht. ... Daran ändert sich auch nichts, es hat auch keinen Zweck, daß wir uns die Gründe Für und Wider von neuem auseinandersetzen ...“

Seine Kritik an den Christlichen Demokraten ging zunächst von den „geschäftsmäßigen Praktiken“ bei den Versammlungen aus. Wegen der bei den Konferenzen abgehaltenen „inkorrekten Abstimmungen“ (am 6. August 1945 in

Dortmund; Anm. d. Verf.) könnten seine Freunde und er diesen Abstimmungen keine Beachtung schenken.

„... Wir werden unseren Weg gehen. Wenn das eine Spaltung zur Folge hat, so ist das nicht unsere Schuld, sondern die Schuld derer, die sich absplittern ...“

Neben diese äußeren Gründe traten dann auch andersartige Auffassungen über die politische Position der Christlichen Demokraten, insbesondere der hinzutretenden protestantischen Gruppen:

„... Es sollen offenbar in den Vorstand der Christlich-Demokratischen Partei Leute, die in den Vorstand des Zentrums nicht hineinkommen. Denn, da es sich zunächst gar nicht um Wahlen handelt, so ist es vollkommen unschädlich, wenn bei der Zentrumsparlei im Augenblick ihrer Neubildung einige Leute wegen des antirömischen Affektes nicht mitmachen ... Für die Existenz der Christlichen Demokraten gibt es hier (offenbar in Münster; Anm. d. Verf.) triftige Gründe. Das sind in der Hauptsache die, die sich aus der Obdachlosigkeit der früheren Nationalsozialisten herleiten. Ich bin aber der Meinung, daß es verderblich ist, dem nachzugeben, und daß es verderblich ist, wenn die traditionsgebundenen Kräfte aus unseren eigenen Reihen zu denen übersiedeln, von denen wir große, ja anmaßende Ansprüche zu erwarten haben und wenig politisches Verständnis, wie ihre Vergangenheit gezeigt hat. Wer guten Willens ist, mag zu uns kommen und uns einen Vertrauensvorschuß bringen. Wir haben nach unserer Vergangenheit, unseren Erfahrungen keinen Anlaß, umgekehrt Vertrauensvorschüsse zu geben. Endlich erscheint es mir sehr wichtig, fest zu bleiben. Festigkeit und Ruhe sind in der gegenwärtigen Zeit unter Umständen wichtiger als Unternehmervlust und Wagemut, und nicht gut wäre es, in dieser schwankenden Zeit auch schwankend zu sein ...“

In einem Rundschreiben kurze Zeit darauf stellte Reismann fest, daß

„... das Zentrum nichts zu tun hat mit Parteibildungen irgendeiner Art, auch nicht mit den Christlichen Demokraten ...“

Nach seiner Auffassung waren also die Triebkräfte der Christlichen Demokraten nicht die politischen Überlegungen früherer Zentrumsanhänger, sondern die der rechtsstehenden Gruppen, die politisch heimatlos geworden waren und nun von sich aus die Gewinnung einiger Zentrumsgruppen betrieben.

\*

Am Tage der Gründungsversammlung der Christlichen Demokraten in Bochum war in Münster unter den früheren Zentrumsgruppen noch keine Einigung über die Frage Zentrum oder Christliche Demokraten erzielt worden. Vom 31. August bis zum 8. September fanden mehrere Besprechungen statt. An diesen nahmen u. a. Dr. Dieckmann (der letzte Zentrumsvorsitzende in Münster bis 1933), Jöstingmeyer (Vorstandsmitglied der westfälischen Christlichen Demokraten), Oberbürgermeister Dr. Zuhorn, Dr. Reinecke (Bauernverein), Freiherr von Oer (Provinzialregierung), Prälat Professor Dr. Schreiber (früher MdR), Landesrat Rediger, Dr. Reismann, Brockmann und Dr. Stricker teil.

Das Ergebnis war nicht ein Einstimmigkeits-, sondern ein Mehrheitsentscheid, der sich für den Anschluß an die Christlichen Demokraten aussprach.

Die Minderheit beugte sich dem Ergebnis jedoch nicht. Dr. Reismann schrieb darüber<sup>218)</sup>:

„... Mit einem Kreis, zu dem Brockmann, Dr. Stricker, Stücker, Dr. Siehoff gehörten, hielten wir an der Idee des Zentrums fest, und gaben auch nicht nach, als in zwei Versammlungen im Konferenzsaal der Volksbank die Mehrheit sich für die Christlichen Demokraten erklärte ...“

Die Folge war, daß sich auch in der Stadt Münster die Spaltung, die schon die ganze Provinz ergriffen hatte, durchsetzen konnte.

Für diese Spaltung in der westfälischen Landeshauptstadt können möglicherweise zwei in der Vergangenheit liegende Ansätze angenommen werden, die unter Umständen noch 1945 nachwirkten, in keinem Fall aber als die alleinige Ursache für diese Entwicklung angesehen werden dürfen:

1. Die katholischen Bauern im Münsterland waren bis 1933 in zwei Bauernbünden organisiert: im Bauernverein und im Bauernbund (in diesem vor allem die wohlhabenden Bauern). Der Bauernverein stand dem Zentrum sehr nahe, während der Bauernbund politisch gesehen rechts stand, wenn auch z. T. noch innerhalb des Zentrums. Möglicherweise spalteten sich beide Gruppen im Jahre 1945 auf.

2. Im Jahre 1928 stellte die Zentrumsparterie bei einer Stadtverordnetenwahl zwei Kandidatenlisten auf, deren eine die besonders sozial eingestellten Parteimitglieder aufführte, die andere dagegen die der bisherigen Richtung des Zentrums. Diese Teilung der Liste ging jedoch nicht auf eine innere Spaltung der Partei zurück, sondern sollte lediglich einem Verlust der Zentrumsstimmen durch ein Abwandern nach „links“ begegnen<sup>219)</sup>. Von den 15 Kandidaten der Liste der „sozial Eingestellten“ gehörten 1945 dann 3 der CDU und 7 dem neuen Zentrum an; 2 waren bereits verstorben, die politische Bindung der restlichen 3 blieb dem Verfasser unbekannt. Die 14 Kandidaten umfassende Liste der „alten Linie der Partei“ führt 4 spätere Christliche Demokraten und keinen Anhänger des neuen Zentrums auf. 5 Kandidaten waren bis 1945 schon verstorben, die Haltung der restlichen 5 konnte nicht festgestellt werden. Möglicherweise haben also die verschiedenen sozialpolitischen Auffassungen ein sofortiges Zusammengehen nach 1945 vereitelt und damit den Boden der Spaltung bereitet.

\*

Zusammenfassend ist somit zu sagen:

Der wiederholt vorgebrachte Angriff der Zentrumsverfechter gegen die Christlichen Demokraten richtete sich nicht primär gegen das Zusammengehen mit den Protestanten, sondern gegen die aus diesem zu erwartenden Folgeerscheinungen: das Hinüberschwenken des in den Christlichen Demokraten aufgehenden Zentrums nach „rechts“ — zumal nach Auffassung der Zentrumsanhänger von dort auch der Anstoß für diese

<sup>218)</sup> Dr. Reismann an den Verfasser am 2. Januar 1952.

<sup>219)</sup> Rektor Wibbelt an den Verfasser am 25. April 1952.

Bewegung gekommen war. „Rechts“ bedeutete aber u. a. Minderung der sozialen Einstellung und Gefährdung des demokratischen Kurses.

Die Münsteraner wollten darüber hinaus den Namen der Partei prinzipiell nicht aufgeben, da es in wirren und unsicheren Zeiten nicht gut sei, politische Abenteuer zu unternehmen, sondern notwendig, „Festigkeit und Ruhe zu bewahren“. Deshalb beugten sich auch diese politischen Gruppen den stets die Wiedergründung des Zentrums ablehnenden Ergebnissen der Abstimmungen nicht.

\*

Von Münster aus wurden spätestens im August und September auch Verbindungen zu den rheinischen und niedersächsischen Zentrumsanhängern geknüpft. Im Zusammenhang damit kam es noch einmal — am 15. September in Rinkerode bei Münster — zu einer größeren Konferenz zwischen Christlichen Demokraten und Zentrumsverfechtern. Diesmal lag die Veranstaltung organisatorisch in den Händen der Zentrumsgruppe. Anwesend waren frühere Zentrumsmitglieder aus dem Rheinland, aus Westfalen, Hannover, Braunschweig, Hildesheim und dem Eichsfeld; zu den 24 Teilnehmern gehörten Brockmann, Dr. Reismann, Dr. Amelunxen, Dr. Stricker, Dr. Hamacher, Dr. Schwering, Dr. Scharmitzel, Christian Blank, Hannover, das Ehepaar Pfad, Hannover (Dr. Pfad war der letzte Zentrumsvorsitzende in Hannover bis 1933), Wellmann, Salzgitter, Prof. Finsterwalder, Hannover, u. a. m.

Die Konferenz, die zu keiner Einigung führte, brachte doch zwei Ergebnisse. Einmal stand für die Christlichen Demokraten nun mit Sicherheit fest, daß die Zentrumspartei wieder gegründet werden würde. Sodann wurde durch diese Besprechung eine enge Verbindung zwischen den westdeutschen und den niedersächsischen Gruppen hergestellt. Das Problem, ob die Zentrumspartei wieder gegründet werden sollte oder nicht, bestand für die früheren niedersächsischen (d. h. oldenburgischen, hannoverschen und braunschweigischen) Zentrumsgruppen in gleicher Weise wie für die Rheinländer und Westfalen.

Dr. Schwering schrieb am 17. September 1945 an Lensing über diese Konferenz<sup>220</sup>):

„... Neue Gesichtspunkte wurden nicht vorgebracht. Wir haben unseren Standpunkt energisch vertreten. Unsere Hauptgegner waren die Herren Hamacher, Brockmann, Stricker. Für die Christlichen Demokraten sprachen sich energisch Herren aus Osnabrück, aus dem Eichsfeld sowie aus dem Braunschweigischen aus. Die Hannoveraner schienen auch auf unserem Boden zu stehen, waren sich aber noch nicht ganz klar. Hamacher, Brockmann und Stricker hielten an ihrem Standpunkt fest. Das Ergebnis war, daß man unversöhnt voneinander schied, obwohl auf die Bedenklichkeit der Uneinigkeit aufmerksam gemacht wurde ... Doch habe ich den Eindruck, daß wir, wenn es zur Abstimmung gekommen wäre, auch in dieser Veranstaltung, die am Zentrum der Zentrumsfreunde stattfand, eine Mehrheit erhalten hätten. Vielleicht waren die Veranstalter derselben Meinung; infolgedessen unterließen sie klugerweise die Abstimmung ... Im übrigen kann man die Dinge sich ruhig weiterentwickeln

<sup>220</sup>) Archiv L. Lensing/III/6.

lassen. Ich bin überzeugt, daß die Idee der Christlich-Demokratischen Partei Siegerin in diesem Ringen sein wird . . .“

Im Protokoll der Vorstandssitzung der rheinischen Christlichen Demokraten heißt es über den Bericht Schwerings am 18. September im Kolpinghaus in Köln<sup>221</sup>):

„. . . Zuletzt sprach er (Dr. Schwering; Anm. d. Verf.) über eine Besprechung mit westfälischen Zentrumsleuten in Rinkerode in Westfalen. Leute aus Hannover, dem Eichsfeld, dem Emsland und aus Westfalen seien anwesend gewesen. Es stehe zu erwarten, daß es im Münsterland zu der Gründung einer Zentrumspartei komme . . .“

Und Dr. Reismann berichtet<sup>222</sup>):

„. . . In diese Zeit fiel auch eine größere Konferenz in Rinkerode, wo man nochmals versuchte, einig zu werden. Damals stand Herr Rechtsanwalt Pfad aus Hannover noch sehr energisch auf dem Boden des Zentrums und pochte auf die Treue und Zähigkeit des Heimatlandes von Windthorst . . .“

Die Äußerung von Dr. Pfad lautet dagegen etwas anders<sup>223</sup>):

„. . . und es kam zu einer Aussprache in Rinkerode bei Münster, an der auch die Herren Brockmann, Stricker, Amelunxen teilnahmen. In Rinkerode zeigte es sich, daß eine Reihe alter Zentrumsanhänger von einer neuen Partei nichts wissen wollte, während Vertreter aus dem Rheinland und aus Westfalen und wir aus Hannover uns zu der Bildung einer neuen christlich-sozialen und demokratischen Partei entschlossen . . .“

Die beiden letzten Berichte sind in späterer Zeit geschrieben worden und besitzen daher nicht die Zuverlässigkeit der zwei ersten Zitate.

\*

Das Gemeinsame der bisher behandelten Gruppen der Zentrumsverfechter war der Gesichtspunkt, daß, wie auch immer motiviert, das „alte Zentrum“ wiederkommen müsse.

Durch Dr. Spiecker tauchte nun eine neue Konzeption auf, nach der nicht das „alte Zentrum“ wieder gegründet, sondern der „Zentrumspartei“ ein neuer Inhalt gegeben werden solle, der sich nur noch in wenigen Punkten an das „alte Zentrum“ anlehnt.

Dr. Spiecker<sup>224</sup>) gehörte während seiner politischen Tätigkeit im Kaiserreich und in der Weimarer Republik immer dem Zentrum an. Er war 1922 Staatskommissar in Oberschlesien gewesen, danach Direktor der „Germania“<sup>225</sup>), Leiter der Presseabteilung des Ministeriums Marx, Vorstandsmitglied des „Reichsbanners“ und 1930/31 unter der Regierung Brüning Sonderbeauftragter für die Bekämpfung des Nationalsozialismus. Als solcher hatte er versucht, eine

<sup>221</sup>) Archiv Landesverband der CDU im Rheinland, Akte Rat der Vorsitzenden.

<sup>222</sup>) Brief an den Verfasser vom 2. Januar 1952.

<sup>223</sup>) Brief an den Verfasser vom 3. Januar 1952.

<sup>224</sup>) Dr. Karl Spiecker, 1888 in Mönchen-Gladbach geboren, kam nach seinen Studien durch seine Tätigkeit als Zentrums-Parlamentskorrespondent in die politische Arbeit.

<sup>225</sup>) Führende Zentrums-Tageszeitung in Berlin.

Spaltung der Nationalsozialisten herbeizuführen<sup>226</sup>). Von 1933 bis 1945 hielt er sich im Ausland auf (Frankreich, England, Kanada, USA). Er war während dieser Zeit publizistisch tätig, gab Zeitschriften heraus und schrieb auch ein später ins Englische übertragenes und 1943/44 in London erschienenes Buch „Deutschland — von Niederlage zu Niederlage“<sup>227</sup>). Es wird berichtet, daß er Differenzen mit dem in den USA lebenden früheren Reichskanzler Dr. Brüning hatte<sup>228</sup>).

Aus seinem Buch und aus Antonina Vallentins „Stresemann“<sup>229</sup>) seien zwei Stellen wiedergegeben, die zur Charakteristik Dr. Spieckers beitragen mögen.

Vallentin schreibt:

„... Die größte Gefahr, die der jungen deutschen Demokratie in ihrer Geburtsstunde drohte, war eine zweite Welle der Revolution, die sich nicht mit einem respektvollen, unblutigen Umsturz begnügt hätte, sondern nach russischem Vorbild alles Bestehende mit Stumpf und Stil ausgerottet haben würde. Die Aktivität des Spartakus-Bundes hing damals über dem deutschen Bürger wie ein Alpdruck. Aller nicht ausgegorene Aufruhr, alle durch Halbheit des Umsturzes nicht befriedigte Sehnsucht nach gründlicher Abrechnung, alle Angst um Wiederkehr des Gestrigen in einer nicht genug aufgeräumten Welt wurde in der großen Revolutionsflamme Rosa Luxemburg in Brand gesetzt. Eine gewaltige rote Welle stieg aus den Tiefen des Volkes und brandete um drei Führer: Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und Paul Levi ... Aus jenen Tagen der Schmerzgeburt der deutschen Revolution trug Karl Spiecker die eine Überzeugung davon: die Sturzwelle der Revolution ist nicht durch die Gestrigen, die Stützen der alten Ordnung, eingedämmt worden, sondern durch die besonnenen Vertreter der Arbeiter. Nicht das Bürgertum und nicht die vorrevolutionäre Schicht retteten Deutschland vor dem Bolschewismus, sondern einzig und allein die staatsbewußten Sozialisten. Aus dieser Überzeugung erwuchs Spieckers Treue zur Sozialdemokratie. Er sollte später in seiner ganzen politischen Tätigkeit eine Brücke zwischen Arbeitervertretern und Bürgertum bilden ...“

Über die Umstände, die den Nationalsozialisten den Weg zur Macht ermöglichten, urteilte Dr. Spiecker im Jahre 1943<sup>230</sup>):

„... Der oberflächliche Betrachter kann vom Gang der Ereignisse in der Weimarer Republik den Eindruck gewinnen, daß ihre gefährlichsten Gegner sie zu Fall gebracht haben. In Wirklichkeit wurde sie ein Opfer derjenigen nationalistischen Kräfte und Gruppen, die noch in der Vergangenheit wurzelten und ihre Niederlage von 1918 nicht verwinden konnten.

Die Nationalsozialisten legten sich nur in das Bett, das die Nationalisten für sich selbst bereitet hatten. Nach dem Staatsstreich in Preußen (20. Juli 1932; Anm. d. Verf.), den Reichskanzler von Papen in Übereinstimmung mit Hindenburg und der

<sup>226</sup>) Dieser Versuch scheiterte. Es war Spieckers Absicht gewesen, die Abspaltung der Strasser-Richtung von der NSDAP zu erreichen.

<sup>227</sup>) Englischer Titel: „Germany — from Defeat to Defeat“.

<sup>228</sup>) Entgegnung Dr. Spieckers auf die im Winter 1945/46 publizierten Briefe Dr. Brünings in dem Flugblatt „Die Brüning-Briefe“, Mai 1946. Archiv R. Muckermann/82.

<sup>229</sup>) Antonina Vallentin, „Stresemann — Vom Werden einer Staatsidee“, München 1948, S. 152 ff.

<sup>230</sup>) K. Spiecker, „Germany — from Defeat to Defeat“, London 1943/44, S. 92 (Übersetzung).

Reichswehr ausgeführt hatte, war die Weimarer Republik in ihrer Todesstunde und erwartete den Todesstoß.

Für alle Zeiten wird der Vorwurf auf ihr lasten, ihren Feinden (den inneren; Anm. d. Verf.) nicht in offener Feldschlacht entgegengetreten zu sein und zugesehen zu haben, wie sie aus dem Hinterhalt erdrosselt wurde. Die preußische Polizei und die ‚Eiserne Front‘, die von den Freien Gewerkschaften und dem Reichsbanner organisiert worden war, hätten zu den Waffen gegriffen, wenn nicht die kampflose Resignation der preußischen Regierung und der Freien Gewerkschaften eine erschreckende Lethargie im ganzen Reich ausgelöst hätte.

Von den Führern der Zentrumsparterie konnte eine Initiative nicht erwartet werden, weil die Zentrumsparterie niemals den Gebrauch von Gewalt erwogen hatte.

Und die anderen Parteien waren zum Teil zu klein oder sie fielen hierfür aus, weil sie selbst gegen die Republik eingestellt waren . . .

Nach dem 20. Juli 1932 war die Liquidation der Republik oder zumindest ihres demokratischen Charakters nur noch eine Frage der Zeit.

Wenn die Republikaner wirklich die Größe der nationalsozialistischen Drohung begriffen hätten, würden sie bestimmt energische Schritte unternommen haben. Wenn die Nationalisten gehäht hätten, was ihnen bevorstand, wenn sie sich zu eng mit den Nationalsozialisten verbündeten, hätten sie rechtzeitig Hugenberg fallengelassen. Weil beide — Republikaner und Nationalisten — glaubten, daß der Nationalsozialismus nur eine vorübergehende, unangenehme, wenn auch ansteckende Krankheit sei, deshalb wurden beide überrumpelt und mattgesetzt. . . .“

Im August oder September 1945 kehrte Dr. Spiecker als einer der ersten der emigrierten deutschen Politiker aus England nach Westdeutschland zurück. Er kam also in einem Augenblick, als — zu seiner Überraschung<sup>231)</sup> — politische Parteien bereits in der Neubildung begriffen waren. Das galt in Westdeutschland für die Sozialdemokraten, die Kommunisten und die Christlichen Demokraten. Es wird berichtet, daß ihm, wie vielen Emigranten, hinsichtlich der anzustrebenden Parteien u. a. eine Art Labour-Party vorgeschwebt habe. Abgesehen davon, daß solche Pläne in Paderborn, in Mönchen-Gladbach, in Hamburg und in Berlin, wenn auch z. T. aus anderen Wurzeln, bereits durchdacht wurden, in einer solchen Konzeption also nichts Außergewöhnliches lag, waren Spieckers politische Überlegungen aus seiner Emigrationszeit in den westlichen Ländern und aus seiner Einstellung zu den „staatsbewußten Sozialisten“ durchaus verständlich.

Dr. Spiecker führte dann im September in Köln mit verschiedenen Gründern der Christlichen Demokraten Besprechungen und nahm auch an der Tagung der Sozialdemokraten und Christlichen Demokraten am 30. September in Bad Godesberg (vgl. S. 121) teil. Über seine Einstellung zu den Christlichen Demokraten berichtet Schwering<sup>232)</sup>, daß er die Bezeichnung „christlich“ im Namen der Partei ablehne, da das nach seiner Auffassung eine starke und scharfe Abtrennung nach „links“ bedeute, wodurch eine enge Verbindung mit „links“-eingestellten Kräften unmöglich gemacht werde. Spiecker habe dem Gedanken,

<sup>231)</sup> Gespräch des Verfassers mit Dr. K. Spiecker am 18. September 1951.

<sup>232)</sup> Bericht über seine Unterhaltung im September 1945. Archiv L. Schwering/VI/1.

eine „Labour-Party“ zu schaffen, sehr freundlich gegenübergestanden. Zur Frage des Zentrums habe er sich nicht geäußert.

In den Spätsommermonaten, als er sich u. a. in Essen und Düsseldorf aufhielt, kam er auch mit Dr. Hamacher zusammen, der ihn zur Soester Gründungsversammlung am 14. Oktober einlud. Über seine dort eingenommene Haltung liegen mehrere Berichte vor. Spiecker selbst erklärte auf dem ersten Parteitag des Zentrums im Sommer 1946, daß er sich parteipolitisch erst ein halbes Jahr nach seiner Rückkehr gebunden habe<sup>233</sup>).

Schwering berichtet am 25. Oktober 1945 an L. Lensing<sup>234</sup>):

„Herr Spiecker, mit dem wir eingehend verhandelt hatten, soll ebenfalls nicht zu der neuen Zentrumsparlei gehören, sondern sich nach meinen Informationen nur angeboten haben, zwischen den Christlichen Demokraten und der Zentrumsparlei zu vermitteln zwecks Vermeidung des Kampfes untereinander . . .“

Und Dr. Kannengießer schrieb am 2. November 1945 an Lensing<sup>235</sup>):

„. . . In Gütersloh hatte ich eine viele Stunden dauernde Aussprache mit Dr. Kühr. . . Er hat viel Interessantes erzählt, z. B. auch über die Soester Gründung, über die er von Spiecker genau informiert war . . . Jedenfalls müssen wir versuchen, Dr. Spiecker, der aus mancherlei Gründen sehr wichtig ist, für uns zu gewinnen . . .“

Worin bestanden nun die Unterschiede zwischen Dr. Spiecker und den „Soester Zentrumsleuten“?

Spiecker entschied sich erst für das Zentrum, als die Kommunisten, die Sozialdemokraten und die Christlichen Demokraten bereits als Parteien bestanden und dadurch sein Wunsch, in Deutschland eine Partei nach dem Vorbild der englischen Labour-Party zu errichten, zunächst jedenfalls, unerfüllbar geworden war. Der ihn damals leitende politische Gesichtspunkt, so schreibt er, sei gewesen, durch die Gründung der Zentrumsparlei das Auseinanderfallen der deutschen Innenpolitik in „weltanschauliche Blöcke“<sup>236</sup>) zu verhindern bzw. diese zu durchbrechen. Die Zentrumsparlei müsse in der politischen Konstellation der deutschen Parteien die „ausgleichende und vermittelnde Mitte“ bilden, ohne die eine Regierungsbildung nicht möglich sein und eine einseitig „ideokratische Politik einer Regierungspartei“ verhindert werden könne. Die politische Aufgabe des neuen Zentrums ist also nach Spieckers Auffassung durch die Existenz von „weltanschaulichen Blöcken“ bestimmt.

Diese Auffassung eines unmittelbaren Zwecks der Zentrumsparlei wurde fundiert durch Konsequenzen, die Dr. Spiecker aus seiner Ansicht über das gegenseitige Verhältnis von Religion, Weltanschauung und Politik zog — Konsequenzen, die er letzten Endes von allen politischen Parteien befolgt wissen wollte,

<sup>233</sup>) Niederschrift über den ersten Parteitag des Zentrums am 9. Oktober 1946 in Essen.

<sup>234</sup>) Archiv L. Lensing/I/34.

<sup>235</sup>) Archiv L. Lensing/I/45.

<sup>236</sup>) Dr. R. Barzel, „Die geistigen Grundlagen der politischen Parteien“, Bonn 1947, S. 159. Barzel war damals persönlicher Referent Dr. Spieckers.

zunächst aber nur für die Zentrumsparterie anwenden konnte. Seine These lautete: Weltanschauung und Religion sollen grundsätzlich und allgemein von der Politik, folglich auch von den politischen Parteien getrennt werden. Als Begründung gibt er an<sup>237</sup>):

Religion und Weltanschauung stellen etwas Absolutes dar, sind „Werte an sich“. Die Politik ist „Methode, Umweg, Ausweg, Kunst des Möglichen“. Sie enthält als Gesetzmäßigkeiten das konservative und das liberale Prinzip<sup>238</sup>). Zwar gibt es weltanschaulich formierte und umgrenzte Parteien, aber eine derart fundierte politische Vereinigung, die von gemeinsamen Motiven und nicht von gemeinsamen politischen Zielsetzungen ausgeht, kann keineswegs das gemeinsame politische Ziel garantieren. Darauf allein aber kommt es bei der Politik an. Sie nur an weltanschaulichen Fragen zu orientieren, bedeutet das Aufreißen unüberbrückbarer Gegensätze, ganz besonders dort, wo es — wie in Deutschland — mehrere Weltanschauungen gibt. Die politischen Zielsetzungen müssen deshalb allgemein an der Verwirklichung des Staatsgedankens orientiert sein.

Aber nicht nur aus diesem Grunde sollen Weltanschauung und Politik voneinander getrennt werden, sondern auch, weil bei einem Ineinander beider Bereiche, die auf verschiedenen Grundlagen beruhen, immer die Gefahr besteht, daß Weltanschauung und Religion zu politischen Zwecken mißbraucht werden, wie es erst in der nationalsozialistischen Zeit geschehen sei.

Selbstverständlich müsse trotzdem jeder Mensch für sich aus seiner Weltanschauung heraus politisch tätig sein. Aber die politischen Parteien sollten deshalb nicht die Menschen nach ihren Weltanschauungen, die jede für sich mehrere politische Zielsetzungen zulassen, sondern nur nach diesen politischen Zielsetzungen sammeln.

Die „politischen Zielsetzungen“ sollten an der Verwirklichung des Staatsgedankens, der Staatspolitik orientiert sein, die zu führen Aufgabe der politischen Parteien sei. Die Grundlage — zunächst für das Zentrum, im Prinzip aber für alle Parteien — solle die „breiteste und am wenigsten bestrittene“ sein: das Naturrecht und das natürliche Sittengesetz:

„... Das Zentrum fragt keinen nach seiner Weltanschauung, wenn er entschlossen ist, die politischen Ziele der Zentrumsparterie verwirklichen zu helfen. Das Zentrum hat die Tore seines alten Turmes nach allen Seiten hin weit aufgestoßen ...“

Um auch in der praktischen Politik die „weltanschaulichen Probleme“ auszuschalten, schlug Dr. Spiecker vor, diese — z. B. die Schulfrage — durch Volksabstimmungen im „vorparlamentarischen Raum“ zu erledigen<sup>239</sup>).

<sup>237</sup>) Erklärung Dr. K. Spieckers am 9. April 1946 bei einer von Kölner Geistlichen vermittelten Einigungsverhandlung zwischen der CDU und dem Zentrum. Abgedruckt im „Informationsmaterial für die Kreisparteien und Sekretäre der Deutschen Zentrumsparterie“, Nr. 1, Juni 1946. Archiv Dr. K. Spiecker/6.

<sup>238</sup>) Gespräch Dr. K. Spieckers mit dem Verfasser am 18. September 1951.

<sup>239</sup>) Aufsatz im Berliner „Tagesspiegel“ vom 19. September 1946.

„... Von der Sucht, ausgerechnet Politik mit Weltanschauung zu vermengen, zu verpfuschen, muß unser Volk geheilt werden, wenn eine gesunde parlamentarische Demokratie unseren Volksstaat lenken soll. Darum sollen die großen wirklichen weltanschaulichen Probleme durch Volksentscheid geklärt werden, damit den gesetzgebenden Körperschaften nur die Aufgabe bleibt, den durch individuellen Volksentscheid jedes einzelnen Bürgers zum Ausdruck gekommenen Willen des Volkes in die bestmögliche Gesetzesform zu kleiden ...“

Der Gedanke, den Namen „Deutsche Zentrumspartei“ aufzugeben, war auch ihm nicht fremd, weil er sehen mußte, daß dieser Name mit wesentlich anderen als seinen Vorstellungen verknüpft war. Er bemühte sich deshalb zeitweilig darum, die Partei unter dem Namen „Union der Mitte“ zu einigen. Diese Pläne aber scheiterten.

Die hier nur kurz entwickelten Gedanken Spieckers waren bis zum 14. Oktober 1945 — dem Tage der Gründung des Zentrums — jedoch noch nicht fixiert. Da sie zum Teil aber auf der Konferenz und dann kurz danach von ihm vertreten wurden, scheint die Vermutung richtig zu sein, daß er auch zu Beginn der Entwicklung der Zentrumspartei nicht mit den Beweggründen der anderen „Soester Gründer“ übereinstimmte.

Der Name Dr. Spieckers ist in der ersten Zeit nach dem Kriege jedoch auch noch mit einer anderen parteipolitischen Konzeption verbunden gewesen, die an seine in der Emigration entwickelten Pläne einer deutschen „Partei der Arbeit“ anknüpft und mit Vorbehalt mit seiner Option für die Zentrumspartei in Zusammenhang gebracht werden darf.

Über die Verbreitung dieses Gedankens und über die Pläne, die zu seiner Verwirklichung führen sollten, orientiert ein Bericht Maria Sevenichs<sup>240)</sup> vom 16. Februar 1946<sup>241)</sup>. Sie schreibt, daß sie erste Informationen von einem katholischen Freund in Oberhausen bekommen habe, der aus Gesprächen mit Dr. Spiecker die Gewißheit zu erhalten glaubte, daß das gegenwärtige Zentrum eine Ausdehnung nach „links“ plane. Sie fährt dann fort:

„... Bevor ich nach Westfalen fuhr, orientierten mich Dr. Kogon und Walter Dirks<sup>242)</sup>, daß K. Schumacher<sup>243)</sup> von der SPD bereits in seiner Haftzeit, auf Grund seines positiven Christentums, den Plan gefaßt habe, die SPD aufzuspalten, den linken Flügel, über dessen Stärke man sich nicht klar war, zur KPD absondern zu lassen und seinen eigenen rechten Flügel mit bewußter Ausrichtung in christlicher, d. h. in Labour-

<sup>240)</sup> Maria Sevenich (kath.), in der Weimarer Zeit Kommunistin, war 1945/46 Mitgründerin der CDU in Hessen und betätigte sich dann in der Partei als Rednerin und Schriftstellerin. Später trat sie der SPD bei.

<sup>241)</sup> Maria Sevenich, „Bericht über die Zentrumsverhältnisse in Westfalen“, vom 16. Februar 1946. Archiv Landesverband der CDU im Rheinland, Akte Zentrum.

Der Verfasser hat die Angaben des Berichtes, soweit sie nicht seine Arbeit selbst betrafen, nicht nachprüfen können. Sie dürfen nur als Anhaltspunkt für eine politische Strömung angesehen werden.

<sup>242)</sup> Herausgeber der „Frankfurter Hefte“.

<sup>243)</sup> Von 1945 bis zu seinem Tode im August 1952 Erster Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei in Westdeutschland.

Party-Richtung zusammenzuschließen mit dem linken Flügel der Christlichen Demokraten. Das Zentrum hat sich in Westfalen gebildet, um diese doppelte Spaltung vorwärts zu treiben und in dieser neuen Labour-Party die entscheidende zentrale Rolle zu spielen. Diese Kombination ist der nicht ganz offen ausgesprochene, aber ganz klar verfolgte Plan. Dabei ist zu bemerken, daß er betrieben wird von einer gewissen aktivistischen Gruppe des Zentrums, daß aber nicht alle führenden Persönlichkeiten davon wissen ... Brockmann, der ganz in der alten Zentrumslinie zu stehen scheint, also wohl die ‚Kombination‘ nicht kennt, sprach von dem hehren und unantastbaren Zentrum ...

Die Durchführung dieses Planes würde bedeuten, daß sich aus dem rechten Flügel der SPD mit Hilfe des Zentrums ... und dem linken Flügel der CDU diese neue Labour-Party bilden soll ... Diese Mittepartei hätte aber rechts und links starke radikale Parteien, die dieses in sich schwache Gebilde in die Zange nehmen würden ...“

Zusammenfassend kann nun festgestellt werden:

Das von Dr. Spiecker angestrebte Zentrum war nicht als Gegenwehr gegen das „Experiment“, das einen in das Bewußtsein vieler katholischer Menschen eingegangenen Parteienamen opferte, gedacht. Es sollte auch nicht entstehen, weil nur ausschließlich diese Partei die einzige politische Form sein könne, durch die katholische Interessen wirkungsvoll vertreten würden. Seine Aufgabe war vielmehr, die Gefahr einer Aufspaltung des politischen Lebens in Deutschland in „Weltanschauungsblöcke“ als weltanschaulich nicht gebundene politische Mittepartei zu bannen und vielleicht dann auch, eben als politische Mittepartei, allmählich den „rechten Flügel“ der SPD und den „linken Flügel“ der Christlichen Demokraten mit sich zu einer großen „Partei der Arbeit“ oder „Union der Mitte“ zu vereinigen.

Unter diesen Voraussetzungen darf man von der Konzeption Dr. Spieckers sagen, daß es sich bei ihr *nicht* um eine *Wieder*-Gründung des Zentrums, sondern um etwas Neues handelte, während sowohl Dr. Hamacher und die rheinischen Zentrumsverfechter als auch die Münsteraner mit Recht von einer Wiedergründung der alten Partei sprechen konnten.

\*

Die Soester Gründung am 14. Oktober 1945 führte die von Dr. Hamacher geleiteten rheinischen und die von der Münsteraner Gruppe vertretenen Zentrumsanhänger zusammen. Es handelte sich in beiden Fällen um eine Minderheit der ehemaligen Zentrumsmitglieder, die nach dem deutschen Zusammenbruch politisch wieder aktiv geworden waren.

Dr. Spiecker übte einen nicht unwesentlichen Einfluß auf die Sitzung und die Programmgestaltung aus, seine besondere Konzeption war jedoch noch nicht, wie dann ein Jahr später, allgemein anerkannt. Auch übernahm er noch keine Funktion im Vorstand.

Zu Beginn der Sitzung, an der 40 bis 60 Personen teilnahmen, wurde festgestellt, daß es sich nicht mehr darum handle, die Frage Zentrum oder Christliche Demokraten zu diskutieren, sondern daß „nun gehandelt werden solle“<sup>244</sup>).

Hamacher und Brockmann hielten Vorträge; der von der Verhandlungsleitung vorgelegte Programmentwurf wurde während der Sitzung noch einmal — von

---

<sup>244</sup>) Wiedergabe des ersten ungedruckt gebliebenen Teiles der Einführung Dr. Hamachers nach dem Protokoll des Mitgliedes der CDU, Feldmann, Geseke/Westfalen.

Hamacher, Spiecker, Stricker und Reismann — überarbeitet. Der Antrag, dem Namen „Deutsche Zentrumspartei“ einen Untertitel (wahrscheinlich „Reichspartei der Arbeit“) beizufügen, wurde abgelehnt. Am Nachmittag machte Dr. Spiecker die Versammlung mit einigen seiner Gedanken bekannt. Am Abend wurde der Vorstand gebildet. Berufen wurden:

Name	Beruf	Wohnort	Pol. Bindung bis 1933
1. Vorsitzender:			
Dr. Wilhelm Hamacher	Studienrat, ehem. Gen.-Skr. der rhein. Zentrumspartei	Troisdorf, Köln	Ztr.
2. Vorsitzender:			
Dr. F. Stricker	Verlagsleiter, Chefredakteur, Mitglied der Prov.-Reg.	Münster	Ztr.
Vorstandsmitglieder:			
Franz Bielefeld	Baumeister	Recklinghausen	Ztr.
Breitenstein	Landgerichtsdirektor	Hildesheim	Ztr.
Joh. Brockmann	Schulrat, Mitglied d. Prov.-Reg.	Rinkerode, Münster	Ztr./MdL.
Dr. Karl Klein	Schriftleiter	Düsseldorf	Ztr.
R. Muckermann	Schriftsteller	Kettwig (Ruhr)	Ztr.
J. Pötz	Verleger	Düsseldorf	Ztr.
Dr. B. Reismann	Rechtsanwalt	Münster	Ztr.
Dr. Rüberg	Steuerberater	Iserlohn	Ztr.
Helene Wessel	Fürsorgerin	Dortmund	Ztr./MdL.

Vorsitzender der Zentrumspartei im Rheinland wurde der Düsseldorfer Verleger Jakob Pötz, Vorsitzender der westfälischen Zentrumspartei der Münsteraner Rechtsanwalt Dr. Bernhard Reismann.

Eine Programmkommission, der außer Dr. Steffensmeier, Essen, Brockmann, Dr. Hirtsiefer, Mülheim (Ruhr), Richard Muckermann, Kassing, Münster, und Dr. Klein auch Dr. Spiecker angehörte, sollte die vorläufigen Programmpunkte durcharbeiten. Dr. Amelunxen, damals westfälischer Oberpräsident und später Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, übernahm keine Parteifunktion, obwohl es als sicher angenommen werden kann, daß er die Soester Gründung begrüßte und wahrscheinlich auch unterstützte. Er muß als der eigentliche Führer der Gruppe, die das Zentrum *wieder*-gründen wollte, angesehen werden. Später trat er als Spitzenkandidat der Partei im Wahlkampf auf.

Nach der geographischen Herkunft kamen 4 Vorstandsmitglieder aus dem Rheinland — 2 aus Düsseldorf, 1 aus Troisdorf bzw. Köln, 1 aus Kettwig (Ruhr) —, 6 aus Westfalen — 3 aus Münster bzw. Umgebung und je 1 aus Iserlohn, Dortmund und Recklinghausen — und 1 aus Niedersachsen (Hildesheim).

Sämtliche Mitglieder des Vorstandes gehörten der römisch-katholischen Kirche an (im Jahre 1946 wurde ein Angehöriger der evangelischen Kirche — ein ehemaliger Landtagsabgeordneter — Vorstandsmitglied).

Nach der politischen Herkunft gehörten sämtliche Mitglieder des Vorstandes früher der Zentrumsparlei an, zwei waren Landtagsabgeordnete gewesen. Dr. Hamacher, früher Generalsekretär der rheinischen Zentrumsparlei, hatte zeitweilig das Rheinland im Reichsrat vertreten.

Von den Vorstandsmitgliedern waren vier in publizistischen und 3 in erzieherischen Berufen, 1 als Unternehmer, 1 als Richter, 1 als Rechtsanwalt und 1 als Steuerberater tätig. Von diesen gehörten 2 der westfälischen Provinzialregierung an. 9 der 11 Mitglieder des Vorstandes der Partei waren Akademiker.

\*

Außer der ausdrücklichen Berufung der Zentrumswiedergründer auf das Soester Programm von 1870 und besonders auf die Grundsatzthesen „Wahrheit, Recht und Freiheit“ hat der Verfasser keine Punkte des neuen Programms feststellen können, die nicht — zumindest in ähnlicher Weise — auch in den Programmen der westdeutschen Christlichen Demokraten enthalten waren.

Beide Parteien forderten in ihren ersten programmatischen Äußerungen eine soziale Gesetzgebung, den „Lastenausgleich“ (und die Bodenreform), die Anerkennung des Privateigentums, die Zulassung der Überführung bestimmter Wirtschaftsunternehmen in Gemeinbesitz und die Bestätigung des Elternrechts bei der Bestimmung über die Schulform bei Förderung des Gedankens der Bekenntnisschule.

Während aber die Christlichen Demokraten die These der politischen Zusammenarbeit der Christen der beiden großen Konfessionen ausdrücklich und wiederholt zum Ausgangspunkt ihrer politischen Arbeit machten, wurde im Soester Programm nur indirekt und in anderem Zusammenhang darauf Bezug genommen<sup>245</sup>):

„... Das Zentrum ist die sozial-fortschrittliche Partei des deutschen Volkes auf überkonfessioneller und demokratischer Grundlage ... Wahrheit, Recht und Freiheit, die ewigen Gesetze des Naturrechts (Einfluß Dr. Spieckers; Anm. d. Verf.) und die tragenden Ideen der christlich-abendländischen Kultur sind die Triebkräfte und Wegweiser seines politischen Strebens ...“

Entsprechend der These Spieckers wurde in der Soester Entschließung ausdrücklich der *politische* Charakter der Partei betont — im Gegensatz zum *weltanschaulichen* der Christlichen Demokraten.

Vor allem lehnten aber die Zentrumswiedergründer — worin sie selbst einen starken Gegensatz zu den Christlichen Demokraten sehen wollten — nicht nur die Zusammenarbeit mit früheren Nationalsozialisten, sondern auch mit Angehörigen früherer Rechtsparteien ab. Die Anerkennung dieses Grundsatzes

<sup>245</sup>) Vorläufiges Programm der Deutschen Zentrumsparlei vom 14. Oktober 1945.

muß als Niederschlag der vorangegangenen Auseinandersetzungen mit den Christlichen Demokraten, in deren Konzeption sie viele Gedankengänge der früheren Rechtsparteien vermuteten, angesehen werden.

Der Unterschied zwischen beiden Parteien lag also nicht in den programmatischen Zielen, sondern in der politischen Position, die sie einnehmen wollten, und auch in der verschiedenen Beschreibung bzw. Bewertung derjenigen Gruppen, auf die sie sich z. T. zu stützen gedachten (wobei zu berücksichtigen ist, daß beide auf die früheren Zentrumskräfte als Grundsubstanz ihrer Partei rechneten).

\*

Mit der Gründung der Christlich-Demokratischen Partei und der Wiedergründung der Deutschen Zentrumspartei im Rheinland und in Westfalen waren nunmehr vollendete Tatsachen geschaffen: die frühere Deutsche Zentrumspartei hatte sich gespalten. Nach der Auflösung im Jahre 1933 hatten die einzelnen Gruppen im Jahre 1945 nicht wieder zusammenfinden können.

In verschiedener Form aber wurden nach diesen Ereignissen doch noch Versuche unternommen, die Einheit wiederherzustellen bzw. eine Verständigung zwischen beiden Parteien herbeizuführen.

Auf die ersten Einzelverhandlungen wurde bereits bei der Darstellung der Ansichten Dr. Hamachers (vgl. S. 78 ff.) und bei der Analyse der Pläne Dr. Spieckers (vgl. S. 140 ff.) eingegangen.

Zu offiziellen Verhandlungen kam es am 10. November 1945 in Düsseldorf anläßlich des Besuches von Dr. Hermes und Dr. Vockel<sup>246</sup>) aus Berlin. Vockel war früher Generalsekretär des Zentrums im Reichsgebiet gewesen. Hermes wollte in diesen Verhandlungen — denen mehrere private Gespräche mit einzelnen Zentrumsführern vorausgegangen waren — noch einmal versuchen, die Aufhebung der vollzogenen Spaltung unter Hinweis auf die politische Entwicklung in der russisch besetzten Zone Deutschlands zu erwirken.

Vom Zentrum waren an dieser Konferenz Dr. Hamacher, Dr. Spiecker (nur nach Bericht von Dr. Schwering), Dr. Klein, J. Pötz, R. Muckermann und Fr. Bielefeld beteiligt. Auf seiten der Christlichen Demokraten, von denen wahrscheinlich über 30 Vertreter an der Verhandlung teilnahmen, waren nicht nur frühere Zentrumsmitglieder, sondern auch evangelische Vertreter, u. a. Dr. Lehr, Dr. Heinemann, Essen, Rippel, Hagen, und Marx, Wuppertal, anwesend.

Dr. Hermes berichtete über die Verhältnisse im russischen Besatzungsgebiet, um damit die Notwendigkeit zu unterstreichen, angesichts der Auseinandersetzung, in die Deutschland weltpolitisch verstrickt sei, jede Zersplitterung zu vermeiden. Der Berliner Magistrat habe den Religionsunterricht aus den Schulen

<sup>246</sup>) Dr. Hermes und Dr. Vockel waren Mitgründer der Berliner CDU. Dr. Hermes war bis Ende 1945 deren Vorsitzender. Vgl. S. 208 ff.

herausgenommen und die Bodenreform werde in „rücksichtsloser Weise durchgeführt“<sup>247</sup>).

Emil Marx berichtet:

„... Hamacher gegenüber versuchte er mit Menschen- und Engelszungen darzulegen, daß es keine ernsthaften Gründe für die Abspaltung im Zentrum geben könne ... Hamacher betont demgegenüber die gemeinsamen christlichen Grundlinien, stellte aber doch starke konfessionelle Verschiedenheiten heraus, fragte, wer die Evangelischen seien, an die sich die Christlichen Demokraten wenden, forderte eine evangelische Partei, berief sich im übrigen auf die bewährte Zentrumstradition. Das Zentrum sei eine politische Partei, eine ausgesprochene Partei der Mitte, und das wolle es bleiben ...“

Als die Zentrumsmitglieder die große Mehrheit der Christlichen Demokraten feststellten, die dieser Sitzung beiwohnten, schlug Dr. Hermes eine Fortsetzung der Konferenz im kleinen Rahmen vor. Dieser Vorschlag wurde von den Zentrumsanhängern jedoch abgelehnt, da auch weitere Verhandlungen in kleinerem Kreise keinen Erfolg versprechen und deshalb inopportun seien.

Nach dieser Konferenz, die jeden weiteren Einigungsversuch aussichtslos erscheinen ließ, unternahmen Kölner Geistliche im Januar 1946 und der mit den Christlichen Demokraten zusammenarbeitende Paderborner Diözesanpräses der Katholischen Arbeitervereine, Schulte, im April 1946 den Versuch, wenn nicht eine Fusion, so doch durch Verhandlungen, deren Vermittlung sie übernehmen wollten, ein erträgliches Verhältnis zwischen beiden Parteien herzustellen.

Die Kölner Geistlichen, unter ihnen Stadtdechant Dr. Grosche und die Dechanten Dr. Gickler und Dr. Schreiber, vermittelten ein erstes Treffen in der Wohnung des Stadtdechanten am 5. Februar 1946, dessen Zweck es sein sollte, durch inoffizielle Gespräche die Basis für neue Verhandlungen vorzubereiten. An dieser Aussprache nahmen neben Dr. Grosche und Dr. Schreiber Dr. Adenauer von der CDU und Dr. Hamacher von der Zentrumspartei teil. Dechant Schreiber berichtet darüber<sup>248</sup>):

„... Diese vier, so wurde ausdrücklich betont, saßen sich nicht als Gegner gegenüber, sondern als langjährige Freunde, die den Weg zur Einheit und zum Frieden suchten. Wiederholt wurde hingewiesen auf die schwere Verantwortung aller vor dem katholischen Volk, zu verhüten, daß es in zwei getrennte politische Parteien auseinanderfalle. Nach der Feststellung, daß die CDU nach der damals schon vorliegenden letzten Fassung ihres Programms<sup>249</sup>) sich zur Konfessionsschule bekannt habe, wurde gefragt, ob zwischen den beiden Richtungen außen-, innen-, wirtschafts-, sozial- und kulturpolitisch ein wichtiger Unterschied im Parteiprogramm bestände. Beide Seiten wußten keinen (von Dr. Schreiber gesperrt; Anm. d. Verf.) wichtigen Unterschied anzugeben.

<sup>247</sup>) Protokoll von Emil Marx, Wuppertal.

<sup>248</sup>) Bericht über die Einigungsversuche zwischen CDU und Zentrum nach dem 9. April 1946, verfaßt vom Kölner Dechanten Dr. A. Schreiber. Archiv Landesverband der CDU im Rheinland, Akte Zentrum.

<sup>249</sup>) Gemeint ist das erste Zonenprogramm der CDU — vom 1. März 1946 —, nicht das rheinisch-westfälische Programm vom Oktober 1945.

Er bestand nur in dem Namen, den die beiden Richtungen gewählt haben. Er war der Stein des Anstoßes.

Der Standpunkt der CDU:

In den letzten 12 Jahren ist das ganze deutsche Volk politisch entmündigt worden; alle bis zu 35 Jahren haben noch keine freie politische Wahl mitgemacht und wissen vom Zentrum nichts.

Kampf auf möglichst breiter christlicher Front sei notwendig, darum die neue klare Bezeichnung ‚Christlich-Demokratische Union‘.

Standpunkt Dr. Hamachers:

Wegen der Tradition und der achtzigjährigen erfolgreichen Geschichte der alten Zentrumsparterie meint er mit seinen Freunden am alten Namen festhalten zu müssen. Die Katholiken hätten jetzt die Möglichkeit, die Führung zu übernehmen<sup>250</sup>).

Es sei vergeblich, die Protestanten zu gewinnen, darum Festhalten am alten Zentrum.

Die Fronten schienen geklärt: Adenauer hatte eine Interpretation des Standpunktes der CDU gegeben, wie er sie verstand; Hamacher die Interpretation des Standpunktes seiner Partei, wie er sie verstand . . .“

Nach dieser ersten Sitzung am 9. Februar kam es erst wieder am 9. April 1946 in etwas erweitertem Kreis zu einer neuen Konferenz. Zu erwähnen ist besonders die Anwesenheit Dr. Spieckers.

Zu Beginn der Sitzung wurde gefragt, ob sich die „politische Einstellung“ inzwischen geändert habe. Für die CDU gab Dr. Adenauer eine verneinende Antwort. Dr. Spiecker verlas dann ein Memorandum, das grundsätzliche Ausführungen über Politik und Weltanschauung enthielt. Sein Inhalt war für die Anwesenden „verblüffend“. Dr. Schreiber berichtet von dem Eindruck, den diese Erklärungen — sie enthielten Spieckers Konzeption — auf die Geistlichen machten:

„. . . Die Ausführungen Dr. Spieckers waren für uns Geistliche ganz überraschend gegenüber der bisherigen Darstellung Dr. Hamachers und riefen eine lebhaft und hitzige Debatte hervor. Am meisten wunderte man sich, die Behauptung zu hören, das alte Zentrum sei keine christliche Partei gewesen, habe also nicht vom Boden des Christentums aus seine politische Tätigkeit ausgeübt. Auffallenderweise erklärte sich Hamacher (der in der ersten Sitzung ganz andere Interpretationen gegeben hatte; Anm. Dr. Schreibers) mit Spiecker mit einigen nicht näher angegebenen Vorbehalten einverstanden. Die anderen erklärten, sie (d. h. das neue Zentrum; Anm. d. Verf.) müßten sich ‚Freie Demokratische Partei‘ nennen und dürfen den alten Namen ‚Zentrum‘ nicht für ein neues politisches Gebilde mißbrauchen . . . Die zweite Begegnung schloß . . . mit der betäubenden Feststellung, daß eine Einigung der CDU und des neuen Zentrums wegen grundsätzlicher Verschiedenheiten unmöglich sei.“

Das Ergebnis der Verständigungsbemühungen der Kölner Dechanten blieb also unbefriedigend. Während in der ersten Sitzung grundsätzliche Differenzen nicht festgestellt wurden, zeigten sich in der zweiten bei der Diskussion der Spieckerschen Konzeption, der Dr. Hamacher zum Erstaunen der Anwesenden mit Vorbehalten zustimmte, grundsätzliche Differenzen, die sich vor allem aus dem Anspruch der Zentrumsvertreter ergaben, daß das Zentrum keine weltanschauliche, sondern nur eine streng politische Partei sei — während die

<sup>250</sup>) Vgl. auch Brief von Dr. Hamacher an Dr. Horster, Krefeld, vom 5. März 1946. Zit. S. 87.

Christlichen Demokraten ihren Weltanschauungscharakter bewußt in den Vordergrund stellten.

Nach dem negativen Ausgang dieser Verhandlungen wurde dann eine nur wenig später (noch im April 1946) von Präses Schulte, Paderborn, angebotene Vermittlung abgelehnt. Schulte hatte bereits im Oktober 1945, als zu übersehen war, daß die Zentrumsanhänger in Soest die Partei wieder gründen wollten, vorgeschlagen, daß sich das Zentrum als „Unterausschuß“ der Christlichen Demokraten, gleichsam zur Pflege des alten Zentrumsgedankens, konstituieren solle. Es wäre dann in etwa mit der „Evangelischen Tagung der CDU des Rheinlandes“ (vgl. S. 98) zu vergleichen<sup>251</sup>).

Die verschiedenen Verhandlungen hatten mit steigender Deutlichkeit die sich vertiefenden Gegensätze zwischen den früheren politischen Freunden einer Partei gezeigt. Auf diesem Hintergrund verschärfte sich dann auch der politische Kampf in der Öffentlichkeit.

Im Verlauf der weiteren Entwicklung, in der es innerhalb des Zentrums zu Positionskämpfen der verschiedenen Richtungen kam, die von mehrmaligen Fusionsgesprächen mit den Christlichen Demokraten begleitet wurden, trat bei einem dieser Versuche Dr. Spiecker im Jahre 1949 mit seinen Freunden (zu denen vor allem R. Muckermann gehörte) aus dem Zentrum aus. Diese von Karl Arnold (Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen) und Dr. Spiecker getragenen Bestrebungen führten aber nicht zur Auflösung des Zentrums. Die ausgeschiedene Zentrumsgruppe trat zur CDU über; ob auch Dr. Spiecker sogleich Mitglied wurde, wird von einigen Kreisen bezweifelt.

## K. Zusammenfassung

Als wichtigstes Ergebnis der Entwicklung in Westdeutschland muß die vollzogene Spaltung der früheren Zentrumskräfte in Christliche Demokraten und in Zentrumsbefürworter angesehen werden.

Für diese Spaltung sind mehrere Gründe zu nennen, die gleichzeitig darauf hinweisen, daß die Zentrumsbefürworter aus verschiedenen, nicht von allen gleich stark vertretenen Gesichtspunkten die Partei wiedergründeten.

Als zweites Ergebnis ist festzustellen, daß die aus dem Zentrum kommenden katholischen Christlichen Demokraten sowohl im Rheinland als auch in Westfalen sich mit evangelischen Gruppen zusammenschlossen, wobei diese eine Minderheit blieben.

Die Haltung der evangelischen Vertreter wurde zum Teil durch die einer „Christlichen Union“ zustimmenden Äußerungen der Treysaer Kirchenkonferenz beeinflußt.

Als drittes Ergebnis sind schließlich die Begegnungen mit den Sozialdemokraten zu nennen. Förderer dieser informatorischen Gespräche war vor allem der frühere Minister Severing, der — wenn auch nicht unangefochten — eine scharfe Abgrenzung der SPD gegenüber den Kommunisten anstrebte und eine Zusammenarbeit mit den Christlichen Demokraten wünschte. In diesen — nicht in dem sich neu bildenden Zentrum — sah er nicht zu Unrecht die ausschlaggebendere Partei im „christlichen Lager“.

<sup>251</sup>) Diözesanpräses Dr. Schulte, Paderborn, „Gedanken zur Bildung von Parteien im christlichen Volksteil“, 6. Oktober 1945. Archiv L. Lensing/III/17.

Für die Wiedergründung der Zentrumspariei wurden von den Verfechtern dieses politischen Schrittes die folgenden sehr unterschiedlichen Gesichtspunkte geltend gemacht:

1. Eine Zusammenarbeit mit den Protestanten sei auch im Zentrum möglich. Der Name brauche deshalb nicht aufgegeben zu werden (vgl. S. 129 f.). Die Zusammenarbeit, die grundsätzlich bejaht wird, solle aber auf dem Wege über eine katholische *und* eine evangelische Partei realisiert werden.

2. Eine Zusammenarbeit mit den Protestanten, obwohl grundsätzlich nichts dagegen eingewendet werden könne, sei in einer neuen Partei nicht möglich, da die protestantischen Gruppen den früheren Rechtsparteien angehört hätten. Für den katholischen Volksteil bedeute das eine untragbare Belastung, da einerseits die Rechtsparteien arbeiterfeindlich gewesen seien, andererseits in keinem positiven Verhältnis zur Demokratie gestanden hätten (vgl. S. 107 ff.).

3. Wichtig sei vor allen Dingen, das katholische Volk politisch energisch zu vertreten, was nur durch die alte Zentrumspariei möglich werden könne (vgl. S. 86). Darüber hinaus betonte Dr. Hamacher (vgl. S. 87) die Ansicht, daß die augenblicklichen Verhältnisse den katholischen Kräften zum ersten Male seit Jahrhunderten wieder Gelegenheit gäben, entscheidenden Einfluß auf die Politik zu gewinnen. Dieses setze ebenfalls eine starke Zentrumspariei voraus.

4. Mit Ausnahme von Dr. Spiecker wurde allgemein der Gedanke vertreten, daß man in Krisenzeiten an das Bestehende anknüpfen müsse. Eine neue Partei sei zunächst von nichts anderem als von vagen Hoffnungen getragen.

5. Unabhängig davon ob die Partei katholisch oder nichtkatholisch sei, wurde der Gesichtspunkt geltend gemacht, daß Deutschland eine politische Mittelpartei, wie sie das Zentrum dargestellt habe, gerade jetzt wieder benötige. Der das katholische Element in den Vordergrund schiebende Flügel um Dr. Hamacher und Johannes Brockmann und der zumindest äußerlich religiös indifferente Flügel um Dr. Spiecker trafen sich in dieser Ansicht.

6. Das Zentrum sollte nach Dr. Spieckers Auffassung nicht eine Weltanschauungspartei oder eine katholische politische Verbindung sein, sondern eine auf dem Boden des allgemeinen Naturrechts stehende demokratische Mittelpartei, die die Kluft zwischen den sich bildenden „Weltanschauungsblöcken“ zu überbrücken habe. Mit dieser Konzeption verbanden sich Pläne, das Zentrum zum Ausgangs- oder Mittelpunkt einer „Partei der Arbeit“ zu machen, in der der „rechte SPD-Flügel, das Zentrum und der linke CDU-Flügel“ vereint werden könnten.

## 2. Kapitel:

# Die norddeutschen Gruppen in Hamburg und Schleswig-Holstein

## A. Historische und politische Voraussetzungen

Die überlieferten politischen Verhältnisse und die allgemeine Lage der Gebiete, in denen sich die norddeutschen Gruppen bildeten, die im Frühjahr 1946 mit den westdeutschen und niedersächsischen Christlichen Demokraten zusammen die Christlich-Demokratische Union in der britischen Zone gründeten, unterscheiden sich in einigen wesentlichen Punkten von den Voraussetzungen, unter denen die im vorhergehenden Kapitel dargestellten westdeutschen Gruppen entstanden.

(Als „norddeutsch“ werden im folgenden die in Hamburg und Schleswig-Holstein, einschließlich der bis 1937 selbständigen Hansestadt Lübeck, entstandenen Gruppen bezeichnet. Die in den Gebieten Braunschweig, Hannover, Oldenburg und Bremen gebildeten Kreise sind dagegen als „niedersächsische Gruppen im Übergangsbereich zwischen West- und Norddeutschland“ anzusprechen und werden im nächsten Kapitel in einer kürzeren Übersicht dargestellt.)

In beiden Gebieten besitzt der evangelische Volksteil die absolute Mehrheit; in Hamburg gehörten (nach der Volkszählung von 1946) 80,3% der Wohnbevölkerung evangelischen Kirchen an<sup>252</sup>), in Schleswig-Holstein 87,9%. Zur römisch-katholischen Kirche bekannten sich in Hamburg 6,5% und in Schleswig-Holstein 6,8%. Hamburg hatte mit 11,1% der Bevölkerung hinter Berlin (mit 16,9%) den höchsten Prozentsatz derjenigen Gruppe, die sich als keiner Kirche zugehörig bezeichnete.

Aber nicht nur die konfessionelle Struktur der norddeutschen Bevölkerung unterscheidet sich grundlegend von der Westdeutschlands; mehrere Autoren stellen auch einen großen Unterschied in den Prozentsätzen der in beiden Gebieten tatsächlich noch kirchlich gebundenen Menschen fest<sup>253</sup>).

Während der Weimarer Zeit gab es in beiden Gebieten im Gegensatz zu Westdeutschland und auch im Gegensatz zur Parteistruktur des Reichstages und (für Schleswig-Holstein) des preußischen Landtages *keine* mit einer Konfession bzw. mit christlichen Lehren und Traditionen eng verbundene politische Partei, die eine ausschlaggebende *Mitte*-Stellung innehatte oder innehaben wollte (politische Mittelstellung, d. h. bündnisfähig nach „rechts“ und „links“). Es gab kein starkes Zentrum oder eine entsprechende evangelische Partei.

Die politische Mittelstellung nahm in Norddeutschland die vornehmlich aus dem früheren „Freisinn“<sup>254</sup>) und einem Teil der Nationalliberalen gebildete „Deutsche Demokratische Partei“ (später „Deutsche Staatspartei“) ein. Der Unterschied zwischen dem Zentrum und der Deutschen Demokratischen Partei bestand vor allem darin, daß sich die eine Partei von christlichen Lehren und Traditionen herleitete, die andere dagegen vom Liberalismus und der Aufklärung.

Stützen der „Weimarer Koalition“ in Norddeutschland waren — da das Zentrum in Hamburg und Schleswig-Holstein nur 1 bis 2% der Wählerstimmen auf sich vereinigte — die Sozialdemokratie und nach ihr die Deutsche Demo-

<sup>252</sup>) Kirchliches Jahrbuch 1949. Gütersloh 1950, S. 530 ff.

<sup>253</sup>) Vgl. u. a. Kirchliches Jahrbuch 1950. Gütersloh 1951, S. 425 „Statistik kirchlicher Lebensäußerungen“.

Forschungsstelle für Volkspsychologie, Wiesbaden, Repräsentativumfrage im April 1951: „Könnten Sie sagen, daß Ihnen Christus und seine Lehre eine Richtschnur für Ihre Lebensführung ist?“

<sup>254</sup>) Der „Freisinn“ — im Kaiserreich später „Fortschrittspartei“ genannt — hatte keine Schwierigkeiten, mit „links“ zusammenzugehen. Die „Deutsche Demokratische Partei“ der Weimarer Republik, deren Versuch, die verschiedenen Richtungen des Liberalismus zu vereinigen, schließlich doch nicht gelang, zerfiel in den meisten Teilen des Reiches wieder, noch bevor sie ihre politische Mittelstellung konsolidiert hatte. Vgl. S. Neumann, „Die deutschen Parteien. Wesen und Wandel nach dem Kriege“, Berlin 1932, S. 55 ff.

kratische Partei, die hier im Jahre 1919 25 bis 27% der abgegebenen Stimmen gewann (Reichsdurchschnitt 18,8%). Anders als das in Westdeutschland stets verhältnismäßig stabil bleibende Zentrum ging in Norddeutschland jedoch die DDP nach einer Blütezeit in den zwanziger Jahren bis 1933 fast völlig zugrunde; nur in Hamburg gelang ihr noch bei den Juliwahlen 1932 die Sicherung eines Mandates in direkter Wahl (d. h. mindestens 60000 Stimmen in einem Wahlkreis).

In stärkerem Maße als in den westdeutschen Gebieten traten in Norddeutschland die Deutsche Volkspartei und die Deutschnationale Volkspartei (später mit den Abspaltungen CSVD und Volkskonservative) hervor. Die DNVP galt längere Zeit hindurch als die Partei der Protestanten; sie stand auf dem rechten Flügel der Weimarer Republik und schwankte zwischen grundsätzlicher Opposition und gemäßigter Mitarbeit (vgl. S. 160). Aber auch die DVP und die DNVP verloren nach ihrer Blütezeit in der Mitte der zwanziger Jahre einen beträchtlichen Teil ihrer Anhänger, wenn auch ihr Rückgang nicht so einschneidend wie der der DDP war.

Seit den Septemberwahlen 1930, die den Nationalsozialisten große Erfolge brachten, gehörte Schleswig-Holstein zu den fünf Wahlkreisen im Reich, die den höchsten Prozentsatz an nationalsozialistischen Stimmen aufwiesen. Der Hamburger Wahlkreis dagegen rangierte im September 1930 an 22., im November 1932 an 24. und im März 1933 an 25. Stelle (bei insgesamt 35 Wahlkreisen). Mit den Juliwahlen 1932 (an 23. Stelle im Reich) erreichten die Nationalsozialisten in Hamburg vor den Sozialdemokraten, den Kommunisten und den Demokraten den ersten Platz.

Der Christlich-Soziale Volksdienst blieb, ebenso wie in den anderen Gebieten des Reiches, auch in Hamburg und Schleswig-Holstein, wo noch eine christlich-nationale Bauern- und Landvolkpartei hinzutrat, stets nur eine kleine Partei.

Der weitaus überwiegende Teil der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten gehörte den Freien Gewerkschaften an. An zweiter Stelle, aber mit viel geringerer Mitgliederzahl, stand der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband. Er war ein Schwerpunkt protestantischer Kräfte und stand politisch den Rechtsparteien nahe. Die übrigen christlichen Gewerkschaften spielten kaum eine Rolle.

Im Jahre 1945, als sich in Norddeutschland wieder politische Parteien zu bilden begannen, verfolgten die Gruppen „rechts von der Sozialdemokratie“ allgemein das Ziel, die Zersplitterung der sogenannten „bürgerlichen Parteien“ der Weimarer Republik nicht wieder aufleben zu lassen, sondern durch eine Sammlungsbewegung im parlamentarischen Leben ein Zwei- bis Dreiparteiensystem und ein genügend starkes „bürgerliches“ Gegengewicht zu den „Links“-Parteien herzustellen. Die vorherrschende Ausgangsthese lautete deshalb: Sammlung rechts von der Sozialdemokratie!

Es konnte als sicher angenommen werden, daß diese Forderung die Unterstützung der britischen Militärregierung finden würde (vgl. S. 43 f.).

Der bisherigen Darstellung kann entnommen werden, daß die Ausgangsthese der Christlichen Demokraten in Westdeutschland lautete: Sammlung aller Christen, die für die Gestaltung des öffentlichen Lebens die christlichen Grundlagen anerkennen bzw. fordern; also eine Sammlung der beiden Konfessionen auf politischer Ebene. Eine gewisse Rolle spielte dabei — wenn auch nicht primär — zweifellos der Sammlungsgedanke „rechts von der Sozialdemokratie“. Beide Thesen decken sich jedoch nicht, sondern stehen vielmehr in einem gewissen Widerspruch zueinander.

Für die norddeutschen Gebiete gab es, daraus folgend, zwei Lösungen: entweder eine Einheitspartei rechts von der Sozialdemokratie oder zwei Parteien, nämlich die Christlichen und die Liberalen (bzw. Freien) Demokraten. Wie in Westdeutschland die Frage Zentrum oder Christliche Demokraten die Auseinandersetzungen zwischen den früheren Zentrumspolitikern beherrschte, so stand in Norddeutschland die Entscheidung, ob Freie oder Christliche Demokraten, zur Debatte.

Der Liberalismus trennt Religion und Politik, Kirche und Staat voneinander. Er erklärt die Religion zur „Privatsache“ und sieht keinen unmittelbaren Zusammenhang zwischen dem politischen und dem religiösen Bereich. Eingekleidet in den Glauben an den Fortschritt und die natürliche „Gutheit“ des Menschen hatte er im 19. Jahrhundert seine Forderungen nach der politischen Emanzipation des Bürgertums und die Einführung der demokratischen Prinzipien durchgesetzt — Grundsätze, deren ständige Weiterentwicklung ihm auch für das 20. unerlässlich waren. Seine Lehren wirkten auch bei den Demokraten der Weimarer Republik weiter, wenn auch Friedrich Naumann — allerdings trotz gewisser Erfolge letzten Endes vergeblich<sup>255)</sup> — den Versuch einer Aussöhnung des deutschen „Freisinns“ mit dem christlichen Glauben unternahm.

Die Lehren der christlichen Kirchen und die Thesen der christlichen Parteien anerkennen die Annahme des Fortschritts und der natürlichen „Gutheit“ des Menschen dagegen nicht, sondern sehen in der Demokratie — auch nach ihrer Aussöhnung mit den demokratischen Staatsauffassungen — wie in jeder anderen nur eine mögliche, nicht aber die beste Staatsform. Für sie sind alle Zeiten gleich „nah zu Gott“<sup>256)</sup> und Anfang und Ende der Geschichte durch die Eschatologie bestimmt. Der Staat ist keine durch Urvertrag von Menschen gegründete autonome Institution, sondern eine von Gott geschaffene irdische Ordnung, die viele Formen zuläßt. Die letzte Verantwortung eines Politikers besteht nach

<sup>255)</sup> Vgl. Friedrich Meinecke, „Die deutsche Katastrophe“, Wiesbaden 1946. Meinecke sagt von der nationalsozialen Bewegung Naumanns, sie sei ein wunderbarer Versuch gewesen, „die geistigen und zugleich die körperlichen und realsten Elemente des deutschen Volkes in eine Synthese zu bringen: das Christentum und den deutschen Idealismus ...“

<sup>256)</sup> Leopold von Ranke.

christlicher Auffassung nicht gegenüber dem „Volk“, einer „Volksvertretung“ oder einem „Monarchen“, sondern einzig und allein gegenüber Gott<sup>257</sup>).

Der Liberalismus des radikalen Freisinns sah in diesen christlichen Thesen eine „konservative Staatsauffassung“. Die christlichen Gruppen nach 1945 dagegen hielten die liberalen Ansichten für ein Element des Säkularismus, also einer Entwicklung, deren Fehler und Irrtümer durch zwei vorangegangene Kriege erwiesen worden seien. In diesem Sinne schrieb ein früherer Zentrumsolitiker im Jahre 1945, daß der Liberalismus — nach seiner Auffassung — politisch tot sei<sup>258</sup>).

Auf dem Hintergrund dieser Gegensätze müssen die Verhandlungen in Norddeutschland im Jahre 1945/46 gesehen werden, die um die Alternative: entweder *eine* Einheitspartei rechts von der Sozialdemokratie oder *zwei* weltanschaulich gebundene Parteien (Christliche Demokraten und Liberale Demokraten) geführt wurden — unabhängig von der Frage, welche politischen Inhalte die jeweiligen Programme haben würden.

Die politischen Gruppen, die für unsere Untersuchung Bedeutung haben, sind der „Hamburger Kreis“ — bestehend aus mehreren Gruppen, aus denen in zwei Phasen (bis zum Sommer 1946) die Christlichen Demokraten hervorgingen —, der „christlich-konservative Kreis“ um Dr. Schlange-Schöningen in Ostholstein, der sich hauptsächlich aus Heimatvertriebenen zusammensetzte, der „protestantisch-liberale Kreis der Christlichen Demokraten“ in Kiel und die Rendsburger „konservativen Christlichen Demokraten“. Daneben gab es noch weitere kleinere Gruppen, die jedoch mit der einen oder anderen schon genannten Richtung übereinstimmten und deshalb nicht näher behandelt werden brauchen.

Zwei besondere, aus dem deutschen Zusammenbruch im Jahre 1945 sich ergebende Faktoren dürfen zur Beurteilung der politischen Verhältnisse Norddeutschlands darüber hinaus nicht außer acht gelassen werden:

1. Die norddeutschen Gebiete, insbesondere die Provinz Schleswig-Holstein, waren die letzten Teile Deutschlands, die 1945 in die Hände der Alliierten fielen. Große Teile der sich auflösenden deutschen Armee waren nach dort geströmt, die letzte deutsche Regierung (Dönitz) hatte ihren Sitz in Flensburg. In Schleswig-Holstein wurden von den Alliierten nach der Kapitulation große Sperrgebiete zur Sammlung und späteren Entlassung der Kriegsgefangenen eingerichtet.

2. Seit dem Winter 1944/45 waren aus den deutschen Ostgebieten nach und nach Millionen Menschen nach dem Westen geströmt, nach Niedersachsen und

---

<sup>257</sup>) Vgl. Mausbach, „Rede über Kulturfragen in der deutschen Reichsverfassung auf dem Parteitag des Zentrums am 2. Januar 1920“. Abgedruckt in der „59. Vortragsskizze des katholischen Volksvereins 1920“.

Die Zustimmung der katholischen Kirche zur deutschen Verfassung von Weimar wird im „Hirtenbrief der in Fulda versammelten deutschen Erzbischöfe am 20. August 1920 an die Reichsregierung“ ausgesprochen.

Vgl. auch Mausbach, „Das organische Prinzip im Staats- und Gesellschaftsleben“ in „Aus katholischer Geisteswelt“, Jahrg. 1931.

<sup>258</sup>) Dr. K. Zimmermann, „Warum nicht Zentrum, sondern Sammlung der christlichen Demokraten Deutschlands?“ Archiv L. Schwering/VI/22.

vor allem nach Schleswig-Holstein. Es wird geschätzt, daß sich im Sommer 1945 in Schleswig-Holstein, das im Jahre 1939 1,5 Millionen Bewohner gezählt hatte, rund 5 Millionen Menschen aufhielten. Die Stadt Hamburg dagegen hatte als Folge der Kriegszerstörungen im Jahre 1945 wesentlich weniger Einwohner als 1939.

## **B. Der christlich-konservative Kreis in Ostholstein**

Mit der Gruppe um den Reichsminister a. D. Dr. Hans Schlange-Schöninggen trat ein Kreis zu den Christlichen Demokraten, dessen Mitglieder meist mit dem Strom der Flüchtlinge aus Ostdeutschland oder mit der sich auflösenden deutschen Armee nach Schleswig-Holstein bzw. nach Niedersachsen und Westfalen gekommen waren.

Der größte Teil dieser Gruppe war in Pommern beheimatet und lebte unmittelbar nach dem Krieg in Schleswig-Holstein. Wenn auch die Mitglieder zunächst keine unmittelbare Verbindung zu schleswig-holsteinischen politischen Kreisen und zur Geschichte des Landes hatten, so bestanden doch — sowohl für die Pommern als auch für die Schleswig-Holsteiner — in gewissen gemeinsamen Merkmalen genügende Voraussetzungen für eine Verständigung, da in beiden Gebieten die Landwirtschaft das Wirtschaftsleben und die Lebensformen eines großen Teiles der Bevölkerung beherrschte und diese zum überwiegenden Teil protestantischen Kirchen angehörte.

Kerngebiet der Gruppe war Ostholstein. Dr. Schlange-Schöninggen wohnte in Lütjenburg, sein engster Mitarbeiter, Freiherr von Senfft-Pilsach, in Breitenstein bei Plön.

Die Aktivität des engeren Kreises um Dr. Schlange-Schöninggen, zu dem auch zwei Offiziere der im Herbst 1945 noch bestehenden deutschen Feldjägerabteilungen in den Kriegsgefangenensperrzonen gehörten, beschränkte sich auf die Zeit vom September 1945 bis zum Frühjahr 1946. Die Arbeit konzentrierte sich auf drei Punkte:

1. Klärung des eigenen politischen Standortes;
2. Aufnahme von Verbindungen zu gleichgerichteten politischen Kreisen in Norddeutschland und Organisierung dieser Gruppen in einer politischen Partei;
3. Herbeiführung einer Verständigung mit ähnlich gerichteten Kräften, besonders in den westdeutschen Gebieten der britischen Besatzungszone.

Unbestrittener Leiter des Kreises war Dr. Hans Schlange-Schöninggen, ehemaliger Reichsminister im Kabinett Brüning, ein Politiker konservativer Prägung und Gegner eines reaktionären Kurses. Er und seine Freunde repräsentierten nach der sozialen Herkunft den landwirtschaftlichen Besitz, nach den augenblicklichen Verhältnissen jedoch die Kriegsgeschädigten bzw. Heimatvertriebenen. Die Maßstäbe ihres politischen Denkens und ihre Kritik des Nationalsozialismus wurden durch diese Herkunft und die gegenwärtigen Verhältnisse bestimmt.

\*

An den ersten Zusammenkünften der ostholsteinischen Gruppe nahmen nur wenige Personen teil. Außer Dr. Schlange-Schöningens, früher neben seiner Tätigkeit im pommerschen Landbund Vorsitzender der Provinzpartei und Reichstagsabgeordneter der Deutschnationalen (nach seinem Austritt aus der DNVP Mitglied der Landvolkpartei), waren Freiherr von Senfft-Pilsach, früher Kreisvorsitzender der Deutschnationalen in Pommern, sowie Major O. Skowronski, im Zivilberuf Rechtsanwalt und Notar, und Oberst von Zitzewitz anwesend.

Zu den folgenden Beratungen — besonders in Plön — kamen der ebenfalls aus dem Osten stammende Oberkonsistorialrat Professor Dr. Laag, der schleswig-holsteinische Pastor Böttger aus Plön und Graf Brockdorf-Ascheberg hinzu.

In dem Bestreben, weitere Kreise heranzuziehen, wurden neben einheimischen Kreisen auch ostdeutsche Freunde (aus Pommern und Ostpreußen) in Niedersachsen und Westfalen zur Mitarbeit gewonnen. In Westfalen stellte W. v. Rönne die Verbindung zu den westdeutschen Christlichen Demokraten her, während Hans v. Bonin-Gülzowhof und Hasso von Knebel-Doerberitz (beide aus Pommern) versuchten, hannoversche agrarische Kreise, die früher in der Deutsch-Hannoverschen Partei tätig gewesen waren, mit den Christlichen Demokraten in Hannover zusammenzuführen.

In einer weniger festen Verbindung zu Dr. Schlange-Schöningens standen der frühere Kammerpräsident R. v. Flemming aus Paatzig (Pommern) und Dr. Thiel, die sich beide um die Organisierung der Flüchtlinge bemühten. Der Herzog von Schleswig-Holstein-Augustenburg interessierte sich ebenfalls für die Bestrebungen des Kreises.

Zu den politischen Gegnern Dr. Schlange-Schöningens gehörte der frühere deutschnationale Reichstagsabgeordnete Reinhold Wulle<sup>259</sup>), der, später in Zusammenarbeit mit dem früheren deutschnationalen Minister Hergt, mit dem Plan einer konservativen Rechtspartei an die Öffentlichkeit trat. Zwischen beiden Richtungen stand v. Rohr-Demmin, früher Vorsitzender des Landbundes in Pommern.

\*

Im Herbst 1945 veröffentlichte Dr. Schlange-Schöningens neben mehreren Rundschreiben auch Auszüge aus einem Tagebuch „Am Tage danach“<sup>260</sup>), in denen er von seinem politischen Werdegang sagte, daß sein Denken immer und auch nach dem Kriege von der durch die Verbundenheit mit der Landwirtschaft

<sup>259</sup>) Reinhold Wulle gehörte der völkischen Gruppe an, die sich 1925 von Hitler trennte und im Gegensatz zu ihm blieb, obwohl ideenmäßig Gemeinsamkeiten vorhanden waren. Während der nationalsozialistischen Zeit wurde er mehrfach verhaftet. Nach dem Krieg bemühte er sich um die Gründung einer konservativen Partei. Eine Verständigung mit den Christlichen Demokraten — der Richtung Dr. Schlange-Schöningens — gelang nicht, obwohl sie von einigen politischen Kreisen angestrebt wurde. Zu den Vermittlern gehörte Prinz Oskar von Preußen. Vgl. Rudolf Pechel, „Deutscher Widerstand“, Zürich 1947, und Brief des Prinzen Oskar von Preußen an Dr. Schlange-Schöningens vom 17. Januar 1946, Archiv v. Senfft/Pilsach/133.

<sup>260</sup>) Dr. Hans Schlange-Schöningens, „Am Tage danach“, Hamburg 1946.

bestimmten „konservativen Haltung“ geleitet werde. Unter diesem Gesichtspunkt sollen einige seiner Urteile über die innenpolitischen Entwicklungen in Deutschland dazu benutzt werden, um zu zeigen, in welchen Auffassungen sich seine konservative Gesinnung im Jahre 1945 äußerte. Die Deutschnationale Partei, deren Haltung zur Zeit der Weimarer Republik primär von dem inneren Zwiespalt zwischen prinzipieller Opposition und aktiver Mitarbeit im republikanischen Deutschland bestimmt wurde, hätte nach Dr. Schlanges Auffassung eine „allumfassende, staatstragende, moderne konservative Partei“ sein sollen. Dieses Ziel habe sie aber nicht erreicht. Der Mißerfolg sei vor allem durch das Fehlen einer überragenden Persönlichkeit verursacht worden, der allein es hätte gelingen können, die verschiedenen Kräfte — die Altkonservativen und die Christlich-Sozialen, die Gewerkschaftler, die Großindustriellen und die Landwirte auf eine gemeinsame politische Linie zu bringen. Die Entwicklung kurz nach dem ersten Weltkrieg, die er nicht als Revolution aufgefaßt wissen will, da alles, „was bleiben wollte, geblieben“, und alles, „was verschwunden ist, nicht gewaltmäÙig entfernt“ worden sei, wird durch ein abgewandeltes Bismarckwort näher charakterisiert<sup>261</sup>):

„... Durch die Verhältnisse gezwungen, setzte sich das deutsche Volk zum ersten Male in seiner Geschichte selbst in den Sattel, um zu reiten, und es ritt ... Dies wurde erreicht, weil die maßgeblichen Männer jener Zeit keine Untermenschen waren, sondern kluge, ehrliche, anständige Männer ... Der Bestand des Reiches wurde gesichert. Die innere Ordnung wurde wiederhergestellt. Ein vernünftiger sozialer Aufbau wurde ermöglicht ...“

Diese Deutung der ersten Jahre der Weimarer Republik zeigt sehr scharf die Änderung der politischen Ansichten einiger deutschnationaler Gruppen — ein Meinungsumschwung, der schon gegen Ende des Kaiserreiches unter einem Teil der Konservativen Platz gegriffen hatte.

Für die Rettung des Staates nach dem zweiten Weltkrieg hoffte Dr. Schlange-Schöningen nun auf die „Besonnenheit“ der Kräfte, die 1918 schon einmal den Bestand des Reiches gesichert hätten:

„... Vielleicht steht in der Stunde der höchsten Not noch einmal die monumentale Gestalt des feldgrauen Soldaten des ersten Weltkrieges auf, des unbekanntten, immer opferbereiten, um dem bedrängten Vaterland einen letzten Dienst zu tun, und vielleicht tritt ihm zur Seite noch einmal der ‚vaterlandslose Geselle‘, der ehemalige Gewerkschaftler, den man zwar verbannt und verdammt, aber hoffentlich trotzdem nicht vernichtet hat, um noch einmal — wie 1918 — durch seine disziplinierte Besonnenheit seine aus tiefster Seele geliebte Heimat zu retten ...“

Das politische Leben in Deutschland sollte an dem Versuch der Selbstregierung nach 1918 wieder anknüpfen, der — „obwohl er mißlungen war — doch der richtige Weg“ gewesen sei. Es komme jedoch nicht so sehr auf eine Reorganisation der deutschen Reichsverfassung, sondern auf eine „Reformation der deutschen Geistesverfassung“ an.

<sup>261</sup>) Dr. Hans Schlange-Schöningen, a.a.O., S. 20.

Es kann somit festgestellt werden, daß Dr. Schlanges politisches Denken und Tun im Jahre 1945 darauf abzielte, den Bestand des Reiches mit Hilfe der „Besonnenheit“ und „eines letzten Dienstes“ der Gewerkschaftler (Dr. Spiecker nennt dieselbe Gruppe „staatbewußte Sozialisten“) und der Soldaten zu erhalten. In ihnen sah er auch diejenigen, die nach dem ersten großen Krieg die aufbauende Arbeit geleistet hätten. Den Untergang der Monarchie in Deutschland dagegen führte er nicht auf eine Revolution, sondern auf die Fehler der deutschen Heeresleitung zurück.

\*

Ende August 1945 erörterten Dr. Schlange-Schöningen, Freiherr v. Senfft, Oberst v. Zitzewitz und Major Skowronski nach vorangegangenen allgemeinen politischen Gesprächen<sup>262)</sup> auch parteipolitische Fragen. Das Ergebnis faßte v. Senfft am 1. September 1945 in einem Memorandum zusammen, in dem er die verschiedenen Möglichkeiten zur Realisierung parteipolitischer Pläne gegeneinander abwog und bestimmte Wege vorschlug<sup>263)</sup>.

Für die Gruppe handelte es sich darum, die christlichen (im Konzept ursprünglich: evangelischen), konservativen und vielleicht auch rechtsliberalen Kreise politisch neu zu organisieren. Alle Pläne in dieser Richtung waren ihrer Auffassung nach im damaligen Zeitpunkt an die Beachtung von drei Voraussetzungen gebunden:

1. „... Das Erwachen des politischen Lebens und eine aktive politische Arbeit in Deutschland sind um so notwendiger und dringender, als mangels einer deutschen Regierung jedes andere autorisierte Sprachrohr eines neuen innen- und außenpolitischen Willens des deutschen Volkes fehlt und bis auf weiteres — vielleicht auf sehr lange Zeit — fehlen wird ...“

2. Bekannt war die Zulassung von drei bzw. vier Parteien durch die Militärregierung, nämlich des Zentrums, der Sozialdemokratischen und der Kommunistischen Partei. Die Bildung einer „demokratischen Partei“ wurde erwartet.

3. Es mußte beachtet werden, daß

„... jede politische Betätigung oder jede irgendwie geartete Neugründung oder Organisation der Genehmigung durch die Militärregierung bedarf ...“

Notwendig war daher, einleitende Schritte nach drei Richtungen hin zu unternehmen:

1. Bei der Militärregierung mußte in Erfahrung gebracht werden, in welchem Umfang und mit welchen politischen Zielen und Tendenzen weitere Parteien zugelassen würden.

2. Von der Zentrumsparlei, deren erfolgte Wiedergründung man als sicher annahm, wollte man wissen, ob sie ihren

<sup>262)</sup> Die politischen Lageberichte v. Senffts beginnen am 14. August 1945 und behandeln zunächst nur außen- und gesamtpolitische Fragen. Erst später werden die Probleme der Neugründung politischer Parteien aufgenommen.

<sup>263)</sup> Archiv v. Senfft/I/157.

„... katholischen, ultramontanen Charakter beibehalten würde, oder ob sie als konfessionell ungebundene christliche Partei neu entstehen würde, in der die evangelischen Christen und die Konservativen protestantischen Bekenntnisses an der Seite der Zentrumskräfte ihren Platz finden könnten ...“

3. Die Sozialdemokratie sollte sich dahin äußern, ob sie christlich, tolerant oder kirchenfeindlich orientiert, ob national oder international, wie die Stellung zum Privateigentum und vor allem wie das Verhältnis zu den Kommunisten sein würde.

Für den Fall, daß keine weiteren Parteien zugelassen werden sollten, sah das Memorandum für die nichtkatholischen deutschen Wähler, die bisher rechts von der Sozialdemokratie gestanden hätten, nur die Möglichkeit, sich für das Zentrum oder für die Sozialdemokratie zu entscheiden — vorausgesetzt, daß sie überhaupt politisch wieder tätig werden wollten. Eine politische Inaktivität wurde jedoch als verhängnisvoll verurteilt. Die Klärung der oben erwähnten Fragen sei deshalb auch von „größter Wichtigkeit“.

Falls sich aber noch Möglichkeiten für weitere Parteigründungen ergeben sollten, standen nach Auffassung v. Senffts die christlich-konservativen Kreise vor folgenden Fragen:

„... Sollen wir eine christlich-konservative Partei gründen? Sie wäre im demokratischen Deutschland nicht weniger möglich als im demokratischen England — vorausgesetzt, daß sie die demokratische Staats- und Regierungsform wie in England vorbehaltlos anerkennt. ... Oder sollen wir im Interesse der Vermeidung einer Zersplitterung der christlichen, rechtsstehenden Kreise beider Konfessionen auf die Neugründung einer konservativen Partei verzichten? Voraussetzung dafür wäre die Lösung des Zentrums von jeder katholisch-konfessionellen Bindung, d. h. eine Erweiterung zur christlichen Partei. Eine Sammlung aller christlichen und konservativen Elemente in einer großen Zentrumspartei hätte natürlich viel Verlockendes, aber man darf sich keiner Täuschung darüber hingeben, daß der eigentliche Charakter einer politischen Rechten mit ihren wichtigen Aufgaben auch im demokratischen Staat dann zum mindesten stark verwischt sein würde ...“

Aus allen diesen Gründen empfahl Freiherr von Senfft in seinem Memorandum folgendes Vorgehen:

1. Es sollte die Zulassung einer „konservativen Partei“ beantragt werden.
2. Wenn dieser Schritt unmöglich sei, sollte der Versuch unternommen werden, das Zentrum zur Lösung seiner katholischen Bindung zu bewegen, um sein Zusammengehen mit den evangelisch-konservativen Kreisen möglich zu machen.
3. Wenn auch dieser Schritt mit einem Mißerfolg enden würde, sollte die als äußerst schwierig betrachtete Frage geprüft werden, ob ein Zusammengehen mit den bürgerlich-liberalen, demokratischen Gruppen in einer „demokratischen Partei“ in die Wege geleitet werden könne.

Da es sich bei der Gruppe meist um Flüchtlinge aus Ostdeutschland handelte, wurde selbstverständlich auch die Frage einer Flüchtlingspartei diskutiert. Dazu schrieb Dr. Schlange am 31. Oktober 1945<sup>264</sup>):

<sup>264</sup>) Rundschreiben Nr. 1. Archiv v. Senfft/I/16.

„... Da wir grundsätzlich jede ‚Interessenten-Partei‘, wie wir sie bis zum Überdruß in Deutschland in der Weimarer Republik erlebt haben, ablehnen, würden wir auch eine politische Flüchtlingspartei scharf bekämpfen. Sie muß zwangsläufig zum Radikalismus führen, weil keine Führung einer solchen Partei in unserem zerschlagenen Vaterland die Wünsche ihrer Wähler auch nur annähernd befriedigen kann. Das Erbe würde schließlich der Kommunismus antreten. Es ist selbstverständlich, ich möchte sagen, heilige Pflicht unserer Christlich-Demokratischen Partei, sich in erster Linie mit aller Energie des Flüchtlingsproblems als eine der brennendsten deutschen Fragen überhaupt anzunehmen ...“

Als Dr. Schlange etwas später in Hamburg auf die ersten Ansätze einer Flüchtlingspartei stieß, versuchte er alles, diese schon im Keim zu ersticken.

\*

Das Memorandum vom 1. September 1945 wurde am 25. September durch einen an Dr. Schlange-Schöningen gerichteten ausführlichen Brief v. Senffts ergänzt bzw. korrigiert. In der Zwischenzeit hatten sich folgende Entwicklungen angebahnt:

Mit Hilfe von Kraftwagen der deutschen Feldjägereinheiten, die damals noch im holsteinischen Gebiet lagen, hatten Dr. Schlange, v. Senfft und die beiden Offiziere Verbindung zu politischen Freunden aus ihrer Heimat und zu einheimischen Kreisen aufgenommen — so zu Professor Dr. Laag, Graf Brockdorf-Ascheberg und Pastor Böttger-Plön. Ferner waren sie auch mit einer Kieler Gruppe und über diese mit dem von Berlin nach Rendsburg zurückgekehrten Theodor Steltzer, der in Berlin Mitgründer der CDU gewesen war, zusammengekommen. In Hamburg wurden sie sodann durch den Kaufmann Otto Wendt (früher deutschnational und Stahlhelm) über die Entwicklung der hansischen Christlichen und Freien Demokraten unterrichtet. Und schließlich waren sie über die Haltung der britischen Militärregierung zur Frage einer konservativen Partei informiert worden.

Mehrere der in dem Memorandum aufgeworfenen Fragen waren somit schon beantwortet.

Über die Entwicklung in Westdeutschland waren inzwischen auch wohl einzelne Nachrichten eingetroffen. Am 15. September schrieb v. Senfft in einem politischen Lagebericht, daß das von der Militärregierung in Westdeutschland zugelassene Zentrum laut Rundfunkbericht vom 13. September beschlossen habe, seine konfessionelle Bindung aufzugeben und sich als rein politische Partei zu konstituieren.

Ende September erfuhr Dr. Schlange aus Hamburg<sup>265</sup>), daß dort der Versuch, eine verbreiterte Sozialdemokratie zu schaffen, an den Sozialdemokraten selbst gescheitert sei, und nun bestimmt eine demokratische (liberale) Partei kommen werde. Die Christlichen Demokraten hätten sich sehr bemüht, aber man erblicke

<sup>265</sup>) Brief von Otto Wendt an Dr. Schlange-Schöningen vom 24. September 1945. Archiv v. Senfft/101.

in ihnen vielfach eine Tarnung des Zentrums. „Wenigstens erfreut sie sich bei uns nicht vieler Sympathien — im Gegenteil liegt die SPD näher.“

Inzwischen führten Dr. Schlange-Schöninghen und seine Freunde mit Professor Dr. Laag, Graf Brockdorf-Ascheberg und Pastor Böttger am 18. September im Flüchtlingslager Plön-Stadtheide eine erste Parteibesprechung, während der sie einen Aufruf für eine „Christlich-Soziale Aufbau-Partei“<sup>266)</sup> verfaßten.

Das Ergebnis dieser Nachrichten und Verhandlungen und deren Auswirkungen auf die ursprünglichen Pläne faßte v. Senfft in dem bereits erwähnten Brief vom 25. September — einen Tag vor der Zusammenkunft mit der Kieler Gruppe in Kiel — wie folgt zusammen<sup>267)</sup>:

„... Eigentlich haben alle vernünftigen Menschen rechts von der Sozialdemokratie nur die eine große Sorge, daß mehrere sogenannte bürgerliche Parteien entstehen und damit einer neuen Zersplitterung den Weg bereiten könnten. Andererseits begegnet man allgemein dem Wunsch, rechts von der Sozialdemokratie nur eine große Sammelpartei zu bilden. Flemming (vgl. S. 159) ging — wie gesagt — so weit, daß er einen Generalzusammenschluß einschließlich der Sozialdemokraten gegen die Kommunisten für erwünscht hielt, sich dann aber meiner Auffassung der Zweckmäßigkeit einer Dreiteilung anschloß. Der Landrat von Plön fragte mich gestern nebenbei, weshalb wir eigentlich noch eine besondere Rechtspartei gründen wollten. Er bereitete mich darauf vor, daß die beiden Herren, die wir morgen in Kiel sprechen werden (Schröter und Prof. Dr. Becker; Anm. d. Verf.), nur eine große Partei rechts von der Sozialdemokratie anstrebten.

Ich habe diese Dinge in den letzten Tagen mir unentwegt durch den Kopf gehen lassen und heute mit Zitzewitz und Skowronski darüber gesprochen. Nachdem sich die beiden Herren meiner Auffassung angeschlossen haben, scheint mir der Gedanke gar nicht mehr so abwegig zu sein. Ich darf Ihnen deshalb in Form eines Vorschlages wie folgt vortragen:

Schon jetzt bei der kreisweisen Organisation der politischen Parteien muß es unser Ziel sein, nur eine große christliche Sammelpartei rechts von der Sozialdemokratie aufzuziehen. Wir können das hier in Schleswig-Holstein mit um so größerer Berechtigung, als es das ehemalige Zentrum so gut wie nicht gegeben hat; im wesentlichen würde es sich um die Einigung der früheren Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und der Demokraten handeln. Diese müßte auf der Basis unseres bereits fertigen Programms (d. h. des Aufrufes vom 18. September; Anm. d. Verf.) ohne weiteres möglich sein. Als Namen schlage ich in Anlehnung an die Erfindung des Pastors Böttger (am 18. September in Plön-Stadtheide; Anm. d. Verf.) bzw. des Berliner Zentrums (d. h. der Berliner CDU; Anm. d. Verf.) vor:

Christlich-Demokratische Einigungspartei.

Zur weiteren Begründung darf ich folgendes anführen:

Wenn wir jetzt eine Rechtspartei aufziehen, ohne die Demokraten zu berücksichtigen, müssen wir mindestens mit einer weiteren bürgerlichen Partei rechnen. Das ist schon der Beginn einer Zersplitterung. Außerdem kennen wir zur Genüge die Schwerfälligkeit und das Beharrungsvermögen eines Parteiapparates, wenn er erst einmal mit seinen Organen, seiner Finanzierung, seinen Mitgliederbeiträgen usw. fertig dasteht. Dazu kommt noch äußerlich hemmend und erschwerend der ganze bürokratische

<sup>266)</sup> Archiv v. Senfft/34.

<sup>267)</sup> Archiv v. Senfft/36.

Apparat der Militärregierung. Man braucht ja nur die Verfügung Nr. 12 über Neugründungen deutscher Parteien zu studieren. Es wird ungeheuer schwer sein, später aus zwei Parteien auf der Rechten eine zu machen. Zumindest erfordert es viel Arbeit und Zeit. Ich glaube, daß z. B. in Gegenden, in denen das Zentrum dominiert, nach dessen Trennung von einer konfessionellen Bindung von vornherein nur eine Sammelpartei auf der Rechten entstehen wird. Es dürfte für die große Fusion innerhalb ganz Deutschlands die beste Voraussetzung sein, wenn deshalb im Kreise Plön und in der Provinz Schleswig-Holstein ein Übergangsstadium vermieden und gleichzeitig das große Ziel der Vereinigung aller Kreise rechts von der Sozialdemokratie in einer Partei angestrebt wird . . .“

Freiherr v. Senfft schlug daher vor, innerhalb der nächsten 14 Tage mit den Hamburgern und den übrigen Schleswig-Holsteinern in Plön eine Konferenz abzuhalten, die die Wege für das angestrebte Ziel ebnen sollte. Zu dieser Konferenz kam es dann aber erst Ende Oktober 1945 (vgl. S. 180 f.).

Die ursprüngliche Konzeption vom 1. September, durch die neben den schon als bestehend angenommenen Parteien KPD, SPD und Zentrum sowie neben einer möglichen liberal-demokratischen Partei auch eine konservative Rechtspartei auf demokratischer Grundlage angestrebt wurde, war bis zum 25. September entscheidend umgewandelt worden. Ausgangspunkt der politischen Überlegungen war nun der Wille zur Vereinigung aller Gruppen rechts von der Sozialdemokratie auf christlicher Basis. Die Verwirklichung dieser angestrebten „Christlichen Demokratie“ sollte in zwei Phasen vorgenommen werden:

1. Sammlung aller entsprechenden Kräfte in Hamburg und Schleswig-Holstein, d. h. Verständigung mit den früheren Demokraten, der früheren Deutschen Volkspartei und den Deutschnationalen.

2. Vereinigung mit der aus dem früheren Zentrum hervorgegangenen Christlich-Demokratischen Partei Westdeutschlands.

Damit hatte sich in dem Kreis um Dr. Schlange-Schöningen der Gedanke der konservativen Partei mit dem der Sammlung aller christlichen Kräfte und dem der Sammlung rechts von der Sozialdemokratie, d. h. mit dem des Zusammenschlusses der früheren liberalen, konservativen und Zentrumskräfte, verbunden. Offen mußte dabei die Frage bleiben, welche Gesichtspunkte in der nun zu gründenden Partei das Übergewicht besitzen würden.

\*

Am 26. September 1945 trafen Dr. Schlange-Schöningen, Freiherr v. Senfft, Studienrat Schröter und Professor Becker<sup>268</sup>) in Kiel zusammen. Diese Besprechungen zwischen der christlich-konservativen Plöner Gruppe und den bürgerlich-liberalen Kielern (vgl. S. 174 f.) führten zur Koordinierung der nun gemeinsam durchzusetzenden Parteipläne. Der damalige Präsident der Kieler

<sup>268</sup>) Karl Schröter, Studienrat i. R., Kiel, war bis 1933 Vorsitzender der Deutschen Volkspartei in Schleswig-Holstein. Prof. Dr. Otto Becker, Ordinarius für Mittlere und Neuere Geschichte an der Universität Kiel, gehörte früher der Deutschen Demokratischen Partei an.

Industrie- und Handelskammer, Dr. Goldschmidt, schrieb wenige Tage später an Dr. Schlange-Schöninge:

„... Es hat mir außerordentlich leid getan, daß ich Sie bei Ihrem vorgestrigen Besuch in Kiel nicht habe sprechen können. Herr Dr. Knapp, Bankhaus Ahlmann, hat mir über Ihren Besuch berichtet. Damit die beabsichtigte Parteigründung von vornherein in die gewünschte Bahn kommt, wäre ich Ihnen sehr verbunden, wenn sie sich in dieser Angelegenheit möglichst mit Herrn Professor Dr. Otto Becker, Kiel, ... in Verbindung setzen könnten. Herr Professor Becker ist der Verfasser des geplanten Parteiprogramms (vgl. S. 175 f) und daher am besten in der Lage, unsere Ziele mit Ihren Wünschen abzustimmen ...“

Nach weiteren Verhandlungen berichteten Dr. Schlange-Schöninge und v. Senfft anlässlich der Einberufung zu der überlokalen Plöner Tagung am 30. Oktober den ersten Verhandlungspartnern (Laag, Böttger, Brockdorf-Ascheberg) am 20. Oktober<sup>269)</sup>:

„... Die verschiedenen Vorbesprechungen der letzten Wochen haben dazu geführt, daß sich die ehemaligen größeren Parteien der Provinz Schleswig-Holstein — Deutsch-nationale, Deutsche Volkspartei, Demokraten — unter dem Namen ‚Christlich-Demokratische Aufbau-Partei‘ auf der Grundlage des am 18. September in Plön-Stadtheide beschlossenen Sammelrufs vereinigt haben.

Wenn sich trotzdem Splittergruppen rechts von der Sozialdemokratie bilden sollten, so dürften sie von vornherein zur Bedeutungslosigkeit verurteilt sein und kaum die Genehmigung der britischen Militärregierung erhalten, nachdem führende Männer der früheren großen Parteien, wie Admiral Meurer, Dr. Rasmuss (später Gründer einer konservativen Partei; Anm. d. Verf.), Schröter (Kiel), Professor Becker, Landesbischof a. D. Rendtorff<sup>270)</sup>, Landrat Steltzer, Rendsburg, u. a. ihre Entscheidung getroffen haben ... Die Plöner Versammlung soll gewissermaßen den richtunggebenden Auftakt für die Gründung der Partei auch in den anderen Kreisen, in Kiel und in den Hansestädten geben ...“

\*

Nach den Verhandlungen mit Hamburger und schleswig-holsteinischen Kreisen hatte Dr. Schlange seine am 1. September entwickelte Konzeption der anzustrebenden politischen Partei erheblich geändert. Mit den anderen politischen Parteien — der KPD und der SPD — würde sich nach Realisierung der Pläne ein Parteiensystem ergeben, das seiner Auffassung nach etwa so aussehen würde: auf dem linken Flügel die Kommunisten, mit denen zusammenzuarbeiten er nicht gewillt war, in der Mitte eine Sozialdemokratie, die sich zum Teil von marxistischen Lehren entfernt hatte und ebenfalls im Gegensatz zu den Kommunisten stehen würde, rechts dann die Christlichen Demokraten, die mit der Sozialdemokratie zusammenzuarbeiten gewillt seien<sup>271)</sup>.

Während mit den früheren Liberalen, vor allem mit den Kielern, bereits Verhandlungen geführt wurden, konnten sich die Pläne über eine Zusammenarbeit

<sup>269)</sup> Archiv v. Senfft/67.

<sup>270)</sup> Die Stellungnahme des früheren Landesbischofs war schwankend. Vgl. dazu S. 170 f.

<sup>271)</sup> Rundschreiben Nr. 1 vom 31. Oktober 1945. Archiv v. Senfft/87.

mit den westdeutschen früheren Zentrumskräften nur auf einige unsichere Nachrichten und Gerüchte stützen. Wie urteilte nun Dr. Schlange in der Frühzeit über diese Frage?

Unter der „Christlich-Demokratischen Union“ verstand er die katholischen „Christlichen Demokraten“. Von einer interkonfessionellen Christlich-Demokratischen Partei hatte er noch nichts gehört. Das vorläufige Verhältnis würde und sollte sich nach seiner Auffassung (Ende Oktober 1945) so entwickeln:

„... Die CDU entspricht in den überwiegend katholischen Landesteilen unserer im überwiegend protestantischen Norden entstandenen Christlich-Demokratischen Aufbau-Partei. Beide lehnen eine konfessionelle Bindung ab. Ein späterer Zusammenschluß scheint daher durchaus im Bereich des Möglichen zu liegen und würde unserem Ziel einer Sammlung aller Kreise rechts von der Sozialdemokratie, damit zugleich einer parlamentarischen und politischen Dreiteilung in Rechte (Christliche Demokraten), Mitte (Sozialdemokraten), Linke (Kommunisten) entsprechen.

Für die christlichen Kirchen und das christliche Ethos in der Gesamthaltung des neuen Deutschlands könnte es nur förderlich sein und nützlich, wenn die beiden großen christlichen Konfessionen in einer politischen Partei vereinigt werden könnten. Ob und wann sich ein solches Ziel einmal erreichen läßt, kann im Anfangsstadium der kreisweisen Bildung politischer Parteien nicht vorausgesagt werden. Es muß aber aufgezeigt werden, um von vornherein eine gegensätzliche Entwicklung zu verhindern. Zunächst sind beide Parteien berechtigt, ja unentbehrlich, weil ein bedeutender Teil der evangelischen Wählerschaft in der Christlich-Demokratischen Union trotz ihrer Lösung von der ultramontanen Bindung das alte Zentrum erblickt und sie aus diesem Grunde ablehnt.

Für uns ergibt sich aus diesen Erkenntnissen heraus zwangsweise folgender Weg: In den rein katholischen Gegenden wäre es unter heutigen Verhältnissen sinnlos, neben der CDU unsere CDAP aufzuziehen. Wir erwarten umgekehrt den gleichen Standpunkt auf seiten der CDU in rein evangelischen Gegenden. Den dortigen wenigen Wählern anderer Konfessionen steht der Weg in eine der vorhandenen dieser beiden Parteien offen. Überall, wo die beiden Konfessionen mehr oder weniger stark auftreten, haben zunächst beide Parteien ihre Berechtigung. Ihre gegenseitige Parole muß absoluter Burgfriede sein. In diesem Sinne steht eine Fühlungnahme führender Männer bevor ...“

Es kann also geschlossen werden, daß es Dr. Schlange letzten Endes nicht auf ein Nebeneinander von zwei christlichen Parteien ankam, sondern daß er die verschiedenen Namen in der Anfangsperiode zunächst für notwendig erachtete, um zu dokumentieren, daß tatsächlich Kräfte beider Konfessionen den angestrebten politischen Zusammenschluß trugen und wünschten. Diese Auffassung teilte er auch den verschiedenen Gruppen in Norddeutschland durch Rundschreiben mit. Es wird damit gleichzeitig ein Hinweis gegeben, daß in seiner Plöner Gruppe überlokale Gesichtspunkte und Interessen im Vordergrund standen.

\*

Für die praktische politische Arbeit legte Dr. Schlange in seinen Rundbriefen gewisse Grundzüge fest. Innenpolitisch sollte die Partei nach der verantwort-

lichen Führung und nicht nach der Opposition streben. Die Möglichkeit einer Koalition mit den Sozialdemokraten wurde in Aussicht genommen.

Eine Zusammenarbeit mit der Militärregierung wurde für notwendig erachtet. Gemeint waren damit aber nur die westlichen Besatzungsmächte, in erster Linie die Engländer. Eine gleiche Haltung gegenüber der sowjetischen Militärregierung wurde abgelehnt. Diese unterschiedliche Wertung der einzelnen Besatzungsmächte resultierte aus den außenpolitischen Auffassungen, über die einzelne politische Lageberichte und mehrere Briefe v. Senffts — wahrscheinlich in Übereinstimmung mit Dr. Schlange geschrieben — Auskunft geben. Die damit bezogene Stellung in außenpolitischen Fragen wirkte wiederum zurück auf die Haltung in der Flüchtlingsfrage, in der nicht nur ein innerdeutsches Problem, sondern wegen der anzustrebenden Rückwanderung auch ein außenpolitisches gesehen wurde.

Nach Auffassung der Gruppe um Dr. Schlange-Schöningen gab es drei Tatsachen, von denen die Position Deutschlands bestimmt wurde:

1. Der Zusammenbruch Europas habe zwei Machtblöcke geschaffen, die sich nun über die Teilung der Erde in Einflußsphären auseinandersetzen würden, während alle anderen politischen Gebilde sich für die eine oder andere Seite entscheiden müßten.

„... Das deutsche Volk hat durch die Völkerwanderung vom Osten aus der Gefahr des anstürmenden Bolschewismus nach Westen in die Arme des angloamerikanischen Feindes eindeutig für den Westblock optiert und den Angloamerikanern damit eine hohe geschichtliche Verantwortung zugeschoben, die leider zunächst in keiner Weise erkannt wird ...<sup>272)</sup>“

In den ersten Berichten der Gruppe wurde auch davon gesprochen, daß die Notwendigkeit deutscher politischer Parteien deshalb besonders bestand, weil keine deutsche Regierung vorhanden sei, die den Besatzungsmächten gegenüber deutsche Auffassungen vertreten könnte, diese Funktion also von den Parteien provisorisch übernommen werden müßte. Es ist anzunehmen, daß dabei an die oben dargestellten Auffassungen über die politischen Aufgaben der Westmächte in Deutschland gedacht wurde und die Gruppe nun versuchte, ihre Ansichten auch gegenüber den britischen Behörden geltend zu machen. In den geschichtlichen Zusammenhang gestellt, bedeutet diese Interpretation der politischen Weltlage und der deutschen Situation, dieses Verlangen einer Option jedes Staates für den einen oder anderen Block, die Absage an die Möglichkeit einer deutschen „Rapallo-Politik“.

2. Es bestehe kein Zweifel, daß die Westmächte eine friedliche Lösung „unter aufmerksamer Vorbereitung auf die andere Möglichkeit“ anstreben würden.

---

<sup>272)</sup> Politische Lageberichte, verfaßt von Frhr. von Senfft/Pilsach, zusammengefaßt unter dem Titel „Quo usque tandem?“ Archiv v. Senfft/l.

Brief des Frhrn. von Senfft/Pilsach an W. H. Kuhle, Rechtsanwalt in Reinfeld/Holstein, vom 5. Januar 1946. Archiv v. Senfft/91.

### 3. Offenbar sei, daß

„... angesichts der klaffenden Gegensätze, die eigentlich auf allen Gebieten des Lebens zwischen den beiden Machtblöcken vorhanden sind, und die eine Lösung der vielen brennenden Nachkriegsprobleme außerordentlich erschweren ...“

die weitere Entwicklung sehr langsam vorangehen würde. Wenn auch diese „langsame“ Entwicklung Deutschland sehr behindere, so sei es dennoch notwendig, sich anzupassen, wenn überhaupt eine Aussicht bestehen sollte, das Flüchtlingsproblem durch die Rückwanderung zu lösen. „Wir können den Weg (zur Rückkehr der Flüchtlinge; Anm. d. Verf.) nur mit England gehen, oder wir werden ihn gar nicht gehen ...“ Die Lösung des Vertriebenenproblems durch eine Rückwanderung kann also nur dadurch erfolgen, daß Deutschland sich in die westliche Mächtekonstellation gegen Rußland einordnet und „mit England“ zusammengeht.

Von dieser durch die Frage der deutschen Ostgebiete beherrschten außenpolitischen Konzeption her ist dann auch die These für die Innenpolitik: Zusammenarbeit mit der britischen Besatzungsmacht! zu erklären. Andererseits wird auch die These: Gegen die Kommunisten, mit den Sozialdemokraten (und der Labour-Regierung in England) durchaus verständlich.

\*

Der Name der Partei war in den norddeutschen Gruppen nicht weniger umstritten als in Westdeutschland und Berlin. In Westdeutschland standen die Anhänger des Zentrums denen gegenüber, die eine neue Bezeichnung verlangten. Einmütigkeit herrschte jedoch über das Wort „Christlich-...“. In Norddeutschland dagegen war gerade dieser Teil des Namens starker Kritik ausgesetzt, und zwar von zwei Seiten:

1. Die Liberalen machten grundsätzliche Einwendungen, wodurch dann aber eine Gefahr für das Programm der Sammlung rechts von der Sozialdemokratie auftauchte. Die norddeutschen „Christlichen Demokraten“ standen somit vor der Alternative, entweder als „Christliche Demokraten“ mit dem früheren Zentrum oder als „Freie Demokraten“ mit den früheren Liberalen zusammenzugehen.

2. Kirchliche Kreise (Laien und Theologen) machten mit theologischen Erwägungen begründete Einwendungen geltend.

Dr. Schlange schrieb am 31. Oktober 1945 zu dieser Frage, daß er, obwohl von einigen Kreisen, die mit dem Sammlungsgedanken und dem Programm der Partei einverstanden seien, daran Anstoß genommen werde, doch an dem Ausdruck „Christlich-...“ festhalte, da „die erste Forderung unseres Programms ein ‚christlicher Staat‘“ sei. Diese Forderung bedeute aber für die Partei, daß sie ihren ganzen Einfluß für die Unterstützung und Förderung des Christentums und seiner Kirchen in Deutschland einsetzen müsse. Sie weise auch darauf hin, daß ihre Anhänger davon überzeugt seien, daß

„... die letzte Ursache des deutschen Zusammenbruchs im Abfall des deutschen Volkes von Gott liege, ... weil das deutsche Volk sich anderen Göttern, nämlich einer hemmungslosen Menschenvergottung zuwandte. Solche Völker verlieren einfach den Maßstab, an dem die Gültigkeit menschlicher Sitten- und Rechtsgrundsätze zu messen sind. Die deutsche Seele hat verlernt, zwischen Gut und Böse zu unterscheiden, weil sie die Gebote Gottes verletzt hatte, und weil darum ein anderes Wertsystem in das entstandene Vakuum gepreßt werden konnte ... Auf diesem Weg kann nur die Kirche Führerin sein ... Wer diese Erkenntnis und ihre Konsequenzen ablehnt, steht bei uns nicht vor der richtigen Tür ...“

Mit dieser Erklärung über die Ausgangsposition mußte, weil mit einer gleichmäßigen Anerkennung bei den Kräften „rechts von der Sozialdemokratie“ nicht gerechnet werden konnte, in Kauf genommen werden, daß der Sammelruf eine Einschränkung in bezug auf die Liberalen und theoretisch eine Ausdehnung nach „links“ (religiöse Sozialisten) erfuhr.

Für die ausdrückliche Verwendung des Begriffes „Christlich-...“ sprachen sich einem Briefe v. Senffts zufolge u. a. auch der frühere Hamburger Bürgermeister Dr. Burchard-Motz<sup>273</sup>), der frühere Landesbischof D. Rendtorff und Th. Steltzer aus.

Diesem Hinweis v. Senffts, Rendtorff habe den Bestandteil „Christlich-...“ im Namen der Partei befürwortet, muß jedoch eine einschränkende Bemerkung hinzugefügt werden, die in einem Brief Professor Rendtorffs aus der gleichen Zeit enthalten ist<sup>274</sup>). Er äußert darin mit allem Nachdruck Bedenken gegen den Namen und begründet seine Haltung wie folgt:

„... Jede Partei, die unseres Volkes Bestes will, sollte dabei mithelfen, daß wir wieder Glaubensgrund im christlichen Sinne unter die Füße kriegen, in Haus und Schule und im öffentlichen Leben ...“

Jede Partei müsse, wenn sie aufbauen wolle, um die Menschen bewußter christlicher Haltung werben, sie zur aktiven Mitarbeit gewinnen. Rendtorff lehnt den Namen „Christlich-Demokratische Union“ ab, weil er die Christen auf eine Partei beschränken würde, während doch grundsätzlich von allen Parteien die Anerkennung christlicher Lehren verlangt und gewünscht werden müsse. Außerdem weist er darauf hin, daß es wohl einen christlichen Staatsmann, einen christlichen Staatsgedanken, aber keine christliche Partei geben könne. Er fragt zweifelnd, ob es letzten Endes für die Kirche tragbar sei, daß eine Partei, eine von vielen, den Anspruch erhebe, christlich zu sein, und daß diese Partei nun die Christenheit mit all ihren politischen Dingen, Spannungen usw. belaste.

Felix Miller, der erste Geschäftsführer der Christlichen Demokraten in Plön, sowohl durch seinen Glauben als auch durch seine damalige Tätigkeit im Evangelischen Hilfswerk mit den Belangen der Kirche eng verbunden, äußerte in

<sup>273</sup>) Dr. Burchard-Motz gehörte zu der Gruppe der Hamburger Christlichen Demokraten, die mit Dr. Schlange eng zusammenarbeitete.

<sup>274</sup>) Brief an Prof. Dr. Otto Becker, Kiel, im Herbst 1945. Archiv Prof. Becker/4.

einem Brief an v. Senfft<sup>275</sup>) ebenfalls Bedenken gegen die Verwendung des Wortes „Christlich-...“, weil

„... christlich tiefer empfindende Menschen unangenehm davon berührt werden, daß Christi Name mit einer politischen Partei verbunden und damit in den unvermeidlichen Meinungsstreit hineingezogen wird, ... und ... unchristliche Menschen (die Mehrheit unseres Volkes; Anm. von Miller) sich wegen der christlichen Bindung der Partei, bzw. ihrer Führer, einer anderen Partei anschließen werden ...“

Die Kritik der kirchlich gebundenen Kreise wandte sich somit nicht gegen die Verbindung des Glaubens mit der Politik, sondern forderte diese vielmehr für alle Parteien. Aus dem gleichen Grunde wandten sich jedoch einige Gruppen gegen die Beschränkung der Christen auf eine Partei, was durch den Namen zum Ausdruck komme, und sprachen vom „Mißbrauch des Namens Christi“. Geltend gemacht wurde auch, daß durch die Beschränkung auf christliche Kreise einige Volksteile, die man ansprechen wolle, zurückgestoßen würden.

Als dann im Januar 1946 der Landesverband der späteren schleswig-holsteinischen Christlichen Demokraten gegründet wurde, stimmte die Mehrheit (einschließlich der Kieler und der Rendsburger Gruppe, während der Kreis um Dr. Schlange-Schöningen nicht vertreten war; Dr. Dr. Pagel, Bad Segeberg, hielt an dem Namen „Christlich . . .“ fest) für den Namen „Demokratische Union“ und trennte sich damit von den übrigen Christlichen Demokraten. Für diese dann später revidierte Entscheidung wurden verschiedene Gründe geltend gemacht. Zu der Kritik der kirchlichen Kreise (Prof. Becker verlas den bereits zitierten Brief des Landesbischofs) kamen die Einwendungen der Gruppen, die bei der Annahme des Namens „Christlich-...“ ausscheiden und sich zu einer liberaldemokratischen Partei vereinigen wollten, hinzu. Sodann erklärte auch ein Teil derjenigen, die ursprünglich für den Namen „Christliche Demokraten“ eingetreten waren, daß unklar gewesen sei, ob das wiedergegründete Zentrum oder die westdeutschen Christlichen Demokraten sich in der katholischen Bevölkerung durchsetzen würden. Wenn nämlich das Zentrum wieder als die stärkste Partei im Westen auftreten würde, sei die Christlich-Demokratische Partei eine rein evangelische Partei und als solche kaum lebensfähig. Deshalb sollte erst nach Klärung dieses Problems die Namensfrage endgültig entschieden werden<sup>276</sup>).

Die gleichen taktischen Gesichtspunkte bei der Entscheidung über den Namen wurden auch von Dr. Schlange durchdacht. Er neigte aber dazu, eher die Zusammenarbeit mit den liberalen Gruppen als die mit dem früheren Zentrum aufzugeben, so daß seine Gesichtspunkte wie folgt zusammengefaßt werden können:

1. Im Namen der Partei solle die Grundauffassung („christlicher Staat“) zum Ausdruck kommen.

<sup>275</sup>) Brief vom 5. November 1945. Archiv v. Senfft/116.

<sup>276</sup>) Gespräch des Verfassers mit Prof. Dr. O. Becker am 19. November 1951.

2. Da es das erklärte Ziel der Plöner Gruppe sei, mit den früheren Zentrumskräften zu einer engen politischen Zusammenarbeit zu kommen, solle die Verwendung des Wortes „Christlich-...“ als Ausdruck dieses Zieles dienen. Auch das frühere Zentrum habe zeitweise einen ähnlichen Namen angenommen. Ein Verzicht darauf würde einer Ablehnung dieser Verständigung gleichkommen (wie sich später bei der — vorübergehenden — Zustimmung des schleswig-holsteinischen Landesverbandes zum Namen „Demokratische Union“ zeigte).

3. Die Bezeichnung „Christlich-Demokratische-...“ solle den Abstand dieser neuen Partei zur „gescheiterten Deutschen Demokratischen Partei der Weimarer Zeit“ deutlich betonen.

\*

Die Entwicklung des unter Führung von Dr. Schlange-Schöninggen stehenden christlich-konservativen Kreises in Ostholstein kann somit wie folgt zusammengefaßt werden:

Die erste Phase der Entwicklung war von der Klärung des eigenen politischen Standortes innerhalb der deutschen innenpolitischen Nachkriegsverhältnisse bestimmt. Ausgehend von dem Ziel, in irgendeiner Form dem konservativen politischen Denken wieder eine parteipolitische Gestalt zu geben, wurde zunächst der Gedanke einer konservativen, christlichen Rechtspartei erwogen.

Wegen der Diskriminierung des Begriffes „konservativ“ und der politischen Rechtsparteien überhaupt konnte dieser Plan nicht realisiert werden. Seine Modifikation erfolgte in zwei Richtungen, die zunächst nebeneinander zur Wahl standen, schließlich aber beide mit dem konservativen Gedanken vereint wurden:

1. durch die Verbindung mit dem früheren katholischen Zentrum;
2. durch die Verbindung mit früheren demokratisch-bürgerlichen (liberalen) Gruppen.

Der Gedanke einer politischen Vereinigung dieser drei Gruppen mit der Sozialdemokratie wurde abgelehnt — nicht zuletzt deshalb, weil in einer parlamentarischen Demokratie neben der Regierungspartei immer eine auf dem Boden des Staates stehende Opposition sein muß. Diese Eigenschaft wurde den Kommunisten, die dann allein einer so großen und breiten Partei gegenüberstehen würden, nicht beigemessen. Angestrebt wurde deshalb ein Drei-Parteien-System.

Der Möglichkeit einer dauernden engen Verbindung der konservativen Gruppen mit liberalen Kreisen wurde weniger Aussicht auf Bestand beigemessen als der Verbindung mit dem früheren Zentrum, das als eine im Grunde ebenfalls konservative Partei angesehen wurde.

Gewünscht wurde aber trotzdem auch die Verbindung mit den Liberalen, da wegen der herrschenden politischen Verhältnisse nach dem deutschen Zusammenbruch und wegen der politischen Tradition Norddeutschlands, wo es früher kein Zentrum gegeben hatte, der Gedanke einer breiten demokratischen Partei, die auch an liberale Traditionen anknüpfte, unbedingt verfolgt werden mußte.

### **C. Die Christlichen Demokraten in Kiel, Rendsburg und Lübeck**

Für die christlich-konservative Gruppe um Dr. Schlange-Schöninggen hatte die Begegnung mit den Kielern und anderen Kreisen in Schleswig-Holstein eine gewisse Modifizierung ihrer parteipolitischen Pläne gebracht, da sie nach

den Besprechungen den Gedanken der Sammlung aller Kreise rechts von der Sozialdemokratie unter christlichen Gesichtspunkten stärker als den einer konservativen Partei vertrat.

Dieser Gesichtspunkt der Sammlung aller politischen Kräfte rechts von der Sozialdemokratie beherrschte die Ausgangsstellung und die weiteren Aktionen der Kieler Gruppe. Sie setzte sich meist aus früheren Demokraten (Deutsche Demokratische Partei bzw. Staatspartei und Deutsche Volkspartei) zusammen. Der Gesichtspunkt einer auch im Namen zum Ausdruck zu bringenden christlichen Grundlage der Partei trat erst später — nach dem Bündnis mit der Plöner Gruppe — deutlicher hervor.

Ähnlich dieser Kieler Gruppe hatten sich auch noch andere Kreise in Schleswig-Holstein gebildet, die sich dann aber nicht in dem gleichen Maße aktiv betätigten. Überlokale Bedeutung besaß dagegen ein Rendsburger Kreis von Christlichen Demokraten, die der konservativen Richtung zuneigten. Sie wurden geleitet von dem damaligen Landrat von Rendsburg, dem schon mehrfach erwähnten Theodor Steltzer, der bald Oberpräsident der Provinz und etwas später der erste Ministerpräsident des neuen Landes Schleswig-Holstein wurde.

Herangezogen werden muß auch die Entwicklung in Lübeck, da dort zwei Gruppen nebeneinander entstanden, deren Vereinigung nicht gelingen sollte. Die hier auftretenden Schwierigkeiten zeigen deutlich die Problematik der Koordinierung der beiden Thesen „Sammlung der politischen Kräfte rechts von der Sozialdemokratie“ und „Sammlung der christlich bestimmten Kräfte“ auf.

Im Unterschied zu den westdeutschen Parteigründungen der Christlichen Demokraten bildete sich in Schleswig-Holstein vorläufig noch keine Provinzpartei als Rahmen für die Durchsetzung des Parteigedankens in den einzelnen Kreisen. Es entstanden vielmehr zunächst verschiedene Kreisparteien, die allerdings von einigen Zentren, besonders von Kiel aus, gesteuert und locker miteinander verbunden wurden. Ihr Organisator war Carl Schröter, Kiel. Erst später wurde von den offiziellen Vertretern der einzelnen Kreise — wie auf der Plöner Konferenz im Oktober 1945 beschlossen — die für die Provinz verbindliche Entscheidung über den Namen der Partei und damit über ihre Anlehnung an bestimmte Entwicklungen in den anderen Teilen der britischen Zone getroffen. Organisatorischer Mittelpunkt blieb auch nach der Konstituierung der Landespartei die Hauptstadt Kiel.

\*

Leiter der Verhandlungen zur Bildung der Kieler Gruppe und auch deren Vertreter bei den überlokalen Besprechungen waren:

Carl Schröter, Studienrat i. R., ev., bis 1933 Vorsitzender der Deutschen Volkspartei in Schleswig-Holstein;

Dr. Otto Becker, Professor der Geschichte, ev., früher DDP;

Dr. Otto Knapp, Bankdirektor (Bankhaus Ahlmann), ev.;

Dr. Goldschmidt, Präsident der Kieler Industrie- und Handelskammer, ev., früher DDP;

Dr. Max Ehmke, Rechtsanwalt und Oberbürgermeister von Kiel, ev., früher DDP;  
Willi Koch, Verleger, ev., früher DDP.

Engere Verbindung zu diesen hatten Pastor Husfeldt, ev.; Husfeldt sen., Kaufmann, ev.; Pfarrer Kintzinger, kath. Rund 25 Personen aus Kiel und Umgebung pflegten engere Beziehungen zu diesem Gründerausschuß.

In heftigsten Gegensatz zu den Christlichen Demokraten kam Rechtsanwalt Dr. Rasmuss, der die Wiederherstellung der Monarchie mit einem konstitutionellen Regierungssystem und einen kompromißlosen Kampf gegen die Sozialdemokratie verlangte. Wie bereits vermerkt, gründete er später eine Konservative Partei, die mit einem Mißerfolg endete.

\*

Am 8. August 1945 fanden sich bei dem damaligen Kieler Oberbürgermeister Dr. Ehmke die Herren Professor Becker, Pastor Husfeldt, Dr. Knapp, Willi Koch und Carl Schröter zu einer Besprechung zusammen. Zweck der Sitzung sollte sein, „die vorbereitenden Arbeiten für eine umfassende demokratische Partei einzuleiten“, da deren Gründung wegen der Neukonstituierung der SPD für notwendig erachtet wurde.

Die vorgeschlagenen Namen — Deutsche Demokratische Partei, Soziale Volkspartei, Liberaldemokratische Partei, Nationaldemokratische Partei — wurden sämtlich abgelehnt. Es heißt darüber<sup>277)</sup>:

„... Die stärksten Bedenken bestanden gegen die Adoption eines der früheren Parteinamen, da sie uns sogleich mit Vorurteilen belasten und uns in eine taktisch ungünstige Lage bringen werden. Eine Entscheidung konnte nicht getroffen werden ...“

Hauptinhalte der weiteren Diskussionen waren die Abgrenzung der neuen Partei gegenüber der Sozialdemokratie und die Erörterung außen- und innenpolitischer Probleme.

Die Frage der Abgrenzung gegenüber der Sozialdemokratie wurde deshalb eingehend behandelt, da die zu gründende Partei „sozial und demokratisch“ sein sollte, aber „dennoch nicht die sozialdemokratische Partei“ sein könne. Der Unterschied wurde darin gesehen, daß die SPD trotz ihrer Wandlungen noch immer an der marxistischen Doktrin festhalte, während

„... wir jeden Doktrinarismus ablehnen und als ‚ewige Schüler der Erfahrung‘ (Bismarck) die schöpferische Phantasie unseres politischen Denkens sich lediglich an den Realitäten der wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen entzünden lassen, um zu wirklichkeitsnahen Zielsetzungen zu gelangen ...“

Die sachliche Auseinandersetzung mit der SPD konzentrierte sich auf die Widerlegung einzelner Punkte des Heidelberger Programms von 1925. Über die Diskussion der in diesem enthaltenen These: „Die Arbeiterschaft kann die

<sup>277)</sup> Protokoll und Bericht von Prof. Becker verfaßt. Archiv Prof. Becker/3.

Vergesellschaftung der Produktionsmittel nicht bewirken, ohne in den Besitz der politischen Macht gekommen zu sein“, und ihre Begründung mit dem Hinweis auf die „Anarchie der kapitalistischen Produktionsweise“ stellt das Protokoll fest:

„... Letztere Behauptung, die sich ja auch die Nationalsozialisten zu eigen machten, wird aber durch die Erfahrung widerlegt. Die mit der ... naturwissenschaftlichen Forschung und der ... Technik aufs engste verbundene liberale, individualistische Wirtschaftsmethode, welche die geistige und politische Emanzipation des Bürgertums zur Voraussetzung hatte, hat innerhalb des letzten Jahrhunderts die industrielle Revolution und mit ihr die größten ökonomischen und politischen Umwälzungen der Menschheitsgeschichte bewirkt, Leistungen, die durch keine Doktrin aufgehalten oder rückgängig gemacht werden konnten ... Das Land dagegen, in welchem die marxistische Doktrin Verwirklichung fand, konnte trotz seiner Größe und seines natürlichen Reichtums seine großen Produktionsstätten nur mit Hilfe deutscher und amerikanischer Ingenieure aufbauen und sich im letzten Weltkrieg nur mit Hilfe weitgehender angelsächsischer Lieferungen behaupten. Unsere Partei hat allen Grund, diese Erfahrungen zu berücksichtigen ...“

Weitere Punkte der Kritik waren die sozialdemokratische Forderung der Trennung von Staat und Kirche sowie das Verbot des religiösen Unterrichts in der Schule und die Ablehnung jeglicher Aufwendungen für kirchliche und religiöse Zwecke aus öffentlichen Mitteln:

„... Wir wissen dagegen, wie utopisch der Gedanke ist, eine tausendjährige Entwicklung mit einem Reichsgesetz rückgängig zu machen. Wir anerkennen, was das Christentum ethisch, sittlich und auch politisch für die Entwicklung des deutschen Volkes bedeutet und bewundern die charaktervolle Haltung der Kirchen gegen die Tyrannei des totalen Staates, wodurch sie sich als Vorkämpferin der Freiheit, zum mindesten der inneren, d. h. der sittlichen Freiheit bewährt haben ...“

Durch ihre politische Herkunft und ihre Traditionen unterschieden sich die Kieler deutlich von der christlich-konservativen Plöner Gruppe und von den früheren Zentrumskräften in Westdeutschland. Sie schöpften ihre Auffassung aus der humanistischen Bewegung und der bürgerlichen Entfaltung des 19. Jahrhunderts. Aus beiden Quellen resultiert ihre zugleich liberale und konservative Einstellung zu politischen Fragen: Sie waren liberal in der vorbehaltlosen Anerkennung der Sendung und Position des genetisch gewachsenen Bürgertums, in dessen Lebensformen auch die „Proletarier“ hineinwachsen sollen und auch wollen, — wodurch aber nicht zum Ausdruck kommen sollte, daß diese Lebensform irgendwie „verproletarisiert“ werden dürfe. Konservative Merkmale waren die Ablehnung jeglicher Doktrin, die Anerkennung der Erfahrung als Grundlage der politischen Arbeit und das Bewußtsein, dem historisch gewachsenen „christlichen Abendland“ zugehörig zu sein und auf diesem Boden fortzuarbeiten.

Die Kieler Gruppe war damit die einzige aller Keimzellen der Christlichen Demokraten, deren — in seinen wesentlichen Bestandteilen von Professor Becker verfaßten — Programm auch eine ausführliche Deutung des Begriffes „Bürgertum“, dessen Apologie und die Forderung nach seiner erneuten Einfluß-

nahme auf die Politik enthielt<sup>278</sup>). Liberaldemokratische Gedankengänge verbanden sich mit christlich-demokratischen und fügten der bisherigen geistigen und politischen Grundlage der Christlichen Demokraten einen weiteren bislang in dieser Klarheit und Entschiedenheit noch nicht aufgetretenen Bestandteil hinzu. Die Präambel, in der die Sendung des Bürgertums umrissen wird, geht auf den entsprechenden Entwurf eines evangelischen Geistlichen zurück.

Nach Auffassung des Programms reicht das Bürgertum tief in die Kreise hinein, die der Marxismus einst dazu erziehen wollte, sich als „Proletarier“ zu fühlen, um sie „mit dem Geist des Klassenhasses und des Klassenkampfes gegen das Bürgertum zu erfüllen“. Dieser Scheidung aber widersprechen das gesunde Streben des Arbeiters und die Anziehungskraft des Bürgertums. Diesem Streben habe sich deshalb auch die Sozialdemokratie unter Einwirkung des Revisionismus angepaßt.

„... Sie (die Erfüllung des Arbeiters mit bürgerlichem Selbstbewußtsein und bürgerlichem Lebensstil; Anm. d. Verf.) wird ... die Überwindung der marxistischen Klassenkampffidee durch den Revisionismus beschleunigen und so ein gesundes Zweiparteiensystem in unserer Provinz ermöglichen: eine bürgerliche demokratische Linke (SPD), die wohl immer einen großen Teil der Arbeiterschaft umfassen wird, und eine bürgerliche demokratische Rechte, zu der wir in unserer Partei alle Aufbauwilligen vereinigen wollen, die rechts von der Sozialdemokratie stehen. Eine weitgehende Gleichheit der Gesinnung ist allerdings dafür erforderlich, daß die Verschiedenheit der Meinungen fruchtbar wird ...“

In der Konsequenz liegt der in westdeutschen katholischen Kreisen und auch in Kiel entwickelte Gedanke, den Arbeitern zur Förderung der Eigentumsbildung eine Kapitalbeteiligung an den Betrieben zu ermöglichen.

Politisch sei das Bürgertum seit den Kämpfen gegen absolutistische Fürstenstaaten und für demokratische Freiheiten, später gegen die Lehre des „marxistischen Klassenkampfes und schließlich gegen den Nationalsozialismus, der frohlockt habe, daß die bürgerliche Welt endgültig zerschmettert sei, am Boden liege und sich nicht wieder erheben werde“, einen eigenen selbständigen Weg gegangen. Nun sei es notwendig, dieses so oft verkannte Bürgertum in einer „bürgerlichen Demokratie“ wieder zur Entfaltung seiner Kräfte zu bringen.

\*

Als Parteiname wurde kurze Zeit nach den ersten Besprechungen, deren Ergebnis das schon erwähnte Programm war, der Name „Demokratische Aufbau-partei“ genannt. Nach dem Zusammentreffen mit der Plöner Gruppe und mit Th. Steltzer wurde dann auch in Kiel der Name „Christlich-Demokratische-...“ verwendet.

Mit der Verständigung zwischen den Kielern und den Vertretern der christlich-konservativen Plöner Richtung — zuerst am 26. September 1945 in Kiel — bahnte sich dann das politische Bündnis zwischen den konservativ gerichteten

<sup>278</sup>) Archiv Prof. Becker/2.

agrарischen Kreisen und den liberal orientierten urbanen Gruppen in Schleswig-Holstein an. Gemeinsame Forderungen waren die Sammlung rechts von der Sozialdemokratie und — allerdings nicht unwidersprochen — eine „Christliche Demokratie“. Der Zusammenschluß beider Gruppen war das Hauptthema der Plöner Konferenz am 30. Oktober 1945, obwohl es auch hier noch zu keiner endgültigen Einigung über den Namen kam. Vorherrschend war allerdings die Meinung, den Namen „Christlich-Demokratische Partei“ (wie er auch in Rendsburg von Theodor Steltzer verwendet wurde) zu wählen.

Die Aktionen des Kieler Kreises zielten darauf hin, die Einigung der Gruppen rechts von der Sozialdemokratie in den verschiedenen Gebieten der Provinz zu sichern — unabhängig zunächst von dem der Landespartei noch zu gebenden Namen. Die Kieler gewannen damit ein starkes Übergewicht über die anderen gleichgerichteten Gruppen der Provinz, das ihnen auch nach der Gründung des Landesverbandes verblieb.

\*

Unter Verwendung großer Teile des Berliner Aufrufes der Christlich-Demokratischen Union<sup>279)</sup> in ihrem Programm beantragten Anfang Oktober 1945 in Rendsburg der Studienrat und spätere Bürgermeister Steckel und der spätere Präsident des Bauernverbandes in Schleswig-Holstein, Struve, die Zulassung einer „Christlich-Demokratischen Partei“. Hinter ihnen stand der aus Berlin nach Rendsburg zurückgekehrte und wieder als Landrat amtierende Th. Steltzer<sup>280)</sup>. Die Gründer der Partei waren zumeist seine politischen Freunde.

Wenn auch der Einfluß der Steltzer-Gruppe auf die Bildung des Landesverbandes und auf die politische Richtung der Provinzpartei nicht sehr bedeutend wurde, so hat der Rendsburger Kreis doch überlokalen Einfluß gewonnen, da in ihm unter der Einwirkung Steltzers als „Rendsburger Politik“ bemerkenswerte Reformvorschläge entwickelt wurden<sup>281)</sup>.

Der Inhalt dieser „Rendsburger Politik“ ist eine Reform des Selbstverwaltungswesens mit dem Ziel, das gespaltene Gemeindeleben, das nach Auffassung der Gruppe in meist unabhängig voneinander bestehende Elemente wie administrative Gemeindebürokratie, kirchliches Gemeindeleben und kulturelle Betätigung

<sup>279)</sup> Archiv der Christlichen Demokraten in Rendsburg/Akte Gründungsvorgänge.

<sup>280)</sup> Der Herausgeber der Aufsätze Steltzers bezeichnet in einer beigefügten kurzen Biographie („Von deutscher Politik“, S. 148) als das entscheidende Erlebnis Th. Steltzers in seinen Jugendjahren die Begegnung mit der Bewegung Friedrich Naumanns. Als Neunzehnjähriger wohnte er dem Auflösungsparteitag der Nationalsozialen bei. Nach dem ersten Weltkrieg gehörte Steltzer für einige Zeit der Deutschen Demokratischen Partei an. Sein Amt als Landrat in Rendsburg mußte er 1933 niederlegen. Im Kriege war er Mitglied des Kreisauer Kreises. Nach dem 20. Juli 1944 wurde er verhaftet und zum Tode verurteilt, das Urteil konnte jedoch nicht mehr vollstreckt werden.

<sup>281)</sup> Der Verfasser hat diesen Begriff in keinem Schriftstück niedergelegt und klar umrissen gefunden. Ausführungen und Materialien wurden ihm von Adolf Steckel, einem der Mitgründer der CDU in Rendsburg, zur Verfügung gestellt. Als weitere Quelle dienten ihm Aufsätze von Th. Steltzer.

zerfallen sei, zu reformieren, d. h. seine verlorengegangene Einheit wiederherzustellen. Es sei deshalb falsch, sich nur auf eine Reform der Administration zu beschränken.

Steltzer griff damit auf die Bestrebungen des Freiherrn vom Stein zurück, dessen Ziel seiner Auffassung nach gewesen sei, „soziale und politische Zustände zu schaffen, die allen Volkskreisen eine Betätigung im Sinne des Gemeinwohls ermöglichen“<sup>282</sup>). Seit jener Zeit seien aus vier Richtungen Gegenbewegungen aufgekommen:

1. Die intensive Entwicklung des städtischen Lebens im Verlauf der Industrialisierung habe den Begriff bürgerlicher Selbstverwaltung problematisch werden lassen.

2. Die anwachsende kommunale Bürokratie habe den Einfluß der Bürger- bzw. der Gemeindevertretung zurückgedrängt. Die Gemeinde habe in den letzten hundert Jahren tatsächlich unter dem Druck der Landes- und Staatsbehörden ihre genossenschaftliche Substanz eingebüßt.

„... Schließlich erfolgte auch eine Aushöhlung der Selbstverwaltung dann, wenn die gewählten Gemeindevertreter nicht die Gemeinschaftserfordernisse im Auge behielten, sondern wenn sie sich in ihrer Haltung dem zentralistischen Denken der großen Parteien einfügten ...“

3. Nach der Durchsetzung der demokratischen Republik habe sich die Auffassung entwickelt, daß nunmehr die Gemeindeselbstverwaltung überflüssig geworden sei.

4. Die bürgerliche Selbstverwaltung sei selbstverständlich unter der absolutistischen Regierungsform, also unter dem Nationalsozialismus, noch weiter eingeschränkt worden.

Die Bestrebungen der „Rendsburger Politik“ wurden von anderen Gruppen in Schleswig-Holstein, vor allem von bäuerlichen Kreisen, unterstützt. Steltzer berichtet, daß der spätere Ministerpräsident Lübke aus Flensburg die Thesen gebilligt habe.

Für die Grundhaltung dieser Rendsburger Gruppe sei auch auf Steltzers Aufsatz „Geistige Grundlagen der politischen Neuordnung“ verwiesen. Steltzer zeigt sich in ihm als ein Politiker konservativer Haltung. Er verurteilt die bürgerliche Entwicklung, soweit sie die Säkularisierung des öffentlichen Lebens unterstütze. Die Rendsburger betonten stärker die schädlichen Auswirkungen der bürgerlich-liberalen Entwicklung, während die Kieler, diesen Tatbestand gewiß nicht verkennend, das Positive des Prozesses, der die deutsche Lebenshaltung so stark bestimme, sahen. Steltzer und seine Freunde berichteten, daß die CDU in Schleswig-Holstein aus einem Kompromiß der Kieler und der Rendsburger Gruppen entstanden, die Führung aber auf die Kieler Richtung übergegangen sei. Andererseits hatte die Plöner Gruppe stets den Eindruck, als handle es sich bei beiden — bei Steltzer und bei Schröter-Prof. Becker — um eine einzige politische

<sup>282)</sup> Theodor Steltzer, „Neuaufbau der Selbstverwaltung“ in „Von deutscher Politik“, S. 115.

Richtung. Dr. Schlange-Schöningen konnte keine Gegensätzlichkeiten zwischen den Rendsburgern und den Kielern beobachten<sup>283</sup>). Auch Prof. Becker sieht keine Differenzen zwischen den Rendsburgern und den Kielern und meint infolgedessen, daß der Zusammenschluß nicht durch einen Kompromiß, sondern durch eine auf Übereinstimmung beruhende Einigung erfolgt sei.

\*

Nach dem Kriege bahnte sich in Schleswig-Holstein und in Hamburg auch die Möglichkeit einer Verständigung zwischen der Landwirtschaft und der industriell orientierten Sozialdemokratie an. Der Gedanke, in Hamburg wahrscheinlich besonders von Franz Spliedt (früher Freie Gewerkschaften) vertreten, fand in Schleswig-Holstein Widerhall bei agrarisch orientierten Personen, wie Diplom-Landwirt Dr. Dr. Pagel, Bad Segeberg, Rickers aus Kükels bei Segeberg und Struve aus Rendsburg. Dieser Plan einer zugleich landwirtschaftlich und industriell orientierten und getragenen „Labour Party“ scheiterte jedoch nicht an den landwirtschaftlichen Kreisen, sondern an der Sozialdemokratie (vgl. S. 181 f.).

\*

In Lübeck kam die Gruppe um Dr. Schlange-Schöningen im Oktober 1945 mit einem Kreis früherer Deutschnationaler zusammen, der sich bemühte, eine „Deutsche Sammlung“ zu gründen. Trotz des Namensunterschiedes bestanden zwischen den christlich-konservativen Anschauungen der Lübecker Gruppe und der um Dr. Schlange kaum Differenzen. Maßgebende Anhänger dieser Deutschen Sammlung waren Rechtsanwalt Ewers (später Deutsche Partei), Vizepräsident Dr. Kuhner, Generalkonsul Dr. Noehring und Diplom-Landwirt Kramer. Die Verbindung zwischen ihnen und Dr. Schlange stellte Oberkonsistorialrat Gülzow (früher Danzig) her.

Gleichzeitig hatten sich in der Hansestadt aber auch „Christliche Demokraten“ zusammengefunden, mit denen die Deutsche Sammlung und Dr. Schlange jedoch erst nach geraumer Zeit Verhandlungen führten. Diese Christlichen Demokraten waren ehemalige Demokraten (DDP und DVP) und Zentrumsanhänger. Zu ihnen gehörten Rechtsanwalt Dr. Bründel (früher DDP), Senator Ehrtmann, kath. (früher Zentrum), der Präsident der Handwerkskammer, Wandke, und Rechtsanwalt Dr. Böttcher.

Die Lübecker Christlichen Demokraten traten auch mit der Kieler Gruppe in Verbindung. Während aber die Kieler und Dr. Schlange zusammenarbeiteten, kam es zwischen den beiden Lübecker Gruppen, von denen die Deutsche Sammlung keine Lizenz erhielt, zu keiner Verständigung. Der Mißerfolg wurde um die Jahreswende 1945/46 deutlich und zeigte erstmalig, daß der Gedanke der

<sup>283</sup>) Brief des Freiherrn von Senfft an Dr. Schlange-Schöningen vom 11. Januar 1946. Archiv v. Senfft/118.

„Sammlung rechts von der Sozialdemokratie in einer christlich-demokratischen Partei“ auch deshalb schwer zu realisieren war, weil zwischen den konservativen (Deutsche Sammlung) und den liberal orientierten christlichen Gruppen Verständigungsschwierigkeiten bestanden.

\*

Zusammengefaßt kann festgestellt werden, daß sich die späteren Christlichen Demokraten in Schleswig-Holstein in der Anfangszeit in zwei Richtungen unterteilten:

1. In Kiel entwickelte sich eine Gruppe aus den früheren Demokraten, die erneut dem Bürgertum entscheidenden Einfluß auf die politische Führung verschaffen wollte. Ihre These war: Nicht die Bürger sollen Proletarier, sondern die Proletarier müssen Bürger werden. Nach Begegnungen mit Theodor Steltzer und Dr. Schlange-Schöningen nahmen sie auch in breiterem Rahmen christliche Forderungen in ihre programmatischen Erklärungen auf. Zu den ersten Mitgliedern dieser ursprünglich liberalen Gruppe gehörten auch ein evangelischer und ein katholischer Geistlicher.

2. Die landwirtschaftlich gerichteten politischen Gruppen, besonders in Rendsburg, die anfangs den Gedanken einer Labour Party vertreten hatten (auch in Bad Segeberg), einigten sich unter dem Einfluß des aus Berlin zurückgekehrten Landrates Theodor Steltzer auf ein dem Berliner Aufruf der Christlichen Demokraten angelehntes Programm einer Christlich-Demokratischen Partei. Ihre unmittelbaren Ziele waren auf Reformen im Gemeinde- und Selbstverwaltungsleben gerichtet.

Beiden Gruppen entsprachen ähnliche Ansätze in der übrigen Provinz. Zwischen beiden kam es jedoch zu Differenzen, die aus dem Gegensatz zwischen Stadt und Land erwachsen. Die Rendsburger Gruppe entsprach in ihrem konservativen Denken mehr der Richtung, die Dr. Schlange-Schöningen vertrat, von der sie jedoch wieder durch die besonders betonte Forderung nach einer Reform der Selbstverwaltung („Rendsburger Politik“) getrennt blieb.

#### **D. Der Hamburger Kreis**

Während in Schleswig-Holstein unter Einwirkung der beiden Thesen „Sammlung der Gruppen rechts von der Sozialdemokratie“ und „Sammlung aller christlichen Kreise“ in den ersten Monaten nach dem Krieg alle Gruppen auf eine politische Partei abzielten, deren Name allerdings noch offen blieb, war der Ausgangspunkt der Hamburger Christlichen Demokraten dadurch bestimmt, daß neben der sich konstituierenden Sozialdemokratie in Anknüpfung an liberale und hansische Traditionen kein Zweifel an der Neugründung einer liberal-demokratischen Partei bestand. Die Christlichen Demokraten traten also, als sie am 1. Oktober 1945 eine eigene Partei schufen, gewissermaßen als Spalter der Gruppen rechts von der Sozialdemokratie auf.

Die ersten Träger der Christlichen Demokraten in Hamburg konnten an keine bedeutenden Traditionen anknüpfen. Die Bestrebungen der Partei richteten sich deshalb in den ersten Monaten vor allem darauf, die eigene Basis zu erweitern. Die Bindung an diese rein lokale Aufgabe machte eine aktive Tätigkeit in den umliegenden Gebieten unmöglich. Hamburg wurde nicht, wie von einigen an-

deren Gruppen in Norddeutschland gewünscht, der Mittelpunkt der norddeutschen Christlichen Demokraten. Die Phase der Ausweitung der Partei erstreckte sich bis zu den ersten Bürgerschaftswahlen im Spätsommer 1946.

\*

Nach dem Kriege entstanden in Hamburg zunächst einige halbpolitische Organisationen. Diese Entwicklung war einerseits darauf zurückzuführen, daß die Bildung von politischen Parteien nicht sogleich erlaubt war, andererseits aber auch auf die allgemeine Unsicherheit in bezug auf die zu beschreitenden parteipolitischen Wege.

Am 11. Mai 1945 versuchten einige frühere kommunistische und sozialdemokratische Parteimitglieder sowie Angehörige der ehemaligen Freien Gewerkschaften, von den Besatzungsbehörden die Erlaubnis zur Bildung von Parteien zu erhalten. Ihre Anträge wurden zurückgewiesen, aber die Bildung von „Freien Sozialistischen Gewerkschaften“ zugelassen. Ob bei dem Antrag an eine gemeinsame oder an zwei Parteien gedacht war, konnte vom Verfasser nicht geklärt werden.

Die gemeinschaftliche Arbeit der früheren sozialdemokratischen und kommunistischen Parteifreunde wurde ungeachtet der Unmöglichkeit sofortiger parteipolitischer Arbeit jedoch fortgesetzt. Für eine enge Zusammenarbeit auch im politischen Bereich sprach sich ein unveröffentlicht gebliebener Aktionsaufruf vom 24. Juli 1945 aus, den „Vertreter der ehemaligen Kommunistischen Partei Hamburgs und der ehemaligen Sozialdemokratischen Partei Hamburgs“<sup>284</sup>) verfaßten und unterzeichneten.

Einige Zeit danach berichteten Christliche Demokraten in einem ihrer Ausschüsse, daß die Verhandlungen zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten gescheitert seien<sup>285</sup>).

Schon sehr früh tauchte in Hamburg der Gedanke einer „Partei der Arbeit“ auf<sup>286</sup>). Das Ziel sollte die Ausweitung der Sozialdemokratie auf Mittelstands- und landwirtschaftliche Kreise sein.

Splidt berichtet darüber<sup>287</sup>), daß er schon seit langem den Gedanken verfolgt habe, Arbeiterschaft und Landwirtschaft politisch zu verbinden. Damit sei ein altes Problem der Sozialdemokratie angeschnitten, das in der Situation von 1945 durchaus hätte gelöst werden können. In der Sozialdemokratie seien aber erhebliche Gegenströmungen vorhanden gewesen, die sich gegen eine „Verbürgerlichung“ der Partei ausgesprochen hätten.

<sup>284</sup>) Archiv H. Th. Götz/XV/45.

<sup>285</sup>) Protokoll der Verhandlungen in der „Christlichen Arbeitsgemeinschaft“ am 29. August 1945. Archiv Landesverband der CDU in Hamburg/Akte Gründungsvorgänge.

<sup>286</sup>) Vgl. die entsprechenden Ansätze in Paderborn, Mönchen-Gladbach und bei Dr. Spiecker. Heranzuziehen ist ferner die Berliner Entwicklung einer „Partei der Arbeit“ (vgl. S. 211 ff.).

<sup>287</sup>) Gespräch des Verfassers mit Franz Splidt am 8. Januar 1952.

Und Theodor Steltzer schreibt dazu<sup>288</sup>):

„... Bei der Besprechung in Hamburg (die Besprechung fand Mitte September im Hamburger Rathaus statt und war von Bürgermeister Petersen und weiteren 100 Hamburger und Schleswig-Holsteiner Persönlichkeiten besucht; Anm. d. Verf.) stand zunächst die Frage im Vordergrund, ob eine Neugründung in der Art der Labour-Party möglich wäre, für die sich der Gewerkschaftsführer Spliedt besonders eingesetzt hatte ... Auch in Rendsburg traf ich auf Vorbereitungen zur Gründung einer Art Labour-Party, zu der führende bäuerliche Kreise bereit waren ... Spliedt mußte aber selbst zugeben, daß eine solche Gründung an dem Widerstand der Sozialdemokratie scheitern würde ...“

Im gleichen Sinne schrieb der Hamburger Kaufmann Wendt, im Winter 1945/46 Vorsitzender der Christlichen Demokraten in Hamburg, am 24. September 1945 an Dr. Schlange-Schöningen<sup>289</sup>):

„... Eine große Partei von der Sozialdemokratie bis zu den Christlich-Sozialen ist hier gescheitert, da die Sozialdemokraten nicht wollen ...“

Die Ergebnisse dieser ersten Sitzung im Hamburger Rathaus und die internen Beratungen der Sozialdemokraten hatten somit gezeigt, daß eine entscheidende Ausweitung der Sozialdemokratie nicht möglich war.

Der Plan einer „Partei der Arbeit“ wurde dann auf der erwähnten Sitzung im Hamburger Rathaus im September 1945 durch den der Gründung einer überparteilichen Notgemeinschaft zur Steuerung der augenblicklichen Notlage ersetzt. Offen blieb dabei die Frage, was nun rechts von der Sozialdemokratie politisch geschehen solle.

An der Besprechung nahmen u. a. Bürgermeister Petersen, der spätere Schulsenator Landahl, Th. Steltzer, Fr. Spliedt, Dr. K. Bley, Dr. Thiel (Flüchtling), Dr. Dr. Pagel-Segeberg, Steckel-Rendsburg und Struve-Rendsburg teil.

Die Verhandlungen ließen auch deutlich erkennen, daß in Hamburg bestimmt eine liberaldemokratische Partei gegründet werden würde. Otto Wendt berichtete darüber an Dr. Schlange-Schöningen:

„... Die demokratische Partei, die sich hier gebildet hat, und der der Bund ‚Freies Hamburg‘ sehr nahesteht, ... will das Zusammengehen (mit der Sozialdemokratie; Anm. d. Verf.) weiter versuchen ...“

Der Gedanke, eine Christlich-Demokratische Partei zu errichten, wurde auf der Sitzung von Beyrich, einem früheren Bürgerschaftsmitglied der Hamburger Zentrumsparterie<sup>290</sup>), und von Th. Steltzer vertreten, stieß aber auf allgemeine Ablehnung. In einem Sitzungsprotokoll der „Christlichen Arbeitsgemeinschaft“ (einem halbpolitischen Kreis beider Konfessionen) vom 19. September 1945 heißt es über diesen ersten Versuch<sup>291</sup>):

<sup>288</sup>) Brief an den Verfasser vom 5. November 1951.

<sup>289</sup>) Archiv v. Senfft/101.

<sup>290</sup>) Franz Beyrich, kath., gehörte zur Zeit der Weimarer Republik der Hamburger Bürgerschaft als Zentrumsabgeordneter an. Er war zeitweilig deren Vizepräsident.

<sup>291</sup>) Archiv Landesverband der CDU in Hamburg/Akte Gründungsvorgänge.

„... Nach einer kürzeren Aussprache darüber, welcher Ausschuß sich bisher mit der Frage (der Parteibildung; Anm. d. Verf.) beschäftigt und welche Herren an den Verhandlungen mit dem Bürgermeister teilgenommen hätten, gibt Herr Beyrich bekannt, daß der Bürgermeister verschiedene ihm bekannte Persönlichkeiten geladen hätte. Der Bürgermeister habe sich gegen eine Zersplitterung gewandt und habe eine große demokratische Partei rechts von der Sozialdemokratie empfohlen. Eine besondere christliche Partei schien ihm nicht erwünscht zu sein. Demgegenüber sei das Wort von der Christlich-Demokratischen Partei gefallen. Da hätten die Demokraten gesagt, sie seien auch Christen, und die Kommunisten hätten erklärt, daß sich auch in ihren Reihen Christen befänden. Sie würden einer Gottlosenbewegung schärfsten Kampf ansagen. Die Kommunisten sähen aber eine christlich-demokratische Partei als die Partei der Erneuerung an ...“

Die Ergebnisse der Beratungen im Rathaus lassen sich also dahin deuten, daß nach dem Scheitern der Konzeption einer erweiterten Sozialdemokratie die These der Sammlung rechts von dieser Partei zur herrschenden Meinung wurde. Eine solche Sammelpartei mußte aber, den Hamburger Traditionen entsprechend, an die liberalen Überlieferungen anknüpfen. Der Gedanke einer Christlich-Demokratischen Partei wurde als Zersplitterung dieser Front aufgefaßt. Die Möglichkeit, alle Kräfte rechts von den Sozialdemokraten unter dem Begriff der „Christlichen Demokratie“ zusammenzufassen, wurde nicht erörtert.

Aus Teilen des im Hamburger Rathaus zusammengetretenen Kreises, der sowohl Hamburger als auch Schleswig-Holsteiner umfaßte, wurde auch eine „Liga für Neuaufbau“ gegründet. Sie war überparteilich zusammengesetzt und wollte es sich zur Aufgabe machen, bei den Besatzungsbehörden deutsche Auffassungen zu vertreten. Mehrere ihrer Mitglieder sprachen sich auch für die Errichtung eines norddeutschen Landes, das Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Hamburg umfassen sollte, aus. Parteipolitische Impulse gingen von dieser Liga jedoch nicht aus.

Der schon genannte „Bund Freies Hamburg“ stand liberaldemokratischen Bestrebungen sehr nahe und unterstützte entsprechende parteipolitische Konzeptionen.

Aus früheren Mitgliedern der Deutschen Volkspartei hatte sich sodann ein „Vaterstädtischer Bund“ gebildet. Seine Bestrebungen schwankten zwischen der Gründung einer eigenen Partei und dem Wunsch, auf die Parteien rechts von den Sozialdemokraten im Sinne eines Zusammenschlusses einzuwirken. Nach dem Scheitern dieser Bemühungen trat er — obwohl als Partei zugelassen — den Hamburger Christlichen Demokraten bei (vgl. S. 194).

Im Sommer 1945 hatte sich ebenfalls eine „Christliche Arbeitsgemeinschaft“ (später — nach Konstituierung der Christlichen Demokraten — als „Christliche Union“ bezeichnet) gebildet, in der kirchlich gebundene Kreise beider Konfessionen politische und kulturelle Fragen erörterten. Die Beratungen dieser Arbeitsgemeinschaft können als Vorbereitung zur Bildung eines christlich demokratischen Kreises in Hamburg angesehen werden.

Die frühere Zentrumsgruppe in Hamburg unter der Führung von Franz Beyrich und den maßgeblichen Mitgliedern Studienrätin Dr. Margaretha Gröwel und Dr. Friedrich von Poll sowie der frühere Gewerkschaftler Otto Link (Flüchtling) sprachen sich nach dem Kriege gegen die Wiedergründung der Zentrums-  
partei in Hamburg aus. Da sie jedoch, den konfessionellen Verhältnissen in der Hansestadt entsprechend, allein nicht ausreichte, einer christlich-demokratischen Partei eine genügend breite und feste Basis zu geben, war die Zusammenarbeit mit der schon erwähnten „Christlichen Arbeitsgemeinschaft“ notwendig und konnte auch hergestellt werden. Die gemeinsamen Beratungen fanden zwischen dem 14. August und dem 1. Oktober 1945 statt. Beteiligt waren insgesamt ungefähr 50 Personen, an den einzelnen Sitzungen jeweils 10 bis 20.

Außer den bereits erwähnten ehemaligen Zentrumsmitgliedern Beyrich, Dr. Gröwel, Link und Dr. von Poll waren bei den Beratungen besonders tätig: der Prokurist Dr. Walter Hayn, ev., früher DVP; der Schriftsteller Dr. Beissel, kath., früher Zentrum; der Wirtschaftsberater und spätere Chefredakteur der „Kieler Nachrichten“ Heinz Th. Götz, ev., früher Volkskonservativ; der Jurist Prof. Dr. Möller, ev., früher DVP; der Wirtschaftsberater Dr. Hopmann, ev.; der Kaufmann Speckbötel, ev.; Pastor Wendt, ev.; der Journalist Erich Kühn kath., früher Zentrum; Isa Vermehren, kath.; der Jurist Prof. Dr. Hans Peters aus Berlin, wohin er noch im Sommer 1945 zurückkehrte; der Journalist Dr. Ruppert aus Gelsenkirchen, kath.; der Kaufmann Otto Wendt, ev., früher DNVP und Stahlhelm.

Nach der Gründung der Partei am 1. Oktober 1945 traten hinzu: der Senator Ascan Klée-Goberts, ev.; Senator Ketels, ev., von 1946 bis 1948 dann Vorsitzender der Partei in Hamburg; der Angestellte Alois Knabl, kath., früher Deutschnationaler Handlungsgehilfen-Verband; der Verleger Konsul Paulus, ev.; der Schriftleiter Dr. Sawatzki, ev.; der frühere Chefredakteur der Deutschen Allgemeinen Zeitung, Dr. Silex, ev.

Der Dr. Schlange-Schöningen nahestehende frühere Hamburger Bürgermeister Burchard-Motz (ehemaliges Mitglied der NSDAP) sympathisierte mit den Hamburger Christlichen Demokraten.

Im Sommer 1946 traten dann der „Vaterstädtische Bund“ und große Teile der „Fraktion der Parteilosen“ in der Hamburger Bürgerschaft den Christlichen Demokraten bei. Erst diese Fusionen wurden als tatsächlicher Abschluß der Parteigründung in Hamburg angesehen, da bei der offiziellen Gründung am 1. Oktober 1945 die Basis der Partei nur sehr schmal gewesen war.

Aus dem „Vaterstädtischen Bund“ kamen an maßgeblichen Persönlichkeiten: der Rechtsanwalt und Notar Senator a. D. Dr. Paul de Chapeaurouge, Senator a. D. Vehring und Dr. med. Röper; von der „Fraktion der Parteilosen“ traten Bürgermeister Petersen, der Präsident der Handwerkskammer Wilken, Pastor i. R. Prof. Dr. Reinhardt, Rechtsanwalt Dr. Gerd Bucerus, Erik Blumenfeld und Bankier Hugo Scharnberg (seit 1948 Parteivorsitzender) über.

\*

Das Gesprächsthema der ersten Sitzung der Christlichen Arbeitsgemeinschaft am 14. August war die Frage nach den Möglichkeiten einer „Sicherstellung des Christentums im politischen Leben“. Zunächst wurde der Gedanke befürwortet, eine überparteiliche „Dachgemeinschaft“ zu schaffen, die versuchen sollte, durch die Entsendung „christlicher Persönlichkeiten“ in die Parteien Einfluß zu gewinnen. H. Götz warf den Gedanken in die Debatte, eine Partei zu gründen, die „ohne konfessionelle Bindungen den christlichen Wählern entspricht, ohne ständig das Wort ‚Christlich‘ zu erwähnen“<sup>292</sup>).

In der Einladung zu den nächsten Konferenzen wurde dann als Zweck der Besprechungen genannt, Möglichkeiten zur Schaffung einer sicheren Gewähr zu überlegen, daß

„... der politische Wiederaufbau unseres Vaterlandes auf dem Boden christlicher Grundsätze ohne enge konfessionelle oder bekenntnismäßige Bindungen der einzelnen Politiker stattfindet ...“<sup>293</sup>

Auch die zweite Sitzung am 22. August brachte noch keine Entscheidung. Einerseits vertrat Beyrich die Auffassung, daß eine „christlich-demokratische Partei kommen“ müsse, andererseits wandte Pastor Wendt sich gegen eine „christliche Partei“. Das Protokoll stellt dazu fest<sup>294</sup>):

„... Herr Pastor Wendt ist für keine christliche oder gar evangelische Zentrums-  
partei. Er hält es aber für besonders erwünscht, daß die Arbeitsgemeinschaft mit allen  
ähnlichen Gruppen Verbindungen aufnimmt. ... Es sei notwendig, auf alle Parteien  
im Sinne des Christentums einzuwirken, denn auch unter den Kommunisten seien  
Christen ...“

Ähnlich wie in Schleswig-Holstein wurden also auch in Hamburg von evangelisch-theologischer Seite Einwendungen gegen eine „christliche Partei“ erhoben (vgl. S. 170 f.). In gleichem Sinne äußerte sich im November 1945 auch der spätere Hamburger Landesbischof Schöffel<sup>295</sup>).

<sup>292</sup>) Protokoll der Sitzung der „Christlichen Arbeitsgemeinschaft“ am 14. August 1945. Archiv Landesverband der CDU in Hamburg/Akte Gründungsvorgänge. Archiv H. Th. Götz/XV/65 (persönliches Protokoll).

<sup>293</sup>) Archiv H. Th. Götz/XV/66.

<sup>294</sup>) Protokoll im Archiv des Landesverbandes der CDU in Hamburg/Akte Gründungsvorgänge.

<sup>295</sup>) In dem Aktenvermerk heißt es:

„... Ohne in dieser Diskussion unmittelbar auf die Stellung der Kirche zu einer christlichen Partei angesprochen zu sein, äußerte sich Hauptpastor D. Schöffel im Rahmen des Gespräches zu diesem Thema. Er äußerte Bedenken dagegen, daß jetzt Parteien versuchten, den Namen ‚Christlich‘ zu usurpieren. Man könne bei einer Partei nicht wissen, ob diese nicht nachher im politischen Leben auch recht eigennützige Ziele und Interessen vertrete oder sonst unchristlich handle. Das könne dann zu einer Belastung der Kirchen werden. Er halte daher die Bildung von Parteien, die sich ‚christlich‘ nennen, für unerwünscht, aber er halte es für wünschenswert, daß sich Parteien finden, deren Programm, ohne den Namen ‚Christlich‘ zu gebrauchen, im Grundsätzlichen der christlichen Weltanschauung entsprechen ...“

Heinz Th. Götz kommentiert diesen Bericht mit der Anmerkung: „Ich halte es für notwendig, daß wir mit zwei oder drei Herren um eine Besprechung mit dem Hauptpastor Schöffel bitten, um klarzustellen, daß die Kirche neutral und abwartend, aber nicht feindlich und ablehnend sich zu der Christlich-Demokratischen Partei stellt ...“ Archiv H. Th. Götz/XV/68.

Auf der nächsten Sitzung am 29. August erhielten die Teilnehmer Kenntnis von der Gründung der Berliner Christlich-Demokratischen Union. Für die Weiterbehandlung der ungelösten Parteifrage wurde nun ein besonderer Ausschuß eingesetzt, dem u. a. Dr. v. Poll (kath.), Dr. Hayn (ev.), Professor Möller (ev.), Heinz Th. Götz (ev.), von Canstein (kath.) und Behlert (ev.) angehörten.

Nach der Konferenz im Hamburger Rathaus kam es dann in der nächsten Verhandlung der „Christlichen Arbeitsgemeinschaft“ am 19. September 1945 zu einer indirekten Entscheidung in der Parteifrage. Da die Möglichkeit, eine christlich-demokratische Partei zu gründen, nunmehr ernst ins Auge gefaßt wurde, beschloß man, die Arbeitsgemeinschaft in eine „Christliche Union“ umzuwandeln, um die Förderung des gegenseitigen Verständnisses der Angehörigen der verschiedenen Konfessionen und eine Einwirkung auf alle Parteien im Sinne einer stärkeren Durchdringung mit christlichen Grundsätzen weiterzuführen, da diese besondere Arbeit von der zu gründenden Partei nun nicht mehr geleistet werden könne.

Obwohl auch weiterhin gegen eine christliche Partei Bedenken erhoben wurden, hatten sich doch wohl die meisten Teilnehmer bereits damit abgefunden. Das Protokoll berichtet darüber<sup>296</sup>):

„... Dr. Hopmann (ev.) bespricht den im Politischen Ausschuß vorgelegten Aufruf von Dr. v. Poll und anderen Herren. Dieser Aufruf schein ihm ideenmäßig nicht die geeignete Grundlage für die geplante Partei zu bilden, da zu wenig die sozialen Momente berücksichtigt würden. Dagegen böten die Kölner Leitsätze eine viel bessere Grundlage für die geplante Partei.

Dr. Beissel (kath.) und Beyrich (kath.) betonen die unbedingte Notwendigkeit, daß eine christlich-demokratische Partei gebildet wird. Die Christliche Union (s. o.; Anm. d. Verf.) könne in keinem Fall genügen. Beyrich empfiehlt, Vertrauen zu fassen und die schon weit vorgeschrittenen Arbeiten auf Gründung einer christlich-demokratischen Partei zu unterstützen und dafür zu sorgen, daß die von der Christlichen Union vertretenen Gedanken dort zur Geltung kommen ...

Herr Günther (Elmshorn) berichtet über die Gründung einer Christlich-Demokratischen Partei in Elmshorn ...

Nach weiteren Ausführungen von Dr. Hopmann betont Dr. Hayn (ev.) unter Hinweis auf eine Besprechung mit Senator Landahl die Notwendigkeit einer christlich-demokratischen Partei, wobei allerdings die Frage, ob das Wort ‚Christlich-...‘ aufzunehmen sei, einer sorgfältigen Prüfung bedürfe ...“

In der gleichen Sitzung wurde eine Programmkommission eingesetzt, die die Entwürfe v. Polls, Rupperts und die Kölner Leitsätze zu einem neuen Programm koordinieren sollte und am 21. September 1945 zusammentrat.

\*

Am 1. Oktober 1945 wurde dann in dem kleinen Kreis der bisherigen Christlichen Arbeitsgemeinschaft die „Christlich-Demokratische Partei“ Hamburgs gegründet. Fast alle Teilnehmer der ersten Beratungen wurden in den Vorstand oder Beirat berufen. Den provisorischen Vorstand bildeten drei katholische

<sup>296</sup>) Archiv des Landesverbandes der CDU in Hamburg/Akte Gründungsvorgänge.

(Franz Beyrich, Dr. M. Gröwel und Otto Link) und zwei evangelische Vertreter (Heinz Th. Götz und Speckbötzel — der allerdings nur in einem Schriftstück genannt wird).

Grundlage der Partei sollte ein sich stark an die Kölner Leitsätze anlehndes Programm sein.

Die Partei existierte, aber ihre Basis in personeller Hinsicht war noch zu schmal, so daß sie sich in dieser Form in Hamburg vorläufig sicher nicht durchsetzen würde. Benno Ziegler, Verlagsleiter der Hanseatischen Verlagsanstalt in Hamburg, schrieb darüber am 25. September 1945 an Dr. Schlange-Schöningen<sup>297</sup>):

„... Zu Ihrer konkreten Frage nach einer Zentrumsprominenz kann ich Ihnen nur sagen, daß hier in Hamburg im Zentrum nur Menschen von provinzieller Bedeutung leben. Sehr rührig ist hier Herr v. Poll, Mitarbeiter in der Organisation des Handels, gebürtiger Balte, der zweifellos gute Verbindungen zu den Kräften im Westen hat. Er hat aber in dem hiesigen Sammlungskreis keine starke Resonanz, weil dieser Kreis eigentümlicherweise verhältnismäßig unpolitisch zusammengesetzt ist (womit die Christliche Arbeitsgemeinschaft gemeint ist; Anm. d. Verf.). Man sucht in diesem Kreis verzweifelt nach Menschen, die man herausstellen kann. Es ist übrigens Winnig hier. Ich glaube indessen, daß man in Hannover Absichten auf ihn hat ...“

Otto Wendt urteilt in einem gleichfalls an Dr. Schlange-Schöningen gerichteten Brief vom 24. September 1945 sehr ähnlich<sup>298</sup>):

„... Viel Mühe haben sich hier die Christlichen Demokraten gegeben, in denen man aber nur eine Tarnung des früheren Zentrums erblickt. Wenigstens erfreut sich diese Partei bei uns nicht vieler Sympathien, im Gegenteil liegt die SPD näher ...“

Wendt wurde im November 1945 Vorsitzender der Partei, mußte aber im Januar 1946 wieder zurücktreten, da er — wahrscheinlich wegen seiner früheren Zugehörigkeit zum „Stahlhelm“ — von der britischen Militärregierung nicht bestätigt wurde.

Im Jahre 1951 äußerte sich dann Theodor Steltzer über die Anfänge der Hamburger Christlichen Demokraten<sup>299</sup>):

„... Leider wurde die CDU-Arbeit in Hamburg nur von einem engherzigen, kleinen Kreis betrieben, der es zunächst nicht verstand, Verbindung zu den eigentlichen Hamburger Kreisen zu bekommen ...“

\*

Die erste Phase der Hamburger Christlichen Demokraten kann somit wie folgt zusammengefaßt werden:

Im Sommer und Herbst 1945 waren in Hamburg vier politische Parteien neu entstanden. Von ihnen hatte die Christlich-Demokratische Partei zunächst wohl die schmalste Basis. Andererseits war sie aber auch frei von der Gefahr, als „Partei aller Gruppen rechts von der Sozialdemokratie“ ein Sammelbecken für verschiedene, heterogene Kräfte zu werden. Die kleine Gruppe, aus der die CDP hervorging, wollte

<sup>297</sup>) Archiv v. Senfft/189.

<sup>298</sup>) Archiv v. Senfft/101.

<sup>299</sup>) In einem Brief an den Verfasser vom 5. November 1951.

mit ihrer Hilfe versuchen, den „Aufbau des Vaterlandes auf christlichen Grundlagen“ zu realisieren.

Die ersten Vorstandsmitglieder waren — im Gegensatz zur konfessionellen Struktur der Hamburger Bevölkerung — zum größeren Teil frühere Zentrumsmitglieder, d. h. Angehörige der katholischen Konfession. Das brachte der Partei das in Norddeutschland als abwertend aufgefaßte Urteil ein, eine „Tarnung des Zentrums“ zu sein.

Die Bemühungen der Christlichen Demokraten bis zu den Bürgerschaftswahlen im Oktober 1946 waren von der Notwendigkeit bestimmt, die personelle Zusammensetzung des Vorstandes auf „Hamburger Kreise“, d. h. auf Protestanten auszudehnen. Abgesehen von der weitgehenden Verwendung der Kölner Leitsätze, worin eine Westorientierung zum Ausdruck kam, lehnte sie sich nach ihrer Gründung an die Entwicklung in Schleswig-Holstein an; mehrere führende Mitglieder arbeiteten mit Dr. Schlange-Schöninggen zusammen.

### **E. Die Konsolidierung der Christlichen Demokraten in Schleswig-Holstein und Hamburg**

Am 30. Oktober 1945 fand auf Einladung von Dr. Schlange-Schöninggen in Plön ein Treffen schleswig-holsteinischer und hamburgischer Christlicher Demokraten statt, auf dem die Plöner „Christlich-Demokratische Aufbau-Partei“ unter der provisorischen Leitung von Dr. Schlange-Schöninggen gegründet wurde, in der Hauptsache aber die überlokale Verständigung der verschiedenen Gruppen in Norddeutschland beraten werden sollte. Vertreten waren die Kieler unter der Führung von Carl Schröter, die Rendsburger Gruppe mit Th. Steltzer, die Lübecker — meist Mitglieder der „Deutschen Sammlung“ —, die christlich-konservativen Freunde Dr. Schlanges und ein Teil des Hamburger Kreises mit dem kurze Zeit später zum Hamburger Vorsitzenden gewählten früheren Deutschnationalen und Stahlhelmer Otto Wendt.

Nach einer Aufstellung v. Senffts waren von den rund 120 Anwesenden 16 bis 20 Hamburger Vertreter, 22 bis 25 von Schröter eingeladene Personen aus Schleswig-Holstein, 10 bis 12 Lübecker, 10 bis 15 Mitglieder der Plöner Gruppe und rund 60 von den Plönern persönlich geladene Teilnehmer.

Die Hamburger waren von ihrer Partei nicht offiziell benannt worden. Bis zu diesem Zeitpunkt hatten zwischen der Plöner Gruppe und der Hamburger Partei noch keine direkten und offiziellen Verhandlungen, sondern nur Einzelbesprechungen stattgefunden. Die Hamburger Vertreter waren deshalb von Dr. Schlange persönlich geladen worden. Zu ihnen gehörten Otto Wendt, Dr. Ruppert, der Hamburger evangelische Hauptpastor Hertrich, der katholische Dechant Wintermann, der Pressechef des Bürgermeisters, Dr. Köster, der Verlagsleiter Benno Ziegler und Bürgermeister a. D. Burchard-Motz. Ob alle geladenen Hamburger teilgenommen haben, konnte vom Verfasser nicht festgestellt werden.

Zu den Schleswig-Holsteinern gehörten vor allem Abgesandte aus Kiel, Rendsburg, Segeberg, Schleswig und Flensburg. Die Kieler Gruppe war mit

Schröter, Dr. Ehmke, Professor Becker, Koch, Dr. Knapp und Dr. Goldschmidt sehr stark vertreten (nach der Erinnerung von Prof. Becker waren außer ihm nur Koch und Dr. Pohland in Plön).

Die Plöner Gruppe hatte inzwischen Verbindungen zum holsteinischen Herzogshaus in Grünholz angeknüpft. Der Herzog sagte, ebenso wie der in Holstein lebende Sohn des Reichskanzlers Bethmann-Hollweg und Graf Reventlow in Wulffshagen bei Gettorf, die Teilnahme zu.

Während der Verhandlungen, die — soweit sie nicht die Gründung der Plöner Kreispartei betrafen — inoffiziellen Charakter hatten, sprachen Dr. Schlange, Th. Steltzer und C. Schröter. Dr. Schlange befürwortete eine Christlich-Demokratische Partei und machte die Versammelten besonders mit dem Programm bekannt, das wenige Tage später als „Rundschreiben Nr. 1“ verschickt wurde. Verständigung mit den früheren Zentrumskräften, Sammlungsgedanke rechts von der Sozialdemokratie, Ablehnung einer Flüchtlingspartei, Notwendigkeit des Lastenausgleichs (gemäßigte Bodenreform) und außenpolitisch eine Orientierung nach dem Westen waren die Hauptforderungen.

Steltzer berichtete über die Berliner Gründung der Christlich-Demokratischen Union. In Rendsburg war wenige Tage zuvor die Christlich-Demokratische Partei von der Militärregierung genehmigt worden. Schröter sprach sich besonders für die Sammlung aller Kräfte rechts von den Sozialdemokraten aus.

Die Mehrheit der Teilnehmer neigte, nach den Berichten v. Senffts zu urteilen, zur Annahme des Namens „Christlich-Demokratische Partei“.

Da die Konferenz aber nicht zur Gründung einer Landespartei oder eines Aktionsausschusses führte und auch nicht führen sollte, kam es noch nicht zu verbindlichen Absprachen. Man einigte sich, daß die Entscheidung erst von der Landesversammlung der noch zu gründenden Landespartei gefällt werden sollte.

Diese Plöner Konferenz, obwohl sie nur der Klärung der grundsätzlichen Fragen diente und keine organisatorischen Beschlüsse faßte, war für die weitere Entwicklung in Schleswig-Holstein von großer Bedeutung. Im Sinne einer Sammlung rechts von der Sozialdemokratie übernahm nun die Kieler Gruppe die Rolle des Organisators und Vermittlers in den verschiedenen Verwaltungsbezirken. Der Erfolg dieser Bemühungen war die Gründung des Landesverbandes am 4. Januar 1946 in Rendsburg, ohne daß es bis dahin zu der erwarteten zweiten bürgerlichen demokratischen Partei gekommen war. Ungeklärt blieb aber noch, an welche Parteientwicklung sich der Landesverband nun anschließen würde, ob an die Christlichen Demokraten Westdeutschlands oder an die liberalen Gruppen in der britischen Zone (Freie Demokratische Partei, Demokratische Union). Diese Entscheidung fiel dann einen Monat später mit dem Anschluß an die christlichen Demokraten (vgl. S. 193 f.). Zugleich spaltete sich aber auch eine Gruppe vom Landesverband ab und gründete eine liberale Partei.

Die Gruppe um Dr. Schlange-Schöninggen bemühte sich in der nachfolgenden Zeit dann auch um die Verbindungen nach Niedersachsen und Westdeutschland.

Vor allem sollte das Verhältnis zu den früheren Zentrumskreisen geklärt werden. In Hamburg wurde außerdem die protestantische Gruppe um O. Wendt unterstützt und versucht, die Stadt zum Zentrum der christlich-demokratischen Parteibewegung in Norddeutschland auszubauen.

Zur Stärkung der eigenen christlich-konservativen Parteirichtung gegenüber möglichen liberalen Entwicklungen bemühte sich die Gruppe weiterhin, frühere politische Freunde aus Ostdeutschland zu gewinnen und Ansätze zu ähnlichen Parteirichtungen mit den eigenen Bestrebungen zu koordinieren.

Die schon gegründete, jedoch nur auf schmaler Basis ruhende Hamburger Christlich-Demokratische Partei strebte mit Schröters und Dr. Schlanges Unterstützung in der nachfolgenden Zeit eine Verbreiterung an. Dazu gehörte auch die Lösung der schwierigen Vorsitzenden-Frage, da Otto Wendt von der Militärregierung nicht bestätigt wurde.

\*

Im Anschluß an die Plöner Tagung wurden den west- und süddeutschen Freunden Dr. Schlanges mehrere Rundschreiben zugesandt. Eine rege Korrespondenz setzte ein. Dr. Schlange-Schöningen besuchte auch den ehemaligen Reichsminister Stegerwald in Würzburg.

Der Vertrauensmann in Westfalen, Regierungsrat a. D. v. Rönne in Völlinghausen bei Soest, bemühte sich um die Verbindung mit den westdeutschen Christlichen Demokraten. In Niedersachsen versuchte Dr. Schlange durch seine Freunde v. Bonin und v. Knebel, die meist zu den „Welfen“ hinneigenden agrarischen Kreise für die Christlichen Demokraten zu gewinnen und die Position der protestantischen Gruppe in der sich bildenden christlich-demokratischen Partei in der Provinz zu verbessern.

Alle diese Bestrebungen liefen auf die Gründung eines Zonenausschusses hinaus, der unter Umständen seinen Sitz in Hamburg haben sollte. Dort sollte dann auch eine überlokale norddeutsche Zeitung der Christlichen Demokraten erscheinen.

Die ersten sicheren Nachrichten über die Entwicklung in Westdeutschland erhielt Dr. Schlange im September aus Detmold, in denen von der voraussichtlichen Dreiteilung des Parteiensystems in KPD, SPD und Christlich-Soziale gesprochen wurde<sup>300</sup>). Am 16. November berichtete der westfälische Mitarbeiter v. Rönne sowohl von der Wiedegründung des Zentrums als auch von der Gründung der CDP in Bochum und nannte die Namen Lensing und Dr. Boelitz, ohne jedoch über das Stärkeverhältnis der beiden Parteien schon nähere Einzelheiten mitteilen zu können<sup>301</sup>). Einen Monat später sprach er dann selbst mit Boelitz, einem der Mitgründer der Christlichen Demokraten in Westfalen. Er schrieb

<sup>300</sup>) Brief an Dr. Schlange-Schöningen vom 16. September 1945 aus Herford, der Absender ist leider nicht festzustellen. Archiv v. Senfft/97.

<sup>301</sup>) Archiv v. Senfft/19.

darüber, daß dieser sich „mit den Ausführungen des Rundschreibens (von Dr. Schlange; Anm. d. Verf.) durchaus einverstanden erklärt“ habe. Über die politischen Aussichten der westdeutschen Christlichen Demokraten wußte er zu berichten:

„... Im ganzen besteht der Eindruck, daß sowohl auf katholischer wie auch auf evangelischer Seite durchaus der gute Wille zum Zusammengehen besteht, und daß der Aufruf zur Sammlung eine gute Aufnahme findet ...“

Kurze Zeit darauf schrieb Dr. Boelitz in gleichem Sinne an Dr. Schlange, die Notwendigkeit der interkonfessionellen Zusammenarbeit betonend<sup>302</sup>).

An der Godesberger Tagung der Christlichen Demokraten vom 14. bis 16. Dezember 1945 hatte als einziger norddeutscher Vertreter nur Dr. Ruppert teilnehmen können. Die von Dr. Schlange-Schöningen inzwischen angeknüpften Verbindungen wurden deshalb dazu benutzt, Dr. Holzapfel (den 2. Vorsitzenden der CDP in Westfalen) und den damaligen Zonengeschäftsführer, Freiherrn von Gumpenberg, zum 8. Januar 1946 zu einer Tagung nach Hamburg zu bitten. Dr. Schlange lud ferner die Hamburger, Kieler und Rendsburger Gruppe sowie einige Lübecker und Berliner Vertreter ein.

Dr. Holzapfel, Steltzer und Schröter sagten jedoch ab. Die Absage Schröters führt v. Senfft auf Unstimmigkeiten zwischen der liberalen Kieler und der christlich-konservativen Richtung Dr. Schlanges, die bei der Behandlung der Lübecker Entwicklung aufgetreten waren, und auf die Tatsache, daß der schleswig-holsteinische Landesverband sich vier Tage zuvor für den Namen „Demokratische Union“ entschieden hatte, zurück. Er schreibt darüber<sup>303</sup>):

„... Ich habe den Eindruck, daß die Herren Steltzer und Schröter ins Fahrwasser der Linksliberalen geraten sind und auf die von Ihnen (Dr. Schlange; Anm. d. Verf.) vertretene Richtung überhaupt keine Rücksicht mehr nehmen ...“

An der „kleinen Zonentagung“ in Hamburg am 8. Januar 1946, die durchaus inoffiziell war, nahmen dann schließlich außer Dr. Schlange-Schöningen und Freiherrn v. Senfft aus dem Rheinland Freiherr von Gumpenberg, aus Hannover Fratzscher, Wellmann und ein dritter Vertreter, aus Lübeck Bock und Wessel, aus Hamburg Wendt und Beyrich und aus Berlin Remelé teil.

Während der Sitzung oder kurz danach erklärte Dr. Schlange-Schöningen, daß er bereit sein würde, das Amt eines Zonenparteivorsitzenden zu übernehmen<sup>304</sup>).

Es darf deshalb angenommen werden, daß mehrere Teilnehmer der Herforder Sitzung am 21./22. Januar 1946, auf der der Zonenausschuß der Christlichen

<sup>302</sup>) Brief v. Rönne an v. Senfft vom 14. Dezember 1945. Archiv v. Senfft/154. Brief von Dr. Boelitz an Dr. Schlange-Schöningen vom 19. Dezember 1945. Archiv v. Senfft/155.

<sup>303</sup>) Brief an Dr. Schlange-Schöningen vom 11. Januar 1946. Archiv v. Senfft/192.

<sup>304</sup>) Brief v. Senfft an Dr. Ruppert vom 11. Januar 1946. Archiv v. Senfft/171.

Demokraten gegründet wurde, Dr. Schlange für den künftigen Parteivorsitzenden hielten<sup>305</sup>).

Zur gleichen Zeit hatte sich jedoch für Dr. Schlange-Schöningen in Verhandlungen mit britischen Behörden die Möglichkeit ergeben, eines der damals von der Militärregierung eingerichteten Zentralverwaltungsämter in der britischen Zone zu übernehmen. Obwohl das Ergebnis dieser Verhandlungen bereits am 17. Dezember 1945 feststand, kann nicht mit Gewißheit gesagt werden, ob Dr. Schlange vor oder erst nach der Wahl Dr. Adenauers zum vorläufigen 1. Vorsitzenden der Zonenpartei der Christlichen Demokraten am 21./22. Januar 1946 den Engländern seine endgültige Zusage gab. Am 23. Januar übernahm er dann die Leitung des Zentralamtes für Ernährung und Landwirtschaft.

Da die britische Militärregierung in jener Zeit eine besondere parteipolitische Tätigkeit der in ihren Diensten stehenden deutschen Beamten ablehnte, entfiel auch für Dr. Schlange-Schöningen eine Weiterführung seiner bisherigen Bemühungen. Es darf jedoch angenommen werden, daß er sich im Falle seiner Wahl zum Vorsitzenden der CDU in der britischen Besatzungszone von seinen Verpflichtungen in der Zentralverwaltung gelöst hätte.

\*

Im Herbst 1945 waren in Schleswig-Holstein zahlreiche Kreisparteien unter verschiedenen Namen (u. a. Christlich-Demokratische Aufbau-Partei, Christlich-Demokratische Partei, Demokratische Aufbau-Partei, Demokratische Union usw.) entstanden. Am 10. Dezember genehmigte die britische Militärregierung dann die Bildung von Provinzparteien. Die Kieler Gruppe konnte nunmehr zum 4. Januar 1946 Vertreter der Kreisparteien nach Rendsburg zur Gründung einer Landespartei einberufen, nachdem dort bereits im November eine Tagung zahlreicher Kreisvertreter stattgefunden hatte. Dr. Schlange-Schöningen und v. Senfft nahmen an der Konferenz nicht teil, obwohl ihnen Einladungen zugeschickt worden waren. Zum 1. Vorsitzenden wurde Carl Schröter, zum 2. P. C. Asmussen, Itzehoe/Elmshorn, und zum Vorsitzenden des Landesausschusses Th. Steltzer berufen. Die Partei sollte den Namen „Demokratische Union“ führen.

Diese Entscheidung rief sowohl bei den Hamburger Christlichen Demokraten als auch bei Dr. Schlange große Bestürzung hervor. Freiherr v. Senfft schreibt darüber<sup>306</sup>):

„... In Hamburg haben sich durch die Haltung bzw. die Entscheidung in Schleswig-Holstein neue Schwierigkeiten in der Zeitungsfrage ergeben. Nachdem kürzlich die Presse die Nachricht brachte, daß Schleswig-Holstein den Namen „Christlich-Demokratische Union“ abgelehnt und den Namen „Demokratische Union“ angenommen hat, erklären die Hamburger Liberal-Demokraten den Landesverband für ihre Partei und

<sup>305</sup>) Auf dieser Tagung übernahm als Ältester der Anwesenden Dr. Konrad Adenauer den vorläufigen Vorsitz. Am 28./29. Februar 1946 wurde er dann offiziell als Vorsitzender anerkannt.

<sup>306</sup>) Brief an Dr. Schlange-Schöningen vom 4. Februar 1946. Archiv v. Senfft/89.

stellen erhöhte Ansprüche in der Zeitungsfrage. Die ganze Lage ist dadurch so unklar und verworren geworden, daß Verleger Paulus sich zu einer dringenden Rücksprache mit Oberpräsident Steltzer und dem Landesvorsitzenden Schröter entschlossen habe. Auch die Hamburger CDU will vom Landesverband Schleswig-Holstein Klarheit verlangen ...“

Für diese — wenn auch nur vorübergehende — Annahme des Namens „Demokratische Union“ lassen sich im wesentlichen drei Gründe aufführen:

1. Es ist möglich, daß für einen Teil der Mitglieder der Landesversammlung die von kirchlichen Kreisen — Theologen und Laien — geäußerten Bedenken gegen die Verwendung des Wortes „Christlich“ im Parteinamen maßgebend für die Ablehnung des Namens „Christlich-Demokratische Union“ waren. Der Verfasser nimmt jedoch an, daß dieser Kreis nur eine Minderheit bildete.

2. Professor Dr. O. Becker, Kiel, wies den Verfasser darauf hin, daß für die Schleswig-Holsteiner damals nicht klar gewesen sei, ob das Zentrum oder die westdeutschen Christlichen Demokraten sich bei den früheren katholischen Zentrumsanhängern durchsetzen würden. Wenn sich nun das Zentrum in seiner früheren Stärke behauptete, so sei eine Christlich-Demokratische Union als eine allein von evangelischen Gruppen getragene Partei nicht zu vertreten gewesen. Um die geschlossene Sammlung der Gruppen rechts von der Sozialdemokratie auf jeden Fall aufrecht zu erhalten, habe man sich vorbehaltlich einer Änderung für den Namen „Demokratische Union“ entschieden. Im Falle der Durchsetzung der Christlichen Demokraten in Westdeutschland sei von vornherein beabsichtigt gewesen, eine neue Entscheidung über die Frage einer Vereinigung mit diesen herbeizuführen.

3. Verschiedene Teilnehmer der konstituierenden Versammlung in Rendsburg hatten früher liberalen Parteien angehört. Für sie war — wie schon gesagt — ein Übergang von einer liberalen zu einer christlichen Partei ohne die Preisgabe bestimmter Auffassungen nicht möglich. Vertreter der liberalen Auffassungen waren auch die Gruppen, die nach dem Anschluß der Provinzpartei an die Christlichen Demokraten zurücktraten und eine Freie Demokratische Partei gründeten. Dazu gehörten P. C. Asmussen (2. Vorsitzender der „Demokratischen Union“) und Knecht-Elmshorn (beides Industrielle).

Durch diese Entwicklung in Schleswig-Holstein waren bei der Gründung der Zonenpartei das Gewicht der norddeutschen Christlichen Demokraten und die parteipolitische Position Dr. Schlanges erheblich geschwächt. Schröter nahm an der Tagung in Herford am 21./22. Januar 1946 nur als Gast teil.

Nach seiner Rückkehr berief er erneut die Landesversammlung der „Demokratischen Union“ ein — zum 5. oder 15. Februar 1946 nach Rendsburg. Über seine Absichten unterrichtete er v. Senfft am 4. Februar 1946<sup>307</sup>):

„... Herr Steltzer und ich sind für den Anschluß an die CDU und sind entschlossen, diesen Anschluß durchzusetzen. Hinsichtlich des Namens neigen wir zu folgendem Titel: ‚Schleswig-Holsteinische Landespartei in der CDU‘ ...“

<sup>307</sup>) Archiv v. Senfft/22 und 30.

Dieser Plan wurde auf der Landesversammlung dann durchgesetzt, wenn auch die Sammlung der demokratischen Gruppen rechts von der Sozialdemokratie dafür geopfert werden mußte. Asmussen und Knecht schieden aus und setzten sich für die Gründung der Freien Demokratischen Partei ein. Die Ausgangsposition dieser neuen Partei war jedoch sehr schmal.

\*

In der zweiten Phase der Entwicklung der Hamburger Christlichen Demokraten veränderte sich die Zusammensetzung der führenden Gruppe unter dem Einfluß der Ausweitungsbestrebungen der Partei recht erheblich.

Eine der nach dem Kriege gegründeten halbpolitischen Vereinigungen war der „Vaterstädtische Bund“, der sich aus früheren Mitgliedern der Deutschen Volkspartei zusammensetzte und das Anliegen hatte, bei der Wiedererrichtung von Verwaltung, Industrie, Handel usw. spezifische Hamburger Traditionen und Belange wahrzunehmen.

Am 16. Oktober 1945 bekannte sich der Bund zu der Ansicht, daß er eine politische Partei sei und bei der Militärregierung auch einen entsprechenden Lizenzierungsantrag eingereicht habe.

Am 20. Oktober 1945 erklärten jedoch in einem Gespräch mit Christlichen Demokraten<sup>308)</sup> seine verantwortlichen Leiter, de Chapeaurouge und Dr. Röper, daß er nicht als Partei, sondern auch weiterhin als überparteiliche Vereinigung angesehen werden wolle. Da jedoch eine Zulassung nur über das alliierte Parteien-gesetz möglich sei, müsse er notgedrungen diesen Weg gehen.

Als besonderes politisches Ziel des Bundes bezeichneten de Chapeaurouge und Röper die Arbeit für eine politische Sammlung rechts von der Sozialdemokratie.

In diesem Sinne wurden verschiedene Verhandlungen mit den Freien und den Christlichen Demokraten, später auch mit der Deutschen Partei geführt. Die Bemühungen hatten jedoch keinen Erfolg<sup>309)</sup>. Auch Verhandlungen über ein Wahlbündnis mit diesen Parteien scheiterten — nach Auffassung des Bundes an den Freien Demokraten —, so daß er seinen Anhängern empfahl, für die CDU zu stimmen. Die führenden Kräfte traten zur CDU über, Chapeaurouge wurde Mitglied des Vorstandes.

Für die erste Hamburger Bürgerschaft nach dem Kriege hatte die Militärregierung neben einer Anzahl parteipolitisch gebundener Abgeordneter von sich aus eine Reihe von unabhängigen Vertretern des Handels, der Industrie und der öffentlich-rechtlichen Institutionen benannt. Diese Gruppe schloß sich unter dem Vorsitz von Bürgermeister Petersen zur „Fraktion der Parteilosen“ zu-

<sup>308)</sup> Protokoll der Konferenz von H. Th. Götz. Archiv H. Th. Götz/XV/47.

<sup>309)</sup> Aufruf des Vaterstädtischen Bundes anläßlich der Hamburger Bürgerschaftswahlen im Oktober 1946.

sammen. Nach der Ausschreibung der Wahlen zur zweiten Bürgerschaft (für den 13. Oktober 1946) war die Fraktion dann vor die Frage gestellt, welcher politischen Partei sie ihre Unterstützung geben wollte.

Einige der Mitglieder hatten sich bis dahin an den Bestrebungen beteiligt, eine Fusion der Christlichen und der Freien Demokraten herbeizuführen. Besonders bemüht war Bürgermeister Petersen, der von Anfang an für *eine* Partei neben der Sozialdemokratie eintrat. Er wandte sich deshalb zuerst auch gegen die Bildung einer gesonderten christlichen Partei. Später war er bestrebt, die beiden demokratischen Parteien unter dem Namen „Christliche und Freie Demokraten in Hamburg“ zusammenzuführen. Auf diesen Vorschlag seien, so führte Petersen in einem Aufsatz in der „Hamburger Allgemeinen Zeitung“<sup>310)</sup> aus, die Christlichen, aber nicht die Freien Demokraten eingegangen. Nach dem Scheitern dieser Versuche traten deshalb Anfang Juni 1946 15 Mitglieder der Fraktion der Parteilosen — unter ihnen Petersen — zur CDU über und zum großen Teil auch in deren Vorstand ein. Damit war es den Christlichen Demokraten gelungen, ihre Partei auf „Hamburger bürgerliche Kreise“ auszudehnen (vgl. S. 183).

Eine besonders schwierige Frage war die Berufung einer allen Beteiligten genehmen Persönlichkeit zum ersten Vorsitzenden der Partei. Provisorisch hatte zunächst Franz Beyrich (kath.) am 1. Oktober 1945 dieses Amt übernommen und auch die Verhandlungen mit der Militärregierung geführt.

Ende November 1945 übernahm — für zwei Tage — Speckbötel den Vorsitz, anschließend der von Dr. Schlange gestützte Otto Wendt. Dr. Schlange-Schöninggen hielt den früheren Bürgermeister Dr. Burchard-Motz für besonders geeignet, dieser war aber wegen seiner früheren Mitgliedschaft in der NSDAP belastet. Auch Wendt wurde, wie erwähnt, von der Militärregierung nicht anerkannt, da er dem Stahlhelm angehört hatte. Im Januar 1946 übernahm dann für zwei Jahre der Hamburger Senator Ketels (ev.) den Vorsitz. Mit seinem Nachfolger Hugo Scharnberg trat ein früheres Mitglied der Fraktion der Parteilosen an die Spitze der Hamburger CDU.

## F. Zusammenfassung

Während sich in Westdeutschland trotz der Spaltung der früheren Zentrumskräfte in Christliche Demokraten und Zentrumsverfechter in beiden Provinzen relativ frühzeitig überlokale christlich-demokratische Parteien bildeten, klärten sich die entsprechenden Ansätze bei den vorwiegend protestantischen Gruppen Norddeutschlands erst einige Zeit später. Zur Zeit der Gründung des Zonenausschusses der CDU im Januar 1946 gab es in Hamburg eine nur auf schmaler Basis ruhende Christlich-Demokratische Partei und in Schleswig-Holstein eine Demokratische Union, von der Schröter lediglich als Gast an den Beratungen in Herford teilnahm.

Die Gruppe um Dr. Schlange-Schöninggen konnte sich auf keine feste Parteiorganisation stützen. Sie war die Kraft in Norddeutschland, die nach außen hin besonders

<sup>310)</sup> Bürgermeister Rudolf Petersen in der Hamburger Allgemeinen Zeitung am 25. Juni 1946: „Warum ich in die CDU eintrat?“

aktiv tätig war — und kann deshalb mit der Kölner Gruppe und dem Berliner Kreis der Christlichen Demokraten verglichen werden.

Bei der Behandlung programmatischer und politischer Fragen tauchten Unterschiede zwischen den westdeutschen und den norddeutschen Kreisen auf, da sich besonders die Gruppe um Dr. Schlange, aber auch die Kieler, stärker als die Westdeutschen mit außenpolitischen Fragen beschäftigten.

Innen- und außenpolitische Probleme standen für Dr. Schlange-Schöningen in gegenseitiger Wechselwirkung; von dem zunächst innenpolitischen Problem der Flüchtlingsfrage ausgehend, erschien ihm Deutschlands Position in der weltpolitischen Konstellation bestimmt. Um der Lösung des Vertriebenenproblems willen und aus ideologischen Gründen sei Deutschland zu einer Option für die westlichen Staaten gezwungen. Innenpolitisch bedeutete das wiederum die Ablehnung einer Zusammenarbeit mit den Kommunisten, während die Sozialdemokratie und die Christlichen Demokraten als die staaterhaltenden Parteien angesehen wurden.

Die Notwendigkeit parteipolitischer Tätigkeit war für Dr. Schlange schon deshalb gegeben, weil in Deutschland kein staatliches politisches Organ vorhanden war, das bei den Besatzungsmächten deutsche Interessen vertreten konnte. Die einzige, wenn auch inoffizielle Möglichkeit hierzu war seiner Auffassung nach allein durch die politischen Parteien gegeben.

Im Gegensatz zur westdeutschen Entwicklung wurde in Norddeutschland von evangelischen Theologen- und sonstigen kirchlich gebundenen Kreisen eine „Christliche Partei“ weithin abgelehnt.

In Norddeutschland selbst gab es zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein einen traditionell bestimmten Unterschied: in Hamburg bildeten sich sofort Freie und Christliche Demokraten nebeneinander, während in Schleswig-Holstein beide Gruppen zunächst gemeinsam vorgingen. Zur Spaltung kam es erst nach der Verbindung mit den westdeutschen Christlichen Demokraten, wobei die Freien Demokraten in die schwächere Position gedrängt wurden.

### *3. Kapitel:*

## **Die Gruppen im Übergangsbereich zwischen Nord- und Westdeutschland**

### **A. Vorbemerkung**

Zwischen den vom Verfasser als norddeutsches Gebiet bezeichneten Ländern Hamburg und Schleswig-Holstein und den westdeutschen Provinzen Rheinland und Westfalen liegen als Übergangsbereich das jetzige Land Niedersachsen, eine Neuschöpfung der deutschen Nachkriegsentwicklung, aus der früheren preußischen Provinz Hannover und den früheren Ländern Braunschweig, Oldenburg und Schaumburg-Lippe entstanden, und die Hansestadt Bremen.

In diesem Übergangsbereich traten Ansätze nach fast allen bisher genannten Richtungen auf. Es gab Christliche Demokraten westdeutscher und norddeutscher Prägung, Zentrumsanhänger der Hamacher- und Brockmann-Richtung, Liberale Demokraten und konservative Gruppen. Als besondere hannoversche und später niedersächsische Gruppe bildeten die früheren „Welfen“ eine „Niedersächsische Landespartei“, die, abgesehen von ihrer regionalen Zielsetzung, der konservativen Gruppe zugerechnet werden muß.

Neue Gesichtspunkte, die eine Erweiterung der Ausgangsstellung und der politischen Idee der Christlichen Demokraten oder des Zentrums bedeuteten, traten in diesem Raum jedoch nicht auf. Der Verfasser konnte sich deshalb, wie schon ausgeführt, darauf beschränken, in einer kurzen Übersicht die aufgetretenen Richtungen zu skizzieren.

## B. Politische und historische Voraussetzungen

Seit der Eingliederung des Königreichs Hannover in Preußen im Jahre 1866 gab es in der nunmehrigen Provinz stets eine politische Gruppe, die ursprünglich die Wiedereinsetzung des Königshauses und später — nach 1918 — die Selbstständigkeit Hannovers forderte und für die Pflege der besonderen hannoverschen und niedersächsischen Überlieferungen eintrat. Ihre Anhänger kamen — dem konservativen Charakter der Partei und ihrer Ziele entsprechend (trotz ihrer Gegnerschaft zum konservativen Preußen) — vor allem aus der evangelischen Agrarbevölkerung der Provinz. Von 1871 bis 1912 ging der Anteil dieser „Deutsch-Hannoveraner“ von 38 % auf weniger als 15 % zurück, um nach einem Emporschnellen nach der deutschen Niederlage im Jahre 1918 auf 20,8 % bis zum Jahre 1933 auf 2,25 % aller abgegebenen Stimmen in der Provinz Hannover abzusinken.

Die Deutsch-Hannoveraner oder „Welfen“ hospitierten im Reichstag beim Zentrum, das in der Provinz Hannover zwischen 15 und 7 % aller abgegebenen Stimmen auf sich vereinigte. Im Jahre 1919 traten in Hannover vorübergehend das Zentrum und die Deutsch-Hannoveraner — bei Aufrechterhaltung der selbständigen Parteiorganisationen — gemeinsam als „Christliche Volkspartei“ auf<sup>311</sup>).

Das Zentrum war die herrschende Partei im südlichen Teil des Landes Oldenburg. In den beiden Kreisen Cloppenburg und Vechta vereinigte es zeitweilig bis zu 95 % aller Stimmen auf sich<sup>312</sup>).

Der Freisinn und danach die Deutsche Demokratische Partei hatten in den einzelnen Räumen Niedersachsens — mit Ausnahme von Ostfriesland und einigen Gebieten des nördlichen Oldenburg — nicht die Bedeutung, die sie sonst in Norddeutschland besaßen. Sie erhielten in Niedersachsen überall weniger Stimmen als im übrigen Reich, prozentual aber doch mehr als in Westdeutschland.

Das nationalliberale Bürgertum war in allen Teilen Niedersachsens — mit Ausnahme der katholischen Gebiete —, besonders aber im Nordwesten und in Braunschweig, stets sehr stark gewesen. Die Deutsche Volkspartei besaß daher in der Zeit der Weimarer Republik stets eine relativ große Anhängerschaft.

Da die Deutsch-Hannoveraner einen Teil der konservativen Wählerstimmen absorbierten, waren die Deutschnationalen in Niedersachsen, besonders in Hannover, schwächer als im Reich.

<sup>311</sup>) C. Bachem, „Geschichte der Deutschen Zentrumspartei“, 8. Band, Köln 1930, S. 265 ff.

<sup>312</sup>) G. Franz, „Die politischen Wahlen in Niedersachsen (1867—1949)“, Bremen 1951.

Die Demokratische Partei, die Deutsche Volkspartei und die „Welfen“ verloren während der Zeit der Weimarer Republik bedeutend an Stimmen, sowohl durch die Atomisierung der deutschen „bürgerlichen Parteien“ als auch infolge des Anwachsens der Nationalsozialisten. Es sanken die DDP von 16,2% im Jahre 1919 auf 0,8% im Jahre 1932 (im Reich von 18,8% auf 1,0%), die DVP von 10,0% im Jahre 1919 auf 2,1% im Jahre 1932 (im Reich von 6,0% auf 1,2%) und die Deutsch-Hannoversche Partei von 15,0% im Jahre 1919 auf 3,1% im Jahre 1932.

Die NSDAP stieg von 7,5% im Jahre 1924 (im Reich 6,6%) auf 39,5% im November 1932 (im Reich 33,1%).

Die Sozialdemokraten verloren von 1919 bis 1932 18%, d. i. fast die Hälfte ihrer Wähler (1919: 44%; im Reich 43%).

Die Kommunisten waren in Niedersachsen immer relativ schwächer als im Reich.

Die konfessionelle Struktur Niedersachsens zeigt starke Unterschiede auf. Weite Teile des Landes sind fast völlig protestantisch, 79,0% der Bevölkerung bekennen sich (nach der Zählung von 1946) zu evangelischen Kirchen. Der Anteil der Katholiken beträgt 19,2%, zum größeren Teil siedeln sie geschlossen — so im Eichsfeld, im Emsland, um Hildesheim, im Osnabrücker Raum und in Süddoldenburg.

Da die katholische Bevölkerung sich vor 1933 ziemlich geschlossen zu einer politischen Partei, dem Zentrum, bekannte, hatte sie neben der auf mehrere „bürgerliche“ und „sozialistische“ Parteien verteilten protestantischen Bevölkerung stets ein sehr starkes politisches Gewicht gehabt.

Wirtschaftlich gesehen ist Niedersachsen seit dem Beginn der Erzförderung und der Errichtung der Hütten- und Verarbeitungsindustrie im Braunschweigischen, durch die erfolgreichen Erdölbohrungen im Emsland, durch den Aufbau einer Automobilindustrie in Wolfsburg und Hannover und als Folge der wachsenden Bedeutung der Hauptstadt Hannover als Messe- und Handelszentrum in einem starken Prozeß der Umschichtung begriffen. Die frühere Vorherrschaft der Landwirtschaft bei nur wenigen Industrie- und Handelsbezirken (Osnabrücker Raum mit Kohlenförderung und Eisenverarbeitung, Harzgebiet mit Erzförderung, Fischindustrie an der Küste) geht mehr und mehr zurück, obwohl Niedersachsen auch heute immer noch ein landwirtschaftliches Überschußgebiet ist.

### C. Überblick über die Ansätze der Christlichen Demokraten und der Zentrumsgruppen im niedersächsischen Übergangsgebiet

Im früheren Herzogtum und späteren Land Braunschweig<sup>313</sup>), das 1946 als Verwaltungsbezirk im Land Niedersachsen aufging, gab es, der konfessionellen

<sup>313</sup>) Für die Übersicht standen die Berichte und Aufzeichnungen des Landesgeschäftsführers der CDU, Schönfeldt, zur Verfügung.

Struktur der Bevölkerung und der Geschichte des Landes entsprechend, früher weder ein starkes Zentrum noch eine besonders hervortretende „Welfen“-Partei. Neben der Sozialdemokratie als größter Partei bestimmten zur Zeit der Weimarer Republik relativ starke Gruppen der Deutschen und der Deutsch-nationalen Volkspartei das politische Leben. Später rückte die NSDAP an die Spitze und vereinigte schließlich mehr als 40% aller Stimmen auf sich.

Nach dem deutschen Zusammenbruch im Jahre 1945 gelang es ohne wesentliche Schwierigkeiten oder Abspaltungen, frühere Gruppen der Demokraten (DDP), der Deutschen Volkspartei, der Deutschnationalen und des Zentrums politisch zusammenzuschließen.

Die Einigungsgespräche begannen im Mai und Juni 1945 vor allem in Goslar und Salzgitter und führten im September zur Bildung eines Landesverbandes, dem Heinrich Rönneberg (Siedlungskommissar, Salzgitter, früher MdR der DDP, ev.) und Clemens Recher (Verwaltungsinspektor, Wolfenbüttel, früher Zentrum, kath.) vorstanden. Als die britischen Behörden den Beamten eine führende politische Tätigkeit untersagten, traten am 14. November 1945 Dr. Strickrodt (Leiter der Reichswerke, Salzgitter, früher DDP, ev.) und Carl Schönfeldt (Braunschweig, früher Zentrum, kath.) an ihre Stelle.

Die Entwicklung der CDU in Braunschweig, die in manchen Zügen der norddeutschen, vor allem der in Schleswig-Holstein, ähnlich war, wurde auch von katholischen Geistlichen unterstützt, ohne daß diese jedoch sich aktiv an der Parteiarbeit beteiligten.

Da die Niedersächsische Landespartei, die Freien Demokraten und die neue Zentrumspartei im Lande bzw. Verwaltungsbezirk Braunschweig erst sehr viel später Fuß fassen konnten, hatten neben den Sozialdemokraten die Christlichen Demokraten eine besonders breite Ausgangsbasis. Bei den ersten Wahlen konnte die Partei den später nie wieder erreichten Anteil von mehr als 30% aller abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen.

\*

In der Stadt Hannover<sup>314</sup>) kamen im Sommer 1945 mehrere frühere Zentrumsmitglieder, unter ihnen Dr. Pfad, bis 1933 Vorsitzender der städtischen Parteiorganisation, Christian Blank, früherer preußischer Landtagsabgeordneter und Wahlleiter in Hannover-Süd, Wellmann, bis 1933 zweiter Vorsitzender des Zentrums in Hannover, Naegel und Anton Storch von den Christlichen Gewerkschaften, zusammen, um zu einer Entscheidung über den einzuschlagenden Weg zu kommen. Die Berliner Entwicklung (der Christlichen Demokraten) wurde mit Mißtrauen betrachtet. Verschiedene Gründe sprachen für eine Wiedererrichtung

<sup>314</sup>) Als Materialgrundlage der nachfolgenden Zusammenfassung dienten die Akten der Landesgeschäftsstelle Niedersachsen, die Akten der Gruppe um Dr. Schlange-Schöning und einzelne Akten- und Briefstücke aus Privatbesitz.

des Zentrums. Blank berichtete dem Verfasser<sup>315</sup>), daß nach Ansicht der Gruppe das evangelische Bürgertum allgemein nationalsozialistisch gewesen sei und deshalb eine Ausweitung des bis zum Ende der Republik nahezu unverändert gebliebenen Zentrums auf diese Kreise für nicht opportun erachtet wurde. Die Sozialdemokratie habe in den Gesprächen, die die Zentrumsgruppe mit ihren Vertretern führte, auf eine Wiedergründung des Zentrums gedrängt. Diese Wiedergründung hätte jedoch zu einer Koalition mit den Sozialdemokraten führen können, wogegen wiederum die großen Differenzen in kulturpolitischen Fragen gesprochen hätten.

Wellmann berichtet, daß im August 1945 auf einer öffentlichen Kundgebung in Lehrte bei Hannover die SPD, die KPD und das Zentrum als politische Parteien aufgetreten seien.

Im August stellten rheinische Vertreter, u. a. Dr. Adenauer, durch Besuche in Hannover direkte Beziehungen zwischen den Christlichen Demokraten in Westdeutschland und den früheren Zentrumspolitikern in Hannover her. Dr. Adenauer berichtete über seinen Besuch<sup>316</sup>), daß die Aussichten in Norddeutschland (d. h. hier Niedersachsen) mäßig seien. Dieses Urteil bezog sich aber wohl besonders auf die Protestanten, denn über die Haltung des früheren Zentrums in Hannover berichtet das Protokoll der Sitzung des Aktionsausschusses nicht.

Die allgemeine Entscheidung der früheren Zentrumsgruppe in Hannover fiel auf einer Zusammenkunft früherer Zentrumsmitglieder aus Westfalen, dem Rheinland, Hannover, dem Emsland, Hildesheim und dem Eichsfeld, auf der Dr. Pfad wahrscheinlich noch eine unentschiedene Haltung (vgl. S. 139 f.) in der Frage CDP oder Zentrum einnahm. Ob er sich noch während dieser Sitzung oder erst danach endgültig für die Christlichen Demokraten entschied, kann nicht mit Sicherheit festgestellt werden.

Mit der Entscheidung der katholischen Gruppen — der konfessionellen Minderheit in Hannover — war jedoch die Sache der Christlichen Demokraten in diesem Raum noch nicht endgültig gesichert. Die evangelischen Gruppen, die gewonnen werden mußten, waren — politisch betrachtet — die früheren Demokraten, die Volksparteiler, die Deutschnationalen mit ihren abgesplitterten Richtungen und nicht zuletzt die ehemaligen Deutsch-Hannoveraner oder „Welfen“.

\*

Die Forderungen der westdeutschen früheren Zentrumskräfte, die für die Preisgabe des Zentrums und eine interkonfessionelle politische Zusammenarbeit in der Christlich-Demokratischen Partei eintraten, setzten sich jedoch nicht überall in der ehemaligen Provinz Hannover durch. In Hildesheim und in

---

<sup>315</sup>) Bericht vom 25. November 1951.

<sup>316</sup>) Dr. L. Schwering, Tagebuchaufzeichnungen. Archiv L. Schwering/I/1 S. 8.

Osnabrück entstanden gleichzeitig erste Ansätze für eine örtliche Wiedergründung des Zentrums. Ein Hildesheimer Vertreter wurde auch am 14. Oktober in den Gesamtvorstand der neuen Zentrumspartei gewählt (vgl. S. 147).

Der erste Geschäftsführer des Zentrums in Niedersachsen, Jakob aus Foxtrup bei Osnabrück<sup>317</sup>), berichtet, daß sich im Herbst 1945 ein Ausschuß der früheren Zentrumspartei in Osnabrück mit der Wiedergründung beschäftigt habe.

Die Gruppe der Zentrumsbefürworter bildete jedoch wie in Westfalen und im Rheinland auch in Niedersachsen eine Minderheit.

\*

Die Verbindung zwischen den katholischen Christlichen Demokraten in Hannover und den protestantischen hannoverschen Kreisen wurde wahrscheinlich durch Vermittlung des damaligen Landesbischofs Marahrens hergestellt. Oberkirchenrat Cillien und Assessor Fratzscher, der in kirchlichen Organisationen tätig war, übernahmen bald führende Stellungen in der Partei.

Cillien begründete in einer Rede anläßlich der Gründung der Provinzpartei der Christlichen Demokraten am 18. November in Hannover seine Haltung und grenzte die politischen Fragen gegenüber der Institution der Kirche und ihrer Auffassung sehr deutlich ab<sup>318</sup>). Der politische Zusammenschluß der protestantischen und katholischen Gruppe sei durch die gemeinsame „Leidensgemeinschaft“ und „Kampfgemeinschaft“ (für die Erhaltung des christlichen Erbes und für die Geltung göttlicher Gebote) bedingt.

„... Wir haben nicht danach zu fragen, welcher politische Gewinn etwa aus einem solchen Zusammenschluß erhofft werden kann, sondern wir sind verpflichtet zum Wagnis des Glaubens, daß das, was gemeinsam unter dem Gericht und unter der Gnade Gottes steht, auch seinem Willen entspricht ...“

An anderer Stelle verweist er, ähnlich den westdeutschen Christlichen Demokraten, auf den Gegensatz von Christen und Nichtchristen:

„... In dieser Auseinandersetzung kann es keine Neutralität oder Passivität geben. Mehr denn je gilt jetzt das Wort des Herrn: ‚Wer nicht mit mir ist, der ist wider mich!‘ Von hier aus rechtfertigt sich auch, daß eine politische Partei es wagt, sich ‚Christlich‘ zu nennen. Es ist uns klar, daß auch ihr Handeln hinter dem damit erhobenen Anspruch zurückbleibt. Aber es ist ja leider auf dem europäischen Festland nicht mehr so, daß das Christentum für das politische Handeln und für das öffentliche Leben eine Selbstverständlichkeit ist. Es ist notwendig, daß das einmal wieder klar ausgesprochen und mutig bekannt wird ...“

Cillien trennt jedoch diese Grundlagen der „Christlichen Partei“ scharf von dem Anspruch und den Auffassungen der evangelischen Kirche:

„... Die evangelische Kirche hat bisher niemals sich für eine bestimmte politische Partei entschieden und eingesetzt. Sie wird dies auch in der neuen politischen Situation nicht tun. Ihr Dienst gilt in gleicher Weise allen Parteien, Klassen und Ständen ...“

<sup>317</sup>) Mündlicher Bericht an den Verfasser am 14. Dezember 1951.

<sup>318</sup>) Archiv Landesverband der CDU in Hannover/Gründungsakte/34.

Unabhängig von der Zweckmäßigkeit und dem Nutzen sieht er in dem bewußten Zusammengehen evangelischer und katholischer Gruppen „in der jetzt angestrebten Form etwas Neues in der Geschichte unseres Volkes“. Diese Entwicklung sei früher für unmöglich und zum Teil für unerwünscht gehalten worden.

Die Gruppe der evangelischen kirchlichen Kreise um Cillien und Fratzscher blieb jedoch relativ klein.

Gleichzeitig war von Norddeutschland her Dr. Schlange-Schöninggen bemüht (vgl. S. 190), zusammen mit seinen politischen Freunden in der Provinz Hannover die Position der evangelischen Christlichen Demokraten zu stärken. Vor allem sollten die protestantischen landwirtschaftlichen Gruppen gewonnen werden. H. v. Bonin und v. Knebel — Dr. Schlanges Freunde aus Ostdeutschland — stießen bei diesen Bemühungen, die vor allem die Gefahr einer rein katholischen Führung der Christlichen Demokraten in Hannover bannen sollten, immer wieder auf die „Welfen“, deren Entscheidung für einen selbständigen Weg oder für einen Zusammenschluß mit den Christlichen Demokraten deshalb große Bedeutung gewann.

\*

Die Deutsch-Hannoveraner oder „Welfen“ hatten sich bis 1933 vergeblich dafür eingesetzt, Hannover wieder aus dem preußischen Staatsverband zu lösen. Im Jahre 1945 war dieses Ziel dann ohne ihr Zutun realisiert worden, Preußen war zerstört. Was sollte aber jetzt aus der Provinz Hannover werden? Nach zwei Richtungen gingen nunmehr die Pläne auseinander. Eine Gruppe erstrebte die Eingliederung Braunschweigs, Oldenburgs und der beiden Lippe zu einem Land Niedersachsen mit der Hauptstadt Hannover, eine andere entwickelte die sehr extreme Auffassung, Hannover wieder in engste Beziehungen zur englischen Krone zu bringen<sup>319</sup>). Aus einigen Briefen v. Bonins und v. Knebels ist zu ersehen, daß zu dieser extremen Richtung zeitweilig auch der frühere Oberbürgermeister von Hannover, Dr. Menge, gerechnet wurde<sup>320</sup>).

Neben diesen regionalen politischen Problemen, denen große Bedeutung beigemessen wurde, setzte sich aber auch im Verlauf der schon im Juni 1945 begonnenen Beratungen der Gedanke immer mehr durch, entsprechend der These

<sup>319</sup>) v. Knebel-Doeberitz an Dr. Schlange-Schöninggen am 3. Dezember 1945: „... Nun die Welfenpartei: diese ist auch noch nicht in die Öffentlichkeit getreten, aber im stillen wohl schon recht rührig. Zwei Richtungen: der frühere Oberbürgermeister, Herr Dr. Menge, für restlosen Anschluß an England, und Kammerpräsident v. Reden, strenger Welfe, aber immerhin Anschluß an Deutschland ...“ Archiv v. Senfft/163.

Am 2. Januar 1952 teilte Dr. Menge dem Verfasser brieflich mit, daß offizielle Schritte wegen eines „England-Kurses“ der Welfen nie unternommen worden seien. Der Widerspruch, der sich aus den beiden Äußerungen ergibt, charakterisiert in besonderer Weise die verworrenen politischen Verhältnisse, die nach dem Krieg 1945 herrschten.

<sup>320</sup>) Briefe der Herren v. Knebel-Doeberitz und v. Bonin an Dr. Schlange-Schöninggen und Frhrn. v. Senfft aus dem Herbst und Winter 1945/46 im Archiv v. Senfft/154—180.

der „bürgerlichen“ Gruppen in Norddeutschland eine politische Vereinigung der früheren Parteien rechts von der Sozialdemokratie herbeizuführen.

Etwas später kam es dann durch direkte Verbindungen und durch Vermittlungen der Freunde Dr. Schlanges zu Verhandlungen zwischen den Deutsch-Hannoveranern v. Reden und Dr. Menge auf der einen Seite und den Christlichen Demokraten unter Dr. Pfad auf der anderen. Dr. Schlange-Schöningen wurde mehrmals nahegelegt, an den Verhandlungen teilzunehmen, was jedoch aus ungeklärten Gründen niemals geschah.

Die Notwendigkeit einer Verständigung war für die Christlichen Demokraten vor allem durch den Zwang, beträchtliche evangelische Gruppen gewinnen zu müssen, geboten. Die Ausgangssituation der Verhandlungen schien günstig zu sein, da beide Gruppen — evangelische Deutsch-Hannoveraner und katholische Christliche Demokraten, mit denen schon evangelische kirchliche Kreise verbunden waren — im Reichstag schon früher sehr eng zusammengearbeitet hatten.

Die Verhandlungen scheiterten nach den vorliegenden Berichten<sup>321)</sup> daran, daß die Deutsch-Hannoveraner der Sammlungsthese entsprechend auf dem Hinzutritt der sich gerade konstituierenden Liberalen bestanden. Der Verfasser hat nicht nachprüfen können, ob die Liberalen an der Forderung festhielten, den Bestandteil „Christlich“ aus dem Namen der Partei zu streichen, oder ob die Christlichen Demokraten überhaupt eine Fusion ablehnten.

Nach dem Scheitern dieser Verhandlungen bildeten sich die CDU, die Niedersächsische Landespartei (später Deutsche Partei) und die Freie Demokratische Partei, die alle drei etwa gleich stark wurden. Als weitaus schwächste Partei entstand daneben das Zentrum. Während in allen anderen Teilen der britischen Zone die CDU bei den ersten Wahlen die erste bzw. zweite Stelle gewann, wurde sie in der Provinz Hannover nur die drittstärkste Partei.

In der Stadt Hannover zeigte sich das Scheitern der oben erwähnten Verhandlungen recht deutlich in der Tatsache, daß nach einem Jahre 75 % der Mitglieder der CDU zur römisch-katholischen Kirche gehörten.

\*

Die früheren Zentrumsgruppen im katholischen Südoldenburg (Cloppenburg und Vechta)<sup>322)</sup> stellten schon früh persönliche Verbindungen zu den westdeutschen Christlichen Demokraten, besonders zu Dr. Kannengießer, her. Nur ein kleinerer Teil pflegte Verbindungen zur Brockmann-Richtung des Zentrums.

Die erste Gründung einer Kreispartei der Christlichen Demokraten durch frühere Zentrumsgruppen fand am 22. September 1945 in Vechta statt.

<sup>321)</sup> Berichte von Dr. Bernhard Pfad und Dr. Menge an den Verfasser, beide vom 2. Januar 1952.

<sup>322)</sup> Material für diesen Überblick waren die Gründungsakten für Vechta, ein Rechenschaftsbericht von Söhlmann über seinen Übertritt von der Demokratischen Union zu den Christlichen Demokraten und verschiedene Briefwechsel aus der Zeit 1945/46.

Anknüpfend an die örtlichen liberalen Traditionen im Sinne einer Sammlung aller politischen Gruppen rechts von der alten Sozialdemokratie bildete sich im nördlichen Oldenburg eine „Demokratische Union“ (vgl. S. 192). Diese spaltete sich dann im Frühjahr 1946 in Christliche und Freie Demokraten auf. Die Christlichen Demokraten einigten sich mit den katholischen Gruppen in Süddoldenburg und erreichten bei den ersten Wahlen im Jahre 1946 in den Gemeinden und Kreisen zusammen 53% aller Sitze.

Die Stimmen verteilten sich mit einem recht krassen Unterschied auf die einzelnen Landkreise wie folgt: Vechta 61%, Cloppenburg 37%, Oldenburg 31%, Ammerland 16%, Wesermarsch 7% und Friesland 3%.

Die Christlichen Demokraten weisen zur Erklärung der großen Unterschiede darauf hin, daß zwischen dem Beginn ihrer Arbeit in den südlichen und dem in den nördlichen Kreisen ein halbes Jahr gelegen habe. Tatsächlich hatte sich auch die Differenz zwischen den einzelnen Kreisen bei den Wahlen zum niedersächsischen Landtag im Jahre 1947 schon erheblich verringert, war aber nicht aufgehoben. Es ist unverkennbar, daß sich die Partei bei den katholischen Volksteilen wesentlich stärker als bei den protestantischen durchgesetzt hatte. Für die CDU stimmten im Jahre 1947 im

Stadtkreis Delmenhorst 31% (kath. Minorität),  
Stadtkreis Oldenburg 32% (kath. Minorität),  
Stadtkreis Wilhelmshaven 23% (kath. Minorität),  
Landkreis Ammerland 24% (kath. Minorität),  
Landkreis Cloppenburg 50% (kath. Majorität),  
Landkreis Vechta 41% (kath. Majorität),  
Landkreis Oldenburg 41% (kath. Minorität),  
Landkreis Wesermarsch 14% (kath. Minorität),

\*

In Bremen machten die Christlichen Demokraten eine Entwicklung durch, die der Hamburger sehr ähnlich war<sup>323</sup>). Einschränkend muß jedoch betont werden, daß Bremen als letztes Gebiet der britischen Zone (zu der es in seiner parteipolitischen Entwicklung gerechnet werden muß) eine christlich-demokratische Partei gründete, in Hamburg diese Partei aber schon sehr früh entstand.

Beide Städte sind maritim ausgerichtet, sie sind Freie und Hansestädte, d. h. Stadtstaaten.

Während aber die protestantische Bevölkerung in Hamburg geschlossen einer evangelisch-lutherischen Kirche angehört, waren die Bremer — zusammen mit den Bewohnern Emdens — in Anlehnung an die holländische Entwicklung in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts sehr stark vom Calvinismus beeinflußt worden. Dies wirkte sich u. a. darin aus, daß sich in Bremen keine einheit-

<sup>323</sup>) Material für diesen Überblick lieferte das Archiv der CDU in Bremen.

liche Landeskirche bildete, sondern die Gemeinden jede für sich Glaubens- und Gewissensfreiheit erhielten. Unter dem Einfluß der verschiedenen Zeitauffassungen entwickelten sich in ihnen mannigfaltige Lehren. Auch heute ist die „Evangelische Kirche in Bremen“ keine „organische Kirche“ und gehört deshalb nur als beratendes Mitglied der „Evangelischen Kirche in Deutschland“ an. 85 % der Bevölkerung sind protestantisch.

In beiden Städten besaßen und besitzen der Liberalismus und der Sozialismus beider Richtungen einen großen Kreis von Anhängern. Seit dem Ende des ersten Weltkrieges konnten sowohl in Hamburg als auch in Bremen die Sozialdemokraten fast immer die meisten Stimmen auf sich vereinigen. Der Nationalsozialismus setzte sich an beiden Orten nur sehr schwer durch.

Die kleine katholische Minderheit in Bremen (8,9%) war bis 1933 politisch in einer örtlichen Zentrumsparlei mit 3000 bis 4000 Stimmen zusammengeschlossen. Ihre zwei oder drei Abgeordneten in der Bürgerschaft hospitierten bei den Demokraten. Der von den Deutschnationalen abgespaltene Christlich-Soziale Volksdienst vereinigte bei den Bürgerschaftswahlen im Jahre 1930 0,78% aller Wähler auf sich, er war somit noch schwächer als die Partei der konfessionellen Minderheit.

\*

Nachdem sich im Sommer 1945 in Bremen eine Kommunistische und eine Sozialdemokratische Partei gebildet hatten, kam es im Dezember des gleichen Jahres in Anlehnung an die liberalen Traditionen und als Sammlung rechts von der Sozialdemokratie zur Gründung einer „Bremer Demokratischen Volkspartei“. Zur gleichen Zeit fanden sich einige frühere Zentrumsmitglieder zusammen, die jedoch über den nun einzuschlagenden Weg zu keiner eindeutigen Entscheidung kamen. Als Notlösung wurde der vorläufige Beitritt zur Volkspartei in Form einer „Christlichen Gruppe“ innerhalb der Partei angesehen. Im Januar 1946 wurden dann Nachrichten über den Zusammenschluß der Christlichen Demokraten auf Zonenbasis bekannt. Ein Mitglied nahm an der Herforder Sitzung teil.

Durch Vermittlung hannoverscher Christlicher Demokraten trafen sich einige Zeit später Mitglieder der „Christlichen Gruppe“ mit einigen evangelischen Persönlichkeiten, die früher dem Volksdienst angehört hatten. Beide Gruppen gründeten nun die CDU in Bremen und versuchten, die Volkspartei zum geschlossenen Beitritt zu bewegen. Zu den Verhandlungen kamen Söhlmann aus Oldenburg (1. Vorsitzender der dortigen CDU, der früher der „Demokratischen Union“ angehört hatte und dann zur CDU übergetreten war) und Dr. Holzapfel (2. Zonenvorsitzender der Christlichen Demokraten). In einer Mitgliederversammlung der Volkspartei gelang es jedoch nicht, die notwendige Zweidrittelmehrheit zu erzielen. Die Partei spaltete sich — nur ein Teil trat der CDU bei. Bei den nachfolgenden Wahlen gewannen die Christlichen Demokraten Bremens den zweiten Platz.

#### **D. Zusammenfassung**

In den meisten Teilen Niedersachsens kam es zu einem *Nebeneinander* der im Westen und Norden zusammenarbeitenden Gruppen. Besonders in zwei Fällen gelang trotz mehrfacher Bemühungen keine Einigung („Welfen“ und Christliche Demokraten in Hannover; Bremer Demokratische Volkspartei und Christliche Demokraten in Bremen). Das Gewicht der niedersächsischen Gruppen war daher bei der Bildung des Zonenausschusses der Christlichen Demokraten nicht so groß, daß die Norddeutschen und Niedersachsen zusammen dem katholisch geführten Westen die Waage halten konnten.

Innerhalb der katholischen Geistlichkeit herrschte keine Einigkeit über die Frage, ob die katholische Bevölkerung politisch besser durch das Zentrum oder durch die Christlichen Demokraten vertreten werde. Im Gegensatz zur späteren öffentlichen Erklärung des Hildesheimer Bischofs, der sich den Auffassungen des Paderborner und des Kölner Erzbischofs anschloß, und im Gegensatz zu dem katholischen Geistlichen Unverhau in Braunschweig, der sich aktiv für die Bildung der Christlich-Demokratischen Partei einsetzte, gab es — wie berichtet wird — in Niedersachsen eine Reihe katholischer Geistlicher, die wie der Wuppertaler Dechant (vgl. S. 97) die Auffassung vertraten, daß die Katholiken in der Diaspora besser durch das Zentrum als durch eine interkonfessionelle Partei vertreten würden.

Die protestantische hannoversche Landeskirche nahm nach Auffassung des Oberkirchenrats Cillien eine neutrale Haltung ein und verlangte von *allen* Parteien die Vertretung und Beachtung christlicher Lehren und Forderungen.

### 3. Teil

## Die politische und geistige Position der Christlichen Demokraten nach ihrem Zusammenschluß in der britischen Besatzungszone

### Einleitung

Der zweite Teil der Arbeit setzte sich mit den verschiedenen Ansätzen der Christlichen Demokraten und der Zentrumspartei in der britischen Zone im Jahre 1945 auseinander. Das Ergebnis der Untersuchung über die Wiedergründung des Zentrums wurde schon am Ende des 1. Kapitels (vgl. S. 152 f.) zusammengefaßt. Im dritten Teil soll nunmehr als Zusammenfassung der Ergebnisse des zweiten die politische und geistige Position der Christlichen Demokraten zur Zeit ihres Zusammenschlusses auf Zonenbasis dargestellt werden.

Dieser im Frühjahr 1946 erfolgte Zusammenschluß steht in einem gewissen Zusammenhang mit dem Berliner Kreis der Christlichen Demokraten. Bei diesem handelte es sich nämlich nicht um eine aus den lokalen Berliner Verhältnissen heraus entstandene Gruppe, sondern nach Auffassung des Verfassers um den Zusammenschluß einer Reihe von Personen, die zu einem großen Teil aus anderen Gebieten des Reiches stammten und deshalb diesen Zusammenschluß in einer Christlich-Demokratischen Union im Juni 1945 auch auf die Reichsgebiete, von denen sie getrennt waren, ausdehnen wollten. Aus diesem Grunde soll in einem ersten Kapitel ein Überblick über den Berliner Kreis gegeben werden.

### 1. Kapitel

#### Die Berliner „Reichsgründung“ der Christlichen Demokraten im Juni 1945

Neben den unmittelbaren Auswirkungen auf die parteipolitische Entwicklung in der Reichshauptstadt und in der sowjetrussischen Besatzungszone war die Gründung der CDU in Berlin auch von großer Bedeutung für die Christlichen Demokraten in der britischen Besatzungszone, wenn auch in mancherlei Beziehung starke Unterschiede bestanden.

In der britischen Zone hatten sich die westdeutschen Gruppen der Christlichen Demokraten in der Hauptsache aus Anhängern des früheren Zentrums und die norddeutschen aus früheren Demokraten und konservativen protestantischen Kreisen gebildet. Die Berliner CDU dagegen war in ziemlich gleichmäßiger Verteilung aus Anhängern des früheren Zentrums, der Demokratischen Partei, der Deutschnationalen und anderen konservativen Parteien — jedoch ohne frühere Mitglieder der Deutschen Volkspartei — entstanden, war also eine Synthese der in den west- und norddeutschen Gruppen der Christlichen Demokraten vertretenen früheren Parteien. Der Berliner Kreis hatte somit repräsentativen Charakter für alle früheren politischen Richtungen, die sich unter dem Gesichts-

punkt der „Christlichen Demokratie“ auf interkonfessioneller Basis zusammengefunden hatten.

Die Berliner CDU war aber auch durchaus keine lokale Gründung, da in ihr zahlreiche Politiker, die sich, oft nur zufällig, kurz nach dem deutschen Zusammenbruch in der Reichshauptstadt befanden, vertreten waren. Nach Westdeutschland gehörten Dr. Andreas Hermes, Jakob Kaiser und P. Hensen, Th. Steltzer war in Norddeutschland beheimatet, Dr. Hans Lukaschek in Schlesien und Joseph Ersing in Süddeutschland. Wenn also von einem „Berliner Kreis der Christlichen Demokraten“ gesprochen wird, so wird damit nur eine Aussage über den Tagungsort, nicht aber über die Herkunft der Mitglieder gemacht.

Die Berliner Christlichen Demokraten wollten ihre Gründung auch nicht als eine lokale Berliner Angelegenheit, sondern als eine „Reichsgründung“, als den Ausgangs- und Mittelpunkt einer im ganzen Reich zu gründenden Partei aufgefaßt wissen. Eine Berechtigung glaubten sie aus der Zusammensetzung ihrer Gruppe herleiten zu dürfen.

Die Bestrebungen des Berliner Kreises wurden durch die Verwendung des Namens „Christlich-Demokratische Union Deutschlands“ und durch die Einrichtung einer Reichsgeschäftsstelle deutlich gemacht. Mehrere Mitglieder wurden sodann in die einzelnen Teile des Reiches entsandt, um auch dort offizielle Gründungen vorzubereiten oder zumindest örtliche Vertreter für die Berliner Pläne zu gewinnen.

Der Anspruch der Berliner wurde jedoch in den meisten Teilen Westdeutschlands, wo sich Dr. Schlange-Schöninghen und der Kölner Kreis von gleichen Gedankengängen leiten ließen, *nicht* anerkannt.

Wer waren die Mitglieder des Berliner Kreises? Wie kam es zur Gründung, und was erreichte sie?

\*

Die engere Gruppe der Berliner Gründer setzte sich nach den Feststellungen des Verfassers aus folgenden Personen zusammen:

Name	Beruf bzw. frühere Tätigkeit	frühere politische Zugehörigkeit
Dr. Andreas Hermes	Reichsminister a. D.	Zentrum
Jakob Kaiser	Kartellsekretär der Christlichen Gewerkschaften	Zentrum
Ernst Lemmer	Hirsch-Dunkersche Gewerkschaften	DDP
Dr. Walther Schreiber	Preußischer Handelsminister a. D.	DDP
Theodor Steltzer	Landrat a. D.	DDP
Prof. Dr. Emil Doyifat	Zeitungswissenschaftler, Mitglied des Sonnenschein-Kreises <sup>324)</sup>	Zentrum

<sup>324)</sup> Karl Sonnenschein, kath. Geistlicher, 1876 bis 1929, war ein bedeutender katholischer Sozialpolitiker, der die Überordnung sozialer Gesichtspunkte über alles andere forderte und vorlebte. Er wirkte besonders nach dem ersten Weltkrieg in Berlin.

Name	Beruf bzw. frühere Tätigkeit	frühere politische Zugehörigkeit
Dr. v. d. Gablentz	Mitglied der Kirchenleitung der Altpreußischen Union	konservativ, ohne Parteibindung
Dr. Heinrich Krone	Studienrat, bis 1933 Vorsitzender des Windthorstbundes	Zentrum
Dr. Vockel	bis 1933 Generalsekretär des Zentrums	Zentrum
Dr. F. Friedensburg	Wirtschaftswissenschaftler	DDP
Dr. Elfriede Nebgen	Mitarbeiterin von Jakob Kaiser	Zentrum
Dr. Otto Lenz	Rechtsanwalt	Zentrum

Der Gründerkreis, dem rund 50 Personen angehörten, setzte sich in politischer Hinsicht aus 21 früheren Zentrumsanhängern, fast ebensovielen ehemaligen protestantischen Konservativen und 8 bis 9 früheren Demokraten zusammen.

Einige wenige Teilnehmer (u. a. Dr. Plewe, Reichsbankdirektor a. D. Hülse und Reichsminister a. D. Albert) gehörten 1945 einer überparteilichen Gruppe „Freies Deutschland“ an.

An den Verhandlungen waren ferner der katholische Gefängnispfarrer Buchholz (damals Mitglied des Berliner Magistrats) und der evangelische Propst Grüber beteiligt. Beide stimmten mit dem Programm überein, unterzeichneten es jedoch nicht. Das gleiche gilt für Professor Spranger, Berlin (später Tübingen). Über die Haltung des evangelischen Bischofs von Berlin, D. Dibelius, unterrichtet ein von ihm an Pfarrer Schian-Belzig am 22. Dezember 1945 gerichteter Brief<sup>325</sup>), in dem er sich mit einer Beschwerde der Christlich-Demokratischen Union wegen der ablehnenden Haltung der evangelischen Geistlichen gegenüber der CDU auseinandersetzt:

„... Bei der Weisung (sich politisch zurückzuhalten; Anm. d. Verf.) muß es natürlich bleiben. Um aber alle Mißverständnisse zu vermeiden, möchte ich ausdrücklich sagen, daß diese Zurückhaltung nicht zu einer ablehnenden Haltung gegenüber der Christlich-Demokratischen Union überhaupt führen soll. Der Pfarrer soll normalerweise nicht in Parteiversammlungen öffentlich auftreten, und er muß sich in jedem Fall so verhalten, daß seine politische Haltung seine seelsorgerische Beziehung zu den Gemeindegliedern nicht beeinträchtigt. Es soll auch dabei bleiben, daß sich die Kirche grundsätzlich nicht mit einer einzelnen Partei verbindet, sich vielmehr freut, wenn sich bewußte evangelische Christen in allen Lagern finden. Aber darüber darf nicht vergessen werden, daß die evangelische Kirche heute praktisch nur bei der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands Verständnis und positive Unterstützung findet.

Und die Besatzungsmächte rechnen in dieser Zeit, in der Wahlen nicht stattfinden, einfach nach der Zahl der eingetragenen Parteimitglieder. Es hat uns ein höherer Polit-Offizier gesagt, die Sozialdemokraten hätten bei uns 300 000, die Kommunisten

<sup>325</sup>) Abschrift im Informationsbrief Nr. 7 der CDU Berlin, veröffentlicht am 7. Januar 1946 Archiv Landesverband der CDU in Berlin/Akte Kirchen.

200 000, die Union 100 000 Mitglieder. Damit sei klar, daß die Christlich-Demokratische Union nur geringe Berücksichtigung verdiene: infolgedessen auch die Kirche, die allein von dieser Partei unterstützt werde. Hier wird klar, wieviel darauf ankommt, daß die Zahl der Parteimitglieder so hoch wie möglich wird. . . Infolgedessen bin ich selbst Mitglied der Union geworden, wenn ich auch gern um meines Amtes willen herausgeblieben wäre. Wir müssen als Christen unsere staatsbürgerliche Pflicht erfüllen; und es gibt zur Zeit keine andere Möglichkeit, seiner staatspolitischen Mitverantwortung gerecht zu werden, als daß man einer Partei beitrifft . . .“

Zu der Gruppe der Berliner Christlichen Demokraten gehörten mindestens 15 Personen, die während der nationalsozialistischen Zeit politisch verfolgt waren.

\*

Am 10. Juni 1945 wurde von der sowjetischen Militärregierung die „Bildung antifaschistischer Parteien und Gewerkschaften“ zugelassen (vgl. S. 27). Wenige Tage später veröffentlichten die Kommunisten, die Sozialdemokraten und am 22. Juni die Christlich-Demokratische Union ihre Gründungsaufrufe. Anfang Juli folgte die Liberal-Demokratische Partei.

Der offiziellen Gründung der Union waren Verhandlungen vorausgegangen, die zu einer Einigung von drei bisher verschiedenen Parteirichtungen auf das Programm der CDU führten. Diese z. T. schon im Kriege vorbesprochenen drei Richtungen lassen sich wie folgt charakterisieren:

1. Eine Gruppe entstammte den früheren Richtungsgewerkschaften und strebte nach dem Vorbild der englischen Labour Party eine „Partei der Arbeit“ an.
2. Eine Gruppe forderte eine demokratische Sammelpartei.
3. Eine Gruppe wünschte die Sammlung aller christlichen Kreise in einer interkonfessionellen Partei.

Während die zweite und die dritte Richtung, die den auch in Westdeutschland erhobenen Forderungen völlig entsprachen, bereits bei der Darstellung der dortigen Entwicklung eingehend untersucht wurden, muß hier noch unter Heranziehung der kurzen schon gegebenen Hinweise die Konzeption einer „Partei der Arbeit“ in weiterem Zusammenhang behandelt werden, zumal diese Bestrebungen durchaus nicht neu waren, sondern, verbunden mit den Namen Jakob Kaiser (Christliche Gewerkschaften) und Wilhelm Leuschner (Freie Gewerkschaften), schon weit zurückreichen<sup>326</sup>).

Als im Jahre 1920 von den Christlichen Gewerkschaften her durch Stegerwald der Plan einer Reform des deutschen Parteiwesens vertreten wurde, der bei

<sup>326</sup>) Der Unterschied zwischen den Berliner und den westdeutschen Ansätzen bestand darin, daß in Berlin dieser Versuch sowohl bei den Sozialdemokraten als auch bei den Christlichen Demokraten (bzw. den früheren Zentrumskreisen) Anhänger fand, während die westdeutschen Ansätze zunächst meist Aktionen von einer Seite waren, denen die Partner aus dem anderen Lager fehlten.

seinem Gelingen den Zusammenschluß eines großen Teiles der bestehenden Parteien rechts von der Sozialdemokratie bedeutet hätte, dachte man noch nicht daran, mit diesem Appell auch die Sozialdemokratie selbst zu erreichen. 10 Jahre später setzte dann aber ein von einigen Gruppen angestrebter Kurswechsel in dieser Frage ein.

In Verhandlungen zwischen Vertretern der Christlichen, der Freien und der Hirsch-Dunkerschen Gewerkschaften (deren Verbindung mit den Christlichen Gewerkschaften 1919 vergeblich versucht worden war) sollte ein Block gegen die „Nationale Opposition“ (Harzburger Front) geschaffen werden. Im Januar 1933 kam es zur Bildung eines vorbereitenden Ausschusses, der in vier Thesen die Grundlagen für eine gemeinsame Arbeit festlegte<sup>327</sup>). Der Zusammenschluß konnte nicht mehr realisiert werden, es entwickelte sich jedoch aus dieser Koalition der Richtungsgewerkschaften heraus der Plan, nach dem Fall des nationalsozialistischen Regimes das Gefüge der Richtungsgewerkschaften zugunsten einer Einheitsgewerkschaft aufzugeben.

Die Voraussetzung hierfür sollte unter anderem die Lösung der Gewerkschaften von einseitigen politischen und die Duldung religiöser Bindungen sein. Unter dieser Voraussetzung hatten die Christlichen Gewerkschaften schon immer eine Fusion aller Richtungsgewerkschaften für möglich gehalten<sup>328</sup>).

In den Verhandlungen der folgenden Jahre bildete sich sodann der Gedanke heraus, nach dem Krieg eine „Partei der Arbeit“ zu schaffen, die sich um den Kern der früheren Richtungsgewerkschaften bilden und von überlieferten dogmatischen Bindungen (d. h. für die christlichen Gruppen vor allem von der „marxistischen Lehre“) gelöst werden sollte.

---

<sup>327</sup>) Die Thesen wurden auf der ersten Reichstagung der Sozialausschüsse der CDU/CSU am 28./30. November 1947 vom Vorstandsmitglied des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Matthias Föcher, veröffentlicht:

1. Die Gewerkschaften sind die berufenen Vereinigungen zur Vertretung der sozialen und wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter und Angestellten.
2. Das Ziel der Arbeit ist die Förderung eines gesunden Staates und Volkes als Voraussetzung der Sicherung der sittlichen und sozialen, kulturellen, staatlichen und wirtschaftlichen Lebensrechte des deutschen Arbeiters.
3. Die religiösen Grundkräfte sind in ihrer staats- und gesellschaftsaufbauenden Bedeutung zu achten und anzuerkennen.
4. Die Gewerkschaften haben parteipolitisch völlig ungebunden zu sein.

Föcher nannte als Verhandlungspartner Wilhelm Leuschner (Freie Gewerkschaften), Jakob Kaiser (Christliche Gewerkschaften), Ernst Lemmer (Hirsch-Dunkersche Gewerkschaften) und Max Habermann (Deutschnationaler Handlungsgehilfen-Verband).

<sup>328</sup>) Im „Jahrbuch der Christlichen Gewerkschaften 1908“, Köln 1909, S. 39 f., heißt es zu dieser Frage: „Sind die Verhältnisse in Deutschland auf gewerkschaftlichem Gebiet einmal so weit gediehen, daß sie sich von der Sozialdemokratie und den religiös feindlichen Tendenzen emanzipiert haben, so liegt keine Ursache vor, diese separaten Gründungen aufrechtzuerhalten. Und es ist nur eine Frage der Zweckmäßigkeit, die bestehenden Gewerkschaftsorganisationen mit anderen zu verschmelzen ...“

Im Jahre 1945 war Jakob Kaiser der einzige Hauptträger dieses Planes, der die nationalsozialistische Herrschaft überlebt hatte. Die Voraussetzungen zu seiner Verwirklichung waren somit — und auch vor allem durch die russische Besatzung — sehr beeinträchtigt. Dennoch kam es zwischen Kaiser und den Berliner Sozialdemokraten zu entsprechenden Verhandlungen. Karl J. Germer (1945 Vorstandsmitglied des ersten Zentralausschusses der Sozialdemokraten in Berlin) berichtete darüber in einer Notiz am 18. Mai 1945 an Hermann Schlimme (Vorstandsmitglied der SPD und der Gewerkschaften)<sup>329</sup>:

„... Bei unserer Unterhaltung bestätigte mir Kaiser nochmals ausdrücklich, daß an der geplanten Einheit der Gewerkschaften unbedingt festgehalten werden muß. Er behauptet, daß auch namhafte Vertreter des DHV (Deutschnationaler Handlungsgelhilfen-Verband; Anm. d. Verf.) sich dieser Ansicht angeschlossen haben. Er bat mich aber vor allem, unserer politischen Leitung den Vorschlag zu unterbreiten, daß sich die SPD auf so breiter politischer Grundlage festlegt, daß z. B. die Aufstellung einer gesonderten Zentrumspartei überflüssig sei.

Wenn irgend möglich, will man eine Neugründung der Zentrumspartei vermeiden, wobei man die Hoffnung hegt, daß nach dem Vorbild der englischen Labour Party eine Erfassung der Arbeiterschaft auf breiter Basis durchzuführen ist. Inspiriert werden meiner Ansicht nach diese Gedankengänge durch die Zusammenarbeit anlässlich des 20. Juli, welche ja auch die in Zukunft als politische Sondergruppe ausgeschlossenen rechtsgerichteten Kreise umfaßte ... Die Stellung der Kommunisten in dieser Frage ist unklar, da Leuschner persönlich jede Aussprache mit dieser Richtung vermieden haben soll ...“

Am 2. Februar 1946 erklärte Jakob Kaiser vor der Delegiertenkonferenz des Freien Deutschen Gewerkschafts-Bundes zu dieser Frage<sup>330</sup>):

„... Wir waren uns mit Männern der Sozialdemokratie vor dem 20. Juli durchaus einig darüber, daß auch in Deutschland allmählich parteipolitische Gebilde wachsen könnten, die von einer so ausgesprochenen Toleranz sind, daß weltanschauliche Verschiedenheiten der Auffassungen für die Gemeinsamkeit der praktischen Politik keine Hemmung mehr zu bilden brauchen. Ich möchte wünschen, daß die parteipolitische Entwicklung in unserer jungen deutschen Demokratie diesen Weg zu gehen wüßte. Wenn es mir auch ein Weg auf lange Sicht zu sein scheint ...“

Ein anderes Mitglied der Berliner Christlichen Demokraten, Joseph Ersing, schrieb dem Verfasser am 18. Januar 1952:

„... Ich bin im Jahre 1940 mit der Bewegung, die zum 20. Juli 1944 führte, in Verbindung gekommen. Damals ist schon die Frage, eine Neugruppierung des deutschen Parteiwesens herbeizuführen, besprochen worden. Diese Gespräche führten in der Hauptsache der frühere hessische Minister Leuschner (SPD) und Jakob Kaiser (Zentrum).

Der Gedanke war, auch in Deutschland zum Zweiparteiensystem nach englischem Vorbild zu kommen. Es zeigte sich gar bald, daß in dem kleinen Kreis politischer Menschen, die in der Bewegung des 20. Juli mitwirkten, eine erfreuliche Entschlossen-

<sup>329</sup>) Archiv Karl J. Germer/3.

<sup>330</sup>) Archiv der Sozialausschüsse der CDU/CSU/3.

heit hierfür da war. Ich betone ausdrücklich, daß auch SPD-Leute hierzu bereit waren . . .

Etwa 14 Tage nach unserer Entlassung (aus dem Gefängnis in Berlin; Anm. d. Verf.) fand die erste Zusammenkunft statt. Schon vor dieser Zusammenkunft hatten Kaiser und Lemmer eine Besprechung mit Berliner Sozialisten. Bei dieser Aussprache zeigte es sich, daß die Sozialisten an ihrer alten Partei festhalten wollten. Leuschner und Dr. Leber . . . sind hingerichtet worden. . . . Mit einer Zweiparteienbildung war es also nichts . . .“

Von der ursprünglichen Konzeption der „Partei der Arbeit“ blieb nach dem Scheitern dieser Bemühungen das Zusammengehen der früheren Führer der Hirsch-Dunkerschen und der Christlichen Gewerkschaften (d. h. Lemmer und Kaiser) übrig, wofür der Begriff „Rumpf-Labour-Party“ geprägt wurde. Kaiser und Lemmer wurden dann Mitgründer der Christlich-Demokratischen Union in Berlin.

\*

Die vorbereitenden Gespräche zur Gründung der CDU wurden vor allem bei Dr. Andreas Hermes geführt, der damals Zweiter Bürgermeister von Berlin war. Der Name „CDU“ tauchte wahrscheinlich in der Zeit zwischen dem 16. und 22. Juni zuerst auf. Bis dahin waren Entwürfe mit den Namen „Demokratische Union“, „Deutsche Demokratische Partei“ u. ä. vorgelegt worden. Der Name geht auf Dr. Hermes zurück und wurde — wegen des Bestandteils „Christlich“ — vom größten Teil der evangelischen Mitglieder des Kreises nur ungern akzeptiert. Für den Namen traten besonders die katholischen Kreise ein.

In die gleiche Zeit fielen Verhandlungen mit einer Gruppe früherer Demokraten, zu der Külz sen., Schiffer und Koch gehörten, die eine liberaldemokratische Partei errichten wollte. Verhandlungen zwischen beiden Richtungen scheiterten. Es wird berichtet, daß die Spaltung der „bürgerlichen Gruppen“ bei der russischen Besatzungsmacht Unterstützung fand; dem Verfasser liegen jedoch hierüber keine schriftlichen Unterlagen vor.

Nach der Gründung (1. Vorsitzender Dr. A. Hermes, 2. Vorsitzender Dr. Walther Schreiber, 3. Vorsitzender Jakob Kaiser, 4. Vorsitzender Ernst Lemmer) setzte ein reger Kurierverkehr zum Westen und Süden des Reiches ein (vgl. S. 118 f.). Im November 1945 besuchten Dr. Hermes und Dr. Vockel Westdeutschland, vor allem um die Spaltung des früheren Zentrums wieder rückgängig zu machen. Mit den westdeutschen Gruppen zusammen bereiteten sie das „Reichstreffen der Christlichen Demokraten“ in Bad Godesberg vor (14. bis 16. Dezember 1945). Ein organisatorischer Zusammenschluß der verschiedenen Gruppen über die Zonenbereiche hinaus war jedoch nicht möglich.

Die Tagung in Godesberg fiel in die Zeit der ersten Auseinandersetzungen zwischen der Berliner CDU und der sowjetrussischen Besatzungsmacht. Den Kernpunkt der Differenzen, die sich an der Haltung der CDU gegenüber der

Bodenreform<sup>331</sup>) entzündet hatten, trifft die Feststellung General Shukows<sup>332</sup>), daß er das Vertrauen zur Berliner Führung der Christlichen Demokraten verloren habe. Welche Aktionen der Berliner Gruppe hierzu den Anlaß gaben, konnte vom Verfasser nicht nachgeprüft werden — möglicherweise ist es aber die Westorientierung der Berliner CDU gewesen.

Der Konflikt endete mit der offiziellen Absetzung der ersten beiden Vorsitzenden durch die sowjetrussische Militärregierung. Da er kurz vor der Godesberger Tagung begann, die gewiß die Differenzen zwischen der Besatzungsmacht in der Ostzone und der CDU-Führung in Berlin verschärfte, war es Dr. Hermes nicht möglich<sup>333</sup>), selbst nach dem Westen zu fahren. Nachfolger der beiden abgesetzten Vorsitzenden wurden Kaiser und Lemmer, die auch Führungsposten im Freien Deutschen Gewerkschaftsbund in der sowjetischen Besatzungszone innehatten.

\*

Der Zusammenschluß der drei Richtungen in Berlin — der Gruppe, die zunächst versuchte, eine „Partei der Arbeit“ zu errichten, der Demokraten, die eine demokratische Sammlungspartei anstrebten, und der christlich orientierten Kreise — zu einer „Christlich-Demokratischen Union“ konnte trotz ernsthafter Bemühungen eine zweite „nicht-marxistische Parteigründung“ nicht verhindern.

Die Berliner Christlichen Demokraten hatten durch ihren Zusammenschluß eine „Reichsgründung“ angestrebt. Das Ziel wurde aus zwei Gründen nicht erreicht, da

1. die alliierten Mächte in Deutschland keine Reichsgründung zuließen und
2. sich in anderen Gebieten des Reiches selbständige Ansätze, die eigene Organisationsformen suchten, gebildet hatten.

In programmatischer Hinsicht bestanden zwischen den westdeutschen und den Berliner Christlichen Demokraten zunächst keine Differenzen. Im Laufe des Jahres 1946 zeichneten sich jedoch gewisse Unterschiede ab, als in Berlin daran gearbeitet wurde, einen „Christlichen Sozialismus“ zu entwickeln<sup>334</sup>), während in Westdeutschland ähnliche Gedanken nicht zum Durchbruch kamen<sup>335</sup>). Die westdeutschen Christlichen Demokraten verurteilten ferner die Bemühungen ihrer Berliner Parteifreunde, mit der sowjetischen Besatzungsmacht zu Kompromissen zu kommen.

<sup>331</sup>) Von der sowjetischen Militärregierung wurde eine Bodenreform durchgeführt, durch die eine entschädigungslose und vollständige Enteignung aller landwirtschaftlichen Besitzungen erfolgte, die mehr als 100 ha Land umfaßten. Der Besitz unter dieser Größe blieb unangetastet (mit Ausnahme des früherer Nationalsozialisten). Die Berliner CDU trat für eine gleitende Abgabe von Land ein und verlangte Entschädigungen für die bisherigen Besitzer. Sie wandte sich dagegen, daß der Bauer, der 101 ha Land hatte, völlig enteignet wurde, dagegen aber der, der nur 99 ha besaß, ohne jede Schädigung weiterarbeiten konnte. Aus diesen Gründen stimmte die CDU im Antifa-Ausschuß, einem Aktions-Zusammenschluß der vier zugelassenen Parteien, gegen die Bodenreform.

<sup>332</sup>) Bericht von Dr. Hermes und Dr. Schreiber an den Gründungsausschuß der CDU in Berlin vom 20. Dezember 1945. Archiv L. Lensing/I/44. Darin heißt es: „... erklärte Oberst Tulpanow, daß die Entschließungen der Verbände nur eine ‚Kleinigkeit‘ seien, und daß das Entscheidende in dem Mangel des Vertrauens des Herrn Marschalls Shukow uns gegenüber liege ...“

<sup>333</sup>) Die russische Militärregierung stellte für Dr. Hermes keinen Paß aus. Einzelne christliche Demokraten aus der sowjetischen Zone und Berlin konnten jedoch fahren, u.a. Prof. Noack u. Dr. Krone.

<sup>334</sup>) Dr. v. d. Gablentz, „Über Marx hinaus“, Programmentwurf des Wirtschaftspolitischen Ausschusses der Berliner CDU für einen „Christlichen Sozialismus“, Berlin 1946.

<sup>335</sup>) Vgl. Anm. 127.

## 2. Kapitel

### **Der Zusammenschluß der Christlichen Demokraten in der britischen Besatzungszone und die Ergebnisse der vorliegenden Untersuchung**

Der Zusammenschluß der Christlichen Demokraten in der britischen Besatzungszone zu einer Partei erfolgte im Januar und Februar 1946 in Herford und Neheim-Hüsten in Westfalen.

Mit diesen beiden Tagungen fand die Phase der Entstehung der Partei in der britischen Zone ihren Abschluß. Eine Verständigung mit ähnlichen Ansätzen in den übrigen westdeutschen Besatzungszonen und mit dem Berliner Kreis der CDU, die ihren ersten Niederschlag im Godesberger Treffen<sup>336</sup>) im Dezember 1945 gefunden hatte, war gleichfalls erzielt. Auf dem Godesberger Treffen wurde den einzelnen Kreisen empfohlen, den Namen CDU (Christlich-Demokratische Union) zu führen. Ein Ausschuß sollte sodann den Zusammenschluß der einzelnen Gruppen auf Reichsebene vorbereiten. Das Ergebnis dieser Bemühungen war im Jahre 1947 die Errichtung einer Arbeitsgemeinschaft zwischen den einzelnen Zonen- bzw. Landesverbänden. Diese Arbeitsgemeinschaft stellte jedoch keinen handlungs- und beschlußfähigen Parteivorstand dar.

\*

In einer der Entschließungen und Veröffentlichungen der ersten Sitzung des Zonenausschusses der CDU in der britischen Zone (am 21./22. Januar 1946) wurde der Anspruch anderer Parteien, die führende Position in der britischen Besatzungszone einzunehmen, zurückgewiesen und der „Mitführungsanspruch der Christlichen Demokraten“ erhoben. Die Polemik richtete sich besonders gegen die Sozialdemokraten<sup>337</sup>).

Von den Wiedergründern der Deutschen Zentrumspartei wurde gegen die Christlichen Demokraten mehrfach ins Feld geführt, daß die Grundlagen der CDU nichts als illusionäre politische Hoffnungen seien (vgl. S. 84).

Worauf gründete sich zur Zeit des Parteizusammenschlusses, d. h. noch vor den ersten Wahlen, die Behauptung der Christlichen Demokraten? Durch einen Überblick über die Entwicklung in den einzelnen Provinzen bzw. Ländern, d. h. durch die Zusammenfassung der Ergebnisse der vorhergehenden Untersuchung, soll als Antwort auf diese Frage und als Entgegnung auf die Behauptung des neuen Zentrums ein Bild der tatsächlichen Entwicklung gegeben werden.

<sup>336</sup>) Auf dem Godesberger Reichstreffen, das offiziösen Charakter hatte, waren vor allem das Rheinland, Westfalen, Hessen und Berlin vertreten.

<sup>337</sup>) Zahlreiche westdeutsche Christliche Demokraten vermuteten eine enge Zusammenarbeit zwischen der britischen Labour-Regierung und der Sozialdemokratischen Partei in der britischen Zone, die sich u. a. in der Personalpolitik und in der Lösung des Eigentumsproblems bei der Schwerindustrie und im Kohlenbergbau auswirken könnte. Sie behaupteten, daß die SPD durch die britische Besatzungsmacht allgemein unterstützt würde. Vgl. Rede Dr. Konrad Adenauers vor dem Zonenausschuß der CDU am 17. Dezember 1946 in Lippstadt. Archiv H. Th. Götz/II/34.

In den Provinzen *Rheinland* und *Westfalen* hatten sich die Christlichen Demokraten aus der Mehrzahl der früheren Zentrumskreise, die 1945 wieder politisch tätig wurden, und aus einer kleineren Gruppe evangelischer Kräfte, aus dem früheren Christlich-Sozialen Volksdienst, der Deutschnationalen Partei, der Deutschen Volkspartei und aus einigen früheren Demokraten (DDP) gebildet. Eine kleinere Gruppe des früheren Zentrums hatte den angestrebten Zusammenschluß aus verschiedenen Gründen (vgl. S. 133 ff.) abgelehnt. Im Hinblick auf die früheren politischen Verhältnisse in beiden Provinzen (vgl. S. 46 ff.) war durch die Ausweitung der ehemaligen Zentrumsgruppen auf evangelische Kreise keine entscheidende Verbreiterung (nach Wählerstimmen) der „christlichen Front“ zu erwarten. Diese Tatsache wurde als Einwendung von seiten der rheinisch-westfälischen Zentrumsverfechter häufig betont. In der gleichen Zeit war in einzelnen Orten auch eine an liberale Traditionen anknüpfende Partei (vgl. S. 66 f.) entstanden.

In *Schleswig-Holstein* war neben der Sozialdemokratie aus den früheren Demokraten (DDP und DVP), aus der Deutschnationalen Volkspartei mit ihren Absplitterungen und aus dem in Norddeutschland stets nur eine Minderheitspartei gewesenem Zentrum eine Sammlungsbewegung entstanden, die einerseits die Sammlung rechts von der Sozialdemokratie und andererseits eine Sammlung der christlichen, konservativen Gruppen forderte. Nach dem Anschluß der Provinzpartei, die zeitweilig als „Demokratische Union“ aufgetreten war, an die CDU spaltete sich ein liberaler Flügel ab, dessen Ausgangsposition jedoch sehr schmal war.

In *Hamburg* hatten sich im Herbst 1945 Freie und Christliche Demokraten nebeneinander gebildet. Die Fusionsgespräche, die bis zum Sommer 1946 geführt wurden, blieben aber ergebnislos. Die Christlichen Demokraten, bei denen anfangs die katholische Seite ein leichtes Übergewicht hatte, konnten ihre Basis durch den Zusammenschluß mit dem „Vaterstädtischen Bund“ und der Mehrheit der „Fraktion der Parteilosen“ erheblich erweitern. Die Hamburger Christlichen Demokraten stellten — verglichen mit den Weimarer Parteien — den Zusammenschluß von Gruppen der Deutschen Volkspartei, der Deutschnationalen (mit ihren Absplitterungen), des Zentrums und einiger Demokraten (DDP) dar.

In *Braunschweig* hatten sich frühere Demokraten (DDP und DVP), die Mehrheit des hier nur eine Minderheitspartei gewesenem Zentrums und Deutschnationale zusammengeschlossen. Bis zur Gründung der Zonenpartei der CDU hatten die Freien Demokraten und die Niedersächsische Landespartei nur schwache Ansätze entwickelt.

In der Provinz *Hannover* standen die Niedersächsische Landespartei, die Christlichen und Freien Demokraten und eine selbständige Minderheit des früheren Zentrums nebeneinander. Die Existenz der Niedersächsischen Landespartei war die Ursache dafür, daß die CDU in größerem Umfang von katholischen als von evangelischen Kräften getragen wurde.

In *Oldenburg* gelang es im Frühjahr 1946, die im Südteil des Landes lebenden katholischen Gruppen mit einigen Kreisen aus dem evangelischen Norden zu vereinigen, nachdem anfangs die CDU auf den Süden und die Deutsche Demokratische Union auf die protestantische Gruppen im Norden beschränkt gewesen waren.

In *Bremen* scheiterte im Frühjahr 1946 der Versuch, die dort entstandene Bremer Demokratische Volkspartei (BDV) mit der CDU vollständig zu verbinden. Unter Abspaltung eines Teiles der BDV standen beide Parteien nebeneinander.

Das Ergebnis dieser Entwicklung läßt sich dahingehend charakterisieren, daß die Mehrheit des früheren Zentrums, das in Westdeutschland verwurzelt war und keine Ausdehnungsmöglichkeiten besessen hatte, sich mit einem nicht so starken und geschlossenen Teil der vornehmlich norddeutschen protestantischen früheren Demokraten, der Volksparteiler, der Deutschnationalen mit ihren Abspaltungen und einer bisher unpolitisch gewesenen Gruppe meist kirchlicher (theologischer und Laien-) Kreise in einer politischen Partei vereinigt hatte.

Die Trennungslinie, die in parteipolitischer Hinsicht im Raum der britischen Besatzungszone zwischen den protestantischen und katholischen nichtsozialdemokratischen und nichtkommunistischen Gruppen seit der Entwicklung des deutschen Parteiensystems im Kaiserreich bestanden hatte, war unter Abspaltungen (Zentrumswiedergründung, Liberale Demokraten vor allem in den norddeutschen Gebieten, Niedersächsische Landespartei) durch diese neue politische Parteibildung unterbrochen worden.

Die Verbindung der sich neu orientierenden Gruppen kam unter Verwendung eines neuen Parteiamens und der gleichlautenden Forderung nach einer „Christlichen Demokratie“ zustande, wobei in den einzelnen Provinzen und Gruppen der Schwerpunkt entweder auf dem ersten oder auf dem zweiten Bestandteil des Namens lag.

Die Führung in der so entstandenen Partei in der britischen Zone übernahm — nicht unangefochten — zunächst der katholische Westen, der beim Zusammenschluß der weitaus geschlosseneren und stärkeren Teil war<sup>338</sup>).

<sup>338</sup>) In den ersten Sitzungen des Zonenausschusses der Christlichen Demokraten im britisch besetzten Gebiet wurde Dr. Konrad Adenauer zum Vorsitzenden der Partei gewählt. Sein Stellvertreter wurde der 2. Vorsitzende der CDU in Westfalen, Dr. Friedrich Holzapfel (ev.). Vor der ersten Zonentagung in Herford hatten in Norddeutschland Besprechungen stattgefunden, in denen der Gedanke vertreten wurde, Dr. Schlange-Schöninggen zum Vorsitzenden der Partei zu bestimmen. Vor der ersten Zonentagung wurde in norddeutschen Kreisen der Gesichtspunkt besonders geltend gemacht, daß in der stärker evangelisch bewohnten britischen Besatzungszone die CDU eine evangelische Führung haben müsse. In diesem Sinne schrieb Freiherr von Senfft im Februar 1946 an Carl Schröter, Kiel, (Archiv v. Senfft/144) und nannte als einen Ersatz für Dr. Schlange-Schöninggen, der wegen seiner Tätigkeit in der Zonenverwaltung für das Amt des Vorsitzenden nicht mehr in Frage kam, Dr. Holzapfel, der sich in „voller Übereinstimmung“ mit Dr. Schlange-Schöninggen befände. Die Einschlebung „nicht unangefochten“ (s. o.) bezieht sich einerseits auf diese Strömung, andererseits auf die Kritik, die von Dr. Kannengießner in einem Brief an den rheinischen Generalsekretär der CDU, Dr. Schreiber, Köln, Anfang Februar laut wurde (Archiv L. Sending/I/24).

Als Ergebnis der Arbeit können nunmehr die in der Einleitung (vgl. S.13 f.) aufgezeigten Möglichkeiten der politischen Parteienbildung nach dem deutschen Zusammenbruch im Jahre 1945 für die CDU und das neue Zentrum wie folgt dargelegt werden:

- a) Die CDU kann nicht mit einer Partei der Weimarer Konstellation gleichgesetzt werden. Das wiedergegründete Zentrum oder die von Dr. Spiecker bei und nach der Wiedergründung vertretene Konzeption der Zentrums-  
partei sind keine Fortsetzung des früheren Zentrums. Der Vorstellung, dieses wiederzugründen, unterlagen jedoch Brockmann und Dr. Hamacher.
- b) Die Bildung der CDU weist nicht unbeträchtliche Parallelen zu der Stegerwald'schen Konzeption aus dem Jahre 1920 auf. Brünnings Briefe und die Bemühungen Stegerwalds in Würzburg im Jahre 1945 können als Bestätigung dieser Tatsache angesehen werden.
- c) Die CDU ist keine „Christliche Union“ als besondere, von den Kirchen getragene politische Partei aller Christen. Es gibt zwischen den Kirchen und den beiden Parteien keine direkte, offizielle Verbindung, obwohl in gewissem Sinne beide Kirchen die Aufgeschlossenheit der CDU und des Zentrums (für den katholischen Raum) für die Vertretung kirchlicher Forderungen (in der Schulfrage usw.) anerkennen und begrüßen. Die „Christliche Union“ — als Anknüpfung der Partei an christliche Überlieferungen und Lehren, wie sie die europäische Entwicklung bestimmt haben, verstanden — wird sowohl von der CDU als auch von einem beträchtlichen Prozentsatz der Anhänger und Führer des Zentrums für sich in Anspruch genommen. Ein kleinerer Teil der Christlichen Demokraten sieht nicht nur die geistige Verbindung, sondern vor allem den Zusammenschluß der religiös gebundenen Christen auf politischer Ebene unter der These „Politik aus dem Glauben“ (vgl. S. 93 f.) als den wichtigsten Grundsatz der Partei an.
- d) Mehrfach wurde der Versuch unternommen, eine Partei „rechts von der Sozialdemokratie“ als bürgerliche politische Verbindung zu schaffen. Es gelang jedoch nirgends, diesen Plan zu realisieren (vgl. S. 155 ff.).
- e) An mehreren Stellen, meist unabhängig voneinander, wurde versucht, die Trennungslinie zwischen den Sozialdemokraten einerseits und den christlichen, besonders den katholischen Arbeiterkreisen bzw. intellektuellen Gruppen des früheren Zentrums, die auf dem linken Flügel der Partei standen (z. B. Dr. Wirth und Dr. Spiecker), andererseits zu durchbrechen. Diese Versuche scheiterten an allen Orten, wo sie unternommen wurden: in Berlin (vgl. S. 207 ff.), in Hamburg (vgl. S. 180 ff.), in M.Gladbach (vgl. S. 87 f.) und in Paderborn (vgl. S. 106). Das Scheitern der Konzeption Dr. Spieckers (vgl. S. 140 ff.) ließ sich im Frühjahr 1946 noch nicht übersehen.
- f) Zur Frage einer Fusion der „sozialistischen Parteien“ (d. h. KPD und SPD) konnte die Untersuchung nicht genügend Material erbringen, das zu fundierten

Urteilen berechtigt. Festzustellen ist, daß von Seiten der Christlichen Demokraten eine Fusion oder Arbeitsgemeinschaft der beiden Parteien stellenweise erwartet wurde.

- g) Das Problem der Bildung einer „Union der Mitte“, die die „Gegensätzlichkeiten der Weltanschauungsparteien“ auf dem Boden weltanschaulicher Neutralität und naturrechtlicher Auffassungen überbrücken sollte, wurde besonders von Dr. Spiecker vertreten und klingt ebenfalls im Paderborner Kreis (vgl. S. 106) an. Die Spiecker'sche Konzeption setzte sich bei der Anhängerschaft des Zentrums nicht durch, wenn auch ein Teil der Führungsgruppe die Auffassungen Dr. Spieckers teilte<sup>339</sup>).
- h) Vor allem in Norddeutschland wurden Versuche unternommen, eine konservative Rechtspartei zu gründen. Zu unterscheiden sind dabei monarchistische Bestrebungen von solchen, die sich unter Hinweis auf die englische „Konservative Partei“ unter Außerachtlassung dieser Frage vorbehaltlos für eine demokratische konservative Partei einsetzten. Die letztere Konzeption wurde in der ersten Entwicklungsphase vom Plöner Kreis um Dr. Schlange-Schöninggen vertreten (vgl. S. 158 ff.), der sich für eine Partei der Christlich-Konservativen und der Rechtsliberalen einsetzte. Im zweiten Stadium der Plöner Gruppe wurde der Plan einer konservativen Partei der Fusion mit den Zentrumskräften und den bürgerlichen Liberalen geoffert.

Gruppen der unter b), c), d) und h) genannten Kräfte gehörten zu den Gründern der CDU in der britischen Besatzungszone, Gruppen der unter a), e) und g) genannten Kreise gehörten zu den Neugründern der Deutschen Zentrumspartei im Jahre 1945.

\*

Zwischen dem Anspruch einer Partei, bestimmte Bevölkerungskreise oder alle Volksschichten gleichmäßig zu vertreten und zu repräsentieren, der wirklichen Zusammensetzung ihrer Mitglieder und Vorstände und der Anhänger bei den Wahlen bestehen in den meisten Fällen nicht unerhebliche Differenzen.

Die CDU nimmt in Anspruch, die christlichen Bevölkerungsschichten unabhängig von Beruf und Konfession gleichmäßig zu vertreten. Der nachfolgende Überblick über die konfessionelle, politische und berufliche Aufgliederung der Mitglieder einiger ihrer Landesverbände aus dem Jahre 1947 soll, mit Vorbehalt, gewisse Urteile in dieser Frage möglich machen. Vorbehalte müssen ausge-

<sup>339</sup>) Die Wählerschaft des wiedergegründeten Zentrums setzte sich besonders aus Gruppen zusammen, die das „alte Zentrum“ zurückersehnten. Eine Ausdehnung auf andere Bevölkerungsgruppen erfolgte nicht. Die Spiecker'sche Konzeption wurde vor allem vom ersten Blatt der Zentrumspartei, der „Rhein-Ruhr-Zeitung“ in Essen, vertreten. Dr. Spiecker war deren Lizenzträger und Richard Muckermann ihr Chefredakteur. Dr. Spiecker und Muckermann verließen 1949 das Zentrum und traten — zusammen mit anderen Freunden, die ursprünglich der Spiecker'schen Konzeption nahestanden — der CDU bei. Die vorliegende Arbeit konnte sich mit den Hintergründen dieses Übertritts nicht befassen, da diese Vorgänge außerhalb ihres Themas lagen. Ob Dr. Spiecker sogleich Mitglied der CDU geworden ist, konnte nicht geklärt werden.

sprochen werden, weil der Verfasser die Richtigkeit der von der Partei angefertigten Statistiken und sonstigen Angaben nicht kontrollieren konnte und eine statistische Erfassung der wirklichen Christen unmöglich ist.

Aus drei Landesverbänden liegen Angaben über die konfessionelle Zusammensetzung vor<sup>340</sup>):

- a) *Bremen*. Die Mitglieder der CDU in der Freien Stadt Bremen waren am 31. Januar 1948 zu 52,54% Protestanten und zu 46,37% Katholiken — die übrigen machten keine Angaben (die konfessionelle Struktur der Bevölkerung Bremens wies am 29. Oktober 1946 85,6% Angehörige von evangelischen Kirchen und 8,9% Katholiken nach).
- b) *Hannover*. (frühere Provinz). Die Mitglieder des Landesverbandes Hannover der Christlichen Demokraten setzten sich gegen Ende des Jahres 1947 aus 40,9% Protestanten und 58,7% Katholiken zusammen (der Rest ohne Angabe der Konfession) (nach der Volkszählung vom 29. Oktober 1946 waren in ganz Niedersachsen 76,0% der Bevölkerung protestantisch und 19,2% katholisch).
- c) *Nordrheinprovinz*. Im Sommer 1947 waren die Mitglieder des Landesverbandes der Nordrheinprovinz zu 85,6% Katholiken und zu 14,2% Protestanten (nach der Volkszählung 1946 waren 63,7% der Wohnbevölkerung Katholiken und 30,0% Protestanten).

Der zahlenmäßig starke Landesverband Schleswig-Holstein wies zur gleichen Zeit fast ausschließlich evangelische Mitglieder auf. In Braunschweig war der Prozentsatz protestantischer Mitglieder sehr hoch, aber kleiner als der Anteil der Protestanten an der Bevölkerung.

Die Übersicht läßt daher vermuten, daß der Prozentsatz katholischer Mitglieder in der britischen Zone bis 1947 im allgemeinen größer war als der entsprechende Anteil an der Gesamtbevölkerung.

Über die berufliche Aufgliederung der Mitglieder liegen aus dem Jahre 1947 Statistiken aus der gesamten sowjetischen Zone, aus Hamburg, Bremen, dem Rheinland, Hannover und Berlin vor.

- a) *Hamburg*. Am 6. Juni 1946 gliederten sich die ersten tausend Mitglieder des Hamburger Landesverbandes wie folgt auf in  
44% Arbeitnehmer (davon 32% Angestellte und 12% Arbeiter),  
22% Arbeitgeber,  
10% Beamte,  
8% Freie Berufe,  
14% ohne Beruf (Hausfrauen usw.) und  
2% unbekannt.

---

<sup>340</sup>) Statistisches Material über die Mitgliederbewegung liegt vor in den Archiven der Landesverbände der Christlichen Demokraten in Bremen, Hannover, Rheinland, Hamburg, Berlin und im Büro der Exil-CDU.

b) *Nordrheinprovinz*. Die Mitglieder der CDU in der Nordrheinprovinz waren im Sommer 1947 beruflich wie folgt gegliedert:

- 38,0% Arbeitnehmer (davon 21,5% Arbeiter und 16,5% Angestellte),
- 7,4% Beamte,
- 10,7% selbständige Handwerker,
- 7,7% selbständige Kaufleute,
- 1,4% Unternehmer,
- 12,0% Landwirte,
- 3,0% Freie Berufe,
- 0,9% Geistliche,
- 0,7% Studenten,
- 10,6% Rentner und Invaliden,
- 1,8% diverse Berufe und
- 5,8% unbekannt.

c) *Berlin*. Am 1. Januar 1947 wiesen die Mitglieder des Landesverbandes Berlin die folgende berufliche Gliederung auf:

- 10,3% Arbeiter,
- 29,8% Beamte und Angestellte des Öffentlichen Dienstes,
- 10,4% Angestellte der privaten Wirtschaft,
- 12,6% Selbständige in Handel, Wirtschaft und Handwerk,
- 6,4% Freie Berufe,
- 2,7% Schüler und Studenten,
- 8,4% Pensionäre und
- 19,4% Hausfrauen.

d) *Sachsen-Anhalt*. Als Beispiel für die Verhältnisse im sowjetisch besetzten Gebiet sei auf die berufliche Gliederung der Mitglieder der CDU in Sachsen-Anhalt im Dezember 1947 verwiesen. Der Landesverband umfaßte 21% der Mitglieder der CDU in der ganzen Besatzungszone. Die Übersicht wurde kurze Zeit vor der dortigen zweiten Krise der CDU zusammengestellt. Nach der Absetzung Jakob Kaisers schichtete sich durch die veränderten Verhältnisse auch die Zusammensetzung der Mitglieder allmählich um. Es waren 31,0% Arbeitnehmer (davon 12,6% Arbeiter und 18,4% Angestellte),

- 8,3% Beamte,
- 13,6% Bauern,
- 9,6% Handwerker,
- 4,4% ohne Beruf,
- 8,5% Freie Berufe und
- 24,6% Hausfrauen.

e) *Hannover*. In der stark landwirtschaftlich bestimmten Provinz Hannover setzten sich die Mitglieder der CDU im Jahre 1947 — darunter fast 30% Vertriebene — wie folgt zusammen:

28,0% Arbeitnehmer (davon 16,6% Arbeiter und 11,4% Angestellte),  
 5,8% Beamte,  
 42,7% Selbständige (davon 19,5% Landwirte, 9,4% Handwerker, 6,0%  
 Kaufleute und 7,8% Sonstige),  
 20,9% Hausfrauen und  
 2,6% Rentner.

Die vorliegenden Aufschlüsselungen lassen erkennen, daß

1. kein Stand die absolute Mehrheit besaß,
2. alle Berufe relativ gleichmäßig vertreten waren und
3. in den Großstädten die Angestellten des öffentlichen und privaten Dienstes stärker als die Arbeiter und in den Provinzen die Arbeiter stärker als die Angestellten vertreten waren.

Gegenüber diesen Merkmalen der Zusammensetzung der Mitglieder trat bei den Vorständen der Partei das Repräsentationsprinzip stärker in den Vordergrund, wodurch leitende Angestellte, Vertreter von Berufsverbänden, Staats- und Kommunalbeamte ein Übergewicht über die einfachen Angestellten, Bauern, Handwerker und Arbeiter bekamen (vgl. S. 99).

Über die politische Herkunft lag dem Verfasser nur eine Übersicht des Landesverbandes Hamburg vom 6. Juni 1946 über die ersten tausend bis dahin eingetragenen Mitglieder vor. Von diesen waren 528 früher politisch gebunden gewesen, und zwar

in der Deutschen Volkspartei	41,
in der Kommunistischen Partei	1,
in der Sozialdemokratischen Partei	20,
im Zentrum	171,
in der Deutschnationalen Volkspartei	36,
im Christlich-Sozialen Volksdienst	5 und
in der NSDAP	254 Mitglieder.

Von den Mitgliedern, die der NSDAP angehört hatten, waren

bis 1933	22,
zwischen 1933 und 1934	81,
zwischen 1934 und 1937	14 und
nach 1937	137 Personen eingetreten. 36 Personen waren Amtsträger der Partei gewesen.

Diese Übersicht, die allerdings nicht zu sehr verallgemeinert werden darf, zeigt, daß — verglichen mit den Vorständen, in denen im Jahre 1945/46 keine ehemaligen Nationalsozialisten, Kommunisten und Sozialdemokraten vertreten waren — die Zusammensetzung der Mitglieder in politischer Beziehung, angefangen von den extremen Links- bis zu den extremen Rechtsparteien, sehr viel breiter gestreut war.

Die ersten Wahlen in der britischen Besatzungszone<sup>341)</sup> bestätigten, daß sich mit der Bildung der CDU ein politischer Zusammenschluß von Gruppen vollzogen hatte, die früher in getrennten Lagern standen. Die Folgerungen, die aus der Wahl des Ersten Vorsitzenden der Christlichen Demokraten und aus der konfessionellen Zusammensetzung der Mitglieder gezogen wurden, wurden durch die Ergebnisse der Wahlen in den Jahren 1946 und 1947 bestätigt. In den westdeutschen Gebieten erreichte die CDU die erste Stelle, ebenso im konfessionell gemischt zusammengesetzten Oldenburg. In den Nordgebieten — in Hamburg, Bremen und Schleswig-Holstein — stand sie hinter den Sozialdemokraten und mit großem Abstand vor den Freien Demokraten. In Niedersachsen kam sie hinter der SPD, der NLP und den unabhängigen Kandidaten nur auf den vierten und ein Jahr später hinter der SPD knapp auf den zweiten Platz.

\*

Als *Ergebnis* der Untersuchung über die Entstehung der Christlich-Demokratischen Union ist zur Frage der Grundlagen und der Begründung des Programms einer „Christlichen Demokratie“ das Folgende festzustellen:

An dem Ziel, in Deutschland eine demokratische Staatsform durchzusetzen, wurden von keiner der Gruppen ernstliche Einschränkungen gemacht. Gewisse Anklänge eines Zweifels zeigen die Auffassungen der Kreise um den Bischof von Münster, Graf von Galen (vgl. S. 118 f.), die sich gegen eine Verwendung des Begriffes „Demokratisch“ im Parteinamen wandten. Die christlich-konservative Gruppe um Dr. Schlange-Schöningen lehnte Bestrebungen anderer konservativer Gruppen, die sich nicht auf den Boden demokratischer Regierungsformen stellen wollten, ab. Heftig wurde jedoch gegen den geistigen Hintergrund der Demokratie Stellung genommen, der durch eine diesseitige und unchristliche Haltung bestimmt sei (vgl. S. 93 f.) und deshalb den Prozeß der Säkularisierung noch fördere. Eine Kritik an den demokratischen Staatsformen wurde aber nicht beabsichtigt, sondern vielmehr gefordert — und damit vereinigten sich die Vertreter dieser Anschauung mit einer anderen Gruppe, die „alle Gemeinschaftsformen aus der Demokratie“ herleiten wollte<sup>342)</sup> —, daß die demokratischen Staats- und Gesellschaftsformen von dem unchristlichen Hintergrund befreit und auf einen christlichen Untergrund gestellt werden müßten. Das solle geschehen, weil nur die Verbindung beider Prinzipien allein in der Lage sei, einer Entwicklung Einhalt zu gebieten, die den Staat immer mehr von seinen „metaphysischen Grundlagen“ trenne und die Ausgeglichenheit zwischen dem Natur- und dem Geist-Wesen des Menschen zugunsten des Mate-

<sup>341)</sup> Der Verfasser benutzte die von der Presse als amtliche Wahlergebnisse publizierten Zahlen der Jahre 1946 und 1947.

<sup>342)</sup> Vgl. Kölner Leitsätze vom Juni 1945.

riellen zerstöre<sup>343</sup>). Nur die Verbindung beider Prinzipien ermögliche allein eine gemäßigte Demokratie.

Wenn man voraussetzt, daß die demokratischen Staatsformen auf dem europäischen Kontinent, wie sie im 19. und 20. Jahrhundert entwickelt wurden, aus unchristlichen Grundauffassungen (natürliche Gutheit des Menschen, Annahme eines endlosen Fortschritts) entstanden sind, dann stellt die Konzeption der „Christlichen Demokratie“ die Fortsetzung der Bemühungen dar, die in der Zentrumsparlei, d. h. von einigen meist intellektuellen Gruppen in der Zeit des Weimarer Staates mit dem Ziel unternommen wurden, die katholischen Volksteile und die katholischen Staatsauffassungen mit dem demokratischen Prinzip auszusöhnen<sup>344</sup>), der Versuche Friedrich Naumanns, den Liberalismus mit christlichen Grundauffassungen und umgekehrt die christlich-konservativen Gruppen mit Prinzipien der liberalen und sozialen Entwicklung zu verbinden, und der Bestrebungen eines Teiles der Deutschnationalen<sup>345</sup>), die „formale Demokratie“, wie sie nach deren Auffassung durch die Weimarer Verfassung geschaffen worden war, zu einem organischen Ganzen umzuwandeln.

Unter den angenommenen Voraussetzungen haben sich somit unter der These der „Christlichen Demokratie“ nach Auffassung des Verfassers liberale, konservative und Zentrumsgruppen verbunden.

Für die These der „Christlichen Demokratie“ — mit dem Schwerpunkt auf dem ersten Bestandteil des Wortes — müssen aber noch zwei weitere Gesichtspunkte genannt werden, die sich als Ergebnis dieser Untersuchung herauschälen:

Die Einigung auf diesen Begriff sollte nach Auffassung der größeren Gruppe der Gründer den politischen Zusammenschluß von evangelischen und katholischen Kräften deutlich dokumentieren.

Von allen Gruppen wurde dabei betont, daß die Partei nicht eine religiöse und theologische Einigungsbewegung der Konfessionen erstrebe und es nicht das Ziel der „Christlichen Demokratie“ sei, die Kirchen zu verstaatlichen oder den Staat zu klerikalisieren. Das Ziel der Partei sei lediglich, die Arbeit der Religionsgemeinschaften nach besten Kräften zu unterstützen.

Darf man also einerseits die Gründung der „Christlichen Demokraten“ als Folgerung aus der politischen und geistigen Entwicklung der vorangegangenen Zeit betrachten, so wurde andererseits damit auch eine Abwehrstellung gegen politische und geistige Strömungen bezogen, die als unchristlich aufgefaßt werden. Hierunter fällt nicht nur ein mögliches Wiederaufleben nationalsozialistischer Lehren, sondern auch eine Entfaltung des Marxismus und seiner Weiterentwicklung.

<sup>343</sup>) Vgl. Th. Steltzer, a.a.O., S. 34.

<sup>344</sup>) Vgl. Werner Klinke, „Die Deutsche Zentrumsparlei und die demokratische Frage“, Hamburger Dissertation 1951, Maschinenschrift.

<sup>345</sup>) Vgl. S. Neumann, „Die deutschen Parteien“, Berlin 1932.

Für die Begründung und den Inhalt der „Christlichen Demokratie“ werden somit drei Ursachen genannt:

1. Die Aussöhnung der christlichen Gruppen mit dem aus unchristlichen Strömungen entwickelten demokratischen Prinzip und die Zielsetzung, die Demokratie von ihren überlieferten Grundlagen zu lösen und, auf christliche Lehren gestützt, neu aufzubauen.

2. Die Sammlung aller betont kirchlich gebundenen Christen, um den Angriffen „unchristlicher Strömungen“ entgegenzutreten und, soweit das durch die Politik überhaupt möglich ist, für die Sicherung der kirchlichen Arbeit zu sorgen.

3. Die Zusammenführung der Gruppen, die in der Vergangenheit aus konfessionellen Gründen neben- oder gegeneinander gestanden hatten.

In außenpolitischen Fragen stimmten alle Gruppen in der Ablehnung einer Orientierung Deutschlands nach dem Osten überein. Unterschiedlich waren dagegen die Auffassungen über eine Annäherung an England oder Frankreich. Mit England über außenpolitische Fragen in Übereinstimmung zu kommen, schien der Gruppe um Dr. Schlange-Schöningen besonders notwendig zu sein. Dagegen betrachtete Dr. Adenauer das Verhältnis zu England vor allem unter dem Gesichtswinkel, daß zwischen der englischen Labour-Regierung und der deutschen Sozialdemokratie in mehreren innerdeutschen Fragen (z. B. Eigentumsordnung der Grundindustrie) Übereinstimmung herrschte. Die Lösung des deutsch-französischen Problems durch eine „europäische Konzeption“ tauchte im Frühjahr 1946 in den westdeutschen Kreisen der Christlichen Demokraten auf.

Unter dem Blickpunkt einer „gemäßigten Demokratie“ müssen auch die ersten programmatischen Äußerungen der Christlichen Demokraten in den Fragen der Sozial- und Wirtschaftsordnung angesehen werden.

Die Partei anerkannte allgemein das Privateigentum, schränkte diese Anerkennung aber in den meisten Fällen durch den Hinweis auf ein „höheres ethisches Recht“ ein, dem sich auch das Privateigentum unterordnen müsse. Das „höhere Recht“ stellt sich für diese Gruppen im „Gemeinwohl“ dar, das bei entsprechenden politischen Bedingungen zur Enteignung und Vergesellschaftung bestimmter Unternehmen zwingen kann. In den westdeutschen Gruppen wurde dieser Punkt schärfer als in den norddeutschen betont.

Das „höhere Recht“ zwinge auch dazu, im staatlichen und wirtschaftlichen Aufbau das machterteilende Prinzip möglichst weitgehend zu beachten, womit auch der angestrebte föderale Staatsaufbau und die Unterstützung der Kleinbesitzbildung begründet wurden.

Aus dem gleichen Grund schließlich sollte es in keinem Fall zur Verstaatlichung von Wirtschaftsunternehmen kommen, sondern lediglich der Weg einer Beteiligung verschiedener Gruppen am Besitz und an der Verantwortlichkeit in einem Betriebe beschränkt werden.

Das immer wieder sichtbar werdende „Ausgleichsmoment“ erscheint selbst in der Schulfrage, obwohl die meisten katholischen kirchlichen Kreise grundsätzlich auf der Forderung der Konfessionsschule bestanden. Die in verschiedenen Gruppen vertretene Auffassung, die Eltern entscheiden zu lassen, setzte sich dann allgemein durch.

Unter Berücksichtigung der Situation, in der diese programmatischen Äußerungen entstanden — es gab noch keine Parlamente, in denen von den Parteien politische Entscheidungen verlangt wurden —, darf festgestellt werden, daß die Christlichen Demokraten weder eine „Besitz-“ noch eine „Arbeiter-Partei“ waren. Die Möglichkeit, sich nach der einen oder der anderen Richtung zu entfalten, war jedoch gegeben. Die Entscheidung darüber lag letztlich in den politischen Umständen und bei der Gruppe, die sich zur Führungsschicht entwickeln würde.

\*

Die in verschiedenen Briefen, Konferenzen und Schriften zum Ausdruck gekommenen Auffassungen katholischer kirchlicher Kreise lassen deutlich erkennen, daß von ihnen die starke Vertretung christlicher bzw. katholischer Belange durch eine politische Partei bejaht, z. T. sogar gefordert wurde (vgl. S. 66).

Jahrzehnte hindurch war diese Aufgabe von der Zentrumspartei wahrgenommen worden. Im Jahre 1945 trat dann als Neugründung eine christlich-demokratische Partei mit ausgesprochen interkonfessionellen Tendenzen auf. Daneben trat aber auch die Zentrumspartei wieder ins Leben. Bevor es zur offiziellen Neugründung des Zentrums kam, lagen zu dieser Frage bereits persönliche Äußerungen von Bischöfen und anderen Geistlichen vor. Einige wenige Geistliche beteiligten sich auch an den Gründungsgesprächen der CDU, andere, darunter der Kölner Erzbischof, zögerten mit ihrer Zustimmung für die eine oder andere Richtung.

Kurze Zeit danach — im August 1945 — sprachen sich die in Werl zusammengekommenen westdeutschen Bischöfe für eine Preisgabe des Zentrums aus. Nach der Gründung der beiden Parteien versuchten dann Erzbischöfe, Bischöfe und Geistliche, in Verhandlungen und im Briefwechsel mit den Parteivorsitzenden und durch öffentliche Äußerungen die vollzogene Spaltung wieder zu beseitigen. Dabei überwog die Meinung, aus „taktischen Gründen“ — nicht aber aus „Gründen des Programms der Partei“ — den Christlichen Demokraten den Vorrang zu geben.

Entsprechend den Bestimmungen des Konkordates, dessen Gültigkeit nach 1945 zunächst in Frage stand, traten die katholischen Geistlichen nicht in die eigentliche parteipolitische Arbeit ein. In der Diaspora wandten sich jedoch auch vereinzelt katholische Geistliche mit dem Hinweis auf die vorherrschende evangelische Zusammensetzung der neuen Partei gegen die Christlichen Demokraten (vgl. S. 97).

In der ersten Zeit nach dem Krieg sprachen sich — meist unter Berufung auf die Barmer Thesen — kirchliche protestantische Kreise, so auch die Treysaer Kirchenkonferenz<sup>346)</sup> im August 1945, mehrfach für eine „Christliche Union“ beider Konfessionen auf politischer Ebene aus. Sie forderten von den Christen eine aktive Betätigung im politischen Leben. In zahlreichen Orten Westdeutschlands beteiligten sich deshalb auch protestantische Geistliche an den Gründungsverhandlungen der CDU. In Norddeutschland dagegen wurde schon in der ersten Zeit der Entwicklung einer „Christlichen Partei“ scharfe Kritik an diesen Bestrebungen geübt. Die Haupteinwendungen, die später von einer größeren Zahl Geistlicher und Theologen geteilt wurden, richteten sich vor allem gegen den Bestandteil „Christlich“ im Parteinamen, da es eine christliche Partei nicht geben könne und die Kirche mit den nicht ausbleibenden Irrungen einer „christlichen Partei“ nicht belastet werden dürfe. Es wurde aber festgestellt, daß die Kirche es sehr begrüße, wenn christliche Gebote und Lehren in einer Partei besonders vertreten würden — wenn auch diese Haltung grundsätzlich von allen Parteien gefordert werden müsse. Außerdem wurde von evangelischen kirchlichen Kreisen geltend gemacht, daß die Christen nicht auf eine Partei beschränkt bleiben dürften.

Andere Kreise hielten die Forderung, daß Christen in allen Parteien arbeiten müßten, für grundsätzlich berechtigt, bezweifelten aber die Realisierbarkeit in den Parteien, die auf dem Hintergrund des Säkularisierungsprozesses entstanden seien (vgl. S. 93 u. 156 f.).

Aus „staatsbürgerlicher Verantwortung“ leitete Bischof D. Dibelius, Berlin, die Pflicht her, sich für eine Partei zu entscheiden, und zwar unter den im sowjetisch besetzten Gebiet obwaltenden Umständen für die CDU. Gleichzeitig verurteilte er jedoch jede öffentliche politische Tätigkeit der Geistlichen. Den

<sup>346)</sup> Keesing, a.a.O., Band 1945, S. 402.

In dem von der Treysaer Konferenz veröffentlichten „Wort zur Verantwortung der Kirche für das öffentliche Leben“ heißt es u. a.:

„6. Die Kirche ist ihrem Wesen nach nie Partei, sondern tut ihren Dienst an allen politischen und sozialen Gruppen mit gleicher Liebe. Sie darf sich weder mit den Zielen und dem taktischen Vorgehen einer einzelnen Partei gleichsetzen, noch vollends sich von den Interessen einer Partei überhaupt bestimmen lassen. Dies schließt nicht aus, daß sie die Bildung einer politischen Partei, die sich selbst auf christliche Grundsätze verpflichtet, mit Wohlwollen aufnimmt, soweit dieses etwa durch konkrete politische Verhältnisse notwendig wird. Sie wird sich aber aufs strengste davor hüten müssen, durch solches Wohlwollen in den Verdacht der Parteilichkeit gegenüber den christlichen Persönlichkeiten anderer Parteien zu geraten, oder durch irgendwelche Bestrebungen klassenmäßiger Absonderung eines Volksteiles von dem anderen Vorschub zu leisten.

7. Die an vielen Stellen bereits in Gang gekommenen Bestrebungen, politische Gegensätze zwischen Protestanten und Katholiken auszuräumen, die Gemeinsamkeit des Kampfes gegen den Säkularismus zu betonen und so eine gegenseitige geistige und politische Annäherung beider Konfessionen vorzubereiten, verdienen ebenso unsere Unterstützung wie die Bemühungen katholischer Prälaten und Laienkreise, das Wiederaufleben der Zentrumspartei zu verhindern und statt dessen ein Zusammengehen beider Konfessionen auf dem Boden „Christlicher Union“ zu ermöglichen. Selbstverständlich muß darauf geachtet werden, daß die Zusammenarbeit beider Partner auf dem Boden voller Gleichberechtigung erfolgt ...“

gleichen Standpunkt teilten die meisten Landeskirchen; doch gab es eine Reihe von Ausnahmefällen, wo einzelnen Geistlichen für politische Aufgaben Urlaub gegeben wurde. In keinem Fall war damit eine politische Weisung verbunden.

Der Unterschied zwischen den Auffassungen der katholischen und denen der evangelischen kirchlichen Kreise läßt sich dahingehend formulieren, daß die Katholiken die Notwendigkeit einer Partei, die besonders christliche, kirchliche und katholische Belange vertritt und christliche politische Lehren entwickelt, bejahten, während die Protestanten zumeist eine Durchdringung aller politischen Parteien mit christlichen Gruppen verlangten und deshalb dazu neigten, eine besondere christliche Partei abzulehnen.

### **Schluß**

Die vorangegangene Untersuchung hatte einen kleinen Abschnitt der deutschen innerpolitischen Geschichte zum Gegenstand: die Bildung von zwei politischen Parteien in einem Teil Deutschlands und die Darstellung ihrer Ausgangspositionen.

Seitdem die politischen Wege und Entscheidungen eines Staates durch politische Parteien gelenkt werden, die zwischen der Masse der Bevölkerung und der von ihnen bestellten Staatsführung stehen, liegt in der Entwicklung ihrer politischen Konzeptionen und in den geistigen und religiösen Quellen, von denen diese gespeist werden, eine erhebliche, aber in ihren Auswirkungen schwer wägbare Bedeutung für das staatliche Leben.

Der Suche nach diesen Quellen und dem Erfassen erwogener politischer Konzeptionen im Rahmen des Themas war in dieser Arbeit vom Verfasser ein breiter Raum gewidmet.

Auf die deutsche Situation des Jahres 1945 bezogen, mußte es die Hauptaufgabe sich entwickelnder politischer Parteien sein, nach wirksamen Wurzeln für den demokratischen Staatsgedanken zu suchen, durch welche die Gefahren eines erneuten Scheiterns der Demokratie im politischen Leben Deutschlands auf ein Minimum reduziert werden können.

Zu den politischen Gruppen, die diesen Versuch unternahmen, gehörten die Christlichen Demokraten und die Zentrumspartei. Zweck dieser Arbeit war, die Entwicklung ihres politischen und geistigen Wollens aus den Wirren des deutschen politischen und militärischen Zusammenbruchs heraus zu erfassen und darzustellen.

## Anhang I

### Die CDU/CSU in der amerikanischen und französischen Besatzungszone

#### 1. Bayern

Die Gründung der Christlich-Sozialen Union in Bayern war ein Kompromiß zwischen der katholisch-konservativ gerichteten Gruppe, die anfangs die Bayerische Volkspartei wiedererrichten wollte (was in fast 40% aller bayerischen Kreise zunächst geschah), und einer interkonfessionell und liberal gerichteten Gruppe um Dr. Josef Müller in München. In dieser Richtung gingen auch die Bemühungen Adam Stegerwalds in Würzburg, der zunächst für eine „Christlich-Soziale Arbeiter-, Bürger- und Bauern-Partei“ eintrat. (Stegerwald starb bereits im Dezember 1945.) Zwischen den beiden Richtungen standen die bayerischen Bauern unter Dr. Horlacher.

Stimmenmäßig besaß die „Bayern-Richtung“ das Übergewicht, während die Landesleitung zunächst in den Händen der „Müller-Richtung“ lag. Deren Position wurde jedoch durch den gewissen gefühlsmäßigen Gegensatz zwischen den bayerischen Gruppen und den Franken und durch das Fehlen eines festen Rückhalts in den konfessionell gemischten Gebieten allmählich geschwächt, so daß die „Bayern-Richtung“ auch stärker in die Führung eindrang und das katholische Element das absolute Übergewicht bekam.

#### 2. Hessen

Die Entwicklung der CDU in Hessen erscheint wesentlich stärker an die Entwicklung in der britischen als an die in der amerikanischen Besatzungszone angelehnt. Analog den Kölner Leitsätzen wurden in Frankfurt unter Mitarbeit von Walter Dirks und H. Knappstein Thesen erarbeitet, die stark beachtet wurden. Diese Frankfurter Richtung steuerte einen stark sozialen Kurs, der auch die Begriffe „Christlicher Sozialismus“ und „Sozialismus aus christlicher Verantwortung“ verwandte. Maria Sevenich berichtet, daß Walter Dirks auch an Bestrebungen, aus dem rechten Flügel der SPD, dem Zentrum und dem linken Flügel der CDU eine „Partei der Arbeit“ zu schaffen, beteiligt war.

Neben der CDU entstand — in Dillenburg — als Sonderentwicklung als evangelische Partei der „Evangelische Volksdienst“. Er wurde in seinem Kreis ebenso stark wie die CDU.

#### 3. Württemberg-Baden

In Anlehnung an die Berliner Entwicklung und an die parteipolitischen Bemühungen in Westdeutschland bildeten sich in Nordwürttemberg und Nordbaden christlich-demokratische Gruppen, in denen vor allem Zentrumskreise und der frühere CSVD vertreten waren. Die Bemühungen, eine Sammelpartei „rechts von der Sozialdemokratie“ zu schaffen, scheiterten jedoch.

#### 4. Französische Besatzungszone

In Baden und in den katholischen Teilen des späteren Landes Rheinland-Pfalz wurden zunächst Versuche unternommen, die Zentrumsparterie wiederzuerrichten. In Anlehnung an die Entwicklung in Westdeutschland setzte sich jedoch allmählich der Gedanke durch, an ihrer Stelle die CDU neu zu gründen. In den danach entstandenen einzelnen Landesverbänden der CDU herrscht das katholische Element vor.

## Anhang II

### Christliche Parteien in Europa

#### 1. Die Österreichische Volkspartei

Aus der früheren Christlich-Sozialen Partei Österreichs (vgl. Anm. 128), dem Christlichen Landwirte-Bund und der Vaterländischen Front bildete sich — anknüpfend an Oppositionskreise — im Jahre 1945 die Österreichische Volkspartei. Entsprechend den konfessionellen Verhältnissen des Landes ist sie völlig katholisch ausgerichtet.

#### 2. „Parti Social Chretien“ (PSC) in Belgien

Die christlich-soziale Partei in Belgien ist die politische Blockbildung der katholischen Bevölkerung und schließt an entsprechende historische Überlieferungen an. Eine interkonfessionelle christliche Partei ist in Belgien nicht vorhanden.

#### 3. „Mouvement Républicain Populaire“ (MRP) in Frankreich

Die Partei ging nach dem Kriege aus der früheren demokratischen Volkspartei hervor. Wegen des großen Einflusses der „Action Catholique de la Jeunesse Française“ wird sie allgemein als die katholische Partei betrachtet. Das interkonfessionelle Problem ist in Frankreich kaum vorhanden.

#### 4. Die Christlich-Demokratische Partei in Italien

Die „Christlich-Demokratische Partei“ Italiens knüpft an die christlich-sozialen Bewegungen gegen Ende des 19. Jahrhunderts und besonders an die 1899 gegründete Volkspartei (Don Luigi Sturzo) an. Die Volkspartei besaß bis zum Verbot durch Mussolini etwa 100 Parlamentsmandate. Ein interkonfessionelles Problem ist in Italien nicht vorhanden.

#### 5. Die „Katholische Volkspartei“ und die „Antirevolutionäre Partei“ in Holland

Im konfessionell gemischten Holland gibt es zwei konfessionell gebundene Parteien, d. h. keine mit den Ansprüchen und Zielen der CDU zu vergleichende „Christliche Partei“. Die „Katholische Volkspartei“ ist die direkte Fortsetzung der früheren katholischen Partei vor dem Kriege. Neben ihr steht als protestantische Vereinigung die „Antirevolutionäre Partei“. Für das Überwiegen des Gegensätzlichen zwischen diesen beiden christlichen Parteien spricht, daß die „Antirevolutionäre Partei“ der „Nouvelles Equipes Internationales“ nicht angehört.

Einige katholische Gruppen in Deutschland glaubten, nach dem Kriege an die „Zwei-Säulen-Theorie“ in Holland anknüpfen zu müssen und zwei christliche Parteien zu fordern, die jede für sich konfessionell gebunden sein sollte.

Das Ergebnis dieses kurzen Überblicks darf dahingehend zusammengefaßt werden, daß die „christlichen Parteien“ in Österreich, Italien, Frankreich, Belgien und Holland im wesentlichen durch katholische Kräfte gestützt werden. Zu ergänzen ist noch, daß auch die 1912 gegründete „Schweizer Konservative Volkspartei“ auf katholische Initiative zurückgeht.

## Anhang III

### Quellen- und Literaturverzeichnis

#### A. Quellen- und Archivmaterial

##### 1. Parteiarchive

- a) Archiv des Landesverbandes der Christlich-Demokratischen Union im Rheinland, Köln, Gereonstraße 25,
- b) Archiv des Landesverbandes der Christlich-Demokratischen Union in Westfalen/Lippe, Dortmund, Prinz-Friedrich-Karl-Straße 48,
- c) Archiv des Landesverbandes der Christlich-Demokratischen Union in Hannover, Hannover, Wilhelmstraße 3,
- d) Archiv des Landesverbandes der CDU in Braunschweig, Braunschweig, Damm 1,
- e) Archiv des Landesverbandes der Christlich-Demokratischen Union in Hamburg, Hamburg, Kaiser-Wilhelm-Straße 75,
- f) Archiv des Landesverbandes der Christlich-Demokratischen Union in Bremen, Bremen, Schwachhauser Heerstraße 176,
- g) Archiv des Landesverbandes der Christlich-Demokratischen Union in Berlin, Berlin-Charlottenburg, Klaus-Groth-Straße 3,
- h) Archiv des Büros der Exil-CDU, Berlin-Charlottenburg, Reichsstraße 4,
  - i) Archiv des Kreisverbandes der CDU in Wuppertal, Wuppertal-Barmen, Zur Schafbrücke 4,
  - j) Archiv des Kreisverbandes der CDU in Rendsburg, Rendsburg, Torstraße 4,
  - k) Archiv des Kreisverbandes der CDU in Vechta, Spreda bei Vechta, Dr. H. Siemer,
  - l) Archiv der Bundesgeschäftsstelle der Deutschen Zentrumspartei, Münster (Westf.), Windthorststraße 13.

##### 2. Privatarchive

- a) Harry Bading, Hamburg,
- b) Paul Bausch, Stuttgart,
- c) Professor Dr. Otto Becker, Kiel,
- d) Dr. Joseph Bock, Hamburg,
- e) Professor Dr. Emil Dovifat, Berlin,
- f) Karl J. Germer, Berlin,
- g) Heinz Theodor Götz, Hamburg,
- h) Dr. Margaretha Gröwel, Hamburg,
- i) Johannes Gronowski, Driburg (Westf.),
- j) Dr. Friedrich Holzapfel, Bad Salzuffen,
- k) Bernhard Kaes, Duisburg,
  - l) Dr. Joseph Kannengießer, Osnabrück,
- m) Helmuth Lauffs, Düsseldorf,
- n) Lambert Lensing, Dortmund,
- o) Dr. Otto Lenz, Bonn,
- p) Ernst Majonica, Soest,
- q) Richard Muckermann, Kettwig (Ruhr),
- r) Dr. Theodor Scharmitzel, Köln,
- s) Dr. Otto Schmidt, Wuppertal,
- t) Diözesanpräses Schulte, Paderborn,
- u) Dr. Leo Schwering, Köln,
- v) Freiherr von Senfft-Pilsach, Breitenstein bei Plön,
- w) Dr. Karl Spiecker, Bonn,
- x) Adolf Steckel, Rendsburg,
- y) Dr. Fritz Stricker, Münster,
- z) Helene Wessel, Bonn.

→ für Sch-14

## B. Literatur

- Almond, G. A., *The Struggle for Democracy in Germany*, Edited by G. A. Almond, Chapel Hill University North Carolina Press 1949.
- Arnim, Hans von, und G. v. Below, *Deutscher Aufstieg, Eine Sammlung von Kurzbiographien konservativer Politiker aus Vergangenheit und Gegenwart*, Berlin 1925.
- Arnold, Fr., *Zur christlichen Lösung der sozialen Frage*, Köln 1947.
- Arnold, Karl, *Die soziale und politische Situation und die Aufgaben der christlichen Arbeiterschaft*, Düsseldorf 1947.
- Atlas Niedersachsen, *Herausgegeben vom Niedersächsischen Amt für Landesplanung und Statistik*, Bremen 1950.
- Bachem, Carl, *Vorgeschichte, Geschichte und Wirken der Deutschen Zentrumspartei*, 9 Bände, Köln 1918 ff.
- Bartels, Paul, *Die Leidensgeschichte der Deutsch-Hannoverschen Partei*, Hannover 1926.
- Barth, Karl, *Die Kirche und die politische Frage von heute*, Bern 1939.
- Barth, Karl, *Die evangelische Kirche in Deutschland nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches*, Stuttgart 1946.
- Barth, Karl, *Christengemeinde und Bürgergemeinde*, in „Kirche in der Welt“, Heft 7, Stuttgart 1946.
- Barzel, Rainer, *Die deutschen Parteien*, 1. Aufl. Bonn 1946, 2. Aufl. Bonn 1952.
- Bausch, Paul, *Der Kampf um die Freiheit der evangelischen Christen im politischen Leben*, Stuttgart 1930.
- Bergsträßer, Ludwig, *Dokumente zur Entwicklung des politischen Katholizismus*, in „Der deutsche Staatsgedanke“, 2. Reihe III, 2 Bände, München 1921/23.
- Bergsträßer, Ludwig, *Geschichte der politischen Parteien in Deutschland*, 5. Aufl., Mannheim, Berlin und Leipzig 1928, 7. Aufl., München 1952.
- Bericht der amerikanischen Hochkommission über Deutschland, Nr. 7, Frankfurt/M. 1951.
- Boehme, Theodor, *Die Christlichen Gewerkschaften, ihr Wesen, Werden und Wollen*, Stuttgart 1930.
- Brandt, Otto, *Geschichte Schleswig-Holsteins*, 4. Aufl., Kiel 1949.
- Brauer, H., *Zentrum und evangelischer Volksteil*, in „Der Zusammenschluß“, 1. Jg., Heft II, 1926/27.
- Braun, Otto, *Von Weimar zu Hitler*, 1948.
- Brepohl, Wilhelm, *Der Aufbau des Ruhrvolkes im Zuge der Ost-West-Wanderung, Beiträge zur deutschen Sozialgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts*, in „Soziale Forschung und Praxis“, Band 7, herausgegeben von der Sozialforschungsstelle der Universität Münster in Dortmund, Recklinghausen 1948.
- Brüning, Dr. Heinrich, *Brief an R. Pechel*, in „Deutsche Rundschau“, Heft 7, 1947.
- Brunner, Emil, *Der Staat als Problem der Kirche*, Berlin 1933.
- Bunzel, J., *Die Wirtschaftstheorien der Christlich-Sozialen*, Leipzig 1927.
- Christlich-Demokratische Union, *Rechenschaftsbericht über die Tätigkeit im Parlamentarischen Rat 1948/49*.
- Christlich-Demokratische Union, *1. Parteitag der CDU Gesamtdeutschlands*, Goslar 1950.
- Christlich-Demokratische Union, *2. Parteitag der CDU Gesamtdeutschlands*, Karlsruhe 1951.
- Christlich-Demokratische Union, *Jahrbuch 1950*, herausgegeben von Witt und Doerpinghaus, Frankfurt/M.
- v. Calker, Fritz, *Wesen und Sinn der politischen Parteien*, in „Recht und Staat in Geschichte und Gegenwart“, Tübingen 1930.
- Das christliche Deutschland, *Dokumente und Zeugnisse*, herausgegeben von einer Arbeitsgemeinschaft katholischer und evangelischer Christen, Stuttgart und Freiburg i. Br. 1946 ff.
- Das wahre Deutschland, *Auslandsblätter der Deutschen Freiheitspartei*, herausgegeben von Dr. K. Spiecker, Jg. 1938, Paris.
- Decker, J., *Die Zentrumskrise*, in „Die Gesellschaft“, 1925.
- Deutz, Jo., *Adam Stegerwald — der Gewerkschaftler, Politiker, Minister, 1874—1945*, Bonn 1950 (Dissertation).
- Dibelius, D., *Die Kirche und der Staat, die Wirtschaft und das Volk*, Berlin 1947.
- Die Christlichen Gewerkschaften, *herausgegeben vom Verband der Christlichen Gewerkschaften*, Berlin 1928.

- Die Entstehung der großen politischen Parteien, Schriften der Deutschen Gesellschaft für Politik an der Universität Halle, Heft 2, Berlin und Leipzig 1928.
- Duckwitz, R., Aufstieg und Blüte einer Hansestadt, Bremen 1951.
- Duckwitz, R., Bremen — Diktatur und Demokratie, Bremen 1951.
- Ehard, Hans, Die europäische Lage und der deutsche Föderalismus, München 1948.
- Ehard, Hans, Freiheit und Föderalismus, München 1948.
- Ehrhard, E., Die deutsche Außenpolitik unter Brüning, Hamburg 1950 (Dissertation, Maschinenschrift).
- Der Essener Kongreß der Christlichen Gewerkschaften 1920, Köln 1920.
- Europa-Archiv, Dokumente zur europäischen Politik, 1.—7. Jahrgang, Frankfurt/M. und Basel 1946 ff.
- Frank, Walter, Hofprediger Stoecker und die christlich-soziale Bewegung, Berlin 1928.
- Feine, H., Staat und Kirche, Stuttgart 1946.
- Fischer, Fritz, Der deutsche Protestantismus und die Politik im 19. Jahrhundert, in „Historische Zeitschrift“ Band 171, München 1951.
- Franz, Günther, Die politischen Wahlen in Niedersachsen von 1867 bis 1949, Bremen 1951.
- Freiherr von Freytag-Loringhoven, Die Deutschnationale Volkspartei, in „Die geistige Struktur der politischen Parteien Europas“, Berlin 1931.
- Friedensburg, Ferdinand, Geschichte der Weimarer Republik, Berlin 1946.
- Frings, Kardinal Josef, Grundsätze christlicher Sozialarbeit, Köln 1948.
- Forsthoft, E., und Löwenstein, L., Die politischen Parteien im Verfassungsrecht, Tübingen 1950.
- v. d. Gablentz, O. H., Über Marx hinaus. Programmentwurf für einen christlichen Sozialismus, Berlin 1946.
- Gerhold, Die Verfassung der bremischen Kirche, in „Abhandlungen und Mitteilungen des Seminars für Öffentliches Recht“, Heft 24/1931, Hamburg (Dissertation).
- German Evangelical Letter to Hitler 1935 and 1936, in „International Conciliation“ Nr. 324.
- Gildemeister, Johann, Die Politik der Deutschnationalen Volkspartei vom Oktober 1929 bis Mai 1932 mit besonderer Berücksichtigung der Abspaltung der Volkskonservativen, Hamburg 1951 (Staatsexamensarbeit, Maschinenschrift).
- Grunz, Lic. A., Geschichte der Christlichen Gewerkschaften in Deutschland (Manuskript 1948).
- Häfner, K. Th., Geschichte der Katholiken in Schleswig-Holstein, Kiel 1938 (Dissertation).
- Halparin, S. W., Germany tried Democracy, New York 1946.
- Hankammer, W., Das Zentrum und die politische Vertretung des katholischen Volksteils, Essen 1927.
- Haug, Th., Die politische Verantwortung der Kirche, in „Neue Politik“, Stuttgart 1946.
- Heberle, R., Die politische Haltung der Landbevölkerung in Schleswig-Holstein, Kiel 1927.
- Hermelink, H., Kirche im Kampf 1933—1945, Stuttgart 1950.
- Huber, Karl, Der Streit um den Zentrumscharakter, Köln 1912.
- Hübner, G., Die Sozialpolitik und ihre Gegner, 1929.
- Hüsgen, E., L. Windthorst, Köln 1907.
- Joos, J., Am Räderwerk der Zeit, Augsburg o. J.
- Jostock, P., Das Proletariat, Köln 1946.
- Jostock, P., Der deutsche Katholizismus und die Überwindung des Kapitalismus, Freiburg 1932.
- Kampf oder Verständigung, Herausgegeben von der CDU Rheinland, Köln 1948.
- Die katholische Kirche und das Bonner Grundgesetz, Erklärung der deutschen Bischöfe zum Grundgesetz, Köln 1949.
- Die katholische Kirche und die Weimarer Verfassung, Hirtenbrief der in Fulda versammelten Erzbischöfe und Bischöfe am 20. August 1920 an die Reichsregierung, in Kroses Kirchlichem Jahrbuch, 9. Band, 1919/20, S. 107.
- Katzer, Maximilian, Parteiprogramme und Demokratie, Meisenheim 1949.
- Keesings Archiv der Gegenwart, Jahrgänge 1945 und 1946, Essen 1949/50.
- Kerkeringk zur Borg, Beiträge zur Geschichte des westfälischen Bauernstandes, Münster 1912.
- Kiefl, G., Die Staatsphilosophie der katholischen Kirche und die Frage der Legitimität in der Erbmonarchie, Mainz 1928.
- Kindt, Karl, Konservative in der Welt der Diskontinuität, in „Deutsches Pfarrerbblatt“, Stuttgart 1. Juli 1951.

- Kindt-Kiefer, J. J., Katholische und protestantische Staatsbegründung, Berlin 1940.
- Kirchliches Jahrbuch, herausgegeben von Beckmann, Jahrgänge 1933/1944 (1. Bd.), Gütersloh 1948; Jahrgänge 1945/48 (1. Bd.), Gütersloh 1949; Jahrgang 1949, Gütersloh 1950; Jahrgang 1950, Gütersloh 1951; Jahrgang 1951, Gütersloh 1952.
- Klinke, P. W., Die deutsche Zentrumsparterie und die demokratische Frage, Hamburg 1951 (Dissertation, Maschinenschrift).
- Koch, W., Bekennende Kirche, gestern und heute, in „Kirche in der Welt“, Heft 6, Stuttgart 1946.
- Konrich, G. Fr., 1000 Jahre deutsche und hannoversche Geschichte, Hannover 1913.
- Kroses Kirchliches Jahrbuch, Freiburg 1951.
- Künne, W., Der große Abfall. Eine geschichtstheologische Untersuchung der Begegnung zwischen dem Nationalsozialismus und dem Christentum, Hamburg 1948.
- Lewandowski, Schicksalsstunde der christlichen Parteien, in „Rheinischer Merkur“, 5. Jg., Nr. 14, Köln 1950.
- Litt, Th., Geschichtsphilosophische Besinnung über protestantisches Geschichtsbewußtsein, Leipzig 1938.
- Maas, H., Geist und Formen des bremischen Staatslebens, Sonderdruck aus „Schaffendes Bremen“, Bremen und Frankfurt/M. 1951.
- Mahler, E., Programme der politischen Parteien, Berlin 1945.
- Maritain, Jacques, Nouvelle Revue Française, Juli 1937.
- Maritain, Jacques, The Things that are not Caesar's, London 1930.
- Maritain, Jacques, The Rights of Man and Natural Law, New York 1943.
- Marr, Heinz, Klasse und Partei in der modernen Demokratie, Frankfurt/M. 1925.
- Martin, A., Preußischer Altkonservatismus und politischer Katholizismus, in „Deutsche Vierteljahrszeitschrift für Literatur und Geistesgeschichte und Wissenschaft“, Band VII, Halle 1929.
- Matthias, E., Sozialdemokratie und Nation, Stuttgart 1952.
- Mayer, Carl, The Crisis of German Protestantism, in „Social Review“, November 1925.
- Mende, D., The Origin of Christian-Democratic Union in Berlin and in the French Zone of Occupation in Germany, Frankfurt/M. 1948 (Manuskript).
- Michels, R., Zur Soziologie des modernen Parteiwesens, Leipzig 1925.
- Mohler, Armin, Die konservative Revolution in Deutschland, Stuttgart 1951.
- Moltke, H. J., 2 Briefe (1944/45) in „Neue Auslese“, Januar 1947, Hamburg.
- Muckermann, Fr., G. Briefs, J. Joos, K. Müllet, Katholizismus, Wirtschaft und soziale Frage, Essen 1925.
- Mumm, R., Was jeder Christ von den heutigen Parteien wissen muß, Hamburg 1924.
- Naumann, Friedrich, Geist und Glaube, Berlin 1911.
- Nell-Breuning, Zur Problematik politischer Parteien, in „Zeit und Streitfragen“, Köln 1946.
- Nell-Breuning, Was hat die Kirche mit der Politik zu tun? Frankfurt/M. 1947.
- Nell-Breuning, Beiträge zu einem Wörterbuch der Politik, bisher 6 Hefte, Freiburg i. Br., 1949 ff.
- Neuhäusler, J., Kreuz und Hakenkreuz, 2 Bde., München 1948.
- Neumann, S., Die Stufen des preußischen Konservatismus, Berlin 1930.
- Neumann, S., Die politischen Parteien, Berlin 1932.
- Papen, Fr. v., Konservative Staatsführung, in „Volk und Reich“ Heft 9, 1932.
- Pieper, A., Der deutsche Volksstaat und die Form-Demokratie, 1920.
- Pechel, Rudolf, Deutscher Widerstand, Zürich 1947.
- Peters, Hans, Problematik der deutschen Demokratie, Zürich 1950.
- Politik der Mitte, Sammlung von Leitartikeln der Rhein-Ruhr-Zeitung aus den Jahren 1946/47, Essen 1947 (der größte Teil der Artikel stammt von Richard Muckermann).
- Politisches ABC, herausgegeben von der Zonengeschäftsstelle der CDU in der britischen Zone, Köln 1950.
- Politisches ABC, herausgegeben von der Bundesgeschäftsstelle der CDU, Bonn 1951.
- Ranke, L., Das politische Gespräch, in Westermanns Quellen und Darstellungen zur Gemeinschaftskunde, Heft 8, Braunschweig 1949.
- Rendtorff, H., Der Deutsche und sein Werk, 2 Reden, Kiel 1927.
- Ritter, Gerhard, Utopie und Wirklichkeit, Stuttgart 1948.

- Ritter, Gerhard, Christentum und Selbstbehauptung, in Schriftenreihe der Evangelischen Akademie, Reihe 1, Heft 1, Stuttgart 1946.
- Roeren, H., Das Zentrum und die Kölner Richtung, Trier 1913.
- Ritter, Gerhard, Goedelers Verfassungspläne, in „Nordwestdeutsche Hefte“, Dezember 1946.
- Rothfels, H., Die deutsche Opposition gegen Hitler, Krefeld 1949.
- Scharnitzel, Th., Wesen und Wollen der CDU, Köln 1946.
- Schauff, J., Die deutschen Katholiken und die Zentrumspartei, Köln 1928.
- Schempp, H., Kirche und politische Parteien, Stuttgart 1946.
- Schlange-Schöningen, Hans, Am Tage danach, Hamburg 1946.
- Schlange-Schöningen, Hans, Die Politik des Möglichen, Frankfurt/M. 1949.
- Schmeckel, Max, Warum evangelische Parteibewegung? Evangelischer Volksdienst in Baden 1932, Freiburg i. Br. 1932.
- Schmidt, K., Der politische Katholizismus, Freiburg i. Br. 1946.
- Schreiber, Georg, Grundfragen der Zentrums politik, Berlin 1924.
- Schreiber, Georg, Zwischen Demokratie und Diktatur, Persönliche Erinnerungen, Münster (Westf.) 1949.
- Schreiber, Georg, Deutsche Kulturpolitik und der Katholizismus, in Schriften zur deutschen Politik, Heft 1/2, Freiburg i. Br. 1922.
- Schulte, K. A., Nationale Arbeit. Das Zentrum und sein Wirken, Berlin und Leipzig 1930.
- Schwering, Leo, Vorgeschichte und Entstehung der CDU, 2., neu bearbeitete und erweiterte Ausgabe, Köln 1952.
- Sevenich, Maria, Unser Gesicht (Godesberger Rede vom 14. Dezember 1945), Köln 1946.
- Sevenich, Maria, Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist, Hamburg 1949.
- Severing, Carl, Mein Lebensweg im Auf und Ab der Republik, 2 Bde, Köln 1950.
- Simpfendorfer, W., Politik aus Glauben und Gehorsam, Stuttgart 1930.
- Sozialausschüsse der CDU, 1. Reichstagung im November 1947 in Herne, Köln 1947.
- Spiecker, Karl, Ein Jahr Ministerium Marx, Berlin 1925.
- Spiecker, Karl, Germany — from Defeat to Defeat, London 1943/44.
- Stapel, W., Kann ein Konservativer Gegner des Christentums sein? in „Deutsches Pfarrerblatt“, Stuttgart 1. Juni 1951.
- Stegerwald, Adam, Wo stehen wir? Wohin gehen wir? Würzburg 1945/46.
- Steltzer, Th., Von deutscher Politik, Frankfurt 1949.
- Stier, H. E., Die geistigen Grundlagen der abendländischen Kultur, Münster 1950.
- Stricker, Fritz, 75 Jahre deutsche Außenpolitik, Münster 1946.
- Sultan, H., Zur Soziologie des modernen Parteiensystems, in „Archiv für Sozialwissenschaften und Sozialpolitik“, Band 55.
- Tecklenburg, A., und Dageförde, K., Geschichte der Provinz Hannover, Hannover 1921.
- Teipel, H., Wir müssen aus dem Turm heraus! Berlin 1925.
- Ullmann, H., Die Rechte stirbt! Es lebe die Rechte! Berlin 1929.
- Vallentin, A., Gustav Stresemann, Das Werden einer Staatsidee, München 1947.
- Wandersleb, H., Die Entstehung des Landes Nordrhein-Westfalen, Sonderdruck aus „Recht, Staat und Wirtschaft“, Stuttgart o. J.
- Weber, Max, Gesammelte politische Schriften, München 1921. Politik als Beruf, S. 396 ff., Parlament und Regierung im neugeordneten Deutschland, S. 126 ff.
- Weinberger, L., Tatsachen, Begegnungen und Gespräche, Wien 1948.
- Wesemann, A., Der westfälische Bauernverein, Halle 1927 (Dissertation).
- Welty, E., Entscheidung in die Zukunft, Freiburg i. Br. 1946.
- Welty, E., Christlicher Sozialismus, in „Neue Ordnung“, Heft 1, 1946.
- Welty, E., Herder-Sozial-Katechismus, Band 1, 1950, Band 2, 1952.
- Wenck, Martin, Geschichte der Nationalsozialen, Berlin 1905.
- Wessel, Helene, Der Weg der deutschen Demokratie, Essen 1946.
- Wessel, Helene, Von der Weimarer Republik zum demokratischen Volksstaat, Essen 1946.
- Winnig, A., Aus zwanzig Jahren, Hamburg 1949.
- Wirth, Joseph, Unsere politische Linie — im deutschen Volksstaat, Berlin 1924.
- Wirth, Joseph, Le centre allemand dans la nouvelle Europe, in „L'esprit international“, Paris 1927, S. 147.

## Anhang IV

Liste der Persönlichkeiten, mit denen der Verfasser zwischen dem 1. September 1951 und dem 1. Mai 1952 Gespräche über Einzelfragen der Arbeit führen und von denen er Informationen und Materialien erhalten konnte.

In den Fällen, wo der Name mit einem (s) versehen ist, konnte nur schriftliche Verbindung hergestellt werden.

Hinter dem Namen sind der Wohn- bzw. Tätigkeitsort und die Art der Beteiligung des Genannten an der Gründung der beiden behandelten Parteien oder sonstige entsprechende Hinweise verzeichnet.

1. Amelunxen, Dr. Rudolf, Münster  
Mitgründer der Deutschen Zentrums Partei, zur Zeit der Gründung Oberpräsident von Westfalen.
2. Arnold, Karl, Düsseldorf  
Mitgründer der CDU im Rheinland, zur Zeit der Gründung Oberbürgermeister von Düsseldorf.
3. Bading, Harry, Hamburg  
Befürworter einer politischen Verbindung von Landwirtschaft und Sozialdemokratie.
4. Barzel, Dr. Rainer, Bonn  
Persönlicher Referent von Dr. K. Spiecker.
5. Bausch, Paul, Stuttgart  
Mitgründer der CDU in Württemberg.
6. Becher, Pater, S. J., Bad Godesberg  
Teilnehmer an mehreren Konferenzen zwischen kirchlichen und politischen Kreisen zur Zeit der Gründung der CDU und des Zentrums.
7. Bechly, Hans, Hamburg  
Ehemaliger Vorsitzender des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes und Teilnehmer am Essener Kongreß der Christlichen Gewerkschaften im Jahre 1920.
8. Becker, Prof. Dr. Otto, Kiel  
Mitgründer der CDU in Schleswig-Holstein.
9. Beizen, Dr., Hildesheim  
Mitgründer der Zentrums Partei und später der CDU in Hildesheim.
10. Bergsträßer, Prof. Dr. Ludwig, Darmstadt  
Führender Kenner der deutschen Parteiengeschichte.
11. Beyer, Prof. Dr. Hans, Flensburg/Lübeck  
Mit schleswig-holsteinischen politischen und kirchlichen Verhältnissen vertraut.
12. Beyrich, Franz, Hamburg  
Mitgründer der CDU in Hamburg und zeitweilig deren 1. Vorsitzender.
13. Blank, Christian, Hannover  
Mitgründer der CDU in Hannover, Zonen- und später Zweizonenpostverwaltungspräsident.
14. Blank, Joseph, Dortmund  
Landesgeschäftsführer der CDU in Westfalen/Lippe.
15. Bock, Dr. Joseph, Berlin  
Mitgründer der CDU in der sowjetischen Besatzungszone.
16. Boese, Hannover  
Mitgründer der CDU in Hannover.
17. Brockmann, Johannes, Münster  
Mitgründer der Deutschen Zentrums Partei.
18. Brookmann, Walter, Kiel  
Bis 1949 Landesgeschäftsführer der CDU in Schleswig-Holstein.
19. Bucerius, Dr. Gerd, Hamburg  
In der ersten Hamburger Bürgerschaft Mitglied der „Fraktion der Parteilosen“, im Sommer 1946 zur CDU übergetreten.

20. Brüning, Dr. Heinrich, Cambridge/Mass.  
Zur Zeit der Weimarer Republik Sekretär der Christlichen Gewerkschaften, Mitverfasser der Rede Adam Stegerwalds auf dem Essener Kongreß 1920, maßgeblicher Politiker des Zentrums und von 1930 bis 1932 Reichskanzler.
21. Buchholz, Pfarrer, Berlin  
Mitgründer der CDU in Berlin, im Jahre 1945 Mitglied des Berliner Magistrats, betreute während des nationalsozialistischen Regimes die katholischen politischen Häftlinge.
22. Cillien, Adolf, Hannover  
Oberkirchenrat, Mitgründer der CDU in Hannover, 1. Vorsitzender der CDU in der Provinz Hannover.
23. Dennhardt, Kiel  
Im Jahre 1952 Landesgeschäftsführer der CDU in Schleswig-Holstein.
24. Dietsch, Wilhelm, Osnabrück/Hamburg  
Von 1946 bis 1952 Landesgeschäftsführer der CDU in Hamburg.
25. Doerpinghaus, Bruno, Frankfurt/M.  
Mitgründer der CDU in Hessen, Generalsekretär der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU.
26. Dovifat, Prof. Dr. Emil, Berlin  
Mitgründer der CDU in Berlin, im Jahre 1945 Chefredakteur der CDU-Zeitung „Neue Zeit“ in Berlin.
27. Ebert, Christian, Dortmund  
Mitgründer der CDU in Westfalen, Vorsitzender des evangelischen Männerverbandes.
28. Eneke, Hans, Köln  
Superintendent, Mitgründer der CDU im Rheinland.
29. Ersing, Josef, (s), Stuttgart/Berlin  
Mitgründer der CDU in Berlin und in Württemberg.
30. Fratzscher, Arnold, Hannover  
Mitgründer der CDU in Niedersachsen.
31. Friedensburg, Dr. Ferdinand, Berlin  
Mitgründer der CDU in Berlin.
32. Fuchs, Dr. Fritz, Köln  
Mitgründer der CDU in Köln und im Rheinland.
33. v. d. Gablentz, Dr. Otto Heinrich, Berlin  
Mitgründer der CDU in Berlin.
34. Germer, Karl J., Berlin  
Mitgründer der SPD in Berlin, Teilnehmer an den Gesprächen für eine „Partei der Arbeit“.
35. Götz, Heinz Theodor, Hamburg  
Mitgründer der CDU in Hamburg.
36. Gradl, Dr., Berlin  
Mitgründer der CDU in der sowjetischen Besatzungszone, Mitarbeiter Jakob Kaisers.
37. Gröwel, Dr. Margaretha, Hamburg  
Mitgründerin der CDU in Hamburg.
38. Gumpfenberg, Freiherr von, Düsseldorf  
Mitgründer der CDU im Rheinland.
39. Hampel, Max, Berlin  
Landesgeschäftsführer der CDU in Berlin.
40. Hartmann, Sibylle, Köln  
Mitgründerin der CDU in Köln.
41. Haunhorst, München  
Mitgründer der CSU in Bayern und Landesgeschäftsführer der CSU in Bayern.
42. Heinemann, Dr. Dr., Essen  
Mitgründer der CDU im Rheinland, Inhaber verantwortlicher Laienämter in der evangelischen Kirche.
43. Hensel, Dr., (s), Düsseldorf  
Mitgründer der CDU im Rheinland.
44. Hermes, Dr. Dr. h. c. Andreas, Berlin  
Mitgründer und im Jahre 1945 Erster Vorsitzender der CDU in Berlin.

45. Hernmarck, Dr., Hamburg  
Führendes Mitglied der CDU in Hamburg.
46. Holzapfel, Dr. Friedrich, Herford  
Mitgründer der CDU in Westfalen und des Zonenausschusses für die britische Zone, Zweiter  
Vorsitzender der CDU in Westfalen und in der britischen Zone.
47. Jakob, Foxtrup/Osnabrück  
Mitgründer der Deutschen Zentrumsparterie in Niedersachsen und zeitweilig deren General-  
sekretär.
48. Kannengießler, Dr. Joseph, Brakel/Höxter  
Mitgründer der CDU in Westfalen.
49. Karwasc, Münster  
Von 1947 bis 1952 Generalsekretär des Zentrums.
50. Kaum, Johannes, Bremen  
Mitgründer der CDU in Bremen.
51. Koch, Willi, Kiel  
Mitgründer der CDU in Schleswig-Holstein und Lizenzträger der CDU-Zeitung „Kieler  
Nachrichten“.
52. Krone, Dr. Heinrich, Berlin  
Mitgründer der CDU in Berlin.
53. Lauffs, Helmuth, Düsseldorf  
Mitgründer der CDU im Rheinland und der „Evangelischen Tagung der CDU im Rheinland“.
54. Lemmer, Ernst, Berlin  
Mitgründer der CDU in Berlin.
55. Lenz, Dr. Otto, Berlin  
Mitgründer der CDU in Berlin.
56. Lensing, Lambert, Dortmund  
Mitgründer und Erster Vorsitzender der CDU in Westfalen.
57. Lingens, Hermann, Bremen  
Mitgründer der CDU in Bremen.
58. Majonica, Ernst, Soest  
Vorsitzender der „Jungen Union“.
59. Marx, Emil, Barmen  
Mitgründer der CDU in Wuppertal und im Rheinland.
60. Menge, Dr. Arthur, (s), Hannover  
Früherer Oberbürgermeister von Hannover, den „Welfen“ nahestehend, Teilnehmer an  
zahlreichen politischen Besprechungen zwischen Christlichen Demokraten, Freien Demo-  
kraten und „Welfen“.
61. Muckermann, Richard, Kettwig/Ruhr  
Mitgründer der Deutschen Zentrumsparterie im Rheinland, im Jahre 1949 zur CDU über-  
getreten.
62. Nebgen, Dr. Elfriede, Berlin  
Mitgründerin der CDU in Berlin und engste Mitarbeiterin von Jakob Kaiser.
63. Oestreich, Dr., Hannover  
Generalsekretär der CDU in der Provinz Hannover.
64. Oster jun., München  
Mitgründer der CSU in München, Mitarbeiter Josef Müllers.
65. Palombini, Freiherr von, Bückeberg  
Persönlicher Mitarbeiter von Dr. Goerdeler zur Zeit der Opposition gegen das national-  
sozialistische Regime.
66. Pechel, Dr. Rudolf, (s), Berlin  
Mitgründer der CDU in Berlin, Mitglied der Opposition gegen das nationalsozialistische  
Regime.
67. Petersen, Rudolf, Hamburg  
Nach dem Krieg Erster Bürgermeister von Hamburg.
68. Pfad, Dr. Bernhard, (s), Hannover  
Mitgründer der CDU in der Provinz Hannover.

69. Plewe, Dr. Eberhard, Berlin  
Mitgründer der CDU in Berlin, im Jahre 1945 Mitglied des Komitees „Freies Deutschland“.
70. Reismann, Dr. Bernhard, (s), Münster/Westf.  
Mitgründer der Deutschen Zentrumspartei in Westfalen und 1945 deren Erster Vorsitzender.
71. Rex, Frau, Bremen  
Gattin des verstorbenen Mitgründers der CDU in Bremen.
72. Rothe, Berlin/Bonn  
Mitgründer der SPD in Berlin, Archivar des Bundesvorstandes der SPD.
73. Schaeven, Peter Joseph, Köln  
Mitgründer der CDU im Rheinland, Generalsekretär der CDU in Köln.
74. Scharmitzel, Dr. Theodor, Köln  
Mitgründer der CDU im Rheinland.
75. Schmidt, Dr. Otto, Wuppertal  
Mitgründer der CDU in Wuppertal und im Rheinland.
76. Schmidt-Wittmack, Hamburg  
Mitgründer der „Jungen Union“ in Hamburg.
77. Schneider, Georg, Leipzig  
Mitgründer der CDU in der sowjetischen Besatzungszone und in Berlin.
78. Schönfeldt, Carl, Braunschweig  
Mitgründer der CDU im Land Braunschweig, 1945 bis 1952 deren Generalsekretär in Braunschweig.
79. Schreiber, Prälat Prof. Dr. Georg, Münster/Westf.  
Zur Zeit der Weimarer Republik führendes Mitglied des Zentrums.
80. Schreiber, Dr. Hans, Köln  
Landesgeschäftsführer der CDU im Rheinland.
81. Schröter, Carl, Kiel  
Mitgründer der CDU in Schleswig-Holstein, bis 1951 deren Erster Vorsitzender.
82. Schulte, Dr., (s), Paderborn/Fulda  
Diözesanpräses, Mitgründer der CDU in Westfalen.
83. Schwering, Dr. Leo, Köln  
Mitgründer der CDU im Rheinland, bis zum 5. Februar 1946 deren Erster Vorsitzender.
84. Seffrin, Dr., Hamburg  
Führendes Mitglied der CDU in Hamburg.
85. Senfft-Pilsach, Freiherr von, Breitenstein bei Plön  
Mitgründer der CDU in Schleswig-Holstein, engster Mitarbeiter von Dr. Schlange-Schönningen.
86. Severing, Carl, Bielefeld  
Reichsminister a. D., im Jahre 1945 Mitgründer der SPD in Westdeutschland.
87. Siemer, Dr. Hermann, (s), Vechta  
Mitgründer der CDU in Oldenburg.
88. Spiecker, Dr. Karl, Rhein-Ruhrgebiet  
Mitgründer des Zentrums in Westdeutschland, später zur CDU übergetreten.
89. Spliedt, Franz, Hamburg  
Mitgründer der SPD in Hamburg.
90. Steltzer, Theodor, Berlin/Rendsburg  
Mitgründer der CDU in Berlin, Rendsburg und Schleswig-Holstein.
91. Stricker jun., Münster/Westf.  
Sohn des Mitgründers der Zentrumspartei in Westfalen.
92. Strunk, Heinrich, Essen  
Mitgründer der CDU in Westfalen und im Rheinland.
93. Vockel, Dr., Berlin  
Bis 1933 Generalsekretär des Zentrums, Mitgründer der CDU in Berlin.
94. Warsch, Dr. Wilhelm, Köln/Krefeld  
Mitgründer der CDU im Rheinland, im Jahre 1945 Oberbürgermeister von Krefeld-Uerdingen.
95. Wellmann, Hans, Salzgitter  
Mitgründer der CDU in Braunschweig und Hannover.

96. Welty, Pater Dr. Eberhard, Walberberg  
Mitgründer der CDU im Rheinland.
97. Wendt, Hans, Kiel/Bonn  
Mitarbeiter des Nordwestdeutschen Rundfunks.
98. Wessel, Helene, Dortmund  
Mitgründerin der Deutschen Zentrumspartei.
99. Wibbelt, (s), Münster/Westf.  
Zur Zeit der Weimarer Republik führendes Mitglied des Zentrums in Münster.
100. Ziegler, Bonn  
Im Jahre 1951 Generalsekretär der „Jungen Union“.

## Personenregister\*)

- Adenauer, Dr. Konrad, Köln 34, 57, 62, 64f,  
73, 75, 99f, 120, 150f, 192, 200, 225  
Albers, Johannes, Köln 57, 100  
Albert, Berlin 209  
Alef, Wilhelm, Hagen 123  
Almond, A. E. 29, 34  
Almsick Dr. van, Essen 99f, 108, 126  
Amelunxen, Dr. Rudolf, Münster 64, 109,  
112, 118f, 134, 136, 139f, 147, 236  
Annan, Oberstleutnant (Mil.-Gov.) 39, 43f  
Arnold, Karl, Düsseldorf 76f, 100, 126f, 152,  
236  
Asmussen, P. C., Itzehoe/Elmshorn 192f  
Auerbach, Philipp, Köln 120
- Bach, Siegen 117, 123  
Bachem, Carl, Burgsteinfurt 130, 133  
Bachem, Julius 48, 60  
Bading, Harry, Hamburg 231, 236  
Barzel, Dr. Rainer, Bonn 236  
Baumgarten, Dr., Göttingen 30  
Baumhoff, Dr. Josef, Köln 56  
Bausch, Paul, Stuttgart 231, 236  
Becher, Pater, S. J., Bad Godesberg 236  
Bechly, Hans, Hamburg 236  
Becker, Dr. Otto, Kiel 164f, 171, 173ff, 178f,  
189, 193, 231, 236  
Behler, Dr., Essen 106  
Behlert, Hamburg 186  
Beissel, Dr., Hamburg 184, 186  
Beizen, Dr., Hildesheim 236  
Bell, Dr. Johannes 130, 133  
Bergsträßer, Dr. Ludwig, Darmstadt 236  
Bethmann-Hollweg, jun. 189  
Beveridge, Lord 27  
Beyer, Dr. Hans, Flensburg/Lübeck 236  
Beyrich, Franz, Hamburg 182ff, 191, 195, 236  
Bielefeld, Fr., Recklinghausen 109, 134, 147,  
149  
Bischoff, Paul, Bochum 126  
Bismarck, Fürst Otto von 94  
Blank, Christian, Hannover 139, 199f, 236  
Blank, Joseph, Dortmund 236  
Bley, Dr. Kurt, Hamburg 182
- Blumenfeld, Erik, Hamburg 184  
Bock, Lübeck 191  
Bock, Dr. Joseph, Berlin 231, 236  
Boelitz, Dr. Otto, Soest 116f, 122, 190f  
Boese, Hannover 236  
Böttcher, Dr. Walter, Lübeck 179  
Böttger, Plön 159, 164, 166  
Bollig, Dr., Opladen 66  
Bonin, Hans von, Hannover 159, 190, 202  
Bornefeld-Ettmann, Bornefeld (Kr. Beckum)  
109, 118, 120, 122f  
Brauda, Dr. Klaus, Wuppertal 89f  
Breitenstein, Hildesheim 147  
Brepohl, Dr., Dortmund 51  
Brisch, Joseph, Köln 120  
Brockdorf-Ascheberg, Graf von 159, 162, 164,  
166  
Brockmann, Johannes, Rinkerode 108f,  
112ff, 118, 120, 134, 136ff, 139f, 146f, 153,  
196, 203, 236  
Brookmann, Walter, Kiel 236  
Bründel, Dr., Lübeck 179  
Brüning, Dr. Heinrich 20, 59, 65, 130ff, 140f,  
218, 237  
Brunner, Dr., Wuppertal 96  
Bucerius, Dr. Gerd, Hamburg 184, 236  
Buchholz, Berlin 209, 237  
Bütte, Wuppertal 90  
Burchard-Motz, Dr., Hamburg 170, 184, 188,  
195
- Canstein, von, Hamburg 186  
Chapeaurouge, Dr. Paul de, Hamburg 184,  
193  
Churchill, Winston, Spencer 25  
Cillien, Adolf, Hannover 201f, 206, 237
- Deling, Mönchen-Gladbach 88  
Dennhardt, Kiel 237  
Deselaers, Pont-Geldern 100  
Dibelius, D. Otto, Berlin 209, 227  
Dieckmann, Dr., Münster 52, 135, 137  
Diederichs, Mülheim (Ruhr) 100

\*) Die Ortsangaben dieses Registers bezeichnen den Zusammenhang der Personen mit ihrer politischen Tätigkeit in den Jahren 1945/46. Sie stimmen vielfach nicht mehr mit ihrem gegenwärtigen Wohnsitz oder Wirkungskreis überein.

- Dietsch, Wilhelm, Osnabrück/Hamburg 237  
Dirks, Walter, Frankfurt 145, 229  
Döhmer, Düsseldorf 77f  
Dönitz, Karl 25, 157  
Doerpinghaus, Bruno, Frankfurt 237  
Donner, Oberst (Mil.-Gov.) 42  
Dovifat, Dr. Emil, Berlin 208, 231, 237
- Ebert, Christian, Dortmund 117, 123, 126, 237  
Ehler, Duisburg 78  
Ehmke, Dr. Max, Kiel 174, 189  
Ehrtmann, Lübeck 179  
Eichen, Köln 70  
Eisenhower, Dwight D., General (Mil.-Gov.) 35  
Elfes, Alex, Bochum 126  
Elfes, Wilhelm, Mönchen-Gladbach 88, 106  
Encke, Hans, Köln 56, 65, 70, 237  
Ernst, Aachen 100  
Ersing, Josef, Berlin/Stuttgart 208, 212, 237  
Ewers, Hans, Lübeck 179
- Finsterwalder, Dr., Hannover 139  
Fleisch, Eugen, Wetter (Ruhr) 126  
Flemming, R. von, Kiel 159, 164  
Föhr, Dr., Freiburg 130, 133  
Franken, Anne, Düsseldorf 77, 100  
Fratzcher, Arnold, Hannover 191, 201f, 237  
Friedensburg, Dr. Ferdinand, Berlin 209, 237  
Fries, Fritz, Arnsberg 115, 120  
Frings, Dr. Josef, Köln 64, 66, 76  
Fuchs, Dr. Fritz, Köln 56, 67, 70, 237
- Gablentz, Dr. Otto Heinrich v. d., Berlin 209, 237  
Gädecke, Siegen 116f, 123  
Galen, Graf von, Bischof, Münster 118f  
Galen, Graf Franz von, Dülmen 130ff  
Georg, Wuppertal 90  
Germer, Karl J., Berlin 212, 231, 237  
Gescher, Dr. Mathilde, Köln 56  
Gickler, Dr., Köln 150  
Gilsing, Anton, Bochum 106f, 108, 122, 126, 128, 135  
Gockeln, Joseph, Düsseldorf 77f  
Goebeler, Wuppertal 97  
Görlinger, Robert, Köln 120f  
Götz, Heinz Theodor, Hamburg 184ff, 231, 237  
Goldschmidt, Dr., Kiel 166, 174, 189  
Gormarn, Ahaus (Westf.) 116  
Gradl, Dr., Berlin 237
- Gröwel, Dr. Margaretha, Hamburg 184, 187, 231, 237  
Gronowski, Johannes, Neuenbeken 108ff, 122f, 231  
Grosche, Dr., Köln 150  
Grüber, Berlin 209  
Gülzow, Lübeck 179  
Günther, Bernhard, Köln 56  
Günther, Elmshorn 186  
Gumpfenberg, Freiherr von, Düsseldorf 77f, 100, 102ff, 126, 191, 237
- Habermann, Max 117  
Hackethal, Münster 120  
Halstenbach, Wuppertal 90  
Hamacher, Dr. Wilhelm, Troisdorf 54, 57, 63, 65, 74, 79ff, 85ff, 98f, 103, 110, 113, 115, 131f, 134f, 139, 143, 146ff, 153, 196  
Hampel, Max, Berlin 237  
Harcourt, Robert, Major (Mil.-Gov.) 43  
Hartmann, Sibylle, Köln 56, 237  
Haunhorst, München 237  
Hayn, Dr. Walter, Hamburg 184, 186  
Hecke, Emsdetten 123  
Heinemann, Dr. Dr. Gustav, Essen 98, 149, 237  
Helferich, Dr., Neuenbeken 109f, 117, 120, 123  
Helmich, Dr. Joseph, Köln 56  
Henderson, Lord 25  
Hennes, W., Wuppertal 100, 126  
Hensel, Dr., Düsseldorf 77, 100, 237  
Hensen, Berlin 208  
Hergt, Dr., Göttingen 159  
Herkenberg, Dr., Wuppertal 92  
Hermes, Dr. Andreas, Berlin 75, 77, 88, 118ff, 149f, 208, 213, 237  
Hernmarck, Dr., Hamburg 238  
Hertrich, Dr. D., Hamburg 188  
Hesse, Paderborn 106, 108  
Hindenburg, Paul von 141  
Hirschmann, Pater, S. J., Paderborn 106, 108  
Hirtsiefer, Dr., Mülheim (Ruhr) 147  
Hitler, Adolf 20, 69  
Hofmann, J., Aachen/Köln 56  
Holzapfel, Dr. Friedrich, Herford 52, 116f, 122, 132, 191, 205, 231, 238  
Hopmann, Dr., Hamburg 184, 186  
Horion, Emma, Düsseldorf 100  
Horlacher, Dr. Michael 229  
Horster, Dr., Krefeld 85, 87, 125  
Hülse, Berlin 209  
Hugenberg 142  
Husfeld, sen., Kiel 174  
Husfeld, jun., Kiel 174

- Jakob, Foxtrup/Osnabrück 201, 238  
 Jöstingmeyer, Münster 120, 123, 126, 128, 137  
 Jung, Edgar 20
- Kaes**, Bernhard, Duisburg 100, 231  
**Kaiser**, Jakob, Berlin 108, 119, 208, 210, 212f, 221  
**Kannengießler**, Dr. Joseph, Brakel/Höxter 109ff, 123, 136, 143, 203, 231, 238  
**Karwasc**, Münster 238  
**Kassing**, Münster 147  
**Kaufhold**, Dr. Franz, Düsseldorf 77f  
**Kaum**, Johannes, Bremen 238  
**Keller**, Dr., Düsseldorf 77f  
**Keller**, Alfred, Köln 56  
**Ketels**, Hamburg 184, 195  
**Ketteler**, Wilhelm Emanuel von 129ff  
**Kettembeil**, Bielefeld 117  
**Kintzinger**, Kiel 174  
**Klausener** 21  
**Klée-Goberts**, Ascan, Hamburg 184  
**Klein**, Dr. Karl, Düsseldorf 65, 77ff, 81, 147, 149  
**Klupsch** 120  
**Knabl**, Alois, Hamburg 184  
**Knapp**, Dr., Kiel 166, 173f, 189  
**Knappstein**, H. 229  
**Knebel**, Hasso von, Hannover 159, 190, 202  
**Knecht**, Elmshorn 193  
**Koch**, Berlin 213  
**Koch**, Bielefeld 116  
**Koch**, Willi, Kiel 174, 189, 238  
**Köster**, Dr., Hamburg 188  
**Kogon**, Dr. Eugen, Frankfurt 145  
**Kolb**, Dr. Walter, Köln 120  
**Kramer**, Lübeck 179  
**Kreuz** 66, 76  
**Kreuzberg**, Ernst, Düsseldorf 77f  
**Kroll**, Dr. Gerhard, Bamberg/München 63  
**Krone**, Dr. Heinrich, Berlin 209, 238  
**Kühn**, Erich, Hamburg 184  
**Kühr**, Dr., Gütersloh 143  
**Külz**, sen., Berlin 213  
**Kuhner**, Dr., Lübeck 179  
**Kummer**, Joseph, Köln 56  
**Kunze**, Bethel bei Bielefeld 120  
**Kuske**, Dr. Bruno, Köln 66
- Laag**, Dr., Plön 159, 162, 164, 166  
**Landahl**, Hamburg 182, 186  
**Lassaulx**, von, Wuppertal 90, 96  
**Lauffs**, Helmuth, Düsseldorf 98, 231, 238  
**Leber**, Dr. Julius 213
- Lehr**, Dr. Robert, Düsseldorf 76, 100, 120, 149  
**Lemmer**, Ernst, Berlin 208, 213, 238  
**Lensing**, Lambert, Dortmund 36, 52, 77, 101, 105, 107ff, 116ff, 122f, 125, 129, 132f, 135f, 139, 143, 190, 231, 238  
**Lenz**, Dr. Otto, Berlin 75, 77, 88, 99, 102, 118, 120, 209, 231, 238  
**Letterhaus**, Bernhard, Köln 107  
**Leuschner**, Wilhelm 210, 212f  
**Levi**, Paul 141  
**Liebknecht**, Karl 141  
**Lindner**, Bielefeld 117, 123  
**Lingens**, Hermann, Bremen 238  
**Link**, Otto, Hamburg 184, 187  
**Linz**, Düsseldorf 77, 98  
**Litzmann**, Dortmund 108  
**Lortz**, Dr. Josef 63  
**Lübke**, Friedrich Wilhelm, Flensburg 178  
**Lütsches**, Peter, Düsseldorf 77f  
**Lukaschek**, Dr., Berlin 208  
**Lutze**, Wuppertal 90, 92ff, 98  
**Luxemburg**, Rosa 141
- Majonica**, Ernst, Soest 231, 238  
**Marahrens**, Hannover 201  
**Marx**, Emil, Wuppertal 90f, 100, 149f, 238  
**Marx**, Wilhelm 130, 133, 140  
**Meibom**, Dr. von, Bielefeld 50f  
**Meistermann**, Solingen 100  
**Menge**, Dr. Arthur, Hannover 202f, 238  
**Meurer**, Kiel 166  
**Middelhauve**, Dr. Friedrich, Opladen 66  
**Miller**, Felix, Plön 170f  
**Möller**, Dr., Hamburg 184, 186  
**Mönnig**, H., Bad Godesberg 98, 101, 130  
**Montgomery**, Feldmarschall (Mil.-Gov.) 27, 36f, 44  
**Muckermann**, Richard, Kettwig (Ruhr) 65, 77ff, 85f, 88, 147, 149, 152, 231, 238  
**Müller**, Dr. Josef 229  
**Müller**, Dr. Karl, Bonn 65, 100, 120  
**Mussolini**, Benito 230
- Naegel**, Hannover 199  
**Naumann**, Friedrich 156, 224  
**Nebgen**, Dr. Elfriede 209, 238  
**Neumann**, Dr., Essen 50f  
**Noa**, Frau R., Bad Salzuflen 122  
**Noehring**, Dr., Lübeck 179  
**Nölting**, Dr. Erik 120  
**Nohl**, Dr., Göttingen 30
- Oer**, Freiherr von, Münster 137  
**Oestreich**, Dr., Hannover 238  
**Oster**, jun., München 238

- Pagel, Dr. Dr. Paul, Bad Segeberg 171, 179, 182  
 Palombini, Freiherr von, Bückeberg 238  
 Papen, Franz von 20, 141  
 Paulus, Hamburg 184, 193  
 Pechel, Dr. Rudolf, Berlin 238  
 Peters, Dr. Hans, Hamburg/Berlin 184  
 Petersburs, Essen 88  
 Petersen, Rudolf, Hamburg 35, 182ff, 194f, 238  
 Pfad, Dr. Bernhard, Hannover 139f, 199, 200, 203, 238  
 Pferdmenges, Dr. Robert, Köln 57, 100  
 Pimpertz, Johann, Köln 56  
 Plewe, Dr. Eberhard, Berlin 209, 239  
 Pötz, Jakob, Düsseldorf 77ff, 147, 149  
 Pohland, Dr., Kiel 189  
 Poll, Dr. Friedrich von 184, 186f  
 Popitz, Dr. Johannes 21  
 Potthast, Dr., Köln 100  
 Prätorius, Düsseldorf 77  
  
 Rasmuss, Dr., Kiel 166, 174  
 Recher, Clemens, Wolfenbüttel 199  
 Reden, von, Hannover 203  
 Rediger, Münster 137  
 Reinecke, Dr., Münster 137  
 Reinhardt, Dr., Hamburg 184  
 Reismann, Dr. Bernhard, Münster 109, 111, 113, 115, 134ff, 139f, 147, 239  
 Remelé, Berlin 191  
 Rendtorff, Dr. D., Kiel 166, 170  
 Reventlow, Graf, Wulfshagen/Gettorf 189  
 Rex, Frau, Bremen 239  
 Rickers, Kükels bei Segeberg 179  
 Rippel, Otto, Hagen 116f, 122, 149  
 Röhm, Ernst 21  
 Rönne, W. von, Soest 159, 190  
 Rönneberg, Heinrich, Salzgitter 199  
 Röper, Dr., Hamburg 184, 194  
 Rohr-Demmin, von 159  
 Rothe, Berlin/Bonn 239  
 Rothfels, Dr. Hans 24  
 Rott, Bonn 100, 103  
 Rüberg, Dr., Iserlohn 147  
 Ruffini, Joseph, Köln 57  
 Ruppert, Dr., Hamburg 184, 186, 188, 191  
  
 Savelberg, Nothberg 100  
 Sawatzki, Dr., Hamburg 184  
 Schäfer, Hans, Köln 63, 75  
 Schäffer, Dr., München 33f  
 Schaeven, Peter Joseph, Köln 55, 60, 62, 64, 69, 112, 239  
 Scharmitzel, Dr. Theodor, Köln 55, 60, 64, 100ff, 112, 131, 231, 239  
  
 Scharnagl, Dr. Wilhelm 62, 65, 73  
 Scharnberg, Hugo, Hamburg 184  
 Schian, Belzig 209  
 Schiffer, Berlin 213  
 Schiffers, Dr., Düsseldorf 77f  
 Schlack, Peter, Köln 56  
 Schlange-Schöningen, Dr. Hans 130, 157ff, 171f, 179f, 182, 184, 187ff, 195f, 202f, 208, 219, 223, 225  
 Schleicher, Kurt von 21  
 Schleswig-Holstein-Augustenburg, Herzog von 159, 189  
 Schlimme, Hermann, Berlin 212  
 Schlochauer, Dr. H. J., Köln 57, 100  
 Schmalenbach, Dr., Köln 100  
 Schmelzer, Josef 122  
 Schmidt, Pastor 89  
 Schmidt, Dr. Otto, Wuppertal 90, 96, 100, 102, 120f, 127, 231, 239  
 Schmidt-Wittmack, Hamburg 239  
 Schneider, Georg, Leipzig 239  
 Schönfeldt, Carl, Braunschweig 199, 239  
 Schopp 116  
 Schrage, Olpe 123  
 Schreck 120  
 Schreiber, Dr., Köln 150f  
 Schreiber, Dr. Georg, Münster 9, 137, 239  
 Schreiber, Dr. Hans, Köln 239  
 Schreiber, Dr. Walther, Berlin 208, 213  
 Schröter, Carl, Kiel 164ff, 173f, 178, 188ff, 239  
 Schütz, Dr. Werner, Düsseldorf 77  
 Schuhmacher, Gummersbach 66  
 Schulte, Wuppertal 90  
 Schulte, Dr., Paderborn 106ff, 120, 150, 152, 231, 239  
 Schulte, Düsseldorf 35, 77, 80, 82ff, 86  
 Schulze zur Wiesche, Düsseldorf 126  
 Schumacher, Dr. Kurt, Hannover 145  
 Schwerin-Krosigk, Graf 25  
 Schwering, Dr. Ernst, Köln 57  
 Schwering, Dr. Leo, Köln 31, 55, 58ff, 62ff, 66, 68ff, 72f, 75, 99ff, 112f, 120f, 126, 129, 133, 139f, 142f, 149, 231, 239  
 Seffrin, Dr., Hamburg 239  
 Senfft-Pilsach, Freiherr von, Breitenstein bei Plön 30f, 158f, 161ff, 168, 170f, 188f, 191ff, 231, 239  
 Sevenich, Maria, Darmstadt 145, 229  
 Severing, Dr. Carl, Bielefeld 37, 120f, 152, 239  
 Shukow, General 214  
 Siehoff, Dr., Münster 138  
 Siemer, Dr., O. P., Walberberg 67, 71ff  
 Siemer, Dr. H., Spreda bei Vechta 231, 239  
 Silex, Dr., Hamburg 184  
 Simon, Dr., Paderborn 106, 117, 120

- Skowronski, Otto, Plön 159, 161, 164  
 Söhlmann, Oldenburg 205  
 Sollmann, Wilhelm 88  
 Sonnenschein, Karl 209  
 Speckbötzel, Hamburg 184, 187, 194  
 Speicker, Dr. Karl, Bonn 13, 106, 121, 132, 134, 140ff, 151ff, 161, 218f, 231, 239  
 Spliedt, Franz, Hamburg 179, 181f, 239  
 Spranger, Dr. Eduard, Berlin 209  
 Steckel, Adolf, Rendsburg 177, 182, 231  
 Steffensmeier, Dr., Essen 88, 147  
 Stegerwald, Adam, Würzburg 31f, 48, 59f, 65, 104, 131, 190, 210, 218, 229  
 Stein, Karl, Freiherr vom 178  
 Steinbrück, Lippstadt 109  
 Steltzer, Theodor, Berlin/Rendsburg 22f, 30f, 162, 166, 170, 173, 176f, 180, 182, 187ff, 191ff, 209, 239  
 Stepun, Fedor 88  
 Steup, Paul, Dortmund 123  
 Stier, Dr. Hans, Münster 51f  
 Storch, Anton, Hannover 199  
 Stresemann, Dr. Gustav 141  
 Stricker, Dr., Münster 109, 112ff, 134ff, 139, 140, 147, 231  
 Stricker, jun., Münster 239  
 Strickrodt, Dr., Goslar 199  
 Strunk, Heinrich, Essen 64, 78, 108, 239  
 Struve, Rendsburg 177, 179, 182  
 Stücker, Münster 138  
 Sturzo, Don Luigi 230
- Teusch, Christine, Köln 100  
 Thiel, Dr., Kiel 159, 182  
 Toussaint, Dr., Essen 64
- Vahle, Schwelm 109, 112  
 Vallentin, Antonina 141  
 Vehring, Hamburg 184  
 Vermehren, Isa, Hamburg 184
- Vockel, Dr., Berlin 119, 149, 209, 213, 239  
 Voigt, Erika, Köln 57, 100  
 Volpers, Franz, Bochum 123
- Wagner, Dr., Gelsenkirchen 126  
 Wandke, Lübeck 179  
 Warsch, Dr. Wilhelm, Köln/Krefeld 55, 58ff, 100, 120, 126, 239  
 Weber, Helene, Dr., Werl 122  
 Weber, Dr. Max 30  
 Wehmeyer, Jöllenbek/Bielefeld 123  
 Wellmann, Hans, Salzgitter 139, 191, 199f, 239  
 Welty, Dr. Franz Eberhard, O. P., Walberberg 56, 67, 70f, 88, 240  
 Wendt, Hamburg 184f  
 Wendt, Hans 240  
 Wendt, Otto, Hamburg 182, 184, 187f, 190f, 195  
 Wessel, Lübeck 191  
 Wessel, Helene, Dortmund 109f, 147, 231, 240  
 Wibbelt, Münster 109, 240  
 Wiegert, Franz, Köln 56, 78  
 Wilken, Hamburg 184  
 Wilson, Oberst (Mil.-Gov.) 36, 39f  
 Windthorst, Ludwig 61, 129, 131f, 140  
 Winnig, August 187  
 Wintermann, Hamburg 188  
 Wirth, Dr. Joseph 130, 133, 218  
 Wolf, Aachen 100  
 Wulle, Reinhold 159  
 Wurm, D. Theophil, Stuttgart 66
- Ziegler, Benno, Hamburg 187f  
 Ziegler, Bonn 240  
 Zillken, Elisabeth, Salzkotten 122  
 Zimmermann, Dr. Karl, Köln 56, 61f, 74, 80f, 97, 126  
 Zitzewitz, von, Plön 159, 161, 164  
 Zuhorn, Dr., Münster 137

## Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort . . . . .	5
Vorbemerkung . . . . .	7
Einleitung . . . . .	11
 <b>1. Teil: Die politische Lage Deutschlands nach dem Zusammenbruch</b>	
<i>1. Kapitel:</i> Die doppelte Bedeutung der deutschen Niederlage im Jahre 1945 . .	19
<i>2. Kapitel:</i> Die innerdeutschen Bedingungen politischen Lebens nach dem Zusammenbruch . . . . .	28
<i>3. Kapitel:</i> Die Errichtung einer staatlichen Ordnung und die Entfaltung deutscher politischer Kräfte unter alliierter Kontrolle	
A. Die Errichtung der deutschen Verwaltung . . . . .	32
B. Die Einstellung der Besatzungsbehörden zur Wieder- und Neugründung politischer Parteien in der britischen Zone . . . . .	35
Zusammenfassung des 1. Teiles . . . . .	45
 <b>2. Teil: Ansätze der Christlichen Demokraten und des Zentrums</b>	
Einleitung . . . . .	46
<i>1. Kapitel:</i> Die westdeutschen Gruppen in Rheinland und Westfalen	
A. Historische und politische Bedingungen . . . . .	46
B. Der Kölner Kreis . . . . .	54
C. Der Düsseldorfer Kreis . . . . .	76
D. Der Wuppertaler Kreis und andere evangelische Gruppen im Rheinland	89
E. Der Zusammenschluß der rheinischen Kreise zur Christlich-Demokratischen Partei . . . . .	98
F. Zwischenbemerkung . . . . .	105
G. Die Bildung der Fronten unter den früheren westfälischen Zentrumskräften im Sommer 1945 . . . . .	105
H. Die Gründung der Christlich-Demokratischen Partei in Westfalen . .	115
I. Die Wiedergründung der Deutschen Zentrumspartei . . . . .	133
K. Zusammenfassung . . . . .	152

	Seite
<b>2. Kapitel: Die norddeutschen Gruppen in Hamburg und Schleswig-Holstein</b>	
A. Historische und politische Voraussetzungen . . . . .	153
B. Der christlich-konservative Kreis in Ostholstein . . . . .	158
C. Die Christlichen Demokraten in Kiel, Rendsburg und Lübeck . . . . .	172
D. Der Hamburger Kreis . . . . .	180
E. Die Konsolidierung der Christlichen Demokraten in Schleswig-Holstein und Hamburg . . . . .	188
F. Zusammenfassung . . . . .	195
<b>3. Kapitel: Die Gruppen im Übergangsgebiet zwischen Nord- und Westdeutschland</b>	
A. Vorbemerkung . . . . .	196
B. Historische und politische Voraussetzungen . . . . .	197
C. Überblick über die Ansätze der Christlichen Demokraten und der Zentrumsgruppen im niedersächsischen Übergangsgebiet . . . . .	198
D. Zusammenfassung . . . . .	206
 <b>3. Teil: Die politische und geistige Position der Christlichen Demokraten nach ihrem Zusammenschluß in der britischen Besatzungszone</b>	
Einleitung . . . . .	207
<b>1. Kapitel: Die Berliner „Reichsgründung“ der Christlichen Demokraten im Juni 1945 . . . . .</b>	<b>207</b>
<b>2. Kapitel: Der Zusammenschluß der Christlichen Demokraten in der britischen Besatzungszone und die Ergebnisse der vorliegenden Untersuchung .</b>	<b>215</b>
Schluß . . . . .	228
Anhang I: Die CDU/CSU in der amerikanischen und französischen Besatzungszone	229
II: Christliche Parteien in Europa . . . . .	230
III: Quellen- und Literaturnachweis . . . . .	231
IV: Liste der Persönlichkeiten, mit denen der Verfasser Gespräche über Einzelfragen der Arbeit führte . . . . .	236
Personenregister . . . . .	241